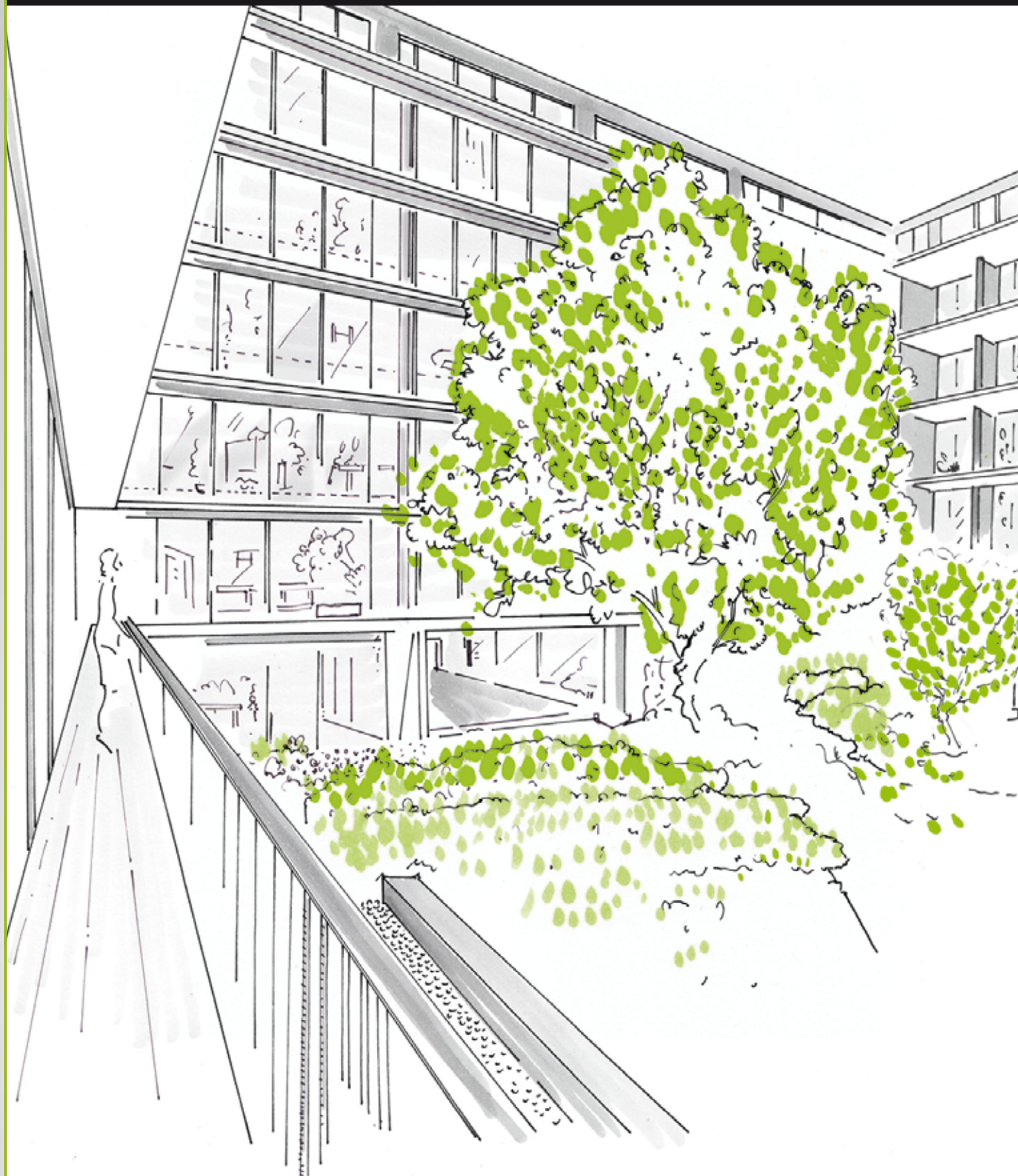


Geschäftsbericht 2017

Konzern Deutsche Pfandbriefbank

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK



Geschäftsmodell pbb Konzern

KREDITNEHMER

REF

IMMOBILIENFINANZIERUNG

Real Estate Finance (REF)

Wir strukturieren für professionelle Immobilieninvestoren mittlere bis größere Finanzierungen, insbesondere in den Immobilienarten Büro, Einzelhandel, Wohnungen und Logistik. Unsere Kunden profitieren von lokaler Expertise und länderübergreifendem Know-how.

PIF

ÖFFENTLICHE INVESTITIONSFINANZIERUNG

Public Investment Finance (PIF)

Wir finanzieren Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur, zum Beispiel den kommunalen Wohnungsbau, die Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft, Gesundheits- und Pflegeimmobilien sowie Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Außerdem stellen wir öffentlich garantierte Exportfinanzierungen.



VERGABE VON KREDITEN

DEUTSCHE PFANDBRIEFBANK AG

Die pbb Deutsche Pfandbriefbank ist eine führende Spezialbank für die Finanzierung von Investitionen in Gewerbeimmobilien und öffentliche Infrastruktur in Europa und den USA. Innerhalb Europas liegt der Schwerpunkt in Deutschland sowie dem Vereinigten Königreich, Frankreich, den nordischen Ländern und einzelnen Ländern in Mittel- und Osteuropa.

Verzinsung
+ Tilgung

Verzinsung
+ Tilgung

REFINANZIERUNG



EMISSION VON PFANDBRIEFEN

Zentrales Refinanzierungsinstrument ist der Pfandbrief; die pbb gehört hier zu den größten Emittenten. Sie emittiert durch Grundpfandrechte besicherte Hypothekendarfandbriefe und durch Forderungen an die öffentliche Hand besicherte Öffentliche Pfandbriefe. Darüber hinaus emittiert die pbb ungedeckte Finanzinstrumente und betreibt das Einlagengeschäft für Privatkunden.

Verzinsung
+ Rückzahlung

Verzinsung
+ Rückzahlung

INVESTOREN



Daten und Fakten

28,8 Mrd. €

Pfandbriefvolumen

Pfandbriefe sind gedeckte Wertpapiere und sind deshalb eine kostengünstige Refinanzierungsquelle. Mit einem ausstehenden Pfandbriefvolumen von 28,8 Mrd. € (nominal) gehört die pbb zu den größten Emittenten.

-6 Mio. €

Kreditrisikovorsorge

Dank konservativer Risikopolitik musste die pbb auch 2017 lediglich in geringem Umfang Risikovorsorge für ihr Kreditportfolio bilden.

17,6%

CET1-Quote

(Basel III, voll umgesetzt)

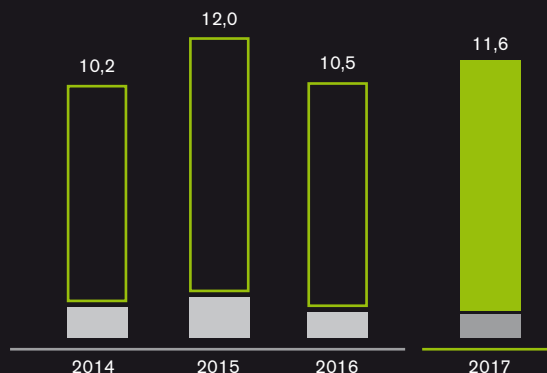
Die pbb verfügt über eine gute Kapitalausstattung und kann deshalb regulatorischen Anforderungen, möglichen zyklischen Marktschwankungen und geplantem strategischen Wachstum gerecht werden.

Transaktionen 2017 (REF & PIF)

251

Neugeschäft

11,6 Mrd. €



Neugeschäft
In Mrd. € (Kreditzusagen, inklusive Prolongationen > 1 Jahr)

■ Immobilienfinanzierung ■ Öffentliche Investitionsfinanzierung

So verteilte sich das Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung im Jahr 2017 (in €)



4,8 Mrd.

Bürogebäude



1,9 Mrd.

Einzelhandel



1,3 Mrd.

Logistik/Lager



1,9 Mrd.

Wohnungsbau



0,5 Mrd.

Hotel und Freizeit



0,3 Mrd.

Mixed Use/Sonstige

Überblick

Konzern Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern)

		2017	2016	2016 ¹⁾
Ergebniszahlen gemäß IFRS				
Ergebnis vor Steuern	in Mio.€	204	301	169
Ergebnis nach Steuern	in Mio.€	182	197	88
Kennziffern				
Cost-Income-Ratio	in %	50,9	39,0	51,4
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	in %	7,3	11,1	6,3
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	in %	6,5	7,3	3,3
Ergebnis je Aktie	in €	1,35	1,46	0,65
Dividende je Aktie	in €	1,07 ²⁾	1,05	
Neugeschäftsvolumen ³⁾	in Mrd.€	11,6	10,5	
Bilanzzahlen gemäß IFRS				
Bilanzsumme	in Mrd.€	58,0	62,7	62,5
Eigenkapital	in Mrd.€	2,9	2,8	2,7
Finanzierungsvolumen Real Estate Finance und Public Investment Finance	in Mrd.€	31,9	31,5	
Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen				
CET1 Ratio	in %	17,7	19,5	19,5
CET1 Ratio fully phased-in	in %	17,6	19,0	19,0
Own Funds Ratio	in %	22,3	23,7	23,7
Own Funds Ratio fully phased-in	in %	22,2	20,7	20,7
Leverage Ratio	in %	4,6	4,6	4,6
Leverage Ratio fully phased-in	in %	4,5	4,2	4,2
Personal				
Mitarbeiter (auf Basis von Vollzeitäquivalenten)		744	756	
Langfristiges Emittenten-Rating/Ausblick⁶⁾⁷⁾				
Standard & Poor's		A-/Negative	BBB/ CreditWatch Positive	
DBRS		BBB/Stabil	BBB/Stabil	
Pfandbrief-Ratings von Moody's⁷⁾				
Öffentliche Pfandbriefe		Aa1	Aa1	
Hypothekendarlehen		Aa1	Aa1	

¹⁾ Ohne Berücksichtigung des Sondereffekts aus der Heta Asset Resolution AG (Heta).

²⁾ Vorschlag an die Hauptversammlung am 21. Juni 2018.

³⁾ Inklusive Prolongationen mit Laufzeit von länger als ein Jahr.

⁴⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 abzüglich der vorgeschlagenen Dividende (vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung).

⁵⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Ergebnisverwendung.

⁶⁾ Die Ratings unbesicherter Verbindlichkeiten können von den Emittenten-Ratings abweichen.

⁷⁾ Zur ausführlichen Darstellung der Ratings wird auf den Wirtschaftsbericht verwiesen.

Titelillustration

Bürokomplex „Karl“, München.

Mehr zu dem Projekt auf der Seite IV.

Hinweis bezüglich Rundungen

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Erläuterung alternativer Leistungskennzahlen

Zu weiteren Informationen zur Definition, Verwendung und Berechnung der alternativen Leistungskennzahlen siehe Menüpunkt „Investoren/ Finanzberichte“ unter www.pfandbriefbank.com.



Wachstum mit Augenmaß



Unsere Aktivitäten in der Immobilienfinanzierung und Öffentlichen Investitionsfinanzierung lassen Gebäude und Infrastrukturprojekte wachsen. Unsere Engagements wählen wir dabei mit viel Augenmaß aus. Denn das Wachstum der pbb steht auf zwei festen Säulen: **ausgeprägtes Risikobewusstsein** und nachhaltige Profitabilität. Beides haben wir fest im Blick, wenn wir **neue Märkte und Kundengruppen erschließen** oder neue Produkte entwickeln und so das bestehende Geschäftsmodell **flexibel an aktuelle Anforderungen anpassen**.

Vorwort des Vorstands

SEHR GEEHRTE AKTIONÄRE, SEHR GEEHRTE GESCHÄFTSPARTNER, SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die wesentlichen Entwicklungen der letzten Jahre – hoher Wettbewerbs- und Margendruck in einem fundamental intakten Marktumfeld sowie fortschreitende Regulierungsaktivitäten – haben die Immobilienfinanzierungsbranche auch im Jahr 2017 geprägt. Diese Themen haben selbstverständlich auch die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) als einen der führenden Immobilienfinanzierer in Europa wesentlich beeinflusst. In diesem herausfordernden Umfeld hat die pbb beim Neugeschäft zugelegt und erneut ein gutes Ergebnis erzielt, das das von einem Sonderertrag begünstigte Rekordjahr 2016 operativ deutlich übertrifft. Diesen Erfolg verdanken wir dem Vertrauen unserer Kunden und der Leistung aller Kolleginnen und Kollegen in der pbb.

Das Neugeschäft erreichte ein Volumen von 11,6 Mrd. € und lag über dem Niveau des Vorjahres mit 10,5 Mrd. €. Maßgeblich zu diesem Wachstum beigetragen haben die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten auf neue Märkte und Kundengruppen sowie die Verbreiterung unseres Produktangebots – bei weiterhin konservativen Risikostandards. So machte das Immobilienfinanzierungsgeschäft in den USA, das die pbb in der zweiten Jahreshälfte 2016 wieder aufgenommen hatte, im Jahr 2017 8% des gesamten Neugeschäfts der gewerblichen Immobilienfinanzierung aus. Vermögende Privatkunden, die die pbb in der Regel über die Zusammenarbeit mit Vermögensverwaltern erreicht, gewannen als nunmehr eigenständige Kundengruppe an Bedeutung. Schließlich entfiel mehr Neugeschäft auf Kreditstrukturen mit vergleichsweise niedrigeren Beleihungsausläufen, also auf „Low Leverage Lending“. Die Bruttoneugeschäftsmargen blieben im Geschäftsjahr 2017 unter Druck. Allerdings führten sinkende Emissionsaufschläge, die die pbb bei steigenden Refinanzierungsvolumina realisiert hat, zu geringeren Refinanzierungskosten. Damit haben wir die Netto- neugeschäftsmargen im Jahr 2017 weitgehend stabil gehalten.

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für den Konzern Deutsche Pfandbriefbank (nach IFRS) sank durch die günstigere Refinanzierung der Zinsaufwand merklich, sodass der Zinsüberschuss anstieg. Gleichzeitig blieben die Risikokosten für den Kreditbestand auf sehr niedrigen Niveau. Allerdings führten höhere Personalkosten sowie steigende regulatorische Kosten und Aufwendungen für strategische Projekte zu einem höheren Verwaltungsaufwand. Unter dem Strich steht ein gutes Vorsteuerergebnis von 204 Mio. €, nach Abzug von Steuern bleiben 182 Mio. €.

Vor dem Hintergrund dieses guten Ergebnisses und der guten Kapitalsituation haben Vorstand und Aufsichtsrat eine neue Dividendenpolitik beschlossen. Bis einschließlich 2019 soll die Ausschüttungsquote von derzeit 40% bis 50% des IFRS-Konzernergebnisses nach Steuern auf eine Regeldividende von 50% plus einer Sonderdividende von 25% erhöht werden. Für das Geschäftsjahr 2017 wollen Vorstand und Aufsichtsrat zusätzlich den Mehrertrag nach Steuern über die ursprüngliche Ergebnis-Guidance hinaus vollständig ausschütten. Daraus errechnet sich eine Dividende von insgesamt 1,07 €/Aktie und eine Ausschüttungsquote von 79%.

Im Rahmen ihrer Regulierungsaktivitäten harmonisiert die Europäische Zentralbank (EZB) aktuell europaweit und bankindividuell die Modelle, mittels derer Banken ihre Risiken quantifizieren. Aus diesem Prozess ergab sich für die pbb bereits im Jahr 2017 ein Anstieg der Risikoaktiva um rund 2 Mrd. €, der zu einem Rückgang der harten Kernkapitalquote führte. Dabei bleibt die pbb gut kapitalisiert und wies per Ende 2017 eine harte Kernkapitalquote von 17,6% (fully phased-in) aus. Gemäß EZB dauert diese Überprüfung bis 2019 an, was eine abschließende Einschätzung künftiger Risikogewichte erschwert. Zusätzliche Anpassungen werden sich unter anderem durch neue



Vorschriften des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Regulierung von Banken ergeben, das sogenannte Basel IV. Diese höheren Anforderungen greifen allerdings nicht unmittelbar, sondern sollen ab 2022 in mehreren Schritten eingeführt werden.

Wir waren im Jahr 2017 nicht ausschließlich im Kreditgeschäft aktiv, sondern haben auch eine weitere Initiative zur digitalen Transformation der pbb gestartet. Unsere neu gegründete Tochtergesellschaft CAPVERIANT entwickelt ein Portal für öffentliche Finanzierungen, das als Kernfunktion Kreditangebot und -nachfrage vermitteln soll. Die Plattform wird in Deutschland starten. Sie soll weitere Länder abdecken und mit zusätzlichen Funktionalitäten und Dienstleistungen aufwarten, die wir in Zusammenarbeit mit den Kunden entwickeln wollen. Weitere Digitalisierungsinitiativen im Kerngeschäft der pbb sind geplant, die an der Schnittstelle zu unseren Kunden und unseren internen Prozessen ansetzen.

Wir erwarten, dass das Jahr 2018 nicht weniger herausfordernd wird als das Jahr 2017. Wir werden weiter daran arbeiten, dass die pbb auch in den nächsten Jahren erfolgreich sein wird.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Köntgen
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands, Treasury und
Immobilienfinanzierung

Andreas Arndt
Vorsitzender des Vorstands
und Chief Financial Officer

Andreas Schenk
Chief Risk Officer



Bürokomplex „Karl“, München

STECKBRIEF

Projekt

Neubau eines Bürokomplexes

Standort

Karlstraße in München – zentrale Lage unweit des Hauptbahnhofs im sogenannten Brauereiquartier

Fakten zum Gebäude

- Entworfen vom Londoner Stararchitekten David Chipperfield
- Hohe Nachhaltigkeits- und Energiestandards, LEED-Gold-Zertifizierung
- Rund 30.000m² vermietbare Fläche, 1.400m² Gartenhof, 300 Tiefgaragenstellplätze
- Baubeginn 2018, geplante Fertigstellung 2021

Eckpunkte der Finanzierung


- Der Kreditbetrag beträgt anfänglich 112 Mio. € und reduziert sich nach Fertigstellung auf langfristig 110 Mio. €
- Laufzeit bis Ende 2040
- In die maßgeschneiderte Finanzierung wurden sowohl die Bauzwischenfinanzierung auf variabler Basis als auch das langfristige Investmentdarlehen integriert
- Bauherr und Kreditnehmer ist die Unternehmerfamilie Brecht-Bergen. Mit diesem Projekt baut die pbb ihr Kunden-Netzwerk im Bereich der vermögenden Privatkunden aus

Begegnungsort

Im Erdgeschoss des Bürokomplexes können unterschiedliche Restaurantkonzepte umgesetzt werden, die das Objekt zusammen mit dem begrünten Innenhof zu einem Begegnungsort des Quartiers werden lassen sollen.



Mit unseren
Wachstumszielen
ist es wie mit
den Gebäuden,
die wir finanzieren:
Wir sorgen immer
für ein solides,
sicheres Fundament.



Auf sicherer Basis profitabel wachsen

Wenn Wachstums- und Profitabilitätsziele untrennbar mit hohen Risikostandards verknüpft sind, ist das vor allem eines: typisch Deutsche Pfandbriefbank.

Wo wir stehen

Die pbb zählt in Europa zu den führenden Spezialbanken für gewerbliche Immobilienfinanzierung und Öffentliche Investitionsfinanzierung. Diese beiden Segmente machen unser strategisches Geschäft aus. Das zentrale Refinanzierungsinstrument ist der Pfandbrief.

In der Immobilienfinanzierung, kurz REF für Real Estate Finance, strukturieren wir für professionelle Investoren mittlere bis größere Finanzierungen. Wir finanzieren ausschließlich Gewerbeimmobilien, der Schwerpunkt liegt auf Bürogebäuden, Einzelhandelsimmobilien, Wohngebäuden und Logistik.

Im Geschäftsfeld Public Investment Finance (PIF) konzentrieren wir uns auf Investitionsfinanzierungen für Kunden der öffentlichen Hand. Zu den finanzierten Infrastrukturprojekten gehören unter anderem der kommunale Wohnungsbau, der Gesundheitssektor und Bildungseinrichtungen. Wir stellen außerdem öffentlich gedeckte Exportfinanzierungen.



**„Wir verzichten
eher auf Volumen, als
unsere Standards
bezüglich Risiko und
Ertrag aufzugeben.“**

Wo wir hinwollen

Wir wollen nachhaltig wachsen. Unser Ergebnis im Jahr 2017 zeigt, dass uns dies erneut gelungen ist. Wichtige Treiber dieser guten Entwicklung waren:

- Wir haben **neue Märkte** und Zielgruppen erschlossen – immer mit dem Anspruch, langfristige Kundenbeziehungen aufzubauen
- Wir haben unser **Produktportfolio** bedarfsgerecht und mit Augenmaß erweitert
- Wir haben die **digitale Transformation** der pbb vorangetrieben

Immer im Fokus: eine starke Risikopolitik

Solide operative Performance sowie eine gute Portfolioqualität und Kapitalausstattung – dafür steht die pbb. Vor allem aber ist das konsequente Festhalten an hohen Risiko-standards eines unserer „Markenzeichen“. Davon rücken wir auch in Zeiten intensiven Wettbewerbs nicht ab. Wir tätigen keine Geschäfte, die unserer Ertrags- und Risiko-politik nicht genügen.

Der Pfandbrief – unser wichtigstes Refinanzierungsinstrument

Passend zu dieser konservativen Geschäftspraxis setzen wir bei der Refinanzierung auf den Pfandbrief. Die pbb begibt Hypothekendarfandbriefe und Öffentliche Darfandbriefe. Mit Neuemissionen im Jahr 2017 von 3,8 Mrd. € (nominal) und einem ausstehenden Volumen von rund 28,8 Mrd. € (nominal) zählen wir hier zu den größten Emittenten. Darfandbriefe unterliegen strengen gesetzlichen Richtlinien und bieten ein hohes Maß an Sicherheit und Transparenz. Sie stellen deshalb für Emittenten eine kostengünstige Refinanzierungsquelle dar.



Auf die Strategie der pbb zahlen die Geschäfts- und Risikostrategie gleichermaßen ein.

Die Konsequenz, mit der wir diesen Maßstab bei unseren Finanzierungsentscheidungen anlegen, gibt den pbb-Projekten ihre charakteristische wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit.

So steuert die pbb ihre Risiken

- **Dynamisch:** Die Risikostrategie des pbb Konzerns wird mindestens einmal jährlich auf den Prüfstand gestellt und aktualisiert – sowie immer dann, wenn wir dafür einen Anlass sehen.
- **Vorausschauend:** Alle Risiken werden laufend überwacht. Um potenzielle Gefahren rechtzeitig zu erkennen, setzen wir Frühwarnsysteme und Stresstests ein.
- **Konsequent:** Auf allen Ebenen wird eine aktive Risikokultur gelebt. Der Vorstand wie auch sämtliche Mitarbeiter agieren gemäß einem definierten und in den Leitlinien festgeschriebenen Verhaltenskodex.

Schlüsselfaktoren für weiteren Erfolg

Wir wollen ein verlässlicher Finanzierungspartner für unsere Kunden sein, die wir bei anspruchsvollen Projekten in bewährter Weise begleiten.

In der Kundenorientierung sehen wir den Schlüssel, um auf unserem Wachstumskurs nachhaltig Neugeschäft sicherzustellen und das bestehende Portfolio risikominimierend zu managen. Dies kann nur mit einer auf allen Ebenen gelebten Unternehmenskultur gelingen, die konsequent auf Effizienz und Qualität zielt.

Spezialist für großvolumige Transaktionen

Dass wir dies schon heute erfolgreich umsetzen, zeigt unsere Marktposition als international anerkannter Finanzierungspartner. Kunden schätzen besonders unsere Fähigkeit, komplexe, großvolumige Transaktionen – auch mit Partnern – zu strukturieren. Mit anderen Worten: Wenn es richtig anspruchsvoll wird, sind wir eine der ersten Adressen.

„Kundenorientierung sehen wir als Schlüssel, um nachhaltig Neugeschäft sicherzustellen und das bestehende Portfolio risikominimierend zu managen.“

Geschäftsstrategie

Kundenfokus

- Kunden- und lösungsorientiert agieren
- Kundenkontakte durch spezialisierte Beratung weiter ausbauen
- Transparenz und Liefertreue kontinuierlich gewährleisten

Effizienz

- Bestehende Abläufe kritisch prüfen und bei Bedarf anpassen
- Prozesse ganzheitlich mit Blick auf den Kunden denken und leben
- Das Zusammenspiel einzelner Bereiche fördern

Kultur

- Konstant hohe Qualität und Präzision liefern
- Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen
- Offen für neue Denk- und Herangehensweisen bleiben



spezialisiert
kompetent
lösungsorientiert
dynamisch
risikobewusst

Die Kernmärkte der pbb liegen in Deutschland sowie in ausgewählten Ländern in Europa. Seit dem dritten Quartal 2016 sind wir auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt aktiv.

Fokussierter Einstieg in den weltweit größten Immobilienmarkt

Unsere starke Position als spezialisierte, kompetente Pfandbriefbank wollen wir weiter etablieren – auch über unseren Kernmarkt Europa hinaus. Deshalb bauen wir unsere Geschäftstätigkeit in den USA aus.

Auf regionale Expertise und Nähe zu den Kunden legen wir höchsten Wert. Um dies zu gewährleisten, bündeln wir unsere Vertriebsorganisation in unseren Hauptmärkten in regionalen Büros. So können wir Kapazitäten und lokale Kenntnisse wirksam einsetzen.

Hatte sich der pbb Konzern dabei bisher auf Finanzierungen in Europa konzentriert, steht nun auch der amerikanische Immobilienmarkt auf der Landkarte unserer Geschäftstätigkeiten. Dafür gibt es gute Gründe:

USA – neuer Zielmarkt für die pbb

- Wir erschließen einen neuen Markt, der aufgrund seiner Größe, Transparenz und Liquidität optimal zur Ausrichtung der pbb passt
- Wir schöpfen neue Wachstumspotenziale aus und generieren uns so zusätzliche Erträge
- Wir begleiten unsere internationalen Kunden bei ihrem Engagement in den USA

Umsichtiger Markteintritt

Wie es unserem Naturell entspricht, haben wir den Markteintritt umsichtig und zurückhaltend gestaltet. Die Aktivitäten bestanden zunächst ausschließlich aus Beteiligungen an Finanzierungen von strategischen Partnern.

Fokus auf Ostküste

Der erfolgreiche Verlauf unserer Geschäftsaktivitäten im US-Markt bestärkt uns darin, unser Engagement auszuweiten. Dafür ist Präsenz vor Ort unerlässlich. Daher ergänzen wir unsere Auslandsstandorte um eine Repräsentanz in New York (siehe Kasten). Von dort aus werden wir unser US-Geschäft steuern.

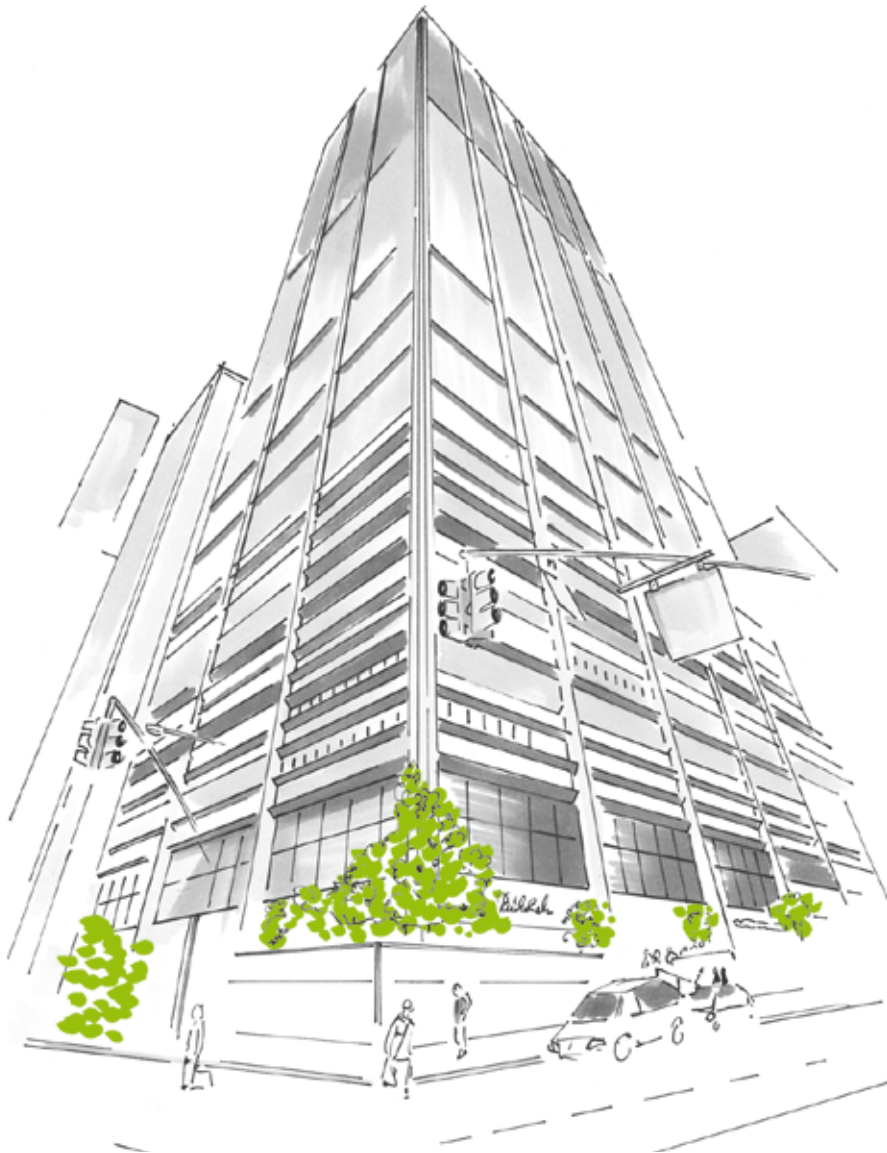
In den USA getätigte Transaktionen können in den Deckungsstock aufgenommen und somit über Pfandbriefe refinanziert werden. Da die pbb Pfandbriefe auch in US-Dollar emittiert, mitigieren wir das Währungsrisiko.

1,0 Mrd. US\$

Erfolgreicher Auftakt: Ende 2017, gut ein Jahr nach dem Markteintritt, betrug das USA-Portfolio der pbb bereits fast 1 Mrd. US-Dollar.

pbb-Standort in NYC

Das New Yorker Büro wird den Status einer Repräsentanz haben und sicherstellen, dass unseren Kunden direkt vor Ort kompetente Ansprechpartner und Markt-Know-how zur Verfügung stehen. Dafür wird dort ein kleines, schlagkräftiges Team aus Spezialisten für das Immobiliengeschäft arbeiten. Kreditentscheidungen werden weiterhin in Deutschland getroffen.



Bürogebäude „One Liberty Plaza“, New York City

STECKBRIEF

Projekt

Beteiligung an der Refinanzierung des New Yorker Bürohochhauses „One Liberty Plaza“

Standort

Financial District in New York City

Fakten zum Gebäude

- Wolkenkratzer mit einer Höhe von 226 m
- Mit 210.000 m² Nutzfläche, verteilt auf 54 Stockwerke, gehört es zu den größten Bürogebäuden in New York
- Hohe Vermietungsquote von durchschnittlich über 90% in den vergangenen zehn Jahren

Eckpunkte der Finanzierung

- Syndizierungsgeschäft, an dem sich die pbb mit 75 Mio. US\$ beteiligt
- Das Gesamtvolumen der Refinanzierung beträgt 850 Mio. US\$
- Großvolumige Transaktion mit mehreren Syndizierungspartnern



Im Herzen des Big Apple

In bester Lage von Manhattan ragt das „One Liberty Plaza“ über 220 Meter hoch in den New Yorker Himmel.

„Durch die Emission von Pfandbriefen in US-Dollar mitigieren wir das Währungsrisiko.“

Portfolio abrunden – neue Kunden gewinnen

Vor dem Hintergrund eines veränderten Markt- und Wettbewerbumfelds erweitert die pbb ihre Produkt- und Dienstleistungspalette in der Immobilienfinanzierung. Was das in der Praxis bedeutet und warum Augenmaß auch hierbei ein zentrales Stichwort ist, erklärt Gerhard Meitinger, Leiter Immobilienfinanzierung Deutschland bei der pbb.

Das Angebot an die Kundenbedürfnisse anpassen

Herr Meitinger, was steckt hinter der Zielvorgabe der pbb, ihre Kundenbasis auszuweiten?

GM: Wir stehen in einem sehr intensiven Wettbewerb. Hinzu kommt eine insgesamt sinkende Anzahl an Transaktionen. Außerdem verändern sich die Bedürfnisse unserer Kunden. Die logische Folge: Wenn um uns herum alles in Bewegung ist, wollen wir nicht stehen bleiben. Und das tun wir, indem wir unsere Palette an Produkten und Dienstleistungen – und damit auch das Spektrum möglicher Kunden und Transaktionen – erweitern.

Bedeutet das, Sie rücken von Ihrer konservativen Haltung ab?

GM: An unserer Haltung verändert sich überhaupt nichts. Wir positionieren uns nach wie vor bewusst konservativ. Und genau dort sprechen wir bestimmte Kunden nun noch gezielter als bisher an. Grundsätzlich geht es darum, ihre Bedürfnisse zu erkennen und unser Angebot entsprechend auszubauen. Immer mit klarer Reflexion und kritischem Blick auf mögliche Chancen und Risiken.

„Wir nutzen Spielräume, ohne unsere Risikostrategie zu kompromittieren.“

Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?

GM: Thema Beleihungsausläufe: Wir sehen am Markt eine verstärkte Nachfrage nach mehr Flexibilität beim Fremdfinanzierungsanteil – und das bedeutet auch Neugeschäftspotenzial. Also nutzen wir Spielräume im Rahmen unserer Risikostrategie. Das heißt, wir ermöglichen unter bestimmten Voraussetzungen sowohl höhere als auch niedrigere Beleihungsausläufe. Niedrigere Beleihungsausläufe bedeuten geringere Bruttomargen, aber wir senken auch unsere Refinanzierungskosten und verschlanken Prozesse. Bei höheren Beleihungsausläufen achten wir auf Kreditstrukturen, die dem höheren Risiko angemessen sind, etwa höhere Tilgungen.

... und werden dadurch für neue Kundengruppen interessant?

GM: In der Tat können wir unser Netzwerk so beispielsweise in Richtung von Fondsgesellschaften oder auch des gewerblichen Wohnungsbaus erweitern. Zudem intensivieren wir die Akquisition bei sogenannten High-Net-Worth Individuals. Das Geschäft mit diesen vermögenden Personen zielt im Wesentlichen auf Transaktionen mit 1A-Immobilien an Top-Standorten. Hier wollen wir in Kooperationen Vermögensverwaltungen mit unserer Expertise in der gewerblichen Immobilienfinanzierung unterstützen – und im Gegenzug vom Zugang zu dieser hochklassigen Klientel profitieren.





Exklusiver Wohnturm

In der Mainmetropole finanziert die pbb das höchste Wohngebäude im Westend: Wer ab 2020 im „160 PARK VIEW“ lebt und übernachtet, genießt erstklassigen Komfort und den Panoramablick auf die Frankfurter Skyline.



Hotel- und Wohnensemble „160 PARK VIEW“, Frankfurt am Main

STECKBRIEF

Projekt

„160 PARK VIEW“: hochwertiges Hotel- und Wohngebäude in Frankfurt am Main

Standort

Frankfurter Westend, in unmittelbarer Nähe zum Grüneburgpark

Fakten zum Gebäude

- Umbau und Umnutzung zweier ehemaliger Bürohäuser zu einem Hotel- und Wohnkomplex im Luxussegment
- Innen- und Außensanierung, Neugestaltung der Fassaden
- 26-geschossiger Wohnturm mit 130 Eigentumswohnungen und einer öffentlichen Kindertagesstätte
- 5-Sterne-Hotel mit 135 Zimmern auf 20 Geschossen
- Baubeginn 2017, geplante Fertigstellung 2020

Eckpunkte der Finanzierung

- Für das Joint Venture aus der RFR Holding, Revcap und Hines stellt die pbb eine Finanzierung in Höhe von 163 Mio. €

Geschäftsmodelle digital gedacht

Kommunal wird digital: Mit CAPVERIANT etabliert die pbb ein Portal für öffentliche Finanzierungen. Für die Marktteilnehmer ein transparenter Marktplatz – für die pbb ein wichtiger Schritt im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie.

Die fortschreitende Digitalisierung bewegt den Bankensektor. Sie erfordert in vielen Bereichen ein neues Denken bei Prozessen und Schnittstellen. Dem tragen wir Rechnung.

Wir wollen nicht nur digitale Technologien implementieren, sondern die pbb digital transformieren. Wie sich im Zuge dieser Transformation traditionelle Geschäfte auf eine digitale Ebene heben lassen oder sich sogar ganz neue Geschäftsmodelle ergeben, zeigt ein aktuelles Beispiel. Unsere neue Tochtergesellschaft CAPVERIANT, gewissermaßen ein Fintech mit einer etablierten Bank im Hintergrund, entwickelt eine Portallösung für öffentliche Finanzierungen. Damit verbunden ist auch eine neue Rolle der pbb: Sie tritt nicht als Kreditgeber auf, sondern organisiert einen Online-Marktplatz. Auf den Erfahrungen mit dem Portal wollen wir aufsetzen, um digitale Prozesse in unserem Kerngeschäft weiter voranzutreiben und weitere innovative Geschäftsmodelle zu prüfen.

Hohe Sicherheitsstandards

Die Plattform ist benutzerfreundlich und bietet hohe Sicherheitsstandards, die die Anforderungen der öffentlichen Kunden erfüllen. Nach dem Marktstart in Deutschland soll das Angebot auf Frankreich ausgeweitet werden.

**„Vorausschauend handeln
heißt Risiken minimieren –
mit digital unterstützten
Geschäftsmodellen stellen
wir uns zukunftsfähig auf.“**

CAPVERIANT bringt Kreditnehmer und Kreditgeber zusammen

Das Finanzportal CAPVERIANT bringt öffentliche Kreditnehmer und institutionelle Investoren effizient zusammen. Vertreter der öffentlichen Hand können auf CAPVERIANT Finanzierungsanfragen stellen, für die sie Finanzierungspartner suchen. Für sie erweitert sich mit dem Portal der Kreis potenzieller Kreditgeber. Die Kreditgeber wiederum erhalten einen gebündelten Überblick kommunaler Projekte.

Kernfunktionalitäten der Plattform CAPVERIANT

- Vermittlungs- und Suchmarkt: Zugang für die öffentliche Hand und institutionelle Investoren aus dem In- und Ausland
- Kreditverträge auf dem Portal hinterlegt: standardisierte oder individuelle Verträge für hohe Effizienz



Campus der Hochschule „SciencesPo“, Paris

STECKBRIEF

Projekt

Erstellung eines Campuskomplexes für das Institut für politische Studien in Paris („SciencesPo“)

Standort

Saint-Germain-des-Prés, ein zentral in der Pariser Innenstadt gelegenes Viertel (7. Arrondissement)

Fakten zum Gebäude

- Aus zwei wird eins: Das Hôtel de l'Artillerie aus dem 17. Jahrhundert und der Standort 13, Rue de l'Université werden zu einem Komplex zusammengeführt – eine spannende Verbindung aus historischer Architektur und den Anforderungen einer Universität des 21. Jahrhunderts
- Entstehen soll ein innovativer urbaner Campus im Herzen des

wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zentrums von Paris mit rund 22.000 m² Fläche und vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten
→ Geplante Bauzeit bis 2021

Eckpunkte der Finanzierung

- Die pbb als Arranger stellt gemeinsam mit La Banque Postale einen Kredit über insgesamt 160 Mio. €. Beide Finanzierungspartner übernehmen jeweils 80 Mio. €.
- Die Transaktion ist in zwei Abschnitte unterteilt: Die erste Hälfte der Kreditsumme wurde Ende 2016 zur Verfügung gestellt
- Es handelt sich um eine Akquisitionsfinanzierung, abgesichert durch eine Garantie der Stadt Paris (75 %) und erstrangige Hypotheken (25 %)

Vom 17. Jahrhundert ins digitale Zeitalter

Raum für modernes Lernen, Begegnung und Kreativität: Das offen gestaltete Konzept, das Alt und Neu verbindet, setzt Maßstäbe in der Campus-Architektur.



Inhaltsverzeichnis

02

An unsere Aktionäre

- 02 Bericht des Aufsichtsrats
- 09 Die Aktie

13

Zusammengefasster Lagebericht

- 14 Grundlagen des Konzerns
- 19 Wirtschaftsbericht
- 37 Nachtragsbericht
- 38 Risiko- und Chancenbericht
- 81 Vergütungsbericht
- 97 Prognosebericht
- 104 Erläuterungen zum
HGB-Einzelabschluss der pbb
- 108 Sonstige Angaben

121

Konzernabschluss

- 122 Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung
- 123 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
- 124 Konzern-Bilanz
- 125 Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals
- 126 Konzern-Kapitalflussrechnung
- 127 Anhang (Notes)
- 208 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 209 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

217

Weitere Informationen

- 218 Quartals- und Mehrjahresübersicht
- 220 Nichtfinanzieller Bericht
- 245 Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz
- 249 Finanzkalender
- 249 Zukunftsgerichtete Aussagen
- 249 Impressum

An unsere Aktionäre

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) berichtet nachfolgend über die Schwerpunkte seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit im Geschäftsjahr 2017.

Das Geschäftsjahr 2017 war – wie bereits das Vorjahr – durch hohen Wettbewerb und das Niedrigzinsumfeld geprägt. Weiterhin begleitet wurde es zudem von Herausforderungen wie beispielsweise der (branchenweiten) Intensivierung aufsichtlicher Reviews, dem Beginn des Targeted Review of Internal Models (TRIM) und der Diskussion um die Methoden zur Risikogewichtung von Bankaktiva („Basel IV“) sowie den Vorbereitungen für den ab 2018 anzuwendenden Standard IFRS 9 in der Rechnungslegung. Der Konzern Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern) konnte aber auch in diesem Umfeld seine stabile Geschäftsentwicklung fortsetzen und insbesondere seine führende Wettbewerbsposition in der gewerblichen Immobilienfinanzierung weiter festigen. Auch im Geschäftsjahr 2017 konnte die pbb dabei auf ein solides Kerngeschäft aufbauen und ihr Neugeschäft in einem intensiven Wettbewerbsumfeld bei hohen Risikostandards steigern. Hierzu trug unter anderem der fortgesetzte Ausbau des Immobilienfinanzierungsgeschäfts in den USA bei. Daneben wurden weitere neue strategische Initiativen im Bereich Digitalisierung ins Leben gerufen.

In der Begleitung der laufenden Geschäftsentwicklung und ihrer Risiken lag wie immer ein wesentlicher Schwerpunkt der Aufsichts- und Beratungstätigkeit des Aufsichtsrats. Daneben befasste sich der Aufsichtsrat im abgelaufenen Jahr auch mit der Nachbesetzung für das Aufsichtsratsmandat von Frau Dr. Hedda von Wedel, welche turnusmäßig mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2018 aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird. Ein besonderes Augenmerk legte der Aufsichtsrat im Jahr 2017 auf Fragestellungen des Aufsichtsrechts und der IT.

CORPORATE GOVERNANCE

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2017 den Vorstand kontinuierlich überwacht und diesen bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten.

Er konnte sich dabei stets von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der vom Vorstand ergriffenen Geschäftsleitungsmaßnahmen überzeugen. Der Vorstand ist seinen Informationspflichten nachgekommen und hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die für das Unternehmen relevanten Vorkommnisse und Maßnahmen unterrichtet. Dies beinhaltete auch Informationen über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von der Planung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten stets ausreichend Gelegenheit, sich in den Ausschüssen

und im Plenum mit den vorgelegten Berichten und Beschlussvorschlägen des Vorstands kritisch auseinanderzusetzen und eigene Anregungen einzubringen. Der Vorstandsvorsitzende berichtete darüber hinaus dem Aufsichtsrats- sowie den jeweiligen Ausschussvorsitzenden auch zwischen den Sitzungen regelmäßig über wesentliche Entwicklungen.

Insbesondere hat der Aufsichtsrat die für das Unternehmen bedeutsamen Geschäftsvorgänge auf Basis schriftlicher und mündlicher Vorstandsberichte intensiv erörtert und auf Plausibilität überprüft. Er beschäftigte sich zudem intensiv – auch unter Hinzuziehung eigener juristischer Berater und Gutachter – mit der synthetischen Verbriefungstransaktion Estate UK 3 und dem im Sommer begonnenen Expertenverfahren.

Der Aufsichtsrat prüfte die erforderliche Unabhängigkeit des Abschlussprüfers der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), erteilte ihm den Prüfungsauftrag und vereinbarte mit ihm sein Honorar.

Am 1. März 2018 befasste sich der Aufsichtsrat mit der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Jahr 2017, die im Internet auf der Seite der pbb (www.pfandbriefbank.com/investoren/pflichtveroeffentlichungen.html) veröffentlicht ist. Ferner sei an dieser Stelle auf den Vergütungsbericht des Konzerns, abgedruckt in diesem Geschäftsbericht, verwiesen. Hinsichtlich der Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie § 111 Abs. 5 AktG zur Zielgröße sowie zum aktuellen Anteil von Frauen im Aufsichtsrat und im Vorstand sei auf die Tabelle zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie auf die Ausführungen im Corporate-Governance-Bericht sowie im Nichtfinanziellen Bericht und der Erklärung zur Unternehmensführung verwiesen.

SITZUNGEN DES AUFSICHTSRATS

Im Jahr 2017 hielt der Aufsichtsrat der pbb sieben (davon zwei außerordentliche) Sitzungen ab und setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende), Dr. Thomas Duhnkrack, Dr. Christian Gebauer-Rochholz, Georg Kordick, Joachim Plesser, Oliver Puhl, Heike Theißing und Dr. Hedda von Wedel.

Gegenstand aller ordentlichen Sitzungen war die aktuelle Geschäftslage des pbb Konzerns, die jeweils ausführlich mit dem Vorstand erörtert wurde. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des pbb Konzerns. In den ordentlichen Sitzungen wurde auch über die Risikolage, das Risikomanagement, das Neugeschäft, die Liquiditätslage beziehungsweise -strategie, die Entwicklung des Fundings, aktuelle regulatorische Themen sowie über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, berichtet.

In der ordentlichen Sitzung am 16. Februar 2017 wurde neben den bereits genannten regelmäßigen Themen schwerpunktmäßig die aktualisierte Geschäfts- und Risikostrategie beschlossen sowie der Sanierungsplan erörtert. Des Weiteren befasste sich der Aufsichtsrat mit der Festlegung der Zielerreichung auf Institutsebene sowie der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 (inklusive Malusprüfung). Ferner erörterte er intensiv die Angemessenheit der Vorstandsvergütung und beschloss im Zuge dessen eine Anpassung im Rahmen einer Erhöhung der Zieltantieme bei dem Vorstandsvorsitzenden Andreas Arndt. Zudem beschloss er die aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dr. Scholz erforderlichen Änderungen der Geschäftsverteilung und -ordnung des Vorstands und genehmigte auch die geänderten Vorlagepflichten von Kreditengagements an den Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA). Weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Befassung mit dem Bericht zur Effizienzprüfung, mit dem die Evaluierung von Aufsichtsrat und Vorstand für 2016 abgeschlossen wurde.

In der Bilanzsitzung am 24. März 2017 wurde der Konzernabschluss des Jahres 2016 gebilligt und der Jahresabschluss des Jahres 2016 festgestellt. Darüber hinaus wurden die ordentliche Hauptversammlung des Jahres 2017 vorbereitet und entsprechende Beschlüsse über die Tagesordnung einschließlich der vorgestellten Beschlussvorschläge gefasst. Des Weiteren wurde – im Anschluss an die Befassung in der Februar-Sitzung – die variable Vergütung für 2016 bestätigt und entsprechend festgelegt. Ferner wurde die Erstellung eines Kompetenzprofils für das Gesamtgremium gemäß (angepasster) Ziffer 5.4.1 Deutscher Corporate Governance Kodex beauftragt und die jährliche Entsprechenserklärung verabschiedet. Die Befassungen mit dem neuen europäischen Bail-in-Regime und möglichen Auswirkungen auf die Fundingmärkte sowie das Vorgehen der Ratingagenturen bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung.

Die Sitzung am 12. Mai 2017 war von der Berichterstattung über das erste Quartal 2017 des pbb Konzerns geprägt. Ferner erörterte der Aufsichtsrat den Fortschritt verschiedener strategischer Initiativen, die IT- und Digitalisierungs-Roadmap der Bank, den Variable Remuneration Plan 2017 für den Vorstand, die Vergütungsberichte 2016 sowie aktuelle Rechtsfälle und beschloss die Anpassung der Risikostrategie.

Im Anschluss an die Hauptversammlung wurde in einer Sitzung am 30. Mai 2017 das Protokoll der März-Sitzung verabschiedet.

Den Zwischenbericht sowie die prüferische Durchsicht des Halbjahresabschlusses zum 30. Juni 2017 des pbb Konzerns diskutierte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11. August 2017. Des Weiteren beschloss er das in der März-Sitzung beauftragte Kompetenzprofil gemäß Ziffer 5.4.1 Deutscher Corporate Governance Kodex. Zudem befasste er sich mit dem Abschlussbericht zum Review der Compliance-Organisation, dem Stand der Vorbereitungen auf IFRS 9, den Ergebnissen der IT-Prüfung durch die EZB, dem aktuellen Status zum SREP sowie der Nachbesetzung für das Aufsichtsratsmandat von Frau Dr. Hedda von Wedel.

Aufbauend auf den Diskussionen im Rahmen seiner jährlichen Strategiesitzung am 27. Oktober 2017 erörterte der Aufsichtsrat am 10. November 2017 zunächst die Ergebnisse für das dritte Quartal 2017 des pbb Konzerns und beschloss dann die Mehrjahresplanung und Geschäftsstrategie jeweils für 2018 – 2020 sowie die Risiko- und IT-Strategie jeweils für 2018. Ebenso bereitete der Aufsichtsrat die Effizienzprüfung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 25d Abs. 11 KWG vor und legte die Messgrößen für die risikoadjustierte Erfolgsmessung auf Institutsebene sowie die Ziele für den Vorstand für das Geschäftsjahr 2018 fest. Ebenso erfolgten die Zustimmung zur Identifizierung der Risk Taker, zur Angemessenheitsprüfung des Vergütungssystems, zur Bestellung der Vergütungsbeauftragten, zur Anpassung der Geschäftsordnung des Präsidial- und Nominierungsausschusses und zur (erneuten) Festlegung der Zielgrößen für den Frauenanteil im Vorstand und im Aufsichtsrat sowie ein Bericht zum Stand der im Aufbau befindlichen Repräsentanz in den USA.

In einer außerordentlichen Telefonkonferenz am 29. November 2017 beriet der Aufsichtsrat über strategische Optionen im gegenwärtigen M&A-Umfeld.

AUSSCHÜSSE DES AUFSICHTSRATS

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 hatte der Aufsichtsrat der pbb einen Präsidial- und Nominierungsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss. In dieser Zeit setzten sich die Ausschüsse wie folgt zusammen:

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss (PNA)** hielt zehn (davon fünf außerordentliche) Sitzungen ab und war mit Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann und Joachim Plesser besetzt.

Er befasste sich mit strategischen und aktuellen regulatorischen Themen sowie mit Vorstandsangelegenheiten, zu denen er dem Aufsichtsratsplenium entsprechende Vorschläge unterbreitete. Dies betraf insbesondere die Zielerreichung der Vorstandsmitglieder sowie die Festlegung ihrer variablen Vergütung für 2016 (inklusive Malusprüfung). Darüber hinaus beriet der PNA über Änderungen der Geschäftsverteilung und -ordnung des Vorstands sowie die im Jahr 2018 erforderliche Nachbesetzung für das Aufsichtsratsmandat von Frau Dr. Hedda von Wedel. Zudem bereitete er die Effizienzprüfung 2017 des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse vor, unterrichtete gemäß Geschäftsordnung den Aufsichtsrat in Bezug auf neue Entwicklungen zur Corporate Governance und befasste sich mit der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB (inklusive Corporate-Governance-Bericht sowie Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex). Darüber hinaus beriet der PNA über das Kompetenzprofil für den Aufsichtsrat (gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Insbesondere befasste sich der PNA 2017 im Rahmen mehrerer Sitzungen auch mit verschiedenen strategischen Opportunitäten.

Der **Prüfungsausschuss (PA)** hielt insgesamt fünf Sitzungen ab und war mit Dagmar Kollmann (Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Dr. Thomas Duhnkrack und Dr. Hedda von Wedel besetzt.

Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung und Erörterung des Jahres- und Konzernabschlusses 2016, die Zwischenberichte beziehungsweise -mitteilungen des Jahres 2017 sowie die Berichte der internen Revision und des Abschlussprüfers KPMG zu internen und externen Prüfungsfeststellungen. Zudem erörterte der PA mit dem Vorstand die Auswirkungen aktueller regulatorischer Themen und wurde über die Entwicklung laufender Prüfungen unterrichtet. Des Weiteren befasste sich der PA mit dem Mandat des Abschlussprüfers sowie dessen Prüfungsplan für das Geschäftsjahr 2017. Der PA überzeugte sich auch von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und empfahl dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung die Wahl des Abschlussprüfers KPMG für das Geschäftsjahr 2017 vorzuschlagen. Er beschäftigte sich zudem mit dem Review der Compliance-Organisation, der Verbriefungstransaktion UK 3 sowie der Aktionärs- und Dividendenstrategie. Hinsichtlich aktueller regulatorischer Themen sowie aufsichtsrechtlicher Prüfungen wurde er durch den Vorstand unter anderem zu IFRS 9, Basel IV, den IRBA-Modellen, der IT-Prüfung durch die EZB und dem SREP-Stresstest unterrichtet. Darüber hinaus wurde regelmäßig über das interne Kontrollsystem und die Überwachung der eingerichteten Schlüsselkontrollen, laufende Rechtsstreitigkeiten, Compliance-relevante Themen, Datenschutz/IT-Security, bemerkenswerte Rechnungslegungssachverhalte, die Ergebnisse externer Prüfungen sowie die Prüfungsplanung der internen Revision und deren Umsetzung berichtet.

Der **Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA)** hielt vier reguläre Sitzungen ab und erörterte zusätzlich – in der Regel in monatlichen Telefonkonferenzen – die zustimmungspflichtigen Kreditengagements. Er war mit Joachim Plesser (Vorsitzender), Dr. Günther Bräunig, Oliver Puhl und Dr. Hedda von Wedel besetzt.

Der RLA unterstützte die Kontrolle des Aufsichtsrats über die Risiko- und Liquiditätssteuerung, überprüfte die Risikoberichterstattung des Vorstands und war in dem durch die Geschäftsordnung festgelegten Umfang in den Kreditgenehmigungsprozess eingebunden. Er erörterte zudem regelmäßig die Neugeschäfts-, Liquiditäts- und Refinanzierungssituation sowie das Syndizierungsgeschäft. Im Jahr 2017 beschäftigte sich der RLA zudem mit Berichten zu den Teilportfolien einschließlich der Developmentfinanzierungen, Rettungserwerben, Einzelwertberichtigungen, der Eigenmittelmeldung gemäß SolvV, den Länderlimiten sowie der Aktiv-Passiv-Steuerung. Zudem befasste sich der RLA mit den mittelfristig zu erwartenden Entwicklungen auf den Immobilienmärkten, den RLA-Vorlagepflichten für Kreditgenehmigungen und den Aktualisierungen der Risikostrategie.

Darüber hinaus befasste sich der RLA in zahlreichen, in der Regel monatlichen Telefonkonferenzen mit einzelnen Kreditfällen. Hierbei handelte es sich, soweit im Rahmen der Geschäftsordnung des RLA vorlagepflichtig, um Neugeschäfte, regelmäßige Wiedervorlagen sowie um Zustimmungen zu Änderungsanträgen.

Der **Vergütungskontrollausschuss (VKA)** hielt fünf Sitzungen ab und war mit Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann, Joachim Plesser und Heike Theißing besetzt.

Er befasste sich mit den Vergütungsberichten, der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2016, den Zielerreichungen und Zielvereinbarungen der Vorstandsmitglieder sowie dem Variable Remuneration Plan für 2017 für den Vorstand. Des Weiteren bereitete der VKA die Zustimmung zur Ermittlung der Risk-Taker-Funktionen sowie die Festlegung der Messgrößen für die risikoadjustierte Erfolgsmessung auf Institutsebene für den Aufsichtsrat vor. Weitere Schwerpunkte seiner Sitzungen waren das Vergütungssystem der Bank einschließlich dessen Angemessenheitsprüfung sowie die Befassung mit regulatorischen Änderungen (zum Beispiel der 2017 umfassend überarbeiteten Institutsvergütungsverordnung).

Aufsichtsrat der pbb

Aufsichtsrat der pbb		Funktion in den Ausschüssen und Sitzungsteilnahmen				
Name und Wohnsitz	Haupttätigkeit	Funktion im Aufsichtsrat und Sitzungsteilnahmen	Präsidial- und Nominierungsausschuss	Prüfungsausschuss	Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	Vergütungskontrollausschuss
Dr. Günther Bräunig Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KfW (ab 1.1.2018 Vorsitzender des Vorstands)	Vorsitzender 7 von 7	Vorsitzender 10 von 10	Mitglied 5 von 5	Mitglied 4 von 4	Vorsitzender 5 von 5
Dagmar Kollmann Wien	Unternehmerin	Stellvertretende Vorsitzende 7 von 7	Mitglied 10 von 10	Vorsitzende 5 von 5		Mitglied 5 von 5
Dr. Thomas Duhnkrack Kronberg im Taunus	Unternehmer	Mitglied 6 von 7		Mitglied 4 von 5		
Dr. Christian Gebauer-Rochholz Hochheim	Bankangestellter	Arbeitnehmersvertreter 7 von 7				
Georg Kordick Poing	Bankangestellter	Arbeitnehmersvertreter 7 von 7				
Joachim Plesser Ratingen	Berater	Mitglied 7 von 7	Mitglied 10 von 10		Vorsitzender 4 von 4	Mitglied 5 von 5
Oliver Puhl Frankfurt am Main	Unternehmer	Mitglied 6 von 7			Mitglied 4 von 4	
Heike Theißing München	Bankangestellte	Arbeitnehmersvertreterin 7 von 7				Mitglied 4 von 5
Dr. Hedda von Wedel Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofes a.D.	Mitglied 7 von 7		Mitglied 5 von 5	Mitglied 4 von 4	

AUS- UND FORTBILDUNGSMASNAHMEN

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr.

JAHRESABSCHLUSS

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer KPMG hat jeweils den Jahres- und den Konzernabschluss der pbb vom 31. Dezember 2017 sowie den zusammengefassten Lagebericht geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Die gemäß § 315b und § 289b HGB erstmalig im Lagebericht abzugebende nichtfinanzielle Erklärung hat die Bank in einem gesonderten Nichtfinanziellen Bericht – abgedruckt im vorliegenden Geschäftsbericht – veröffentlicht. Im Rahmen seiner Prüfungspflicht nach § 171 Abs. 1 AktG hat der Aufsichtsrat dabei von der Möglichkeit einer inhaltlichen externen Überprüfung der nichtfinanziellen Erklärung gemäß § 111 Abs. 2 AktG durch KPMG im Rahmen einer gesonderten Beauftragung Gebrauch gemacht.

Die KPMG hat dem Aufsichtsrat eine Erklärung über ihre Unabhängigkeit vorgelegt. Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 23. März 2018 mit den Abschlussunterlagen. Die Jahres- und Konzernabschlüsse, der zusammengefasste Lagebericht und die Prüfungsberichte wurden mit dem Vorstand und Vertretern des Abschlussprüfers ausführlich diskutiert. Der Aufsichtsrat hat nach seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen das Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers erhoben. In der Bilanzsitzung am 23. März 2018 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt. In dieser Sitzung hat der Aufsichtsrat ebenfalls den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands mit diesem diskutiert. Nach Prüfung schließt sich der Aufsichtsrat dem Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung an.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit.

Für den Aufsichtsrat

Dr. Günther Bräunig
Vorsitzender

Die Aktie

Die Aktie der Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) ist im Prime Standard des Regulierten Markts der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB) notiert und ist im Index MDAX® enthalten. Die pbb-Aktie gehört damit nach den DAX®-Werten zu den 50 nach Marktkapitalisierung und Orderbuchumsatz größten Unternehmen der klassischen Branchen im Prime Standard der FWB.

Basisinformationen

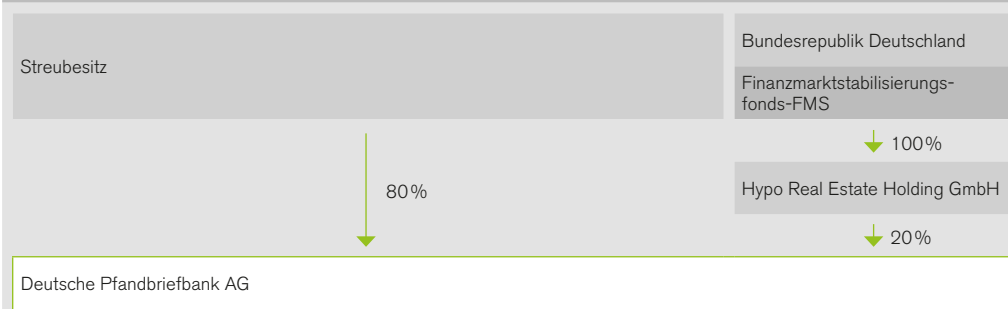
31. Dezember 2017

WKN	801900
ISIN	DE0008019001
Aktiengattung	Auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)
Anzahl Stammaktien	134.475.308
Börsenkürzel	PBB
Börsenplatz	Xetra, Frankfurt
Börsensegment	Regulierter Markt, Prime Standard
Index	MDAX® (seit 21. September 2015)
Erstnotiz	16. Juli 2015

Insgesamt sind 134.475.308 Stammaktien ausgegeben. Davon befinden sich 80% im Streubesitz; 20% werden von der Bundesrepublik Deutschland indirekt über den Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS gehalten, der wiederum zu 100% an der Hypo Real Estate Holding GmbH (HRE Holding) beteiligt ist. Die im Rahmen des Börsengangs im Jahr 2015 von der HRE Holding abgegebene zweijährige Halteverpflichtung, abhängig von bestimmten Ausnahmeregelungen einen Anteil von 20% am Grundkapital der pbb zu halten, ist am 16. Juli 2017 ausgelaufen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS wird durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet. Die FMSA ist eine Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland.

Eigentümerstruktur Deutsche Pfandbriefbank AG

31. Dezember 2017

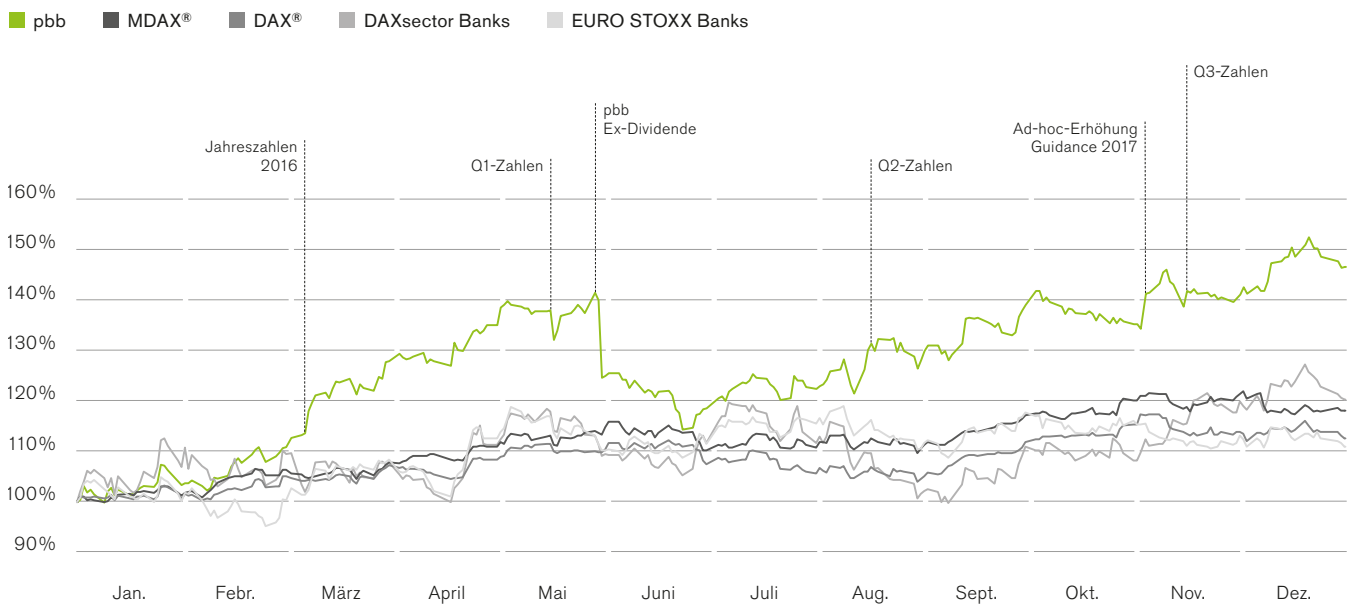


KURSVERLAUF 2017

Aktie der Deutsche Pfandbriefbank AG

Benchmarkvergleich 2017

indexiert per 31. Dezember 2016



Quelle: Reuters

Die Aktienmärkte haben 2017 ihren Aufwärtstrend fortgesetzt. Trotz politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten konnten die Leitindizes neue Rekordstände erreichen. In Deutschland und Europa haben vor allem starke Konjunkturnachrichten und die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank positive Impulse gesetzt.

Die pbb-Aktie hat darüber hinaus von positiven Entwicklungen im Unternehmen profitiert.

Nach einer verhaltenen Kursentwicklung zu Jahresbeginn, mit dem Jahrestiefstand von 9,11€ am 9. Januar 2017, führte die Ankündigung einer Sonderdividende für das Geschäftsjahr 2016 Anfang März 2017 zu einem deutlichen Kursanstieg. Bis zur Auszahlung der Dividende von 1,05€ je Aktie am 31. Mai 2017 nach der ordentlichen Hauptversammlung der pbb stieg der Aktienkurs auf 12,76€. Die darauf folgende auszahlungsbedingte Kurskorrektur wurde im weiteren Jahresverlauf wieder aufgeholt. Eine Anhebung der Prognose für das Vorsteuerergebnis 2017 hat der Kursentwicklung der pbb-Aktie weiteren Auftrieb gegeben. Der Jahreshöchstkurs von 13,88€ wurde am 19. Dezember 2017 erreicht.

Die pbb-Aktie schloss das Jahr 2017 bei 13,36€, auf Jahressicht ein Plus von 46,5%. Damit hat sich die pbb-Aktie deutlich besser als der deutsche Bankensektor-Index DAXsector Banks (+20,2%) entwickelt. Auch gegenüber dem europäischen Sektor-Index EURO STOXX Banks (+10,9%) und den deutschen Gesamtindizes MDAX® (+18,1%) und DAX® (+12,5%) hat sich die pbb-Aktie besser entwickelt.

Kennzahlen		2017	2016
Aktienkurse ¹⁾			
Jahresendkurs	in €	13,36	9,12
Jahreshöchstkurs	in €	13,88	10,99
Jahrestiefstkurs	in €	9,11	7,43
Marktkapitalisierung ²⁾	in Mio. €	1.797	1.226
Free Float-Marktkapitalisierung ²⁾	in Mio. €	1.437	981
Buchwert je Aktie	in €	21,24	20,93 ³⁾
Ergebnis je Aktie	in €	1,35	1,46
Dividende je Aktie	in €	1,07 ⁴⁾	1,05
Kurs-Gewinn-Verhältnis ²⁾	in %	9,90	6,25
Dividendenrendite ²⁾	in %	8,0 ⁴⁾	11,5

¹⁾ Xetra-Schlusskurse.

²⁾ Xetra-Jahresschlusskurs.

³⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42.

⁴⁾ Vorschlag an die Hauptversammlung am 21. Juni 2018.

KAPITALMARKTKOMMUNIKATION

Der Fokus der Investor-Relations-Arbeit im Geschäftsjahr 2017 lag weiterhin auf der Festigung und Verbreiterung der Analysten- und Investorenbasis. Im Rahmen von zahlreichen Analysten- und Investorengesprächen hat die pbb eine intensive, offene und transparente Kommunikation mit dem Kapitalmarkt gepflegt. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Roadshows durchgeführt und Investmentkonferenzen besucht. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem die internationalen Finanzplätze Frankfurt, London und New York, aber auch kleinere europäische Finanzplätze.

Im März 2017 hat die pbb im Rahmen der Veröffentlichung der Jahresergebnisse 2016 eine Analystenkonferenz abgehalten. Zu den Zwischenergebnissen des ersten, zweiten und dritten Quartals 2017 wurden zudem für Analysten Telefonkonferenzen durchgeführt. In diesem Rahmen hat der Vorstand jeweils ausführlich die Ergebnisse erläutert, über aktuelle Entwicklungen informiert und – mit den Jahresergebnissen – einen strategischen Ausblick gegeben.

ANALYSTEN

Studien und Kommentare der Broker- und Analysehäuser stellen eine wichtige Informationsquelle für Investoren dar. Vor diesem Hintergrund widmet die pbb den Finanzanalysten hohe Aufmerksamkeit. Im Jahr 2017 haben zwei neue Broker- und Analysehäuser die Coverage der pbb aufgenommen. Insgesamt veröffentlichen damit zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres zwölf Broker- und Analysehäuser Research zur pbb. Zum 31. Dezember 2017 bestanden sieben Kaufempfehlungen, vier neutrale Empfehlungen und eine Verkaufsempfehlung. Die pbb veröffentlicht aktuelle Informationen zu den Analystenempfehlungen auf ihrer Internetseite.

HAUPTVERSAMMLUNG

Die ordentliche Hauptversammlung der pbb fand am 30. Mai 2017 in München statt. Vorstand und Aufsichtsrat berichteten ausführlich zur Geschäftsentwicklung 2016, zum Ergebnis des ersten Quartals 2017 und zum Ausblick für das Geschäftsjahr 2017. Insgesamt waren 64,2% des Grundkapitals vertreten.

Die Aktionäre stimmten mit großer Mehrheit dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu, den im Geschäftsjahr 2016 nach HGB ausgewiesenen Bilanzgewinn von 141.199.073,40 € zur Ausschüttung einer Dividende von 1,05 € je dividendenberechtigte Stückaktie zu verwenden. Allen anderen zur Abstimmung stehenden Tagesordnungspunkten wurde ebenfalls mit großer Mehrheit zugestimmt.

Die pbb veröffentlicht die detaillierten Abstimmungsergebnisse sowie die weiteren Unterlagen zur Hauptversammlung auf ihrer Internetseite.

DIVIDENDENPOLITIK

Vorstand und Aufsichtsrat haben eine neue Dividendenpolitik beschlossen. Bis einschließlich 2019 soll die Ausschüttungsquote von derzeit 40% bis 50% des Konzernergebnisses nach Steuern und Minderheitsanteilen gemäß International Financial Reporting Standards (IFRS) auf eine Regeldividende von 50% plus einer Sonderdividende von 25% erhöht werden. Zusätzlich will die pbb für das Geschäftsjahr 2017 den Mehrertrag nach Steuern über die ursprüngliche Ergebnisprognose hinaus vollständig ausschütten. Daraus errechnet sich eine Dividende von insgesamt 1,07 € je Aktie und eine Ausschüttungsquote von 79% bezogen auf ein Ergebnis je Aktie von 1,35 €. Die Dividendenrendite beträgt damit 8,0% auf Basis des Xetra-Jahresschlusskurses 2017 von 13,36 €. Die Dividendenpolitik steht unter dem Vorbehalt einer regelmäßigen Überprüfung der rechtlichen und regulatorischen Vorgaben und Erfordernisse sowie der wirtschaftlichen Vertretbarkeit.

Mit der Formulierung einer neuen Dividendenpolitik trägt die pbb einerseits ihrer starken Kapitalbasis und andererseits den weiterhin erheblichen regulatorischen Anforderungen, möglichen zyklischen Marktschwankungen sowie dem geplanten strategischen Wachstum ausreichend Rechnung.

Zusammengefasster Lagebericht

14 Grundlagen des Konzerns

- 14 Konzernstruktur
- 14 Geschäftsmodell und -strategie
- 15 Wettbewerbsposition
- 17 Strategische Ausrichtung
- 17 Steuerungssystem
- 18 Nichtfinanzielle Erklärung

19 Wirtschaftsbericht

- 19 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
- 20 Branchenbezogene Rahmenbedingungen
- 23 Geschäftsverlauf
- 24 Ertragslage
- 31 Vermögenslage
- 32 Finanzlage
- 37 Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen
- 37 Zusammenfassung

37 Nachtragsbericht

38 Risiko- und Chancenbericht

- 38 Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements
- 42 Risikoarten
- 66 Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)
- 77 Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess

81 Vergütungsbericht

- 81 Vergütungssystem und Vergütungsstrategie des pbb Konzerns
- 82 Vorstand
- 91 Aufsichtsrat
- 92 Vergütung der Mitarbeiter
- 96 Governance-Struktur im Bereich Vergütung

97 Prognosebericht

- 97 Gesamtwirtschaftliche Prognose
- 98 Branchenbezogene Prognosen
- 100 Unternehmensprognosen
- 103 Zusammenfassung

104 Erläuterungen zum HGB-Einzelabschluss der pbb

- 104 Geschäftsverlauf
- 104 Ertragslage
- 106 Vermögenslage
- 106 Finanzlage

108 Sonstige Angaben

- 108 Angaben nach § 315a Abs. 1 HGB
- 112 Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

Hinweis bezüglich Rundungen

Aufgrund von Rundungen können sich im Zusammengefassten Lagebericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Grundlagen des Konzerns

Der Lagebericht der Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit ist neben dem Konzern Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern) auch das Mutterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches (HGB) enthalten. Der Jahresabschluss der pbb nach dem HGB und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

KONZERNSTRUKTUR

Der pbb Konzern besteht zum überwiegenden Teil aus dem Mutterunternehmen pbb. Die Angaben im vorliegenden zusammengefassten Lagebericht beziehen sich, sofern nicht explizit anders dargestellt, sowohl auf den pbb Konzern als auch auf die pbb.

Der Unternehmenssitz ist in München/Unterschleißheim; zudem unterhält der pbb Konzern in Deutschland Büros an vier weiteren Standorten. In ihren ausländischen Kernmärkten ist er an den vier Standorten London, Madrid, Paris und Stockholm mit Zweigniederlassungen vertreten. Die Bank betreibt von ihren Zweigniederlassungen aus einen Großteil ihrer Finanzierungsaktivitäten im Ausland.

Vertriebsstandorte

31. Dezember 2017



GESCHÄFTSMODELL UND -STRATEGIE

Die strategischen Geschäftsfelder des pbb Konzerns sind die gewerbliche Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance, REF) und die Öffentliche Investitionsfinanzierung (Public Investment Finance, PIF) mit dem Fokus auf pfandbrieffähiges Geschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Europa. Die wesentlichen Kernmärkte sind Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, die nordischen Ländern, einzelne mittel- und osteuropäischen Länder sowie Spanien. Seit dem zweiten Halbjahr

2016 ist der pbb Konzern im US-amerikanischen Immobilienmarkt tätig. Hier liegt der Fokus auf den Ostküsten-Metropolen New York, Boston und Washington. Im ersten Halbjahr 2018 ist die Eröffnung einer Repräsentanz in New York geplant. Geschäftspotenziale außerhalb der im Fokus stehenden Märkte werden regelmäßig geprüft, ohne den Geschäftsfokus grundsätzlich zu verändern.

Das Kerngeschäft ist das mittel- bis langfristige Kreditgeschäft: Hier nimmt der pbb Konzern eine wichtige Aufgabe bei der Kreditversorgung der Immobilienwirtschaft wahr und unterstützt zudem die öffentliche Hand mit Finanzierungen für Projekte zur Bereitstellung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Der pbb Konzern zielt auf primäres Kundengeschäft ab. Neben klassischen, auf den Kunden zugeschnittenen Finanzierungslösungen bietet der pbb Konzern seinen Kunden Derivateprodukte zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit Kreditgeschäften an. Ein Handelsbuch für Wertpapier- und Derivateportfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht wird nicht geführt.

Im Kreditgeschäft ist der pbb Konzern entweder als alleiniger Kreditgeber aktiv oder arbeitet – insbesondere bei großvolumigen Transaktionen – mit Finanzierungspartnern zusammen. Hier verfügt der pbb Konzern über ein breites Netzwerk aus Bankenpartnern und anderen Partnern, zum Beispiel in den Bereichen Versicherungen oder Private Equity. In diesem sogenannten Konsortialgeschäft übernimmt der pbb Konzern im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit teilweise als Konsortialführer (Arranger) zusätzlich die gesamte Koordination zwischen dem Konsortium und dem Kreditnehmer oder als Agent Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung von Konsortialkrediten.

Darüber hinaus tritt der pbb Konzern als Underwriter auf, indem er Finanzierungen in erster Instanz allein zur Verfügung stellt, um dann Teile dieser Darlehen an Partner im Rahmen von Syndizierungen zu verkaufen.

Im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie ist beabsichtigt, im ersten Halbjahr 2018 die digitale Plattform CAPVERIANT im deutschen Markt einzuführen. CAPVERIANT soll Kreditnehmer und Investoren in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung zusammenführen. Die Plattform zielt vor allem auf die Vermittlung von Budgetfinanzierungen von Gebietskörperschaften, welche aufgrund vergleichsweise geringer Margen in der Regel nicht den Renditeanforderungen des pbb Konzerns entsprechen. Der pbb Konzern tritt aus diesem Grund auch nicht selbst als Kreditgeber auf, sondern als reiner Vermittler. Der pbb Konzern will die digitale Transformation weiter vorantreiben. Vor diesem Hintergrund prüft er Schritte zur Digitalisierung von internen Prozessen und Schnittstellen zu den Kunden sowie weitere digitale Geschäftsmodelle.

Der pbb Konzern hat in den letzten Jahren seine IT-Landschaft überarbeitet und damit deutlich vereinfacht. Auf Basis dieser Modernisierung wird der pbb Konzern zukünftig in bestimmte branchenspezifische Themen wie die Schutzbedarfsanalyse, das Outsourcing und Benutzerberechtigungen investieren.

WETTBEWERBSPOSITION

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung zählt der pbb Konzern in seinen Zielmärkten und Segmenten zu den führenden Anbietern. In seinen Kernmärkten besitzt der pbb Konzern eine starke lokale Präsenz und Know-how über die gesamte Prozesskette hinweg: mit Immobilienexperten, Immobilienrechtsspezialisten und Finanzierungsexperten bis hin zur Betreuung der Kreditengagements. Diese lokale Expertise nutzt der pbb Konzern aktiv, um Kunden auch bei internationalen Transaktionen zu begleiten.

Strategische Portfolios

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung richtet sich das Angebot primär an mittel- bis langfristig orientierte, professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren, wie Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren und Immobilienfonds, sowie insbesondere in Deutschland an mittelständische Unternehmen und regional ausgerichtete Kunden. Der pbb Konzern zielt auf komplexe mittlere bis größere Finanzierungsvolumen ab. Finanzierte Objekte sind hauptsächlich Bürogebäude, wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien, Einzelhandels- und Logistikimmobilien sowie Hotels als Portfoliobeimischung. Der regionale Fokus liegt auf den pfandbrieffähigen Kernmärkten in Europa und den USA. Der pbb Konzern bietet hier sowohl lokale als auch länderübergreifende Finanzierungsexpertise. Der weit überwiegende Teil der ausgereichten Finanzierungen entfällt auf Investitionskredite, also Kredite für den Erwerb oder die Anschlussfinanzierung von Bestandsimmobilien mit bestehenden Cashflows. Finanzierungen von Immobilienentwicklungsmaßnahmen (Developmentfinanzierungen) haben eine deutlich untergeordnete Bedeutung; sie haben überwiegend nicht spekulativen Charakter und umfassen auch das Bauträgergeschäft in Deutschland.

In der Öffentlichen Investitionsfinanzierung finanziert der pbb Konzern mittel- bis langfristige pfandbrieffähige Projekte zur Bereitstellung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen, kommunalem beziehungsweise sozialem Wohnungsbau, Gebäuden der Ver- und Entsorgungswirtschaft, Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Darüber hinaus ist der Konzern in der langfristigen öffentlich garantierten Exportfinanzierung mit Absicherungen durch staatliche Exportkreditversicherer, sogenannte Export Credit Agencies, aktiv. Abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Exportkreditgarantie verbleibt ein Selbstbehalt im Konzern, wobei dieser im Regelfall 10% des Kreditrisikos nicht überschreitet. Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit öffentlicher Gewährleistung gegeben. Der regionale Schwerpunkt im Neugeschäft liegt derzeit primär auf Frankreich; daneben ist der pbb Konzern in weiteren ausgewählten europäischen Regionen tätig.

Ablaufportfolio

Neben den Portfolios der beiden strategischen Geschäftssegmente verfügt der pbb Konzern über ein nicht strategisches Portfolio, das sogenannte Value Portfolio (VP). Hierbei handelt es sich nahezu vollständig um ein Portfolio von nicht konkret zweckgebundenen Finanzierungen an die öffentliche Hand (Budgetfinanzierungen). In diesem Bereich tätigt der pbb Konzern kein Neugeschäft. Lediglich zur Verwaltung der Deckungsstöcke oder der Liquiditätssicherung werden vereinzelt Geschäftsabschlüsse vorgenommen. Das Portfolio ist im Wesentlichen fristenkongruent refinanziert. Es generiert Zinserträge und läuft entsprechend den zugrunde liegenden vertraglichen Fristen ab. Im VP findet sich noch ein Restbestand voll staatsgarantierter strukturierter Produkte mit einem Nominalvolumen von 0,5 Mrd. €. Soweit wirtschaftlich sinnvoll und tragbar, nutzt der pbb Konzern mittels Portfolioverkäufen auch Potenziale für einen schnelleren Abbau.

Refinanzierung

Die Refinanzierung von ausgereichten Krediten erfolgt in hohem Maße fristenkongruent und zu einem großen Teil über den Pfandbriefmarkt; sie wird ergänzt durch ungedeckte Refinanzierung. Emissionen werden regelmäßig sowohl am internationalen Kapitalmarkt im Benchmarkformat als auch in Form von Privatplatzierungen getätigt. Privatplatzierungen gestaltet der pbb Konzern nach den Anforderungen der Investoren als Inhaber- oder Namenspapiere, Laufzeit und Zinsstruktur können hier individuell verhandelt werden. Dem Kreditgeschäft entsprechend werden Emissionen in unterschiedlicher Währung mit Schwerpunkt auf Euro denominated.

Der pbb Konzern begibt Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe und ist, gemessen am ausstehenden Volumen, einer der größten Emittenten von Pfandbriefen. Der Pfandbriefmarkt zeichnet sich durch hohe Liquidität und eine breite Investorenbasis aus. Nach dem Markt für Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand ist er der zweitgrößte Markt für festverzinsliche Wertpapiere in Deutschland. Die ungedeckte Refinanzierung erfolgt hauptsächlich über Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen.

Investoren in Schuldtitel sind Banken, Fonds, Versicherungen, Zentralbanken und Staatsfonds.

Seit März 2013 betreibt der pbb Konzern ergänzend das Einlagengeschäft mit Privatanlegern in Deutschland. Über die Onlineplattform www.pbbdirekt.com werden Tages- und Festgeldanlagen mit verschiedenen Laufzeiten in Euro und US-Dollar angeboten. Seit August 2017 bietet der pbb Konzern ausgewählte Festgeldanlagen auch auf einer externen Plattform eines Drittanbieters an, die es Kunden ausgewählter anderer Banken ermöglicht, schnell und einfach Festgelder bei der pbb direkt anzulegen, ohne dafür eine Kontoverbindung eröffnen zu müssen.

STRATEGISCHE AUSRICHTUNG

Die Geschäftsstrategie des pbb Konzerns ist auf nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet. Entscheidend für den Geschäftserfolg sind hierbei einerseits die Einschätzung und angemessene Bepreisung des Risikos im Kreditgeschäft und andererseits der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten mit adäquaten Konditionen. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Management des Bestandsportfolios mit dem Ziel, sich verändernde Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen abzumildern.

Der Vorstand hat sich für das Geschäftsjahr 2018 zum Ziel gesetzt, die Ertragskraft des pbb Konzerns zu festigen. Neben dem Ausbau der Vertriebsaktivitäten im US-amerikanischen Immobilienfinanzierungsmarkt durch Eröffnung einer Repräsentanz in New York verfolgt der pbb Konzern verschiedene Initiativen mit dem Ziel, die Wertschöpfungskette und die Kundengruppen auszuweiten. Im Rahmen der Überarbeitung der Strategie für den Bereich ECA Finance erfolgte eine Öffnung des Geschäftsfeldes im Hinblick auf Sektoren sowie neue Exportkreditversicherer. Zudem will der pbb Konzern auch 2018 die Initiativen weiter vorantreiben. Insbesondere im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie will er seine digitale Plattform CAPVERIANT zunächst in Deutschland einführen und in der Folge regional auf Frankreich ausweiten sowie das Leistungsangebot ausbauen. Darüber hinaus wird der pbb Konzern weitere Möglichkeiten zur Digitalisierung seines Geschäfts prüfen, insbesondere auch im Bereich der Immobilienfinanzierung. Außerdem prüft der pbb Konzern regelmäßig Möglichkeiten zur Steigerung der Prozess- und Kosteneffizienz.

STEUERUNGSSYSTEM

Das Steuerungssystem des pbb Konzerns ist darauf ausgerichtet, den Wert des Konzerns unter Berücksichtigung von Risikogesichtspunkten und regulatorischen Vorgaben nachhaltig zu steigern. Wesentliches Kriterium ist hierbei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rendite und Risiko. Die eingegangenen Risiken sollen mit externen und internen Risikotragfähigkeitsrichtlinien vereinbar sein und dabei soll eine angemessene Rendite auf das eingesetzte Kapital erwirtschaftet werden.

Im pbb Konzern basieren die Steuerung und die Messung auf einem konsistenten und integrierten Kennzahlensystem, welches das Management bei der Führung des Konzerns unterstützt. Das Kennzahlensystem setzt sich aus den Dimensionen Profitabilität, Wachstum in den strategischen Portfolios der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung sowie Risikobegrenzung und Kapital des Konzerns zusammen. Regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche mit entsprechenden Analysen zeigen dem Management die Ursachen für Abweichungen bei den zentralen Kennzahlen auf. Ferner werden aktuelle Marktentwicklungen, wie zum Beispiel die

Veränderung des Zinsniveaus, dargestellt. Neben der strategischen Gesamtbankplanung gewähren regelmäßige Mittelfristhochrechnungen der Profitabilitätskennzahlen und (Stress-)Szenariorechnungen dem Management einen umfassenden Blick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung des Konzerns. Das Steuerungssystem hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden nicht explizit gesteuert. Es wurden die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren definiert:

- > Eine zentrale Kennzahl für die Profitabilität ist die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern, bei der das IFRS-Ergebnis nach Steuern durch das durchschnittlich im Geschäftsjahr zur Verfügung stehende IFRS-Eigenkapital ohne Neubewertungsrücklage geteilt wird. Das Ergebnis vor Steuern ist ein weiterer finanzieller Leistungsindikator und soll sowohl durch eine Erhöhung der Erträge als auch durch eine strikte Kostendisziplin gesteigert werden. Die Kostendisziplin und die Effizienz werden mittels der Cost-Income-Ratio, dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu operativen Erträgen, überwacht.
- > Das Nominalvolumen der Finanzierungen in den strategischen Segmenten Real Estate Finance (REF) und Public Investment Finance (PIF) ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf die zukünftige Ertragskraft. Das Finanzierungsvolumen kann vor allem durch die Neugeschäftshöhe (inklusive Prolongationen mit Laufzeit über einem Jahr) gesteuert werden, die ebenfalls einen finanziellen Leistungsindikator darstellt. Die Neugeschäftssteuerung und -vorkalkulation erfolgt dabei in einem barwertigen Ansatz.
- > Die Risikosteuerung innerhalb der Säule II basiert auf zwei Risikotragfähigkeitsansätzen, dem Going-Concern-Ansatz und dem Gone-Concern-Ansatz. Eine Steuerung nach dem Going-Concern-Ansatz soll sicherstellen, dass der pbb Konzern auch nach einem adversen ökonomischen Szenario, welches in seiner Schwere höchstens einmal in 20 Jahren auftritt, die aufsichtlich geforderten Mindestkapitalquoten einhält. Der Gone-Concern-Ansatz hingegen stellt darauf ab, dass der pbb Konzern auch im Falle von extremen Verlustereignissen in einem theoretischen Liquidationsszenario seine nicht nachrangigen Schuldtitel vollständig bedienen kann. Voraussetzung für den Nachweis der Risikotragfähigkeit in den beiden Ansätzen ist, dass die Risikodeckungsmassen das erforderliche ökonomische Risikokapital übersteigen. Die Methoden und Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsanalyse sind detailliert im Risiko- und Chancenbericht beschrieben.
- > Die CET1 Ratio als zentrale Steuerungsgröße wird regelmäßig ermittelt, indem das Common Equity Tier 1 (CET1) durch die risikogewichteten Aktiva (RWA) geteilt wird. Für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung wird der Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für alle wesentlichen Portfolios angewendet.

NICHTFINANZIELLE ERKLÄRUNG

Unternehmen tragen für ihr Handeln Verantwortung gegenüber dem Umfeld, in dem sie agieren. Leitgedanke bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung ist im pbb Konzern das Prinzip der Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der Folgen für alle Stakeholder des Unternehmens sowie für die Umwelt.

Der pbb Konzern ist davon überzeugt, dass nachhaltige und verantwortungsbewusste Geschäftspraktiken eine notwendige Bedingung für die Zukunftssicherung und Wertsteigerung des Unternehmens sind.

In seinem gesonderten zusammengefassten Nichtfinanziellen Bericht (siehe Kapitel „Nichtfinanzieller Bericht“) gemäß § 315b und § 289b HGB, welcher nicht Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist, geht der pbb Konzern näher auf die für das Unternehmen als wesentlich identifizierten Nachhaltigkeitsthemen und -aspekte ein. Dieser wurde im Einklang mit den Anforderungen des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes erstellt und wird darüber hinaus im Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Nichtfinanzielle Bericht wurde vom Abschlussprüfer nicht geprüft, jedoch von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer Überprüfung mit begrenzter Sicherheit nach ISAE 3000 unterzogen.

Wirtschaftsbericht

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das globale Wirtschaftswachstum hat im Jahresverlauf 2017 deutlich Fahrt aufgenommen, nachdem im Vorjahr noch mit einem Zuwachs von 3,2% das schwächste Wachstum seit der globalen Finanzkrise zu verzeichnen war. Der internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seinem Oktober 2017 Ausblick, dass das Welt-BIP um 3,6% gegenüber 2016 zugelegt hat. Bemerkenswert ist nicht nur die Breite des Aufschwungs, sondern auch die Tatsache, dass zum ersten Mal seit Langem die Institute wie der IWF oder die Europäische Kommission ihre zu Jahresbeginn gemachten Prognosen nach oben korrigieren mussten. Die Säulen des Aufschwungs waren zunehmende Investitionen und der wiederauflebende Welthandel, die von dem freundlichen Finanzmarktumfeld, expansiver Geldpolitik und wachsender Zuversicht bei Unternehmen und Konsumenten unterstützt wurden.

Die Industrieländer, so der IWF, wuchsen im Jahr 2017 voraussichtlich mit einer Rate von 2,2%, ein Plus von 0,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Der Unternehmenssektor entwickelte sich sehr dynamisch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kapazitätsauslastung, niedriger Finanzierungskosten und eines verbesserten Geschäftsklimas. Dies zeigte sich auch am Arbeitsmarkt, wo die Arbeitslosenrate auf ein 10-Jahres-Tief sank. Dies, zusammen mit moderaten Lohnzuwächsen, unterstützte den privaten Konsum. Ungeachtet der wirtschaftlichen Dynamik blieb der Preisanstieg in der überwiegenden Zahl der Industrieländer verhalten.

Innerhalb der Gruppe der Industrieländer war insbesondere die Wachstumsbeschleunigung in der Eurozone beachtlich. 2017 erhöhte sich gemäß der Herbstprognose der Europäischen Kommission das reale BIP voraussichtlich um 2,2%. Dies stellt den höchsten Wert seit zehn Jahren dar. Für Deutschland wird ebenfalls mit einer Ausdehnung der Wirtschaftsleistung um 2,2% gerechnet. Das Ausmaß der Dynamik zeigt sich am ifo Geschäftsklimaindex, der im vierten Quartal 2017 auf dem höchsten Wert seit der Wiedervereinigung notierte, während die Arbeitslosenrate auf den tiefsten Stand seit 1991 gefallen war. Frankreich wächst solide mit 1,6%. Dies ist eine markante Verbesserung nach dem schwachen Vorjahreswert von 1,2%. Italien, das im Vorjahr noch das zweitschwächste Wachstum der Eurozone aufwies, verbesserte sich um 0,6 Prozentpunkte auf ein Realwachstum von 1,5%. Für Spanien wird mit einem Plus von 3,1% im Jahr 2017 das dritte Mal in Folge ein Wachstum von über 3% vorhergesagt.

Die für den pbb Konzern im Fokus stehenden Kernmärkte in Nord- und Osteuropa sowie Nordamerika entwickeln sich den Vorhersagen zufolge ebenfalls solide. In Schweden beträgt der erwartete Zuwachs 3,2%, fast auf Höhe der starken Vorjahresrate von 3,3%. Die USA expandieren mit 2,2%, unterstützt von einem starken Arbeitsmarkt und langjährigen Höchstständen bei Unternehmens- und Verbrauchervertrauen. Dies stellt eine deutliche Beschleunigung gegenüber 2016 dar, als die amerikanische Volkswirtschaft nur um 1,5% zulegen konnte.

Das Vereinigte Königreich, das sich im Juni 2016 in einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) entschieden hatte und im März 2017 offiziell die zweijährige Austrittsphase einläutete, hat sich 2017 besser entwickelt, als nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses befürchtet worden war. Der Außenhandel profitierte von der markanten Abwertung des britischen Pfunds. Dieses hatte gegenüber dem Euro seit Juni 2016 um fast 14% abgewertet. In Summe kam es daher nur zu einer moderaten Abkühlung gegenüber 2016 um lediglich 0,3 Prozentpunkte auf 1,5%.

Die europäische und die amerikanische Zentralbank nahmen die robuste wirtschaftliche Entwicklung zum Anlass, das Ausmaß ihrer geldpolitischen Unterstützung etwas zu verringern. Die EZB entschied im Dezember 2016, ihr monatliches Staatsanleihen-Kaufprogramm für zwölf Monate zu verlängern, kündigte aber gleichzeitig an, den Umfang um 20 Mrd. € ab April 2017 auf 60 Mrd. € zu reduzieren. Im Oktober 2017 folgte dann die Ankündigung, das Programm erneut um neun Monate zu verlängern und ab Januar 2018 nur noch 30 Mrd. € pro Monat kaufen zu wollen. Die FED erhöhte ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 125 Basispunkte auf 1,5% und begann ab Oktober 2017 damit, ihre Notenbankbilanz schrittweise zu verringern. Die Bank of England erhöhte im November zum ersten Mal in zehn Jahren ihren Leitzins. Mit der Anhebung von einem Viertelprozentpunkt auf 0,5% hofft die Notenbank, der im vierten Quartal 2017 in der Spitze auf 3,1% gestiegenen Inflation zu begegnen.

Trotz der etwas weniger expansiven Geldpolitik blieben 2017 die Zinsen sowohl in den USA als auch in der Eurozone vergleichsweise niedrig und nahe ihren historischen Tiefstständen. Dies reflektiert die moderate Entwicklung der Inflation und die Erwartung strukturell niedriger Realzinsen. Hinzu kam vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds und der geringen Finanzmarktvolatilität die Suche der Investoren nach Rendite. Dies sorgte dafür, dass auch europäische Staaten mit ungünstigerer Bonitätsbeurteilung in den Genuss deutlich niedrigerer Zinsen kamen. Die Kehrseite dieses Umfelds besteht allerdings in vielen Ländern in einer hohen und zunehmenden Verschuldung von Unternehmen und Haushalten.

An den Währungsmärkten überraschte die europäische Einheitswährung mit einem Zuwachs von über 14% gegenüber dem US-Dollar. Hierzu hat maßgeblich das Abnehmen politischer Unsicherheit in der Eurozone beigetragen. Diese ist historisch betrachtet nach wie hoch, doch der Wahlerfolg gemäßiger Kräfte gegenüber populistischen Herausforderern in Frankreich und den Niederlanden hat zu einer positiveren Sicht auf Europa geführt. Das britische Pfund verlor gegenüber dem Euro 4,1% im Jahresverlauf 2017. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs von März bis Dezember weitgehend auf der Stelle traten und erst der EU-Gipfel am 15. Dezember 2017 ausreichenden Verhandlungsfortschritt feststellte und den Weg für die Aushandlung eines Übergangsabkommens freimachte.

Quellen: Bloomberg, Europäische Kommission, EZB, IWF, Weltbank

BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Gesamtsituation der Bankbranche

Der europäische Bankensektor hat seine Kapitalposition im Jahr 2017 weiter verbessert. Gleichzeitig sank der Bestand der Problemkredite mit 4,2% des Gesamtbestands im dritten Quartal 2017 auf den tiefsten Stand seit dem vierten Quartal 2014. Sorgen bereitet allerdings vielen Bankhäusern nach wie vor das operative Umfeld. Die Rentabilität leidet unter dem intensiven Wettbewerb, insbesondere in Ländern mit hoher Bankendichte. Hinzu kommen magere Zinserträge aufgrund des Niedrigzinsumfelds und die Kosten der Regulierung.

An den Finanzmärkten hat sich im Jahresverlauf 2017 die Einschätzung gegenüber dem Bankensektor etwas aufgehellt. Dies zeigen die rückläufige Entwicklung der Kreditausfallrisiken, der positive Ratingtrend sowie die relative Outperformance europäischer Bankaktien gegenüber dem Gesamtmarkt.

Quellen: Bloomberg, EZB

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

In Kombination mit dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der Investorensuche nach Rendite war das Aktivitätsniveau auf den gewerblichen Immobilienmärkten weiterhin sehr hoch. Die hohe Liquidität insbesondere von professionellen Immobilieninvestoren, Kapitalsammelstellen, Versicherern und anderen institutionellen Anlegern sorgte dafür, dass die Transaktionsvolumina auch 2017 wieder weit über den langfristigen Durchschnittswerten lagen.

Allein der deutsche Investitionsmarkt für Gewerbeimmobilien steuerte mit einem Volumen von rund 57 Mrd. € (2016: 53 Mrd. €), trotz Angebotsknappheit in einzelnen Marktsegmenten, auf eines der besten Jahre seit Ausbruch der Finanzkrise zu, im Vergleich beispielsweise zum durchschnittlichen Transaktionsvolumen der Jahre 2007 bis 2016, das bei nur 33 Mrd. € liegt. Rückläufige Renditen, insbesondere in den deutschen Metropolen („Top 7“), haben sich insgesamt 2017 ebenfalls weiter fortgesetzt. Beispielsweise ging die Spitzenrendite im Immobiliensegment Büro bei den „Top 7“ zum 31. Dezember 2017 auf 3,27 % zurück (31. Dezember 2016: 3,56 %).

Global lag das Investmentvolumen 2017 leicht über dem Niveau des Vorjahres und damit weit über den langfristigen Durchschnittswerten. Während Europa insgesamt durch zweistellige Wachstumsraten auffiel, waren insbesondere in den USA die Volumina im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig (Stand: 31. Dezember 2017, JLL Global Market Perspective).

Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Ländern Europas äußerst heterogen; während sich Deutschland wie oben erwähnt oder die Tschechische Republik beziehungsweise Finnland sehr positiv entwickelt haben, wurde in Frankreich und Schweden ein sehr deutlicher Rückgang beim Investitionsvolumen 2017 verzeichnet.

Grundsätzlich blieb die Anlagestrategie vieler Investoren unverändert und resultierte in Preissteigerungen bei den etablierten Lagen und Objektarten. Allerdings ist auf der Suche nach attraktiven Alternativen, die höhere Renditen erwarten lassen, ebenfalls eine deutlich steigende Nachfrage nach Objekten abseits der etablierten Lagen und Nutzungen zu beobachten gewesen. In diesem Zusammenhang war europaweit eine deutlich steigende Nachfrage der Investoren bei Projektentwicklungen erkennbar.

Die hohe Immobiliennachfrage wirkte sich positiv auf das Neugeschäft der finanzierenden Banken und Nichtbanken aus. Allerdings war der Wettbewerbsdruck auf Margen und Kreditbedingungen unverändert hoch, wenngleich sich die Margen leicht stabilisieren konnten. Auffallend war der anhaltend hohe Grad an (vorzeitigen) Kreditrückführungen bei Bestandsfinanzierungen bei nahezu allen Wettbewerbern in Kombination mit hohen neuen Immobilienkreditzusagen.

Quellen: Research von Jones Lang Lasalle, BNP Paribas Real Estate, CBRE, Verband deutscher Pfandbriefbanken

Öffentliche Investitionsfinanzierung

Der Markt für Öffentliche Investitionsfinanzierung ist groß. Erhebliche Investitionen werden in der öffentlichen Statistik nicht ausgewiesen, aber in öffentlich kontrollierten Sektoren getätigt. Der fallende Trend in den meisten europäischen Ländern besteht jedoch weiterhin. Außerdem haben verschiedene politische Entwicklungen zu einer gewissen Zurückhaltung bei den ausländischen Investoren geführt, so zum Beispiel im zweiten Halbjahr 2017 die Geschehnisse in Katalonien und deren mögliche Auswirkungen auf Spanien. Sinkende Margen und steigende Staatsanleihen führen zu geringeren Spreads und somit zu einer gewissen Zurückhaltung bei institutionellen Investoren.

Value Portfolio

Das nicht strategische Geschäftssegment Value Portfolio (VP) enthält nahezu vollständig öffentliche Budgetfinanzierungen. Im Jahr 2017 konnten fast alle europäischen Länder eine Stabilisierung oder positive Credit-Spread-Entwicklung verzeichnen. Vor allem die Entwicklung der Peripherie wie Spanien, Italien und Portugal ist hervorzuheben.

Refinanzierungsmärkte

Auch 2017 waren die Kapitalmärkte hauptsächlich von der Geldpolitik der Zentralbanken geprägt. Auf politische Unsicherheiten und regulatorische Ungewissheiten reagierten die Märkte ausgesprochen gelassen. Vor dem Hintergrund einer positiven US-Konjunktur kündigte die amerikanische Notenbank die schrittweise Reduzierung ihrer in den Jahren nach der Finanzkrise stark angewachsenen Bilanz an. Weiterhin erhöhte sie – trotz immer noch niedriger Inflation – graduell die Zinsen, zuletzt wurde der Leitzins im Dezember 2017 auf 1,25% bis 1,50% angehoben. Als Reaktion auf die seit der Brexit-Entscheidung stark gestiegene Inflation im Vereinigten Königreich erhöhte die Bank of England (BoE) im November 2017 den Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,5%. Wie von der Mehrzahl der Marktteilnehmer erwartet, kündigte die Europäische Zentralbank (EZB) im Oktober 2017 den schrittweisen Rückzug aus dem Anleihekaufprogramm an. Von Januar 2018 an wird das monatliche Ankaufvolumen für weitere neun Monate auf 30 Mrd. € halbiert. Die Ankündigung, die Anleihekäufe zu reduzieren, führte bisher nicht zu einer Ausweitung der Refinanzierungsspreads, bei einigen Assetklassen gab es eine Spreadeinengung. Die Inflationsrate im Euroraum lag auch 2017 deutlich unter dem Ziel der EZB von knapp 2%. Erwartungsgemäß gab es keine Veränderung bei den Leitzinsen. Der aktuelle Satz der Einlagenfazilität der EZB liegt seit März 2016 bei –0,40%.

Am 25. Oktober 2017 haben sich die EU-Institutionen auf die Harmonisierung der europäischen Insolvenzrichtlinie geeinigt. Die Einigung sieht die explizite Schaffung einer neuen Kategorie unbesicherter Schuldverschreibungen in der Insolvenzrangfolge vor (Trennung in eine „Preferred“ Kategorie und eine „Non-preferred“ Kategorie). Die Umsetzung in nationales Recht soll in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bis Ende 2018 abgeschlossen sein.

GESCHÄFTSVERLAUF

Der pbb Konzern blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück. Mit einem Ergebnis vor Steuern von 204 Mio. € wurde die am Jahresanfang 2017 getroffene Prognose von 150 Mio. € bis 170 Mio. € deutlich und die am 2. November 2017 angehobene Prognose von 195 Mio. € bis 200 Mio. € leicht übertroffen. Treiber des guten Ergebnisses waren vor allem die positive Entwicklung des für den pbb Konzern wichtigen Zinsüberschusses sowie die unter der Erwartung liegende Kreditrisikovorsorge. Der pbb Konzern hat die angehobene Prognose leicht übertroffen, da im Dezember 2017 ein nicht antizipierter positiver Ergebnisbeitrag aus einem Spruchverfahren resultierte.

Die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern und die Cost-Income-Ratio wurden 2016 durch den Sondereffekt aus der Zuschreibung von Wertkorrekturen im Zusammenhang mit der Heta Asset Resolution AG (Heta) begünstigt. Vor diesem Hintergrund wurde für 2017 mit einem deutlichen Rückgang der Eigenkapitalrentabilität nach Steuern (2016: 7,3%) und mit einem deutlichen Anstieg der Cost-Income-Ratio (2016: 39,0%) gerechnet. Im Jahr 2017 lag die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern mit 6,5% erwartungsgemäß deutlich unter dem Vorjahreswert und die Cost-Income-Ratio mit 50,9% deutlich über dem Wert von 2016. Ohne Berücksichtigung des Sondereffekts aus der Zuschreibung von Wertkorrekturen im Zusammenhang mit der Heta wären die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern deutlich und die Cost-Income-Ratio leicht besser als im Vorjahr gewesen.

Das Neugeschäftsvolumen (einschließlich Prolongationen um mehr als ein Jahr) lag mit 11,6 Mrd. € innerhalb der angestrebten Bandbreite zwischen 10,5 Mrd. € und 12,5 Mrd. €. Für das strategische Finanzierungsvolumen wurde am Jahresanfang eine deutliche Steigerung bis Ende 2017 geplant (31. Dezember 2016: 31,5 Mrd. €). Zur Jahresmitte hatte der pbb Konzern diese Prognose angepasst. Vor dem Hintergrund der in der ersten Jahreshälfte 2017 über der Planung liegenden Rückzahlungen und eines unter der Planung liegenden ausbezahlten Kreditzusagevolumens wurde ein nunmehr moderates Portfoliowachstum angestrebt. Das strategische Finanzierungsvolumen lag mit 31,9 Mrd. € zum Bilanzstichtag leicht über dem Vorjahreswert und erreichte die im Zwischenbericht zum 30. Juni 2017 adjustierte Vorhersage.

Bezüglich der Risikotragfähigkeit traten die am Jahresanfang 2017 getroffenen Prognosen ein. Aus der Going-Concern-Perspektive überstieg die nach Einhaltung der aufsichtlich geforderten Mindestquoten noch zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse den ökonomischen Kapitalbedarf und aus der Gone-Concern-Perspektive übertraf das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital den ökonomischen Kapitalbedarf.

Zum 31. Dezember 2017 belief sich die CET1 Ratio¹ auf 17,7% und lag, wie prognostiziert, deutlich über der seit Anfang 2017 einzuhaltenden SREP-Quote von 9,0% zuzüglich des länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffers, der zum 31. Dezember 2017 0,11% betrug.

¹ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 abzüglich der vorgeschlagenen Dividende (vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung).

ERTRAGSLAGE

Konzern Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern)

Der pbb Konzern erzielte im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 204 Mio. €. Dieser Wert lag unter dem Vorjahresbetrag von 301 Mio. €, der allerdings durch einen Sondereffekt in Höhe von 132 Mio. € aus der Zuschreibung von Wertkorrekturen im Zusammenhang mit der Heta Asset Resolution AG (Heta) begünstigt war (davon 123 Mio. € im Finanzanlageergebnis und 9 Mio. € in der Kreditrisikovorsorge). Ohne Berücksichtigung dieses Sondereffekts übertrifft das Vorsteuerergebnis 2017 den bereinigten Vorjahreswert von 169 Mio. € deutlich. Positiv wirkte sich insbesondere die gute Entwicklung des Zinsüberschusses aus. Das Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

pbb Konzern		2017	2016	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	424	508	-84
Zins- und Provisionsüberschuss	in Mio. €	443	412	31
Zinsüberschuss	in Mio. €	435	404	31
Provisionsüberschuss	in Mio. €	8	8	-
Handelsergebnis	in Mio. €	-5	-6	1
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	-4	125	-129
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	-1	6	-7
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-9	-29	20
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	-6	-1	-5
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	-216	-198	-18
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	2	-8	10
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	204	301	-97
Ertragsteuern	in Mio. €	-22	-104	82
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	182	197	-15
Kennziffern				
Ergebnis je Aktie (unverwässert und verwässert)	in €	1,35	1,46	
Cost-Income-Ratio	in %	50,9	39,0	
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	in %	7,3	11,1	
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	in %	6,5	7,3	

Operative Erträge

Der Zinsüberschuss wurde auf 435 Mio. € gesteigert (2016: 404 Mio. €). Der laufende Zinsüberschuss erhöhte sich aufgrund niedrigerer Zinsaufwendungen aus Fälligkeiten höherverzinslicher Verbindlichkeiten und aus der leicht gestiegenen Durchschnittsmarge des Gesamtportfolios. Das durchschnittliche Finanzierungsvolumen der beiden strategischen Segmente Real Estate Finance und Public Investment Finance stieg auf 31,8 Mrd. € (2016: 31,3 Mrd. €), während das durchschnittliche Finanzierungsvolumen des nicht strategischen Value Portfolios strategiekonform weiter abschnitzte (14,8 Mrd. €; 2016: 17,3 Mrd. €). Nicht wiederkehrende Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen und aus der Rücknahme von Verbindlichkeiten lagen unter dem Vorjahreswert (31 Mio. €; 2016: 52 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss aus nicht abzugrenzenden Gebühren belief sich mit 8 Mio. € auf Vorjahreshöhe (2016: 8 Mio. €).

Das Handelsergebnis betrug –5 Mio. € (2016: –6 Mio. €). Erträge entstanden aus der Bewertung des Ausfallrisikos der pbb und ihrer Derivatekontrahenten in Höhe von 6 Mio. € (2016: Aufwand von 3 Mio. €) sowie aus zins- und währungsinduzierten Bewertungseffekten von Derivaten (1 Mio. €; 2016: 13 Mio. €). Diesen standen Aufwendungen aus dem Pull-to-Par-Effekt (Bewegung des Derivatemarktwerts über die Laufzeit hin zu null bei Fälligkeit) in Höhe von 12 Mio. € (2016: 13 Mio. €) gegenüber. Im Vorjahr resultierten Aufwendungen von 2 Mio. € aus der Erweiterung der Derivatebewertung um das Funding Value Adjustment und Aufwendungen von 1 Mio. € aus Änderungen von Schätzungen, die für die Ableitung des bilateralen Credit Value Adjustment bestimmter Derivatekontrahenten herangezogen werden.

Das negative Finanzanlageergebnis (–4 Mio. €; 2016: 125 Mio. €) resultierte überwiegend aus Nettozuführungen portfoliobasierter Wertberichtigungen infolge veränderter Risikobewertungen südeuropäischer Regionen. Weitere Aufwendungen aus der Entkonsolidierung einer Tochtergesellschaft in Spanien von 1 Mio. € und Erträge aus Wertpapierverkäufen (1 Mio. €) glichen sich aus. Im Vorjahreszeitraum wurden Erträge in Höhe von 123 Mio. € durch den Heta-Sondereffekt generiert.

Ein Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (–1 Mio. €; 2016: 6 Mio. €) entfiel auf Hedge-Ineffizienzen von Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite von 80 % bis 125 %.

Der Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen (–9 Mio. €; 2016: –29 Mio. €) enthielt Aufwendungen aus der Bankenabgabe, die sich unter Berücksichtigung einer 15-prozentigen Sicherheitenstellung auf 19 Mio. € (2016: 21 Mio. €) beliefen. Effekte aus verschiedenen sonstigen Sachverhalten beliefen sich insgesamt auf 10 Mio. €: Erträge aus dem Abgang von Vermögenswerten des nicht strategischen Value Portfolios, aus einem Schlichtungsverfahren und aus Umsatzsteuererstattungen übertrafen Aufwendungen aus der Nettozuführung von Rückstellungen (für Rechtsrisiken und Prozesskosten).

Kreditrisikovorsorge

Die Kreditrisikovorsorge belief sich auf –6 Mio. € (2016: –1 Mio. €). Auch wenn die Kreditrisikovorsorge den Vorjahreswert deutlich überstieg, lag sie im Hinblick auf das Gesamtportfolio und auf die Standardrisikokosten weiterhin unter den Erwartungen. Die Einzelwertberichtigungen für wenige Engagements des Segments Real Estate Finance wurden saldiert um 3 Mio. € erhöht. Insbesondere aufgrund der geänderten Risikoeinschätzung einer südeuropäischen Region wurden den portfoliobasierten Wertberichtigungen netto 4 Mio. € zugeführt. Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen führten zu Erträgen von 1 Mio. €. Im Vorjahr ergaben sich bei den Einzelwertberichtigungen Nettoauflösungen von 6 Mio. €, bei den portfoliobasierten Wertberichtigungen Nettozuführungen von 12 Mio. €, Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen von 4 Mio. € sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen in Höhe von 1 Mio. €.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 216 Mio. € (2016: 198 Mio. €). Nachdem der Personalaufwand in der Vorjahresperiode durch den Verbrauch von in Vorperioden gebildeten Rückstellungen begünstigt war, lag er – bei einer rückläufigen Mitarbeiterzahl – nunmehr auf einem normalisierten Niveau. Der Sachaufwand war im Berichtsjahr auf Vorjahresniveau und enthielt Aufwendungen für ein bankweites Projekt zur weiteren Optimierung der Finance-und-Risk-IT-Zielarchitektur. In diesem Projekt werden unter anderem die Umsetzung von Anforderungen wie IFRS 9 und regulatorischer Neuerungen sowie die Anpassung der IT-Systeme und der Prozesse im Abschlusserstellungsprozess zusammengefasst. Darüber hinaus enthielt der Sachaufwand Anlaufkosten für den Aufbau eines Portals für öffentliche Finanzierungen in der CAPVERIANT GmbH und für die geplante Eröffnung einer Repräsentanz in New York im Jahr 2018.

Saldo übrige Erträge/Aufwendungen

Der Saldo übrige Erträge/Aufwendungen von 2 Mio. € (2016: –8 Mio. €) resultierte aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen.

Ertragsteuern

Ein Aufwand aus tatsächlichen Steuern in Höhe von 39 Mio. € (2016: 59 Mio. €) und ein Ertrag aus latenten Steuern von 17 Mio. € (2016: Aufwand von 45 Mio. €) ergaben einen Gesamtsteueraufwand von 22 Mio. € (2016: 104 Mio. €). Der tatsächliche Steueraufwand für das Inland von 32 Mio. € (2016: 36 Mio. €) entfiel vollständig (2016: 27 Mio. €) auf das laufende Jahr; 2016 entfielen 9 Mio. € auf Vorjahre. Für das Ausland ergab sich ein tatsächlicher Steueraufwand von 7 Mio. € (2016: 23 Mio. €), der mit einem Steueraufwand von 16 Mio. € (2016: 16 Mio. €) auf das laufende Geschäftsjahr und mit einem Steuerertrag von 9 Mio. € (2016: Aufwand von 7 Mio. €) auf Vorjahre entfiel. Der latente Steuerertrag von 17 Mio. € (2016: Aufwand von 45 Mio. €) resultierte zum einen aus einem latenten Steuerertrag von 15 Mio. € (2016: Aufwand von 20 Mio. €) aus der Veränderung temporärer Differenzen. Zum anderen ergab sich ein latenter Steuerertrag aus der Erhöhung der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 2 Mio. € (2016: Aufwand von 25 Mio. €).

Geschäftssegmente

Die Segmentberichterstattung zeigt die Ergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung. Da der pbb Konzern in den Segmenten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen.

Der Zinsüberschuss ermittelt sich als vereinnahmter Kundenzinssatz abzüglich der zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses gültigen fristenkongruenten Refinanzierungssätze. Die benötigten Inputparameter werden zum Zeitpunkt des Neugeschäftsabschlusses im Rahmen der Einzelgeschäftskalkulation bestimmt. Darüber hinaus erfolgen auf Segmentebene die Verrechnung der Erträge aus der Eigenmittelanlage und der kalkulatorischen Kosten für die Bevorratung von Liquidität nach Liquiditätsinanspruchnahme.

Erträge oder Aufwendungen, die nicht eindeutig dem einzelnen Segment zugeordnet werden können (insbesondere das Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten der Liquiditätssteuerung, aus Vorfälligkeitsentschädigungen, aus marktinduzierten Effekten im Handelsergebnis, aus Sicherungszusammenhängen und aus der Bankenabgabe), werden auf die Geschäftssegmente allokiert. Die Allokation erfolgt in der Regel proportional zum Finanzierungsvolumen.

Bei der Verteilung des Verwaltungsaufwands auf die Geschäftssegmente wird zwischen direkt zurechenbaren und nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen unterschieden. Direkt zuordenbare Aufwendungen (zum Beispiel der Vertriebseinheiten) lassen sich mittels der Kostenstelle eindeutig den Segmenten zuordnen. Die nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen (zum Beispiel der Zentralbereiche) werden über wohldefinierte Allokationsschlüssel je Kostenstelle auf die Segmente verteilt.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA) der Segmente ermitteln sich gemäß der Zuordnung auf Einzelgeschäftsbasis (zum Beispiel Kreditrisiko) und gemäß allokierten Risikoarten (zum Beispiel operationelle Risiken). Die nicht direkt zurechenbaren Risikoarten werden nach wohldefinierten Schlüsseln den Segmenten zugeordnet. Der aus der Harmonisierung der Risikomodelle resultierende RWA-Anstieg im Jahr 2017 entfiel vollständig auf das Segment REF.

Die Allokation des Eigenkapitals (ohne Neubewertungsrücklage) erfolgt proportional zur Verteilung des diversifizierten ökonomischen Kapitals im Gone-Concern-Ansatz in der Risikosteuerung.

Real Estate Finance (REF)

Das Geschäftssegment REF umfasst sämtliche strategischen gewerblichen Immobilienfinanzierungen des pbb Konzerns. Das Neugeschäftsvolumen (inklusive Prolongationen mit Laufzeiten von über einem Jahr) überstieg mit 10,7 Mrd. € deutlich die Vorjahreshöhe (9,5 Mrd. €), während die Nettomarge leicht rückläufig war. Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf 160 Mio. € (2016: 146 Mio. €). Wie am Jahresanfang 2017 prognostiziert entfiel damit das Gesamtergebnis überwiegend auf das Segment REF.

Real Estate Finance		2017	2016	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	337	306	31
Zins- und Provisionsüberschuss	in Mio. €	359	330	29
Zinsüberschuss	in Mio. €	350	321	29
Provisionsüberschuss	in Mio. €	9	9	–
Handelsergebnis	in Mio. €	–	–2	2
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	–1	3	–4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	–1	3	–4
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	–20	–28	8
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	–7	2	–9
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	–172	–156	–16
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	2	–6	8
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	160	146	14
Kennziffer				
Cost-Income-Ratio	in %	51,0	51,0	
Bilanzbezogene Zahlen				
Finanzierungsvolumen	in Mrd. €	24,9	24,1	
Risikogewichtete Aktiva ¹⁾	in Mrd. €	8,3	6,4	
Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage)	in Mrd. €	0,7	0,6	

¹⁾ Inklusive gewichteter Adressenausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5.

Operative Erträge Der Zinsüberschuss lag mit 350 Mio. € über dem Vorjahreswert von 321 Mio. €. Zu dieser positiven Entwicklung trugen rückläufige Zinsaufwendungen bei, die aus Fälligkeiten höherverzinslicher Verbindlichkeiten resultierten. Weiterhin konnte das durchschnittliche Finanzierungsvolumen auf 24,4 Mrd. € gesteigert werden (2016: 24,0 Mrd. €). Dagegen waren die allokierten Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen rückläufig (15 Mio. €; 2016: 20 Mio. €). Der Provisionsüberschuss (9 Mio. €; 2016: 9 Mio. €) resultierte aus nicht abzugrenzenden Gebühren. Das Handelsergebnis war ausgeglichen (2016: –2 Mio. €). Das Finanzanlageergebnis (–1 Mio. €; 2016: 3 Mio. €) resultierte aus der Entkonsolidierung einer Tochtergesellschaft in Spanien. Im Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen (–20 Mio. €; 2016: –28 Mio. €) wirkte sich unter anderem die Bankensabgabe aufwandswirksam aus.

Kreditrisikovorsorge In der Kreditrisikovorsorge wurden insgesamt netto 7 Mio. € zugeführt (2016: Nettoauflösungen von 2 Mio. €). Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Nettozuführungen von 3 Mio. € (2016: 3 Mio. €) und bei den portfoliobasierten Wertberichtigungen Nettozuführungen von 5 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Erträge ergaben sich aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 1 Mio. € (2016: 4 Mio. €). Im Vorjahr resultierten Erträge von 1 Mio. € aus der Auflösung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 172 Mio. € (2016: 156 Mio. €). Die Personalaufwendungen stiegen auf eine normalisierte Höhe, da die Vorjahresaufwendungen von einem Rückstellungsverbrauch profitierten. Die gestiegenen Sachaufwendungen waren auf höhere regulatorische Aufwendungen zurückzuführen.

Public Investment Finance (PIF)

Das Geschäftssegment PIF umfasst pfandbrieffähige Finanzierungen zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf 0,9 Mrd. € (2016: 1,0 Mrd. €). Das Ergebnis vor Steuern betrug –5 Mio. € (2016: 3 Mio. €) und lag aufgrund veränderter Risikobewertungen süd-europäischer Regionen, die sich negativ im Finanzanlageergebnis auswirkten, unter der Prognose. Diese sah ein leicht positives Ergebnis vor.

Public Investment Finance		2017	2016	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	24	30	-6
Zins- und Provisionsüberschuss	in Mio. €	36	35	1
Zinsüberschuss	in Mio. €	36	35	1
Provisionsüberschuss	in Mio. €	-	-	-
Handelsergebnis	in Mio. €	-2	-1	-1
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	-6	1	-7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	-	1	-1
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-4	-6	2
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	-	-	-
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	-29	-26	-3
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-	-1	1
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	-5	3	-8
Kennziffer				
Cost-Income-Ratio	in %	>100,0	86,7	
Bilanzbezogene Zahlen				
Finanzierungsvolumen	in Mrd. €	7,0	7,4	
Risikogewichtete Aktiva ¹⁾	in Mrd. €	1,6	1,4	
Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage)	in Mrd. €	0,3	0,3	

¹⁾ Inklusive gewichteter Adressenausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5.

Operative Erträge Der Zinsüberschuss erreichte bei einem durchschnittlichen Finanzierungsvolumen von 7,4 Mrd. € (2016: 7,3 Mrd. €) und einer stabilen Portfoliomarge mit 36 Mio. € etwa das Vorjahresniveau (2016: 35 Mio. €). Die allokierten Vorfälligkeitsentschädigungen beliefen sich auf 5 Mio. € (2016: 6 Mio. €). Das Handelsergebnis (-2 Mio. €; 2016: -1 Mio. €) resultierte aus dem Pull-to-Par-Effekt und Marktwertschwankungen von Zinsderivaten, die nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung waren. Nettozuführungen zu portfoliobasierten Wertberichtigungen infolge der veränderten Risikobewertung einer südeuropäischen Region führten zu einem Finanzanlageergebnis in Höhe von -6 Mio. € (2016: 1 Mio. €). Der Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen von -4 Mio. € (2016: -6 Mio. €) wurde unter anderem durch die Bankenabgabe belastet.

Kreditrisikovorsorge In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 waren keine Zuführungen oder Auflösungen erforderlich.

Verwaltungsaufwand Aufgrund höherer Personal- und Sachaufwendungen hat sich der Verwaltungsaufwand auf 29 Mio. € erhöht (2016: 26 Mio. €).

Value Portfolio (VP)

Das Geschäftssegment VP beinhaltet alle nicht strategischen Portfolios und Aktivitäten des pbb Konzerns. Neugeschäft wird in diesem Segment grundsätzlich nicht abgeschlossen. Lediglich zur Verwaltung der Deckungsstöcke oder der Liquiditätssicherung werden vereinzelt Geschäftsabschlüsse vorgenommen. Das Ergebnis vor Steuern betrug 42 Mio. € (2016: 145 Mio. €) und übertraf unter anderem wegen Erträgen aus dem Abgang von Vermögenswerten und über den Erwartungen liegenden Vorfälligkeitsentschädigungen die Prognose, die ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis in Aussicht stellte.

Value Portfolio		2017	2016	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	56	165	-109
Zins- und Provisionsüberschuss	in Mio. €	41	40	1
Zinsüberschuss	in Mio. €	42	41	1
Provisionsüberschuss	in Mio. €	-1	-1	-
Handelsergebnis	in Mio. €	-3	-3	-
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	3	121	-118
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	-	2	-2
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	15	5	10
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	1	-3	4
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	-15	-16	1
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-	-1	1
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	42	145	-103
Kennziffer				
Cost-Income-Ratio	in %	26,8	9,7	
Bilanzbezogene Zahlen				
Finanzierungsvolumen	in Mrd. €	13,8	15,8	
Risikogewichtete Aktiva ¹⁾	in Mrd. €	3,5	4,1	
Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage)	in Mrd. €	1,5	1,5	

¹⁾ Inklusiv gewichteter Adressenausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5.

Operative Erträge Aufgrund von fällig gewordenen höherverzinslichen Verbindlichkeiten war der Zinsüberschuss mit 42 Mio. € (2016: 41 Mio. €) stabil, obwohl das Finanzierungsvolumen planmäßig abschnitzelte. Der Pull-to-Par-Effekt und Derivatemarktwertschwankungen führten zu einem Handelsergebnis von -3 Mio. € (2016: -3 Mio. €). Das Finanzanlageergebnis (3 Mio. €; 2016: 121 Mio. €) entstand überwiegend aus der Auflösung portfoliobasierter Wertberichtigungen, während sich im Vorjahr der Heta-Sondereffekt in Höhe von 123 Mio. € positiv auswirkte. Aufgrund eines Ertrags aus dem Verkauf von Vermögenswerten, der die Aufwendungen aus der Bankenabgabe überstieg, belief sich der Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen auf 15 Mio. € (2016: 5 Mio. €).

Kreditrisikovorsorge Die Kreditrisikovorsorge (1 Mio. €; 2016: Nettozuführung von 3 Mio. €) resultierte aus der Nettoauflösung portfoliobasierter Wertberichtigungen. Im Vorjahr standen Auflösungen von Heta-Einzelwertberichtigungen in Höhe 9 Mio. € Nettozuführungen zu den portfoliobasierten Wertberichtigungen von 12 Mio. € gegenüber.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand belief sich auf 15 Mio. € (2016: 16 Mio. €). Da der Anteil des Value Portfolios am gesamten Finanzierungsvolumen rückläufig ist, sinken die allokierten Gemeinkosten.

Consolidation & Adjustments (C&A)

In C&A erfolgt die Überleitung der Segmentergebnisse auf das Konzernergebnis. Neben den Konsolidierungen werden hier bestimmte Aufwendungen und Erträge ausgewiesen, die nicht in den Verantwortungsbereich der operativen Segmente fallen.

Consolidation & Adjustments		2017	2016	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	7	7	-
Zins- und Provisionsüberschuss	in Mio. €	7	7	-
Zinsüberschuss	in Mio. €	7	7	-
Provisionsüberschuss	in Mio. €	-	-	-
Handelsergebnis	in Mio. €	-	-	-
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	-	-	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	-	-	-
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-	-	-
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	-	-	-
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	-	-	-
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	7	7	-
Bilanzbezogene Zahlen		31.12.2017	31.12.2016	
Risikogewichtete Aktiva ¹⁾	in Mrd. €	1,1	1,2	
Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage)	in Mrd. €	0,4	0,4	

¹⁾ Inklusive gewichteter Adressenausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5.

Der Zinsüberschuss stellte die einzige Ertragskomponente dar und ergab sich aus der Anlage des auf C&A allokierten Eigenkapitals.

VERMÖGENSLAGE

Aktiva

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	Veränderung
Barreserve	999	1.136	-137
Handelsaktiva (HfT)	870	1.089	-219
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	2.415	2.841	-426
Forderungen an Kunden (LaR)	40.274	41.146	-872
Wertberichtigungen auf Forderungen	-71	-130	59
Aktivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting	-1	2	-3
Finanzanlagen (LaR)	8.240	9.534	-1.294
Finanzanlagen (AfS)	2.385	3.311	-926
Sachanlagen	6	8	-2
Immaterielle Vermögenswerte	36	24	12
Sonstige Aktiva	2.712	3.572	-860
Ertragsteueransprüche	129	118	11
Summe der Aktiva	57.994	62.651	-4.657

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

Allgemeine Entwicklung der Vermögenswerte

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2017 sank im Vergleich zum Vorjahresresultimo vor allem aufgrund rückläufiger Forderungen an Kunden, Finanzanlagen und sonstiger Aktiva. Die Forderungen an Kunden lagen unter dem Vorjahreswert, da die Kommunaldarlehen stärker abnahmen, als die Immobilienfinanzierungen zugenommen haben. Weiterhin führten Fair-Value-Anpassungen von in Sicherungsbeziehungen eingebundenen Forderungen in Höhe von 0,5 Mrd. € zu einem Rückgang der Kundenforderungen. Die LaR- und AfS-Finanzanlagen gingen aufgrund von fällig gewordenen Wertpapieren zurück. Der Anstieg der Zinskurven und damit einhergehend die höhere Diskontierung führte zu einem Rückgang der Derivatemarktwerte in den sonstigen Aktiva und Handelsaktiva.

Das Nominalvolumen der strategischen Portfolios übertraf mit 31,9 Mrd. € leicht den Wert zum 31. Dezember 2016 (31,5 Mrd. €). Das nicht strategische Portfolio schmolz wie vorgesehen auf 13,8 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,8 Mrd. €) ab.

Investitionen

Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte haben aufgrund des Geschäftsmodells eine untergeordnete Bedeutung für den pbb Konzern. Die Zugänge bei den immateriellen Vermögenswerten betragen im Berichtsjahr 20 Mio. € (2016: 12 Mio. €) und entfielen unter anderem auf ein Projekt zur weiteren Optimierung der Finance-und-Risk-IT-Zielarchitektur und auf den Aufbau eines Portals für öffentliche Finanzierungen. Bei selbst erstellter Software wurden für Entwicklungszwecke Leistungen Dritter in Anspruch genommen. Die Investitionen betrafen alle Segmente des pbb Konzerns.

FINANZLAGE

Passiva

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (fortgeführte Anschaffungskosten)	3.280	3.179	101
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (fortgeführte Anschaffungskosten)	8.275	9.949	-1.674
Verbriefte Verbindlichkeiten (fortgeführte Anschaffungskosten)	38.362	40.381	-2.019
Passivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting	-	1	-1
Handelsspassiva (HfT)	956	1.355	-399
Rückstellungen	245	242	3
Sonstige Passiva	2.959	3.785	-826
Ertragsteuerverpflichtungen	57	59	-2
Nachrangkapital (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.002	886	116
Verbindlichkeiten	55.136	59.837	-4.701
Eigenkapital	2.858	2.814	44
Summe der Passiva	57.994	62.651	-4.657

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gingen neben den analog zur Aktivseite zu beobachtenden marktinduzierten Derivateeffekten in den sonstigen Passiva und Handelsspassiva unter anderem aufgrund von fällig gewordenen Schuldscheindarlehen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zurück. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten resultierte aus Fälligkeiten, die die Emissionen übertrafen, und aus Fair-Value-Anpassungen von in Sicherungsbeziehungen abgebildeten Positionen.

Beim Nachrangkapital wurde die Kündigung und Rückzahlung des Hybridkapitals in Höhe von 0,4 Mrd. € durch Neuemissionen von 0,5 Mrd. € überkompensiert.

Eigenkapital

Das den Anteilseignern zuzurechnende Eigenkapital entwickelte sich folgendermaßen:

Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	Veränderung
Anteilseignern zuzurechnendes Eigenkapital	2.858	2.814	44
Gezeichnetes Kapital	380	380	-
Kapitalrücklage	1.637	1.637	-
Gewinnrücklagen ²⁾	731	674	57
Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen	-75	-82	7
Neubewertungsrücklage	3	8	-5
AfS-Rücklage	-19	-36	17
Cashflow-Hedge-Rücklage	22	44	-22
Konzerngewinn	182	197	-15
Summe Eigenkapital	2.858	2.814	44

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

²⁾ Aufgrund von Unwesentlichkeit wird die Währungsrücklage zusammen mit den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Das gezeichnete Kapital der pbb betrug zum 31. Dezember 2017 unverändert 380.376.059,67 € und unterteilt sich in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von rund 2,83 € je Stückaktie.

Die Veränderung der Position Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen erhöhte das Eigenkapital um 7 Mio. €. Ursache war der Abzinsungssatz zur Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen, der im Einklang mit dem Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2017 auf 1,93 % anstieg (31. Dezember 2016: 1,75 %).

Der pbb Konzern betreibt kein aktives Cashflow Hedge Accounting mehr, sodass die Veränderung der Cashflow-Hedge-Rücklage ausschließlich aus deren Abschmelzen resultiert. Die verbliebene Cashflow-Hedge-Rücklage wird entsprechend dem Eintreten der gesicherten Zahlungsströme der Grundgeschäfte aufgelöst.

Anfang Juni 2017 wurde auf Beschluss der Hauptversammlung der pbb eine Dividende in Höhe von 141 Mio. € beziehungsweise 1,05 € je Aktie an die Aktionäre ausbezahlt. Der nicht ausgeschüttete Konzerngewinn 2016 von 56 Mio. € wurde in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 die Ausschüttung einer Dividende von 1,07 € je dividendenberechtigten Aktie vorschlagen.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen¹

Die CET1 Ratio betrug zum 31. Dezember 2017 17,7 % (31. Dezember 2016: 19,5 %), die Own Funds Ratio betrug 22,3 % (31. Dezember 2016: 23,7 %). Fully phased-in, also nach Auslaufen aller Basel III-Übergangsregelungen, betrug die CET1 Ratio 17,6 % (31. Dezember 2016: 19,0 %) und die Own Funds Ratio 22,2 % (31. Dezember 2016: 20,7 %).

Der Rückgang der Kapitalquoten korrespondiert mit dem Anstieg der Risikoaktiva. Der Anstieg der Risikoaktiva im Berichtsjahr resultiert zum überwiegenden Teil aus dem Kreditrisiko. Dies war in erster Linie auf die Harmonisierung der Risikomodelle durch die EZB zurückzuführen. Bei der fully phased-in Own Funds Ratio wurde dieser Effekt durch die Emission von aufsichtsrechtlich anerkanntem Nachrangkapital überkompensiert.

Zur weiteren Darstellung der bankenaufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Risiko- und Chancenbericht (Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“) verwiesen.

Liquidität

Grundsätze und Ziele des Liquiditäts- und Finanzmanagements

Hauptziel des Liquiditäts- und Finanzmanagements des pbb Konzerns ist es, die Liquidität der pbb und ihrer Tochterunternehmen so zu sichern und zu steuern, dass die Finanzierungs- und Refinanzierungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Das zentrale Liquiditätsmanagement erfolgt insbesondere mittels Liquiditätsaufnahmen und -anlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und dem Interbankengeldmarkt sowie bei Zentralbanken.

Innerhalb des pbb Konzerns erfolgt die Liquiditätssteuerung zentral durch den Bereich Treasury. Die Vertriebseinheiten erhalten bei Abschluss von Neugeschäft eine interne 1:1-Refinanzierung. Dadurch werden Risiken gebündelt und zentral gesteuert.

¹ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 abzüglich der vorgeschlagenen Dividende (vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung).

Restlaufzeiten

Das Management der Bilanzstruktur des pbb Konzerns erfolgt durch das Group Asset and Liability Committee (ALCO). In der folgenden Aufstellung werden die Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenübergestellt:

Restlaufzeitengliederung der Bilanz	31.12.2017		31.12.2016 ¹⁾	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
in Mio. €				
Insgesamt	57.994	57.994	62.651	62.651
Bis 3 Monate	5.569	5.531	6.171	8.761
Über 3 Monate bis 1 Jahr	3.106	3.443	4.595	5.200
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	20.073	22.506	20.773	19.231
Über 5 Jahre	25.565	19.439	26.429	21.203
Sonstige Aktiva ^{2)/} Passiva ³⁾	3.681	7.075	4.683	8.256

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

²⁾ Handelsaktiva, Wertberichtigungen auf Forderungen, Aktive Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting, Sachanlagen, Immaterielle Vermögenswerte, Sonstige Aktiva, Ertragsteueransprüche.

³⁾ Passivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting, Handelspassiva, Rückstellungen, Sonstige Passiva, Ertragsteuerverpflichtungen, Eigenkapital.

Liquiditätskennzahlen

Die Liquiditätskennziffer wird in der pbb gemäß Liquiditätsverordnung auf Einzelinstitutsebene berechnet und betrug zum Bilanzstichtag 2,0 (31. Dezember 2016: 1,6). Damit lag sie deutlich über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0. Die Überwachung ausländischer Vorschriften für Betriebsstätten an die Liquiditätskennziffer ist ebenfalls erfüllt, sofern dies von lokalen Aufsichtsbehörden verlangt wird.

Seit 1. Januar 2017 ist in den aufsichtlichen Liquiditätsmeldungen ein Mindestwert für die Liquiditätsdeckungsquote von 80% einzuhalten. Dieser Wert steigt bis zum 1. Januar 2018 auf 100% an. Die für den pbb Konzern für die Berichtsperiode ermittelten Werte lagen 2017 deutlich über 100%.

Refinanzierung

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein neues langfristiges Refinanzierungsvolumen von 6,6 Mrd. € (2016: 5,6 Mrd. €) erreicht. Dem standen Rückkäufe und Kündigungen von insgesamt 1,0 Mrd. € (2016: 1,4 Mrd. €) gegenüber. Das Refinanzierungsvolumen setzt sich aus unbesicherten Emissionen und der Emission von Pfandbriefen zusammen, die sowohl als Benchmarkemissionen als auch als Privatplatzierungen begeben wurden. Auf unbesicherte Emissionen entfielen 2,3 Mrd. € (2016: 2,7 Mrd. €). Davon wurden 0,6 Mrd. € (2016: 1,2 Mrd. €) als Benchmarkemissionen begeben und 1,7 Mrd. € (2016: 1,5 Mrd. €) als Privatplatzierungen. Pfandbriefe machten 3,8 Mrd. € aus (2016: 2,9 Mrd. €). Sie setzten sich zu 2,7 Mrd. € (2016: 2,3 Mrd. €) aus Benchmarkemissionen und zu 1,1 Mrd. € (2016: 0,6 Mrd. €) aus Privatplatzierungen zusammen. Weiterhin wurden nachrangige Emissionen in Höhe von 0,5 Mrd. € (2016: 0,1 Mrd. €) begeben. Die Emissionen erfolgten überwiegend in Euro und auf festverzinslicher Basis. Offene Zinspositionen werden in der Regel durch einen Tausch von fixer in variable Verzinsung abgesichert. Zur Minimierung des Währungsrisikos zwischen Aktiv- und Passivseite wurden auch Pfandbriefe in GBP (umgerechnet 0,9 Mrd. €) und USD (umgerechnet 0,7 Mrd. €) begeben.

Tages- und Festgeldanlagen von Privatanlegern über „pbb direkt“ beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 3,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €).

Ratings

Die folgende Tabelle zeigt die von der pbb zum Bilanzstichtag mandatierten Senior Unsecured-Ratings und Ratings für Pfandbriefe:

Senior Unsecured-Ratings und Ratings für Pfandbriefe der Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb)¹⁾

	31.12.2017			31.12.2016		
	Standard & Poor's	DBRS	Moody's	Standard & Poor's	DBRS	Moody's
Langfristiges Emittenten-Rating/Ausblick	A-/Negativ	BBB/Stabil	-	BBB/Credit Watch Positive	BBB/Stabil	-
Kurzfristiges Emittenten-Rating	A-2	R-2 (high)	-	A-2	R-2 (high)	-
Langfristiges „Preferred“ Senior Unsecured Debt-Rating ²⁾	A-	BBB ⁴⁾	-	BBB/CreditWatch Developing	BBB	-
Langfristiges „Non-Preferred“ Senior Unsecured Debt-Rating ³⁾	BBB-	BBB ⁴⁾	-	N/A ⁴⁾	N/A ⁴⁾	-
Öffentliche Pfandbriefe	-	-	Aa1	-	-	Aa1
Hypothekendarlehen	-	-	Aa1	-	-	Aa1

¹⁾ Der Überblick enthält nicht alle Ratings/Ausblicke.

²⁾ S&P: „Senior Unsecured Debt“; DBRS: „Senior Unsecured Debt“.

³⁾ S&P: „Senior Subordinated Debt“; DBRS: „Senior Unsecured Debt“.

⁴⁾ Zum 31.12.2016 war die Aufteilung von Senior Unsecured Debt bei S&P noch nicht vollzogen; DBRS nimmt derzeit diesbezüglich formal keine Unterscheidung vor.

Die Ratingagenturen können Ratings jederzeit ändern oder zurückziehen. Das Rating eines einzelnen, von der pbb begebenen Wertpapiers kann von den oben aufgeführten Ratings abweichen oder kann gar kein Rating tragen. Für die Bewertung und Nutzung der Ratings sollten die jeweils geltenden Kriterien und Erläuterungen der Ratingagenturen herangezogen werden, und die Nutzungsbedingungen sind zu beachten. Ratings sollten nicht als Ersatz für die eigene Analyse dienen. Sie stellen keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren der pbb dar.

Die Unsecured Ratings der pbb wurden im Wesentlichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und den daraus folgenden Methodenänderungen der Ratingagenturen beeinflusst. Insbesondere angesichts der zunehmenden Konkretisierungen im Hinblick auf die Umsetzung der europäischen Restrukturierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD) für Banken erfolgten Ratingaktionen, welche teilweise zum Jahresende 2016 bereits angekündigt waren.

Die sich weiterhin verändernden regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch mögliche Verwerfungen, insbesondere im Zuge eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, können im weiteren Verlauf allgemein zu Ratingdruck führen.

Standard & Poor's (S&P)

Im Zusammenhang mit den regulatorischen Entwicklungen in Bezug auf die BRRD hat S&P eine Aufteilung der Ratingklasse für „Senior Unsecured“-Verbindlichkeiten vorgenommen. Solche Verbindlichkeiten wurden – in Abhängigkeit von der künftigen Rangfolge in einem „Bail-in“- oder Insolvenzscenario – entweder einer neuen Ratingklasse „Senior Subordinated“ zugeordnet oder in der bisherigen Ratingklasse „Senior Unsecured“ belassen.

Vor diesem Hintergrund hatte S&P am 15. Dezember 2016 die Überprüfung der für unbesicherte Refinanzierungsinstrumente erteilten Ratings von 13 deutschen Banken sowie der unbesicherten langfristigen Emittenten-Ratings der hierin enthaltenen vier systemrelevanten Banken inklusive der pbb eingeleitet und die Ratings auf „CreditWatch“ gestellt.

Die Ratingüberprüfung wurde am 28. März 2017 abgeschlossen und führte bei der pbb zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- > Das langfristige Emittenten-Rating (Issuer Credit Rating) wurde aufgrund der Berücksichtigung von „Senior Subordinated“-Verbindlichkeiten im Rahmen von „ALAC“ (Additional Loss Absorbing Capacity) um zwei Stufen von „BBB“ auf „A-“ heraufgestuft. Das kurzfristige Emittenten-Rating wurde bei „A-2“ bestätigt.
- > Gleichzeitig wurden die Langfrist-Ratings für „Preferred“- beziehungsweise „Senior Unsecured“-Verbindlichkeiten von „BBB“ auf „A-“ heraufgestuft. Dagegen wurden die Langfrist-Ratings für „Non-Preferred“- beziehungsweise „Senior Subordinated“-Verbindlichkeiten um eine Stufe von „BBB“ auf „BBB-“ herabgestuft.
- > Die Bewertung nachrangiger Refinanzierungsinstrumente blieb unverändert bei „BB+“.
- > Der Ratingausblick blieb negativ. Der negative Ausblick reflektiert nun im Wesentlichen das Risiko, dass die pbb die der aktuellen Kapitalbewertung zugrunde liegende RAC („Risk Adjusted Capital“) Ratio nicht beibehält.

DBRS

Am 13. Januar 2017 setzte DBRS nachrangige Schuldverschreibungen von 27 europäischen Banken, einschließlich der pbb, auf „Under Review with Negative Implications“. Die Ratingagentur erwartete eine Herabstufung um eine Ratingstufe mit der Begründung, dass die Wahrscheinlichkeit von Verlusten unter der BRRD für alle nachrangigen Verbindlichkeiten gestiegen sei. Im Anschluss an die Einführung der neuen Bankratingmethodik wurde die Ratingüberprüfung am 9. Juni 2017 abgeschlossen: Wie avisiert erfolgte eine Herabstufung der nachrangigen Verbindlichkeiten von „BBB (low)“ auf „BB (high)“. Die von DBRS erteilten Unsecured Ratings der pbb wurden am 23. Juni 2017 bei weiterhin stabilem Ausblick bestätigt.

Moody's

Moody's hat die Überdeckungsanforderungen für die von der pbb emittierten Hypothekendarlehenbriefe – unter Beibehaltung des Aa1-Ratings – per 17. August 2017 gesenkt. Als Folge der geänderten Überdeckungsanforderung war eine über das gesetzliche Maß hinausgehende verpflichtende Überdeckung für den Erhalt eines Aa1-Ratings nicht mehr notwendig. Vor diesem Hintergrund hat die pbb einen Vertrag aus dem Dezember 2015 gekündigt, mit dem sie sich verpflichtet hatte, eine über den gesetzlichen Anforderungen liegende Überdeckung für ihre Hypothekendarlehenbriefe vorzuhalten.

Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen stellen den wesentlichen Teil der außerbilanziellen Verpflichtungen dar und betragen zum Bilanzstichtag 4.667 Mio. € (31. Dezember 2016: 3.802 Mio. €). Eventualverbindlichkeiten resultierten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen und beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 120 Mio. € (31. Dezember 2016: 171 Mio. €) und Verpflichtungen aus der Bankenabgabe aufgrund gestellter Sicherheiten auf 15 Mio. € (31. Dezember 2016: 11 Mio. €).

WESENTLICHE GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 wurden keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt. Zu Detailinformationen siehe Note „Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen“.

ZUSAMMENFASSUNG

Aufgrund eines guten Zinsüberschusses und einer unter der Erwartung liegenden Kreditrisikovor-sorge erzielte der pbb Konzern im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern von 204 Mio. €, das deutlich über der am Jahresanfang 2017 prognostizierten Bandbreite von 150 Mio. € bis 170 Mio. € und leicht über der angehobenen Prognose von 195 Mio. € bis 200 Mio. € lag.

Im strategischen Geschäft, das aus den beiden Segmenten Real Estate Finance und Public Invest-ment Finance besteht, konnte das durchschnittliche Finanzierungsvolumen im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden, obwohl im Neugeschäft nicht von der risikobewussten Politik abgewichen wurde und die Rückzahlungen infolge des niedrigen Marktzinsniveaus auf einem hohen Stand blieben.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Eigenkapital und die Liquidität wurden eingehalten. Durch die komfortable Ausstattung hat der pbb Konzern die Möglichkeit, in der Zukunft Wachstumspotenziale zu nutzen, und sieht sich zudem gut für mögliche zukünftige regulatorische Änderungen aufgestellt.

Nachtragsbericht

Die wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in der Note „Nachtragsbericht“ dargestellt.

Risiko- und Chancenbericht

Der Risiko- und Chancenbericht zeigt die im Rahmen des implementierten Risikomanagement- und Risikocontrollingsystems identifizierten Risiken und Chancen für die einzelnen Risikoarten auf. Bezüglich übergreifender beziehungsweise allgemeiner unternehmensspezifischer Risiken und Chancen wird darüber hinaus auf die Darstellung im Prognosebericht verwiesen.

ORGANISATION UND GRUNDSÄTZE DES RISIKO- UND KAPITALMANAGEMENTS

Für den pbb Konzern war im Einklang mit den Anforderungen gemäß § 91 Abs. 2 AktG und § 25a KWG ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet, welches unter anderem eine einheitliche Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung ermöglicht. Mit Genehmigung der Europäischen Zentralbank vom August 2017 nutzt die Deutsche Pfandbriefbank AG auf Ebene des Einzelinstituts gemäß § 2a Abs. 2 KWG die Freistellung von den Anforderungen des § 25a Absatz 1 Satz 3 Nummer 1, 2 und 3 Buchstabe b und c KWG bezüglich der Risikocontrolling-Funktion.

Organisation und Komitees

Der Vorstand der pbb trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem des pbb Konzerns und entscheidet über die Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation.

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems des pbb Konzerns werden zentral vom Risikomanagement und -controlling des pbb Konzerns vorgegeben und finden – vorbehaltlich etwaiger Besonderheiten auf Ebene einzelner Gesellschaften – im pbb Konzern einheitlich Anwendung. Alle wesentlichen Risiken werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert, überwacht und kommuniziert.

Wesentliche vom Vorstand zu verantwortende Aktivitäten im Risikomanagementsystem sind:

- > Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikobereitschaft für den pbb Konzern
- > Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken des pbb Konzerns
- > Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse des pbb Konzerns
- > Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat über wesentliche Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie über das Risikoprofil des pbb Konzerns. Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung des pbb Konzerns und er beschließt über erforderliche Zustimmungen zu Kreditentscheidungen. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen ab einem Betrag größer 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Die nachfolgend dargestellten Komitees sind unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger auf pbb Konzernebene eingerichtet.

Das **Risk Committee (RC)** setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), dem CFO (stellvertretender Vorsitzender), den Chief Credit Officers REF/PIF (CCO), dem Leiter Projekte Risk Management sowie dem Leiter Risk Management&Control (RMC) zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und erörtert die Risikoentwicklung, verabschiedet Richtlinien, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das RC ist konzernweit für die Entwicklung einheitlicher Standards für Risikomanagement und -controlling zuständig und überwacht dabei auch die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse und des Kreditportfolios sowie die Einhaltung von Limiten. Im Risk Committee werden Portfolioentwicklungen des pbb Konzerns diskutiert. Unterhalb des Risk Committee sind weitere, nachfolgend erörterte Komitees eingerichtet.

Das **Credit Committee** findet unter dem Vorsitz des CRO oder eines CCO statt. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und trifft Kreditentscheidungen im Hinblick auf Neugeschäft, Prolongationen und kreditmaterielle Veränderungen, sofern diese in die Kompetenz des Gremiums fallen. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstands fallen beziehungsweise einer Zustimmung durch den Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss bedürfen. Die verantwortlichen Kompetenzträger stellen sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das **Watchlist Committee** findet unter dem Vorsitz der CCOs (mit Delegationsmöglichkeit an einen Senior Credit Executive) statt und tagt monatlich. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems auffällig gewordenen Engagements besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig, beschließt das Gremium über die Weitergabe von Einzelengagements an die Abteilung CRM REF Workout, die auf Basis einer individuellen Engagementstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung oder Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung beziehungsweise im Credit Committee getroffen.

Sofern objektive Hinweise auf eine Wertminderung gemäß IAS 39.59 bei einem Engagement vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im **Risk Provisioning Committee (RPC)** vorgestellt. Den Vorsitz führt der CRO. Das RPC entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung und im Einklang mit den IFRS-/HGB-Vorschriften. Das Komitee gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung, den Verbrauch oder die Auflösung von Risikovor-sorge, sofern die finale Entscheidung nicht durch das RPC getroffen werden kann. Schließlich entscheidet das Komitee über gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums bilden die Grundlage für Entscheidungen im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung.

Das **New Product Process Committee** besteht aus Vertretern der wichtigsten Infrastruktur- und Kontrollabteilungen, die vom RC festgelegt werden. Das Gremium agiert anlassbezogen und stellt sicher, dass vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten und in neuen Märkten die daraus resultierenden Risiken sowie die Auswirkungen auf Prozesse, Kontrollen und Infrastruktur systematisch analysiert und adressiert werden. Erst mit Genehmigung durch das New Product Process Committee erfolgt eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten oder in neuen Märkten.

Das **Stress Test Committee** ist unter Vorsitz des CRO für die Methodik, Durchführung und Überwachung der internen Stresstests verantwortlich. Zudem wirkt es an der Erarbeitung von Szenarien für den gesetzlich von jedem Institut geforderten Sanierungsplan mit.

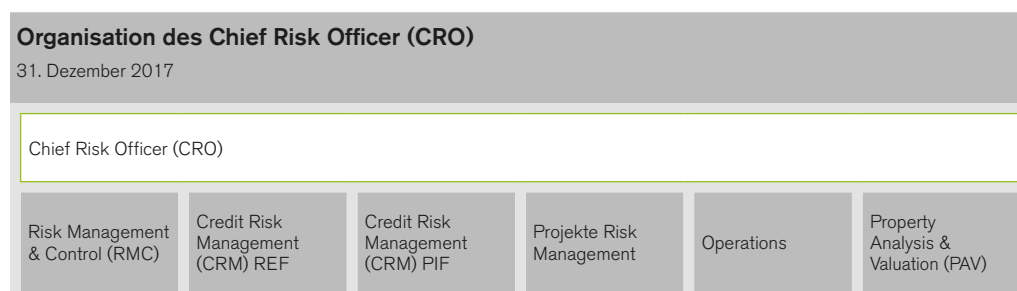
Neben dem Risk Committee existieren das **Asset and Liability Committee (ALCO)** sowie das **Legal and Regulatory Risk Committee (LRRC)**. Aufgaben des ALCO sind das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur des pbb Konzerns, die Festlegung langfristiger Finanzierungsstrategien, das Kapitalmanagement und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten sowie die Marktrisikosteuerung. Das LRRC berät über rechtliche und regulatorische Vorgaben und

kann diese nach Beratung verbindlich den Fachbereichen zur Umsetzung zuweisen. Das **Outsourcing Committee** befasst sich mit der Erstellung und Einhaltung von Richtlinien sowie der übergeordneten Steuerung und Überwachung von ausgelagerten Aktivitäten.



¹⁾ Reporting über Compliance.

Chief Risk Officer (CRO) Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des CRO einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems des pbb Konzerns:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf Ebene des pbb Konzerns:

- > den Bereich **Risk Management & Control**, der unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit des pbb Konzerns überwacht und für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden und Risikoberichte verantwortlich ist.
- > die Bereiche der **Chief Credit Officers REF/PIF** und **Projekte Risk Management** des pbb Konzerns, die jeweils die Analyse des Neugeschäfts sowie das Bestandsmanagement zur Aufgabe haben. Der Bereich CRM REF umfasst zudem auch die Einheit Workout (Real Estate), welche die Sanierung oder Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat, und die Stabsstelle Credit Processes, die insbesondere für die Organisation des Credit Committee und für die Umsetzung regulatorischer Vorschriften in den Kreditprozessen verantwortlich ist.
- > den Bereich **Operations**, zuständig für das weltweite Servicing und die Verwaltung des Kreditportfolios (inklusive technischer Umsetzung der Darlehensvereinbarungen), die Abwicklung der Kapitalmarktgeschäfte, Verwaltung und Bearbeitung der Wertpapier- und Derivatebestände und das Handling des nationalen und internationalen Zahlungsverkehrs.
- > den Bereich **Property Analysis & Valuation**, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren sowie das Monitoring von finanzierten Bauprojekten zuständig ist.

Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheiten Corporate Office/Compliance und Group Internal Audit (unabhängig) das Risikomanagementsystem des pbb Konzerns. Compliance hat Systeme sowie Prüf- und Reportingprozesse zu Geldwäsche, Sanktionen, Embargos und sonstigen strafbaren Handlungen sowie für allgemeine Compliance-Themen eingerichtet. Zudem ist hier die zentrale Koordinierung für Schlüsselkontrollen im Rahmen des internen Kontrollsystems angesiedelt. Corporate Office/Compliance ist zudem in verschiedenen Komitees vertreten. In den Aufgabenbereich von Group Internal Audit fallen risikoorientierte turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfungen von Prozessen, Kontrollen und Systemen. Dies schließt auch die Überprüfung des Risikomanagementsystems ein. Zudem wird das Risikomanagement bei juristischen Fragen durch den Bereich Legal unterstützt. Die Leitung des Bereichs Group Internal Audit wechselte im Berichtsjahr.

Risikostrategie und -Policies

Die Risikostrategie bildet zusammen mit der Geschäftsstrategie die Grundlage für die Planung des pbb Konzerns. Sie wurde auf Basis des konzernweiten Risikoappetits definiert und spiegelt die strategische Ausrichtung des pbb Konzerns als Spezialist für gewerbliche Immobilienfinanzierung und Öffentliche Investitionsfinanzierung mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider. Die Risikostrategie gilt – vorbehaltlich etwaiger Besonderheiten auf Ebene einzelner Gesellschaften – für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten des pbb Konzerns und wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Im Jahr 2017 wurde die Risikostrategie im Rahmen des jährlichen Strategieerstellungsprozesses sowie unterjährig aktualisiert. Die Aktualisierungen wurden jeweils vom Vorstand verabschiedet und vom Aufsichtsrat genehmigt.

Die Operationalisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Immobilien-, Pensions- und operationelles Risiko). Darin werden die Risikomessung, -überwachung und das -management, der Limitierungsprozess sowie der Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschrieben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das Risikoberichtswesen orientiert sich an der Struktur der Geschäftssegmente. Der Vorstand der pbb erhält regelmäßig Risikoberichte, die einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart sowie weitere steuerungsrelevante Informationen enthalten. Die Aufsichtsgremien werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus werden anlassbezogen beziehungsweise auf Wunsch des Vorstands oder des Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so zum Beispiel bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Der pbb Konzern führt mindestens einmal jährlich eine umfassende Risikoinventur durch, um systematisch potenzielle Risiken zu ermitteln und zu analysieren, die aus dem Geschäftsmodell oder aus dem externen Umfeld des Konzerns resultieren können. Ziel der Risikoinventur ist die Ermittlung des vollständigen Risikoprofils, in dem sämtliche Risiken identifiziert, hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für den pbb Konzern bewertet und auf mögliche Risikokonzentrationen hin untersucht werden. Falls möglich werden Risiken mithilfe entsprechender Risikomodelle oder anderer Verfahren quantifiziert.

Risiken, die nicht oder nur teilweise quantifiziert werden können, werden über dedizierte Kapitalpuffer oder über separate Steuerungsinstrumente sowie über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben, wie zum Beispiel die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, überwacht und gesteuert.

Im Rahmen der Risikostrategie hat der pbb Konzern vier Steuerungskreise für Risiken und Kapital implementiert, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. Neben zwei Ansätzen des internen Kapitaladäquanzverfahrens (ICAAP) werden gemäß der Risikostrategie auch ein Ansatz für regulatorische Kapitalausstattung und ein Ansatz mit dem Fokus auf die Liquiditätsposition des pbb Konzerns verfolgt.

Das Risikomanagement des pbb Konzerns basiert somit auf den folgenden Steuerungskreisen:

1. Going-Concern-Ansatz des ICAAP mit dem Ziel der Geschäftsfortführung im Hinblick auf die Einhaltung regulatorisch geforderter Mindestkapitalquoten
2. Gone-Concern-Ansatz des ICAAP mit dem Ziel des Schutzes der erstrangigen Gläubiger im Fall einer Unternehmensliquidation
3. Sicherstellung der regulatorischen Kapitalausstattung zur Überwachung der Eigenmittelquote sowie der CET1-Quote
4. Überwachung der Liquiditätsposition zur jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des pbb Konzerns

Alle Steuerungskreise beinhalten neben der Messung, Begrenzung und Überwachung von Risiken auch die regelmäßige Berichterstattung sowie Eskalationsprozesse und werden durch Szenarioanalysen und Stresstests komplettiert. Innerhalb dieser strategischen Steuerungskreise definiert der pbb Konzern seinen Risikoappetit, der festlegt, in welchem Umfang der pbb Konzern bereit ist, Risiken einzugehen.

Entsprechende Limit- und Frühwarnsysteme sind im Einklang mit dem Risikoappetit innerhalb der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend auf Ebene der Kapital-Steuerungskreise implementiert. Die jeweils den Risikoarten zugrunde liegende Strategie, die Risikodefinition, die Risikoberechnungsverfahren sowie das Reporting werden in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich beschrieben.

RISIKOARTEN

Der pbb Konzern unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- > Adressrisiko
- > Marktrisiko
- > Liquiditätsrisiko
- > Operationelles Risiko (einschließlich Rechtsrisiko)
- > Geschäftsrisiko
- > Immobilienrisiko
- > Pensionsrisiko

Wesentliche Risikoarten des pbb Konzerns, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Puffer kapitalisiert und über Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- > strategische Risiken
- > regulatorische Risiken
- > Mieterklumpenrisiko (als Teil des Adressrisikos)

Adressrisiko

Definitionen

Das Adressrisiko im Allgemeinen bezeichnet das Risiko eines drohenden unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Marktwerts einer Forderung (Kredit oder Anleihe) oder eines Derivates (alternativ eines gesamten Portfolios von Ansprüchen/Derivaten), resultierend aus der Verschlechterung des Besicherungswerts beziehungsweise der Verschlechterung der Bonität eines Landes oder eines Kontrahenten.

Das Adressrisiko umfasst das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko, das Verwertungsrisiko bei ausgefallenen Kunden, das Transfer- und Konvertierungsrisiko, das Mieterrisiko, das Erfüllungsrisiko, das Prolongationsrisiko sowie das Konzentrationsrisiko, die in der Risikostrategie des pbb Konzerns wie folgt definiert sind:

- > Das Ausfallrisiko bezeichnet das Risiko aufgrund von Ausfällen anderer Parteien. Dies enthält Ausfälle von Krediten und anderen traditionellen Kreditinstrumenten (Kreditrisiko) oder von Anleihen und anderen Wertpapieren (Emittentenrisiko) und das Kontrahentenrisiko durch Ausfälle von Kontrahenten bei Derivaten (Wiedereindeckungsrisiko) und Geldmarktgeschäften (Rückzahlungsrisiko). Der mögliche Ausfall von Staats- oder Regionalregierungen ist ebenfalls enthalten (Staatsausfallrisiko).
- > Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs durch Ratingmigrationen bezeichnet. Dies enthält Ratingmigrationen von Krediten und anderen traditionellen Kreditinstrumenten (Kreditrisiko) oder von Anleihen und anderen Wertpapieren (Emittentenrisiko) und das Kontrahentenrisiko, verursacht durch Ratingmigrationen von Kontrahenten bei Derivaten (Wiedereindeckungsrisiko) und Geldmarktgeschäften (Rückzahlungsrisiko). Die Auswirkungen von Ratingmigrationen bei Staats- oder Regionalregierungen sind ebenfalls enthalten (Staatsausfallrisiko).
- > Das Verwertungsrisiko bei ausgefallenen Kunden ist das Risiko, dass die gebildeten Pauschal- und Einzelwertberichtigungen sich im Betrachtungshorizont verändern beziehungsweise im Verwertungsfall abweichende Realisierungen auftreten.
- > Transferrisiko ist das Risiko, dass eine Regierung oder Zentralbank die Verwendung der Währung auf das eigene Land beschränkt. Dies enthält das Konvertierungsrisiko, das heißt das Risiko, dass eine Regierung oder Zentralbank die eigene Währung für nicht konvertierbar erklärt. Zusammen mit dem Ausfallrisiko von Staaten bilden Transfer- und Konvertierungsrisiko das Länderrisiko.
- > Mieterrisiko bezeichnet zum einen das Risiko, dass durch eventuell ausfallende Mieteinnahmen bei Objekten die Kapitaldienstfähigkeit der jeweiligen Kreditnehmer negativ beeinflusst wird. Außerdem ist das sekundäre Konzentrationsrisiko (Mieterklumpenrisiko) enthalten, welches dadurch entsteht, dass ein und derselbe Mieter in mehreren von der Bank finanzierten Objekten involviert ist.
- > Erfüllungsrisiko ist das Risiko, dass die Bank eine Zahlung leistet beziehungsweise einen verkauften Vermögenswert an einen Kontrahenten liefert, aber eine Zahlungsanforderung beziehungsweise den gekauften Vermögenswert nicht erhält.
- > Prolongationsrisiko bezeichnet das Risiko, dass sich die Haltedauer eines adressisikorelevanten Vermögensgegenstands unerwartet verlängert.
- > Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko von Klumpenbildung in Bezug auf einen Risikofaktor oder Kontrahenten beziehungsweise auf eine stark korrelierte Gruppe von Risikofaktoren oder Kontrahenten.

Adressrisikostrategie und -grundsätze

Der pbb Konzern hat sein gesamtes Kreditportfolio in die Segmente Real Estate Finance (REF), Public Investment Finance (PIF), Value Portfolio (VP) und in Consolidation & Adjustments (C&A) aufgeteilt. Dabei entfällt das strategische Geschäft auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung (REF) und die Öffentliche Investitionsfinanzierung (PIF). Die Risikostrategie des pbb Konzerns spiegelt diese Struktur ebenfalls wider.

Bezüglich des Geschäftsfokus im Zusammenhang mit den strategischen Portfolios sowie bezüglich der Aussagen zur Strategie im Ablaufportfolio wird auf die Ausführungen im Abschnitt „Grundlagen des Konzerns“ verwiesen.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen des pbb Konzerns zu Adressrisiken enthält folgende wesentliche Komponenten:

- > Der pbb Group Risk Report beinhaltet neben der Volumenentwicklung relevante Kreditrisiko-steuerungskennzahlen wie die Entwicklung des erwarteten Verlusts sowie des unerwarteten Verlusts über den Value at Risk. Der Bericht zeigt auf pbb Konzernebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und -überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche Kennzahlen wie die Entwicklung des Exposure at Default (EaD), des Expected Loss (EL), des Credit Value at Risk (Credit VaR) sowie der Problemkredite sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand diskutiert. Der Bericht wird darüber hinaus dem RLA des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht.
- > Für Entscheidungen zum Neugeschäft beziehungsweise zu kreditmateriellen Veränderungen bei bestehenden Finanzierungen wie beispielsweise Laufzeitverlängerungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- > Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung beziehungsweise rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- > Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzel-engagements bewirken können, werden ad hoc über sogenannte „Credit Issue Notes“ unmittelbar an einen weiter gefassten Kreis bis an den CRO berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie die Risikoaktiva nach Capital Requirements Regulation (CRR)

Kreditportfoliomodell Der pbb Konzern setzt für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Adressrisiken ein Kreditportfoliomodell ein. Dieses Modell und die Quantifizierung des ökonomischen Adressrisikos werden im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

Stresstests Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA-Reverse-Stresstests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie zum Beispiel Rating, Loss Given Default (LGD), Währung) verändern kann, bevor eine Mindestquote an hartem Kernkapital (CET1) nicht mehr eingehalten wird. Die Mindestquote an hartem Kernkapital (CET1) leitet sich dabei aus der bankindividuellen SREP CET1-Quote ab. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests des pbb Konzerns nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach CRR Die Basel III-Rahmenvereinbarung des Baseler Ausschusses wurde im europäischen Kontext durch die Capital Requirements Regulation (CRR) umgesetzt. Der pbb Konzern nutzt für alle wesentlichen Portfolios den sogenannten Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für den pbb Konzern:

- > Limitierung von Länderrisiken
- > Festlegung strategischer Risikoparameter (zum Beispiel Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- > Analyse von Portfolioentwicklungen im Risk Committee
- > Ermittlung des Credit VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell und Limitierung zum Teil auf Segmentebene; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- > Zentrale, konzernweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, beispielsweise regionaler oder produktspezifischer Art
- > Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- > Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- > Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (zum Beispiel Credit Issue Notes)
- > Ermittlung einer risikoadjustierten Marge anhand des ökonomischen Ertrags nach Steuern

Die Kreditkompetenzordnung legt in Abhängigkeit von Kontrahentengruppe, Expected-Loss-Klasse sowie Engagementhöhe auf GCC-Ebene (Group of Connected Clients) die Kompetenzlevel für Kreditentscheidungen sowohl im Neu- als auch im Bestandsgeschäft fest. Die Ausübung der Kreditkompetenzen wird den einzelnen Mitarbeitern basierend auf der individuellen Erfahrung und Qualifikation übertragen.

Adressrisikomanagement und -überwachung Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und wesentlichen Veränderungen wie Prolongationen oder Krediterhöhungen sowie bei der Übergabe in die Intensivbetreuung beziehungsweise Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die CRM-Einheiten führen die erstmalige beziehungsweise jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD- und LGD-Rating-Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich RMC entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation (PAV).

Der Bereich Legal ist – gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien – für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung verantwortlich.

Definierte Frühwarnindikatoren werden von CRM fortlaufend überwacht. Bei wesentlichen Auffälligkeiten wird eine außerordentliche Überprüfung des Adressausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt und es werden entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einem monatlichen, mindestens aber vierteljährlichen Überwachungsrhythmus aufgenommen und im Watchlist Committee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Risk Provisioning Committee werden die Ergebnisse diskutiert, und es wird gegebenenfalls über die Bildung beziehungsweise Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische beziehungsweise wertberichtigte Engagements gehen im Rahmen einer individuellen Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung Szenarioanalysen zur potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit beziehungsweise des relevanten Marktes ein. Diese werden im Credit Committee präsentiert und gegebenenfalls genehmigt beziehungsweise höheren Kompetenzträgern zur Genehmigung empfohlen.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) als auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden auf komprimierter Basis monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und -minderung durch Kreditsicherheiten

Im Segment REF sind die Finanzierungen in der Regel durch Grundpfandrechte abgesichert. Anlässlich der regelmäßigen Kreditberichte für bereits bestehende Finanzierungen beziehungsweise im Rahmen der Entscheidungsfindung bei Neufinanzierungen werden die Beleihungsausläufe, die Objekt- (unter anderem Mikro- und Makrolage, Vermietungssituation, Gebäudezustand) und Marktgegebenheiten erörtert und bei der Einzelkreditbeurteilung mit berücksichtigt.

Neben den Grundpfandrechten umfassen die Finanzierungssicherheiten im Segment REF in der Regel unter anderem auch Mietzessionen sowie die Abtretung von Versicherungsleistungen und werden von umfangreichen Informations- und Konsultationsverpflichtungen der Kreditnehmer flankiert. Es werden neben den Grundpfandrechten nur wenige weitere ausgewählte Sicherheiten als werthaltig in der Kreditbeurteilung beziehungsweise in der LGD-Kalkulation berücksichtigt, insbesondere Barsicherheiten, ferner unter bestimmten Umständen Bankbürgschaften, sonstige Kreditabsicherungen sowie Garantien öffentlicher Institutionen. Bei Sicherheiten in Fremdwährung, das heißt in einer von der Darlehenswährung abweichenden Währung, werden entsprechende Abschläge vorgenommen, um eventuelle Wechselkursrisiken zu berücksichtigen.

Die Bewertung der Immobilien im REF-Bereich erfolgt unter strengen Qualitätsgesichtspunkten. Die Werte der Immobiliensicherheiten werden bei Neukreditgewährung ermittelt sowie jährlich überprüft. Die pbb unterhält einen eigenständigen, direkt an den CRO berichtenden Bereich mit Immobilienanalysten und Gutachtern, dessen Mitglieder überwiegend Hyp-Zert-Ausbildung/Zertifizierung und zum großen Teil zusätzliche Qualifikationen (zum Beispiel RICS) aufweisen. Diese Abteilung ist stets in die Erstbewertung bei Neukreditgewährung und regelmäßigen Neubewertungen eingebunden sowie in die mindestens jährlich durchgeführte Überwachung der Werte, wobei diese – in Abhängigkeit von Art und Lage des Objekts, Marktentwicklung und anderen Risikoindikatoren – teilweise auch durch Mitarbeiter der Kreditabteilung anhand festgelegter Parameter und Prozesse durchgeführt wird.

Bei Developmentfinanzierungen werden im Rahmen eines regelmäßigen Monitorings des Projekts unter anderem Planungsstand, Budget, Auftragsvergaben, Bauzeitplan, Verkaufs-/Vermietungs- und Bautenstand überwacht. Diese Überwachungen werden in der Regel bei komplexen Developments durch renommierte, externe Projektmonitorer im Auftrag der Bank und koordiniert durch PAV monatlich, wenigstens aber vierteljährlich durchgeführt. Bei Wohnungsbauvorhaben (Bauträger) mit geringerer Komplexität wird in der Regel im Drei-Monats-Rhythmus der Baufortschritt durch erfahrene, interne Property-Analysten überwacht. Die Kostenverfolgung erfolgt stets durch CRM und ermöglicht eine aktuelle Übersicht der Kostensituation sowie eine Prognose der Kostenentwicklung des Developments. Diese wird mit den Ergebnissen des internen (beziehungsweise, sofern vorhanden, des externen) Monitorings abgeglichen. Dadurch können eventuelle Abweichungen vom Projektplan und damit Projektrisiken im Bauverlauf möglichst früh erkannt werden.

Im Segment PIF dienen oft Garantien als Absicherung (zum Beispiel vertragliche Garantien/Bürgschaften von öffentlichen Stellen, Exportkreditgarantien). Zudem bestehen im Bereich der Öffentlichen Investitionsfinanzierung häufig gesetzliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Anstaltslast oder andere direkte und indirekte Absicherungen, die bei öffentlich-rechtlich organisierten Darlehensnehmern einen Rückgriff auf eine öffentliche Stelle ermöglichen. Manchmal werden die Garantien/Bürgschaften oder gesetzlichen Rahmenbedingungen im Segment PIF von zusätzlichen Finanzierungssicherheiten und Informations- und Konsultationsverpflichtungen der Kreditnehmer flankiert. Diese zusätzlichen Finanzierungssicherheiten werden in der Regel aber nicht als werthaltig in der Kreditbeurteilung beziehungsweise in der LGD-Kalkulation berücksichtigt.

Im Bereich Treasury werden im Wesentlichen Bareinlagen und Wertpapiere als Sicherheit beim Handel mit anderen Banken zur Verfügung gestellt beziehungsweise hereingenommen. Die Besicherung erfolgt auf Basis von Standardverträgen, die im Einzelfall gegebenenfalls abgeändert beziehungsweise einer individuellen Überprüfung durch die Rechtsabteilung unterzogen werden.

Kreditportfolio

Der gesamte Forderungsbestand des pbb Konzerns wird einheitlich nach dem Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der EaD entspricht bei den meisten Produkten dem IFRS-Buchwert (inklusive aufgelaufener Zinsen). Im Falle einer bestehenden zugesagten freien Linie ist diese – mit dem produktspezifischen Kreditkonversionsfaktor (CCF) multipliziert – als weiterer Bestandteil im EaD enthalten. Der CCF sagt aus, wie viel von der freien Linie innerhalb eines Jahres vor einem möglichen Ausfall erwartungsgemäß in Anspruch genommen werden kann. Eine Ausnahme bilden Derivate und Repo-Geschäfte, bei denen der EaD nicht dem Buchwert entspricht, sondern gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) nach einer anderen Methodik zu ermitteln ist. Dies gilt zum Beispiel für Derivate gemäß der aufsichtlichen Marktbewertungsmethode: Marktwert zuzüglich aufsichtsrechtlich vorgegebenem Add-on für potenzielle, zukünftige Marktwert erhöhungen unter Berücksichtigung etwaiger Effekte aus Netting und Sicherheitenleistungen.

Der konzernweite EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2017 57,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 60,6 Mrd. €¹).

Überblick über das Gesamtexposure des pbb Konzerns: 57,5 Mrd. € EaD Das Kreditportfolio ist in drei Geschäftssegmente aufgeteilt:

- > Real Estate Finance (REF)
- > Public Investment Finance (PIF)
- > nicht strategisches, zum Abbau bestimmtes Segment Value Portfolio (VP)

Daneben wird in Consolidation & Adjustments (C&A) außer den internen Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen noch der EaD für Geschäfte ausgewiesen, die nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnen sind. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um Vermögenspositionen für die Aktiv- und Passiv-Steuerung.

Per 31. Dezember 2017 entfielen 58 % (31. Dezember 2016: 57 %) des EaD in C&A auf die Ratingklassen AAA bis AA– und 21 % (31. Dezember 2016: 27 %) des EaD auf die Ratingklassen A+ bis A–. 18 % (31. Dezember 2016: 15 %) des EaD befanden sich in den Ratingklassen BBB+ bis BBB–. Der Anteil des EaD in den Ratingklassen BB+ und schlechter lag bei 3 % (31. Dezember 2016: 1 %). Für die Verteilung des EaD auf Ratingklassen wurden interne Ratingklassen auf externe Ratingklassen übergeleitet.

¹ Ohne ein von der FMS Wertmanagement garantiertes Exposure in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Gesamtportfolio: EaD nach Geschäftssegmenten

in Mrd. €	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2016 ²⁾	Veränderung	
			in Mrd.€	in %
Real Estate Finance	28,3	27,1	1,2	4,4
Public Investment Finance	7,9	8,5	-0,6	-7,1
Value Portfolio	17,0	19,5	-2,5	-12,8
Consolidation & Adjustments	4,3	5,5	-1,2	-21,8
Insgesamt	57,5	60,6	-3,1	-5,1

¹⁾ Einschließlich eines von der FMS Wertmanagement garantierten Exposure.

²⁾ Ohne ein von der FMS Wertmanagement garantiertes Exposure in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Das Gesamtexposure (EaD) des pbb Konzerns reduzierte sich per 31. Dezember 2017 gegenüber dem Jahresende 2016 um 3,1 Mrd. € auf 57,5 Mrd. €. Insgesamt stieg der Prozentanteil des EaD im strategischen Segment REF (49%; Vorjahresende: 45%) und blieb in PIF unverändert (14%; Vorjahresende: 14%), während er im nicht strategischen VP abnahm (29%; Vorjahresende: 32%). Der prozentuale Anteil des EaD in C&A sank gegenüber dem Vorjahr (9%) auf 7%. Erläuterungen zu den Veränderungen in den einzelnen Segmenten finden sich bei der detaillierten Darstellung des jeweiligen Segments.

Risikokennzahlen Der erwartete Verlust (Expected Loss – EL) für einen Zeitraum von einem Jahr wird für das gesamte Exposure ermittelt, außer für Problemkredite, für die eine Einzelwertberichtigung gebucht wurde. Dieser errechnet sich aus den von Basel III vorgegebenen Parametern Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und Exposure at Default (EaD).

Der EL betrug für den pbb Konzern 106 Mio. € zum 31. Dezember 2017 (31. Dezember 2016: 83 Mio. €). Der Anstieg des erwarteten Verlustes resultierte vor allem aus der Ratingherabstufung einer ausländischen Regionalregierung (im Segment PIF) sowie aus der Harmonisierung der Risikomodelle durch die Europäische Zentralbank (im Segment REF).

Die Kennzahl verteilte sich wie folgt auf die Segmente:

Gesamtportfolio: Erwarteter Verlust nach Geschäftssegmenten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mio.€	in %
Real Estate Finance	65	46	19	41,3
Public Investment Finance	9	2	7	>100,0
Value Portfolio	32	35	-3	-8,6
Consolidation & Adjustments	-	1	-1	-100,0
Insgesamt	106	83	23	27,7

Grundsätzlich ist anzumerken, dass künftige Veränderungen, beispielsweise der Konjunktur oder Entwicklungen bei Einzelrisiken, zu Änderungen der oben genannten EL-Zahlen führen können. Auch können die tatsächlich eingetretenen Verluste von den erwarteten Verlusten abweichen.

Ökonomisches Adressrisikokapital Der pbb Konzern setzt für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Adressrisiken ein Kreditportfoliomodell ein. Die Quantifizierung des ökonomischen Adressrisikos wird im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

Regionale Verteilung des Portfolios Der Schwerpunkt des Exposure des pbb Konzerns lag zum Berichtsstichtag unverändert auf Westeuropa. Auf Deutschland entfiel mit 40% beziehungsweise 23,1 Mrd.€ weiterhin der Hauptanteil des Gesamtexposure. Die deutliche EaD-Abnahme in Deutschland um 1,9 Mrd.€ gegenüber dem Vorjahr beruhte auf einem geringeren Money Market Exposure in C&A sowie auf Rückführungen in PIF und im VP, die das Neugeschäft des REF-Portfolios überstiegen. Das verringerte Exposure gegenüber Spanien resultierte hauptsächlich aus Rückzahlungen im VP sowie aus Bondverkäufen im Rahmen der Liquiditätssteuerung. Die EaD-Abnahme in Österreich war auf Rückzahlungen und auf Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus und damit einhergehende Veränderungen von Hedge Adjustments im VP zurückzuführen.

Die Erhöhung des Exposure in den USA war durch Neugeschäft im strategischen Segment REF geprägt.

Die Kategorie „Andere“, auf die mit 1,6 Mrd. € rund 2,8% des Portfolios entfielen, ist zum Großteil von Bonds sogenannter supranationaler Organisationen geprägt. Die größten Positionen der Kategorie „Andere Europa“ stellten die Niederlande mit 0,6 Mrd. €, die Schweiz mit 0,4 Mrd. € sowie Slowenien und Belgien mit jeweils 0,3 Mrd. € dar (31. Dezember 2016: Niederlande 0,8 Mrd. €, Schweiz 0,4 Mrd. €, Slowenien 0,3 Mrd. €, Belgien 0,3 Mrd. €).

Gesamtportfolio: EaD nach Regionen

in Mrd. €	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2016 ²⁾	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Deutschland	23,1	25,0	-1,9	-7,6
Frankreich	7,6	7,6	-	-
Österreich	6,4	6,8	-0,4	-5,9
Vereinigtes Königreich	5,3	5,0	0,3	6,0
Spanien	3,1	4,3	-1,2	-27,9
Italien	2,1	2,3	-0,2	-8,7
Andere Europa ³⁾	2,0	2,1	-0,1	-4,8
Polen	1,7	1,6	0,1	6,3
Schweden	1,6	1,4	0,2	14,3
Andere ⁴⁾	1,6	1,6	-	-
Portugal	0,9	1,2	-0,3	-25,0
USA ⁵⁾	0,9	0,5	0,4	80,0
Tschechien	0,4	0,4	-	-
Finnland	0,4	0,4	-	-
Ungarn	0,3	0,6	-0,3	-50,0
Insgesamt	57,5	60,6	-3,1	-5,1

¹⁾ Einschließlich eines von der FMS Wertmanagement garantierten Exposure.

²⁾ Ohne ein von der FMS Wertmanagement garantiertes Exposure in Höhe von 0,2 Mrd.€.

³⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere Europa“ die Niederlande, die Schweiz, Slowenien, Belgien, die Slowakei, Rumänien, Luxemburg, Irland, Dänemark, Norwegen und Lettland.

⁴⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere“ supranationale Organisationen, Japan, Kanada und Hongkong.

⁵⁾ Im Geschäftsbericht 2016 waren die USA in der Kategorie „Andere“ enthalten und werden nun gesondert ausgewiesen.

In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens werden jedem einzelnen Land maximale Limite je Segment zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten der pbb begrenzen. Sämtliche Länderlimite werden täglich von RMC überwacht.

Real Estate Finance: 28,3 Mrd. € EaD

Im Segment REF befinden sich Immobilienkredite und die entsprechenden Kundenderivate. Der EaD des REF-Portfolios des pbb Konzerns erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2016 um insgesamt 1,2 Mrd. € auf 28,3 Mrd. €. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 0,2 Mrd. € EaD und reduzierten sich somit gegenüber dem Jahresende 2016 um 0,2 Mrd. €.

Die Erhöhung des Exposure im REF-Segment ist im Wesentlichen auf Neugeschäft in Deutschland, den USA sowie in Frankreich zurückzuführen.

Real Estate Finance: EaD nach Regionen

in Mrd. €	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2016 ²⁾	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Deutschland	13,9	13,1	0,8	6,1
Vereinigtes Königreich	4,7	4,7	–	–
Frankreich	3,4	3,3	0,1	3,0
Schweden	1,6	1,3	0,3	23,1
Polen	1,4	1,4	–	–
Andere Europa ³⁾	1,1	1,2	–0,1	–8,3
USA ⁴⁾	0,9	0,3	0,6	>100,0
Österreich	0,5	0,5	–	–
Tschechien	0,4	0,4	–	–
Finnland	0,2	0,2	–	–
Spanien	0,2	0,3	–0,1	–33,3
Ungarn	0,2	0,3	–0,1	–33,3
Italien ⁵⁾	–	0,1	–0,1	–100,0
Insgesamt	28,3	27,1	1,2	4,4

¹⁾ Aufteilung inklusive Kundenderivaten über ca. 0,2 Mrd. €.

²⁾ Aufteilung inklusive Kundenderivaten über ca. 0,4 Mrd. €.

³⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere Europa“ die Niederlande, die Schweiz, Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Belgien, Luxemburg und Norwegen.

⁴⁾ Im Geschäftsbericht 2016 waren die USA in der Kategorie „Andere“ enthalten und werden nun gesondert ausgewiesen.

⁵⁾ Italien (2017): 24 Mio. €.

Schwerpunkte des REF-Portfolios nach Objektarten bildeten weiterhin die Kategorien „Bürogebäude“ mit 10,4 Mrd. € EaD beziehungsweise 37 % (31. Dezember 2016: 8,9 Mrd. € beziehungsweise 33 %) und „Einzelhandel“ mit 6,7 Mrd. € EaD beziehungsweise 24 % (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. € beziehungsweise 26 %). Die prozentualen Anteile der Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien und der Objektart „Hotel/Freizeit“ blieben mit 16 % beziehungsweise 5 % gegenüber dem Jahresende 2016 konstant. In der Kategorie „Andere“ reduzierte sich der Anteil dagegen von 5 % auf 4 %. Der Anteil in der Objektart „Logistik/Lager“ blieb konstant bei 11 % (31. Dezember 2016: 11 %). Die Kategorie der gemischt genutzten Objekte – genannt „Mixed Use“ – wies per 31. Dezember 2017 einen Anteil von 3 % (31. Dezember 2016: 4 %) auf.

Real Estate Finance: EaD nach Objektarten

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Bürogebäude	10,4	8,9	1,5	16,9
Einzelhandel	6,7	7,1	-0,4	-5,6
Wohnungsbau	4,6	4,4	0,2	4,5
Logistik/Lager	3,1	3,0	0,1	3,3
Hotel/Freizeit	1,5	1,3	0,2	15,4
Andere	1,2	1,4	-0,2	-14,3
Mixed Use	0,8	1,2	-0,4	-33,3
Insgesamt	28,3	27,1	1,2	4,4

Das Portfolio war zum Jahresende 2017 mit 81 % (31. Dezember 2016: 85 %) nach wie vor von Investmentfinanzierungen dominiert; auf die Finanzierung von Immobilienentwicklungsmaßnahmen (Developmentfinanzierungen) entfielen 17 % des EaD (31. Dezember 2016: 13 %). Im Jahr 2017 bestand eine sehr hohe Nachfrage sowohl nach gewerblichen Immobilieninvestments als auch nach Developmentfinanzierungen. Letztere tätigte der pbb Konzern entsprechend der konservativen Risikostrategie ausschließlich mit professionellen Partnern und dem Projekt entsprechenden Auflagen hinsichtlich Eigenkapitaleinsatz, Vorverkauf und Vorvermietung. Unter Investmentfinanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaldienstfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt-Cashflow erfolgt. Der EaD-Rückgang bei Kundenderivaten ist zum einen auf gesunkene Marktwerte aufgrund gestiegener Zinsen zurückzuführen sowie zum anderen auf den Sachverhalt, dass kundenseitig vermehrt nicht EaD-wirksame Caps abgeschlossen wurden.

Real Estate Finance: EaD nach Darlehensarten

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Investmentfinanzierungen	23,0	23,0	-	-
Developmentfinanzierungen	4,9	3,6	1,3	36,1
Kundenderivate	0,2	0,4	-0,2	-50,0
Andere	0,2	0,1	0,1	100,0
Insgesamt	28,3	27,1	1,2	4,4

Public Investment Finance: 7,9 Mrd. € EaD

Das Portfolio umfasst folgende Finanzierungen:

- (I) Finanzierungen, die direkt mit einem nach dem deutschen Pfandbriefgesetz als deckungsfähig anerkannten, öffentlich-rechtlichen Schuldner auf der Basis einer konkreten Verwendungszweckbindung gemäß einem definierten Produktkatalog abgeschlossen werden;
- (II) Finanzierungen an Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform und Trägerschaft, die weitestgehend mit einer öffentlichen Gewährleistung im Sinne des Pfandbriefgesetzes besichert werden (Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, Stadtwerke, Zweckverbände, Verwaltungsgesellschaften, Non-Profit-Unternehmen, Verbände) und
- (III) Finanzierungen an Zweckgesellschaften und Unternehmen, die fast vollständig mit einer öffentlichen Gewährleistung im Sinne des Pfandbriefgesetzes besichert werden. Hierunter fallen auch Exportfinanzierungen, die durch Versicherungen/Garantien des Bundes oder anderer pfandbrieffähiger Exportversicherungsagenturen gedeckt sind.

Die EaD-Abnahme im Segment PIF gegenüber dem Vorjahresende um 0,6 Mrd. € ist insbesondere auf fällige Darlehen und Rückzahlungen in Deutschland zurückzuführen. Neugeschäft wurde mit Schwerpunkt in Frankreich abgeschlossen und teilweise durch Rückführungen kompensiert.

Public Investment Finance: EaD nach Regionen

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd.€	in %
Frankreich	3,5	3,4	0,1	2,9
Deutschland	1,9	2,6	-0,7	-26,9
Spanien	1,5	1,5	-	-
Andere Europa ¹⁾	0,3	0,3	-	-
Österreich	0,3	0,3	-	-
Vereinigtes Königreich	0,2	0,1	0,1	100,0
Finnland	0,1	0,2	-0,1	-50,0
Andere ²⁾	0,1	<0,1	0,1	100,0
Schweden ³⁾	-	<0,1	-	-
Insgesamt	7,9	8,5	-0,6	-7,1

¹⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere Europa“ Belgien und die Niederlande.

²⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere“ unter anderem Kanada sowie Bonds supranationaler Organisationen.

³⁾ Schweden (2017): 44 Mio. €.

Unter „Öffentliche Kreditnehmer“ werden Forderungen gegenüber Staaten (25%), Unternehmen des öffentlichen Sektors (21 %) sowie Regionalregierungen und Kommunen (54 %) zusammengefasst. Die Definition beinhaltet dabei auch von diesen Kontrahenten garantierte Forderungen.

Public Investment Finance: EaD nach Kontrahenten

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd.€	in %
Öffentliche Kreditnehmer	7,7	8,3	-0,6	-7,2
Unternehmen/Zweckgesellschaften ¹⁾	0,2	0,3	-0,1	-33,3
Finanzinstitute ²⁾	-	<0,1	-	-
Insgesamt	7,9	8,5	-0,6	-7,1

¹⁾ Weitestgehend durch Bürgschaften und Garantien besichert.

²⁾ Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Garantie.

Der Anteil des EaD im Segment PIF, der auf die Ratingklassen AAA bis AA– entfiel, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr auf 43% (31. Dezember 2016: 48%). Der Anteil in den Ratingklassen A+ bis A– erhöhte sich dagegen leicht auf 47% (31. Dezember 2016: 46%). Ebenso erfolgte eine Erhöhung der Anteile in den Ratingklassen BBB+ bis BBB– sowie BB+ und schlechter. Für die Verteilung des EaD auf Ratingklassen wurden interne Ratingklassen auf externe Ratingklassen übergeleitet.

Public Investment Finance: EaD nach internen Ratings

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
AAA bis AA–	3,4	4,1	-0,7	-17,1
A+ bis A–	3,7	3,9	-0,2	-5,1
BBB+ bis BBB–	0,4	0,2	0,2	100,0
BB+ und schlechter	0,4	0,3	0,1	33,3
Insgesamt	7,9	8,5	-0,6	-7,1

Value Portfolio: 17,0 Mrd. € EaD

Das Value Portfolio beinhaltet nicht strategische Portfolios des pbb Konzerns.

Die weitere strategiekonforme Abnahme des Exposure per 31. Dezember 2017 gegenüber dem 31. Dezember 2016 war hauptsächlich auf Rückführungen in Deutschland, Spanien, Österreich und Portugal zurückzuführen, wobei Österreich und Deutschland nach wie vor den Schwerpunkt im Portfolio darstellten. Die EaD-Abnahme in Österreich war zum Teil auch auf Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus und damit einhergehende Veränderungen von Hedge Adjustments zurückzuführen.

Value Portfolio: EaD nach Regionen

in Mrd. €	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2016 ²⁾	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Österreich	5,6	6,0	-0,4	-6,7
Deutschland	4,8	5,7	-0,9	-15,8
Italien	2,0	2,2	-0,2	-9,1
Spanien	1,2	1,8	-0,6	-33,3
Andere ³⁾	1,1	1,2	-0,1	-8,3
Portugal	0,9	1,2	-0,3	-25,0
Frankreich	0,7	0,7	-	-
Andere Europa ⁴⁾	0,2	0,3	-0,1	-33,3
Polen	0,2	0,2	-	-
Ungarn	0,1	0,2	-0,1	-50,0
Tschechien ⁵⁾	-	<0,1	-	-
Finnland ⁵⁾	-	<0,1	-	-
Insgesamt	17,0	19,5	-2,5	-12,8

¹⁾ Einschließlich eines von der FMS Wertmanagement garantierten Exposure.

²⁾ Ohne ein von der FMS Wertmanagement garantiertes Exposure in Höhe von 0,2 Mrd. €.

³⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere“ supranationale Organisationen und Japan.

⁴⁾ 2017 enthält die Kategorie „Andere Europa“ Slowenien, die Schweiz und Dänemark.

⁵⁾ Tschechien (2017): 11 Mio. €.; Finnland (2017): 9 Mio. €.

Der EaD nach Kontrahenten wird unter Berücksichtigung der regulatorisch anrechenbaren Garantien beziehungsweise sonstigen Unterstützungen dargestellt.

Value Portfolio: EaD nach Kontrahenten

in Mrd.€	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2016 ²⁾	Veränderung	
			in Mrd. €	in %
Öffentliche Kreditnehmer	15,4	17,1	-1,7	-9,9
Finanzinstitute ³⁾	1,5	2,3	-0,8	-34,8
Unternehmen	-	<0,1	-	-
Insgesamt	17,0	19,5	-2,5	-12,8

¹⁾ Einschließlich eines von der FMS Wertmanagement garantierten Exposure.

²⁾ Ohne ein von der FMS Wertmanagement garantiertes Exposure in Höhe von 0,2 Mrd.€.

³⁾ Hauptsächlich gedeckte spanische Schuldverschreibungen.

Strukturierte Produkte

Der pbb Konzern hatte zum 31. Dezember 2017 einen Restbestand an einer durch eine Regionalregierung garantierten Mortgage-backed Security mit einem Nominalvolumen von 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 0,6 Mrd. €) und einem aktuellen Fair Value von 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 0,6 Mrd. €).

Die Bewertung erfolgte über am Markt verfügbare Preise.

Watchlist- und Problemkredite

Frühwarnsystem Im Frühwarnsystem des pbb Konzerns sind Kriterien beziehungsweise Schwellenwerte (Trigger) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und in die Problemkreditbetreuung definiert (zum Beispiel Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Finanzkennzahlen – beispielsweise Loan to Value [LTV], Interest Service Coverage [ISC]). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird das Engagement analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt. Dabei wird ebenfalls überprüft, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt:

- > **Watchlist Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage beziehungsweise ein anderes definiertes Frühwarnsignal (zum Beispiel die Insolvenz eines Hauptmieters im Segment REF) trifft zu.
- > **Restructuring Loans** Es besteht ein Default (ausgelöst beispielsweise durch einen Zahlungsverzug von länger als 90 Tagen beziehungsweise der Insolvenz des Kreditnehmers) oder ein anderer vertraglicher beziehungsweise regulatorischer Trigger trifft zu. Bei der Restrukturierung liegt der Fokus auf der aktiven Implementierung eines Restrukturierungskonzepts mit dem Ziel entweder einer Rückführung in die Regelkreditbetreuung oder der freihändigen Verwertung von Sicherheiten ohne Zwangsmaßnahmen. Es wird stets ein SLLP-Test durchgeführt und, sofern erforderlich, eine Einzelwertberichtigung gebildet.
- > **Workout Loans** Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind beziehungsweise werden eingeleitet. Sofern erforderlich, sind Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Einheit CRM REF Workout ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften (HGB und IFRS) verantwortlich.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite des pbb Konzerns

EaD in Mio. €	31.12.2017				31.12.2016				Veränderung	
	REF	PIF	VP	Insgesamt ¹⁾	REF	PIF	VP	Insgesamt ¹⁾	in Mio. €	in %
Workout Loans	15	-	-	15	3	-	-	3	12	>100,0
Restructuring Loans	233	-	-	233	385	-	-	385	-152	-39,5
Problemkredite	248	-	-	248	388	-	-	388	-140	-36,1
Watchlist Loans	24	112	224	360	37	-	237	274	86	31,4

¹⁾ Kein Volumen für C&A.

Die Watchlist- und Problemkredite verringerten sich per saldo vom 31. Dezember 2016 auf den 31. Dezember 2017 um insgesamt 54 Mio. €.

Die Watchlist-Kredite erhöhten sich um 86 Mio. €. Die Erhöhung ist im Wesentlichen durch die Übernahme von zwei Engagements mit einem Saldo von insgesamt 112 Mio. € in die Intensivbetreuung begründet. Dabei handelt es sich um Ausreichungen an französische Kreditnehmer im Segment PIF, die letztendlich durch kommunale Garantie beziehungsweise staatliche Gewährträgerhaftung gedeckt sind. Im Segment REF konnte das Volumen der Fälle in der Intensivbetreuung um weitere 13 Mio. € reduziert werden. Der leichte Rückgang (13 Mio. €) im Segment VP ist auf die günstigere Bewertung der Forderungen aufgrund von Verbesserungen im Rating der Schuldner zurückzuführen.

Die Problemkredite konnten um 140 Mio. € im Jahr 2017 zurückgeführt werden. Einem geringen Volumen von Neuzugängen in Höhe von 3 Mio. € stehen erfolgreiche Abwicklungen/Restrukturierungen in Höhe von 143 Mio. € gegenüber. Die Rückführung erfolgte unter teilweiser Inanspruchnahme der gebildeten Risikovorsorge.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen Alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden regelmäßig auf Wertminderung überprüft. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht. Anschließend wird die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwerts, bei AfS-Vermögenswerten zuzüglich der AfS-Rücklage, zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel III-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses bei der pbb benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und den aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Einzelwertberichtigungen erfolgt im Risk Provisioning Committee.

Risikovorsorgebestand des pbb Konzerns Eine Übersicht über die Entwicklung der Risikovorsorge und der Rückstellungen findet sich im Anhang (Notes).

Chancen

Die Parametrisierung der Risikomaße für das Adressrisiko erfolgt mit statistischen Methoden auf Basis zahlreicher historischer Beobachtungen. Die Risikomaße hängen zudem von Annahmen über zukünftige Entwicklungen von makroökonomischen Gegebenheiten sowie von Entwicklungen auf den Kreditmärkten ab. Solche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können sich positiver als angenommen entwickeln und daher können die möglichen Verluste aus dem Adressrisiko theoretisch niedriger ausfallen als durch die Risikomaße quantifiziert. Solche möglichen positiven Entwicklungen stellen dann Chancen für den pbb Konzern dar, die zur Risikoreduktion genutzt werden können.

Chancen bestehen konkret dann, wenn in der Zukunft weniger Kredite Leistungsstörungen erfahren, als im Rahmen der Risikoquantifizierung angenommen wird.

Chancen bestehen auch dann, wenn in der Zukunft weniger Migrationen zu schlechteren Ratingklassen als angenommen erfolgen.

Weiterhin bestehen Chancen, wenn in der Zukunft die Verlustquoten von leistungsgestörten Krediten niedriger sind, als im Rahmen der Risikoquantifizierung angenommen wird. Niedrigere Verlustquoten können hierbei durch verschiedene positive Entwicklungen ausgelöst werden. Zum einen ist es möglich, dass bei der Verwertung von Sicherheiten höhere Erlösquoten erzielt werden, als in der Risikoquantifizierung angenommen ist. Zum anderen ist es möglich, dass ein größerer Anteil von leistungsgestörten Krediten ohne Verlust gesundet, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Neben positiven Entwicklungen bei Ausfallraten oder Verlustquoten bestehen im Kontext des Adressrisikos theoretisch und ungeachtet anderer Unternehmensziele auch dann Chancen, wenn sich Exposure-Werte im Portfolio rückläufig entwickeln sollten. Dies kann beispielsweise geschehen, wenn Kreditnehmer ihre Kredite schneller tilgen oder zurückzahlen, als das vertraglich oder gemäß historischen Erfahrungswerten zu erwarten war. Rückläufige Exposure-Werte können sich im Derivateportfolio dann ergeben, wenn Veränderungen bestimmter Marktparameter wie Zinsen oder Wechselkurse dazu führen, dass die Marktwerte derjenigen Positionen, die mit einem Wiedereindeckungsrisiko verknüpft sind, sinken.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlusts aufgrund von Schwankungen der Marktwerte von Finanzinstrumenten. Geschäfte des pbb Konzerns unterliegen hauptsächlich folgenden Marktrisikoarten:

- > Credit-Spread-Risiko (Risiko durch Veränderung von Credit Spreads)
- > Allgemeines Zinsänderungsrisiko (Risiko durch Veränderung von allgemeinen Marktzinssätzen)
- > Volatilitätsrisiko (Risiko durch Veränderung von impliziten Volatilitäten)
- > Fremdwährungsrisiko (Risiko durch Veränderung von Fremdwährungskursen)
- > Basisrisiko (Risiko durch Veränderung von OIS Spreads, Tenor Spreads und Cross Currency Basis Spreads)
- > Konzentrationsrisiko (Risiko von zusätzlichen Verlusten aufgrund einseitiger Portfoliozusammensetzung)

Marktrisikostrategie

Der pbb Konzern verfolgt die nachfolgend aufgeführten grundlegenden Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- > Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben und für die Marktwerte beobachtet beziehungsweise über ein Modell ermittelt werden können.
- > Alle eingegangenen Positionen unterliegen der täglichen Value-at-Risk- und Performance-Überwachung durch RMC.
- > Neu hinzugekommen im Jahr 2017 ist die Messung und Überwachung von Zinsänderungsrisiken in Bezug auf den periodischen Zinsüberschuss.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich RMC.

Marktrisikoberichte

RMC erstellt täglich ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtsempfänger:

- > Der tägliche Marktrisikobericht ist insbesondere an den Vorstand des pbb Konzerns adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performance-Zahlen auf allen relevanten Ebenen der Portfoliostruktur.
- > Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

Marktrisiko-Value-at-Risk RMC ermittelt täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines historischen Simulationsmodells. Es werden alle Positionen in die VaR-Ermittlung mit einbezogen, wobei der Credit-Spread-VaR von Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht im Marktrisiko, sondern im Kreditrisiko berücksichtigt wird.

- > Das Simulationsmodell basiert auf einer Marktdatenhistorie der letzten sieben Jahre, die gleich gewichtet in die Simulation eingehen.
- > Die einzelnen Marktrisikokarten werden zu einem Gesamt-VaR aggregiert, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt.
- > Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99%-Konfidenzintervall.

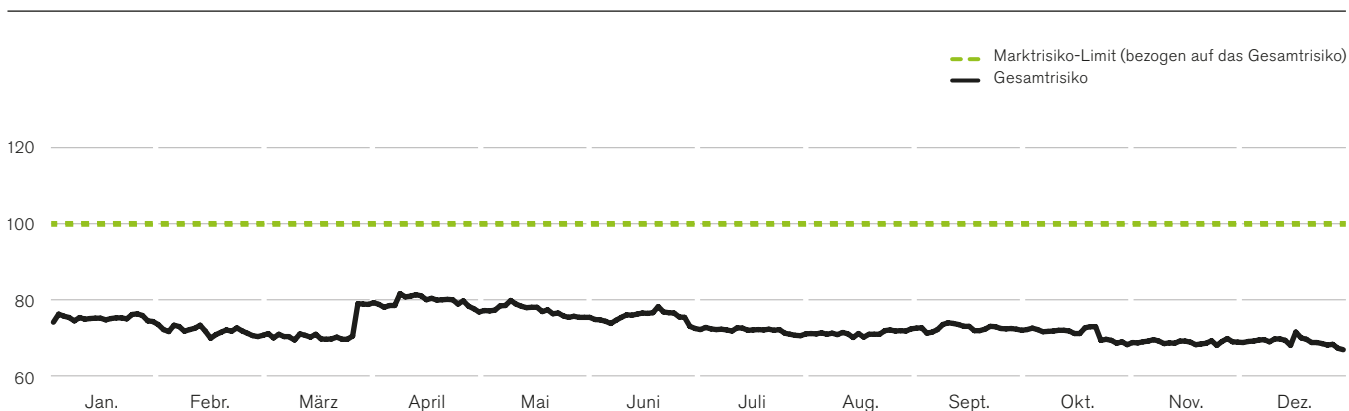
Am Jahresende 2017 betrug der Marktrisiko-VaR unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einzelnen Marktrisikokarten 66 Mio. € (Ende 2016: 74 Mio. €). Im Berichtszeitraum gab es keine Marktrisiko-VaR-Limitüberschreitung auf pbb Konzernebene. Das Marktrisiko-limit des pbb Konzerns wurde im Rahmen der turnusmäßigen Anpassung zum Jahresbeginn 2017 unverändert bei 100 Mio. € belassen.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR und seiner Komponenten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:

Marktrisiko-VaR (10 Tage, 99%)

Risikoarten und Marktrisiko-Limit Januar bis Dezember 2017

in Mio. €



Weitere Instrumente wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting und Backtesting ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen Bei der für die Sensitivitätsermittlung relevanten Bewertung werden Overnight-Zinskurven herangezogen. Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Erhöhung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Stresstests Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter „normalen“ Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. Im pbb Konzern werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für wesentliche Risikotreiber gerechnet. Hierbei werden die Auswirkungen extremer Veränderungen von Zinskurven, Fremdwährungskursen, Credit Spreads und Volatilitäten auf den ökonomischen Barwert des Portfolios des pbb Konzerns ermittelt. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach oben beziehungsweise nach unten hätte für alle Positionen des pbb Konzerns per Jahresende 2017 einen maximalen Marktwertverlust von 239 Mio. € (Ende 2016: maximaler Marktwertverlust von 60 Mio. €) zur Folge. Die Änderung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die durchschnittliche Laufzeit der hypothetischen Anlage des bilanziellen Eigenkapitals in festverzinsliche Aktiva hoher Qualität verlängert wurde und das Volumen der Eigenkapitalanlage an die Höhe des bilanziellen Eigenkapitals angeglichen wurde. Ein extremer Anstieg der relevanten Credit Spreads in den von der pbb intern unterstellten Szenarien hätte per Jahresende 2017 einen Marktwertverlust von 231 Mio. € zur Folge. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Stresstest-Szenarien regelmäßig informiert.

Backtesting Durch die tägliche Gegenüberstellung von Ein-Tages-VaR und anschließend tatsächlich eingetretenen täglichen Barwertveränderungen des Portfolios wird die Qualität der eingesetzten Risikomessmethoden laufend überprüft. Der pbb Konzern verwendet zur Einschätzung der Güte des Risikomodells die Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft. Hierbei werden die Backtesting-Ausreißer innerhalb eines Zeitraums von 250 Handelstagen gezählt. In den 250 Handelstagen bis zum Jahresende 2017 wurden keine Ausreißer beobachtet. Damit weist das Risikomodell des pbb Konzerns im Sinne der Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft eine grüne Ampelfarbe auf.

Ökonomisches Marktrisikokapital Details zur Berechnung des ökonomischen Kapitals aus Marktrisiken sind ebenso wie die Quantifizierung des ökonomischen Kapitals aus Marktrisiken im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

Abbildung ökonomischer Sicherungsbeziehungen als bilanzielle Sicherungsbeziehungen

Unter Hedge Accounting sind die speziellen Bilanzierungsvorschriften für Sicherungsbeziehungen des IAS 39 zu verstehen, deren Ziel die weitgehend kompensierende Erfassung der Wertänderungen der abgesicherten Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente ist. Für die bilanzielle Erfassung von Sicherungsbeziehungen müssen die Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt sein. Diese Voraussetzungen wie zum Beispiel die Anforderungen an die Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung stimmen teilweise nicht mit den in der Banksteuerung verwendeten Methoden überein. Daher kann es zu Abweichungen zwischen den ökonomischen und den bilanziellen Sicherungsbeziehungen kommen.

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Der pbb Konzern steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- > Management der Positionen im Bereich Treasury
- > Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch RMC
- > Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von VaR-Limiten sowie eine Kontrolle der Sensitivitäten durch den handelsunabhängigen Bereich RMC.

Allgemeines Zinsänderungsrisiko Das allgemeine Zinsänderungsrisiko betrug zum Jahresende 2017 38 Mio. € (Vergleichswert von Ende 2016: 33 Mio. €).

Volatilitätsrisiken Der VaR zur Messung der Volatilitätsrisiken betrug 4 Mio. € per Jahresende 2017 (Ende 2016: 9 Mio. €). Der Rückgang ist maßgeblich auf steigende Zinsen und damit einhergehend auf ein rückgehendes Risiko von Wertänderungen aus rechtlichen beziehungsweise vertraglichen Zinsuntergrenzen von variabel verzinslichen Finanzinstrumenten zurückzuführen.

Credit-Spread-Risiko Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwerts von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

So belief sich der Credit-Spread-VaR Ende Dezember 2017 auf 88 Mio. € (Vergleichswert Ende 2016: 100 Mio. €).

Sonstige Marktrisiken Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko lag zum Jahresende 2017 bei 11 Mio. € (Ende 2016: 12 Mio. €).

Als Basisrisiken werden OIS-, Cross-Currency-Spread- und Tenor-Spread-Basisrisiken (einschließlich Libor-Euribor-Basisrisiken) im Rahmen des VaR-Modells quantifiziert und ausgewiesen. Alle Basisrisiken fließen in den Gesamt-VaR ein und unterliegen damit der Marktrisiko-Limitierung. Zum Berichtsstichtag wurden Overnight-Index-Risiken (5 Mio. €), Tenor-Spread-Risiken (0,4 Mio. €) und Cross-Currency-Spread-Risiken (2 Mio. €) ausgewiesen. Aktienkurs- und Rohwarenrisiken liegen nicht vor; Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Ausblick

Aus bereits publizierten und weiteren geplanten Veröffentlichungen durch BaFin, EBA und das Basel Committee on Banking Supervision bezüglich der regulatorischen Anforderungen zum Thema Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch sowie aus der geplanten Überarbeitung von CRD IV und CRR resultieren veränderte Anforderungen an das Risikomanagement. Insoweit sich aus den neuen Anforderungen ein Handlungsbedarf ergibt, wurden geeignete Maßnahmen ergriffen, um eine fristgerechte Umsetzung zu gewährleisten.

Chancen

Wie dargestellt ergibt sich aus Sensitivitäten ein VaR, also ein möglicher künftiger (ökonomischer) Verlust im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung. Dieselben Sensitivitäten können im Fall einer günstigen Marktentwicklung auch zu ökonomischen Gewinnen führen. So ergeben sich beispielsweise wie beschrieben hohe negative Credit-Spread-Sensitivitäten, die ein Risiko darstellen. Im Falle einer Verringerung der relevanten Credit Spreads ergeben sich aus diesen Credit-Spread-Sensitivitäten allerdings ökonomische Gewinne, was wiederum eine Chance darstellt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristengerecht nachkommen zu können.

Liquiditäts- und Bewertungsprozess

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im Einklang mit dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP: Supervisory Review and Evaluation Process) einen ILAAP (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process) durchgeführt, welcher vom Vorstand überprüft und genehmigt wurde. Der ILAAP stellt sicher, dass alle wesentlichen Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken identifiziert, gemessen und überwacht werden können und notfalls rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um einen Liquiditätsengpass zu vermeiden.

Liquiditätsrisikostategie

Der Vorstand legt die Risikostrategie sowie den Risikoappetit des pbb Konzerns fest. Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie und wird in verschiedene Bausteine (unterschiedliche Liquiditätsszenarien unter gegebenen Markt- und Stressbedingungen) unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige als auch die mittelfristige Refinanzierung mittels eines Limitsystems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses und wird vom Vorstand genehmigt.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

RMC identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko. Die Steuerung des Risikos obliegt dem von RMC unabhängigen Bereich Treasury. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Risk Committee und vom Asset Liability Committee überprüft. Das Liquiditätsrisiko kann nicht auf Segmentbasis kalkuliert und berichtet werden.

Liquiditätsrisikobericht

Es werden täglich Berichte zur Liquiditätssteuerung erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an die Joint Supervisory Teams (JST) der EZB und nationalen Aufsichtsbehörden berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, die sich aus der Liquiditätsreserve sowie den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- > konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario),
- > Risk-Szenario (modifiziertes [historic] Stress-Szenario) und
- > Liquiditätsstress ([historic] Stress-Szenario).

Im Risk- und (historic) Stress-Szenario wird zum Beispiel mögliches Kundenverhalten in „Stress-situationen“ simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95 %- beziehungsweise 99 %-Quantile errechnet.

Für das Liquiditätsrisiko wurden im Base-Szenario Trigger (Frühwarnindikatoren) über einen Zeitraum von 24 Monaten definiert. Die Limite im Risk- und [historic] Stress-Szenario gelten über einen Zeitraum von sechs beziehungsweise drei Monaten.

Das Limitsystem besteht aus:

- > Limit auf das Liquiditätsstressprofil (Risk-Szenario und [historic] Stress-Szenario) und
- > Trigger für das Base-Szenario sowie das 6-Monats-Bucket des [historic] Stress-Szenarios.

Als Ergänzung zur Berichterstattung verwendet der pbb Konzern regelmäßig durchgeführte Stress-tests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der pbb sowie an externe Stellen wie zum Beispiel die Joint Supervisory Teams (JST) der EZB und nationalen Aufsichtsbehörden berichtet.

Liquiditätsrisiküberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation und durch einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet. Der Liquiditätsnotfallplan ist Bestandteil des Sanierungsplans der pbb und wird mindestens jährlich aktualisiert.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten (tägliche und monatliche Liquiditätsberichte), die auf einer vom Vorstand festgelegten „Liquiditätsrisikotoleranz“ aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass der pbb Konzern über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limitsystem) integriert, um eine „Überlebensperiode“ des pbb Konzerns im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stress-Szenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition des pbb Konzerns

Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 31. Dezember 2017 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition (liquide Assets sowie prognostizierter Saldo der Zahlungsströme) im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 7,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich unter Betrachtung des entsprechenden Zeitraumes ein Anstieg um 0,2 Mrd. €. Per 31. Dezember 2017 betrug die kumulierte Liquiditätsposition im Risk-Szenario in der 6-Monats-Vorschau 2,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €).

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2017 auf Einzelinstitutsebene 2,0 und lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Aufsichtliche Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Seit 1. Januar 2017 ist in den aufsichtlichen Liquiditätsmeldungen (LCR) ein Mindestwert für die Liquiditätsdeckungsquote von 80% einzuhalten. Dieser Wert steigt bis zum 1. Januar 2018 auf 100% an.

Die pbb betrachtet die aufsichtliche Liquiditätsdeckungsanforderung ergänzend zur internen Liquiditätsrisikomessung. Mit einer (internen) Quote, die über der regulatorischen Mindestanforderung liegt, ist sie Teil des Risikotoleranzsystems.

Die für den pbb Konzern ermittelten Werte lagen 2017 deutlich über 100%. Die Liquiditätsdeckungsquote per 31. Dezember 2017 lag bei 187%.

Refinanzierungsmärkte

Bezüglich der Entwicklungen an den Refinanzierungsmärkten sowie der Veränderung des Refinanzierungsvolumens der pbb im Berichtsjahr wird auf den Wirtschaftsbericht verwiesen.

Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs noch von einer Vielzahl externer Faktoren abhängig:

- > Weitere Entwicklungen in der europäischen Finanzkrise/Brexit-Verhandlungen und mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft
- > Zukünftige Entwicklung der Abschläge bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- > Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätzen und Fremdwährungskursen)
- > Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- > Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken
- > Refinanzierungsbedarf der Immobilieninvestoren

Refinanzierungsrisiko

Bezüglich des Refinanzierungsrisikos verweisen wir auf die Darstellung des Geschäftsrisikos im Abschnitt „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“.

Marktliquiditätsrisiko

Quantitative Angaben zur besseren Einschätzung des Marktliquiditätsrisikos können für Finanzinstrumente der Darstellung der drei Levels der Fair-Value-Hierarchie im Anhang (Notes) entnommen werden. Für LaR-Bestände besteht unter Liquiditätssteuerungsgesichtspunkten grundsätzlich keine Verkaufsabsicht, da für diese überwiegend über Einbringung in Deckungsstöcke, Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank oder Repo-Transaktionen Liquidität generiert werden kann. Die Berücksichtigung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt in der internen Steuerung im Rahmen des Marktrisikos.

Chancen

Die im Abschnitt „Entwicklung der Risikoposition des pbb Konzerns“ per 31. Dezember 2017 aufgeführte kumulierte Liquiditätsposition im Base-Szenario auf Sicht von zwölf Monaten in Höhe von 7,0 Mrd. € eröffnet grundsätzlich die Chance, insbesondere im Hinblick auf mögliches Neugeschäft, flexibel reagieren zu können.

Für den Fall, dass sich die im Abschnitt „Prognostizierter Liquiditätsbedarf“ genannten externen Faktoren für den pbb Konzern in Summe positiv entwickeln sollten, würde dies per se zu einem geringeren zukünftigen Liquiditätsbedarf führen.

Operationelles Risiko (einschließlich Rechtsrisiko)

Definition

Der pbb Konzern definiert das operationelle Risiko gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) als „das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden, einschließlich Rechtsrisiko“. Des Weiteren werden innerhalb des operationellen Risikos die Unterrisikoarten Verhaltensrisiko, Reputationsrisiko, Outsourcing-Risiko, Modellrisiko, System-, Informations- und Kommunikationstechnologie-Risiko (System-ICT-Risiko) sowie Datenqualitätsrisiko berücksichtigt.

Strategie für operationelles Risiko

Das Management von operationellem Risiko hat das Ziel, operationelle Risikoereignisse zu verhindern und den definierten Risikoappetit einzuhalten. Wesentliche Erfolgsfaktoren dabei sind die Früherkennung, die systematische Erfassung und Bewertung von operationellem Risiko, die Durchführung von Maßnahmen zur Risikomitigierung und eine zeitnahe Berichterstattung an die Geschäftsleitung. Die Strategie für das Management von operationellem Risiko wird als Teil der Gesamtrisikostategie jährlich vom Vorstand, nach Votierung im Risk Committee, verabschiedet. Sie beschreibt den Steuerungsrahmen und die Maßnahmen des pbb Konzerns im Hinblick auf operationelles Risiko.

Organisation des Managements von operationellem Risiko einschließlich Rechtsrisiko

Der pbb Konzern steuert das operationelle Risiko aktiv auf Basis eines konzernweit konsistenten Rahmenwerks basierend auf dem Prinzip der drei Verteidigungslinien, wobei die Risikoeigner, das heißt die Bereichsleiter, das Management von operationellem Risiko und die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung innerhalb der verschiedenen Geschäftsfelder verantworten (erste Verteidigungslinie). Insbesondere sind der Bereich Legal für das Management des Rechtsrisikos und die Bereiche IT und Corporate Office/Compliance für das Management des System-ICT-Risikos und des Outsourcing-Risikos verantwortlich.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch Compliance und RMC dargestellt. Innerhalb von RMC ist die Einheit Operational Risk für einheitliche Verfahren, Instrumente und Methoden für die Identifizierung, Beurteilung, Überwachung, Quantifizierung und Berichterstattung von operationellem Risiko innerhalb des Konzerns verantwortlich. Die dritte Verteidigungslinie ist durch die interne Revision vertreten.

Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellem Risiko einschließlich Rechtsrisiko

Die Risikosteuerung erfolgt gesamthaft für alle Geschäftsprozesse. Insbesondere werden operationelle Risiken explizit innerhalb der wesentlichen Entscheidungsprozesse (wie dem Neuproduktprozess oder Outsourcing-Vereinbarungen) analysiert und bewertet.

Das Management von operationellem Risiko erfolgt mithilfe verschiedener unternehmensweiter Verfahren, Instrumente und Methoden. Dazu gehören die Erfassung und Analyse von internen und externen Verlustdaten, die Selbsteinschätzung bezüglich operationellem Risiko (Operational-Risk-Self-Assessment/ORSA) und die Szenarioanalyse.

Ein strukturiertes und zentrales Berichtswesen ermöglicht, dass der Vorstand und die Bereichsleiter, das Risk Committee sowie die Aufsichtsorgane regelmäßig, zeitnah und umfassend über Risikoereignisse unterrichtet werden. Die Berichte werden sowohl ad hoc (Eskalation von materiellen Risikoereignissen) als auch auf monatlicher (Group Risk Report), quartalsweiser (Key-Risk-Indikator-Report) beziehungsweise jährlicher (Annual Risk Report) Basis erstellt und sind Teil der Risikoberichterstattung an den Vorstand und die Bereichsleiter. Das Berichtswesen des operationellen Risikos umfasst die wesentlichen Verlustereignisse und Beinahe-Verluste, Ursachenanalysen, die Top-Risikothemen, die Entwicklung der Risikoindikatoren, die Entwicklung des Kapitalbedarfs sowie Ergebnisse aus ORSA und Szenarioanalyse.

Das Management des Rechtsrisikos durch den Bereich Legal dient vor allem der Vermeidung von Verlusten, die dadurch entstehen, dass die Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns nicht rechtssicher gestaltet wird. Um dies zu erreichen, begleitet der Bereich Legal die Geschäftstätigkeit durch eine vorausschauende, umfassende und geschäftsorientierte Beratung.

Der Bereich Legal unterstützt die verschiedenen Bereiche bei der Überwachung von Entwicklungen in der relevanten Gesetzgebung und Rechtsprechung und prüft deren Auswirkungen auf das Neu- und Bestandsgeschäft. Die Ergebnisse werden mit den verantwortlichen Bereichen und/oder im Legal and Regulatory Risk Committee präsentiert und erörtert. Die „Legal Policy“ beschreibt die Rolle und Verantwortlichkeiten von Legal im pbb Konzern und dient als Leitlinie für die Mitarbeiter im Bereich Legal.

Darüber hinaus gibt der Bereich Legal gegenüber den jeweils betroffenen Fachbereichen eine Einschätzung zum Rückstellungsbedarf für offene Rechtsfälle ab. Rückstellungen für Rechtsrisiken werden gemäß IAS 37 und § 249 HGB gebildet, sofern für den pbb Konzern mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit eine Verpflichtung existiert und eine Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Gemäß IAS 37.15 gibt es vereinzelt Fälle, bei denen unklar ist, ob eine gegenwärtige Verpflichtung existiert. In solchen Fällen entscheidet die pbb unter Berücksichtigung aller verfügbaren substantziellen Informationen, einschließlich der Meinung von Sachverständigen, ob zum Abschlussstichtag Rückstellungen gebildet werden.

Zusätzlich werden Verluste und Rückstellungen für Rechtsrisiken, die im Zusammenhang mit operationellen Risikoereignissen zu sehen sind, in der OpRisk Schadensfalldatenbank erfasst. Insgesamt wird das Rechtsrisiko als Teil des bestehenden Rahmenwerks für das operationelle Risiko berücksichtigt und ist unter anderem ein fester Bestandteil des Key-Risk-Indikator-Reports, des ORSA und bei der Analyse und Berichterstattung von Risikoereignissen sowie bei der Bestimmung des ökonomischen Kapitalbedarfs.

Risikomessung

Details zur Quantifizierung des operationellen Risikos einschließlich des Rechtsrisikos sowie die Berechnungsergebnisse für das ökonomische Kapital für operationelles Risiko sind im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelles Risiko, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird, betrug entsprechend dem Standardansatz gemäß Artikel 317 ff. der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) 72 Mio. € zum 31. Dezember 2017 (69 Mio. € zum 31. Dezember 2016).

Operationelles Risikoprofil des pbb Konzerns

Im Jahr 2017 ergaben sich für den pbb Konzern Verluste von insgesamt 4,1 Mio. € aus operationellem Risiko ohne Rechtsrisiko (2016: 0,3 Mio. €). Für das Rechtsrisiko ergab sich ein Verlust von 15,9 Mio. €, der hauptsächlich aus Zuführungen zu Risikorückstellungen resultierte (2016: 3,0 Mio. €). Zusätzlich ergab sich aus der Auflösung von Rückstellungen für Rechtsrisiko ein Gewinn in Höhe von 7,8 Mio. €. Insgesamt wird das Risikoprofil für operationelles Risiko einschließlich Rechtsrisiko als stabil bewertet.

Chancen

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Rahmenwerks für operationelles Risiko sowie durch die fortlaufende Optimierung von Prozessen verfolgt der pbb Konzern das Ziel, mögliche operationelle Risiken weitestgehend zu reduzieren.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko wird im pbb Konzern allgemein definiert als das Risiko von Gewinneinbußen aufgrund von Veränderungen des externen Geschäftsumfelds, welche die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Bank beeinflussen. Es umfasst Ertragsrisiken sowie das Refinanzierungsrisiko. Details zur Quantifizierung sowie die Berechnungsergebnisse für das ökonomische Kapital für Geschäftsrisiken sind im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko ist definiert als potenziell negative Wertveränderung des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine negative Veränderung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie bedingt durch Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden, Erfordernis von Investitionen, rechtlich-wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie weiterer Faktoren.

Der unternehmenseigene Immobilienbestand enthält ausschließlich Rettungserwerbe durch Tochtergesellschaften des pbb Konzerns. Im Berichtsjahr wurden sämtliche Objekte veräußert, sodass die pbb zum 31. Dezember 2017 über keinen unternehmenseigenen Immobilienbestand verfügt. Rettungserwerbe werden nicht als Unternehmensziel im Sinne der Geschäftsstrategie verstanden, sondern unterliegen einer einzelfallbezogenen Beurteilung. Grundsätzliches Ziel ist es hierbei, diese Immobilien unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Kosten-/Ertragssituation, Erhöhung von Vermietungsständen, Optimierung von Nutzungsmöglichkeiten, Weiterentwicklung des Standorts, zu entwickeln, entsprechende Lösungen für den Einzelfall zu erarbeiten beziehungsweise anschließend möglichst wertschonend zu veräußern.

Immobilienrisiken werden in ihrer Gesamtheit durch die Berechnung des ökonomischen Kapitals auf Portfolioebene im internen Kapitaladäquanzverfahren quantifiziert, überwacht und berichtet.

Die Verwaltung beziehungsweise das aktive Risikomanagement der Rettungserwerbe erfolgt auf Einzeltransaktionsebene durch das auf dieses Geschäftsfeld spezialisierte Rescue Deal Management.

Pensionsrisiko

Das Pensionsrisiko ist definiert als das Risiko zusätzlicher Aufwendungen durch unzureichend kapitalisierte Pensionszusagen aus leistungsorientierten Pensionsplänen. Details zur Quantifizierung sowie die Berechnungsergebnisse für das ökonomische Kapital für Geschäftsrisiken sind im Kapitel „Internes Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP)“ beschrieben.

INTERNES KAPITALADÄQUANZVERFAHREN (ICAAP)

Kreditinstitute sind gemäß § 91 Abs. 2 AktG und § 25 a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame interne Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen. Das interne Kapitaladäquanzverfahren, auch ICAAP genannt (Internal Capital Adequacy Assessment Process), ist Gegenstand aufsichtlicher Prüfungen (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und ergänzt die in der CRR, CRD IV festgelegten aufsichtlichen Verfahren der Säule 1 des Basel III-Rahmenwerks.

Die Risikoinventur von 2017 hat als wesentliche kapital- und ertragswirksame Risiken das Marktrisiko, das Adressrisiko, das Geschäftsrisiko, das operationelle Risiko und das Immobilienrisiko als übergeordnete Risikoarten identifiziert, sodass diese fünf Risikoarten in den ICAAP aufgenommen und mithilfe von Modellen oder anderer Verfahren quantifiziert werden. Innerhalb dieser Risikoarten existieren auf granularer Ebene weitere wesentliche Unterrisiken, die im Berichtszeitraum im ICAAP berücksichtigt wurden. Einige wesentliche Risikoarten, wie beispielsweise das Prolongationsrisiko, das Erfüllungsrisiko, das Verwertungsrisiko ausgefallener Kredite oder auch das Pensionsrisiko, werden in Form von regelmäßig validierten Puffern innerhalb des ICAAP integriert. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird nicht innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung berücksichtigt, da die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Konzerns durch einen separaten Steuerungskreis abgedeckt wird.

Der pbb Konzern hat innerhalb des ICAAP eine Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert, die zur Quantifizierung des Risikos das Konzept des ökonomischen Kapitals verwendet. Das ökonomische Kapital ist eine Messgröße, die das notwendige Kapital darstellt, das mit einer vordefinierten Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) ausreicht, die Verluste eines Jahres aus dieser Risikoart aufzufangen. Es wird für alle relevanten Risikoarten berechnet und zu einem gesamten ökonomischen Kapital nach Diversifikationseffekten aggregiert. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit wird das gesamte diversifizierte ökonomische Kapital den entsprechenden Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Übersteigen die Risikodeckungsmassen das gesamte diversifizierte ökonomische Kapital, so ist die Risikotragfähigkeit nachgewiesen.

Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit verwendet der pbb Konzern einen Going-Concern-Ansatz als einen von zwei Steuerungskreisen. Er stellt explizit auf eine Geschäftsfortführung unter Einhaltung der aufsichtsrechtlich geforderten bankspezifischen Mindestkapitalquoten gemäß SREP ab. Zu diesem Zweck werden aus den SREP-Anforderungen abgeleitete Mindestquoten geschützt, wodurch sichergestellt werden soll, dass der pbb Konzern selbst nach Eintreten eines adversen ökonomischen Szenarios und der damit verbundenen Verluste ausreichend kapitalisiert ist.

Mit dem Gone-Concern-Ansatz hat der pbb Konzern einen weiteren Steuerungskreis implementiert, der den Schutz der vorrangigen Gläubiger in einem hypothetischen Liquidationsszenario und nach Eintritt extremer Verluste sicherstellen soll. Neben einem im Vergleich zum Going-Concern-Ansatz höheren Konfidenzniveau unterscheidet sich der Gone-Concern-Ansatz auch hinsichtlich der im Liquidationsszenario zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse und der zu berücksichtigenden Risiken. Aufgrund der Liquidationshypothese werden zusätzlich stille Lasten und Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren im Anlagebuch berücksichtigt.

Die Berechnungsmethoden des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten sowie aktuelle Kennziffern werden in den nachfolgenden Unterabschnitten sowie im Abschnitt „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ erläutert.

Neben der Risikotragfähigkeitsanalyse umfasst der ICAAP noch zusätzliche Steuerungselemente, wie ein System von Limiten und Frühwarnschwellenwerten auf Risiko- und Kapitalkennzahlen und einen umfassenden, monatlichen Überwachungs- und Berichtsprozess. Zudem werden über Stress-tests hypothetische Entwicklungen in ihrer Wirkung auf die Risikotragfähigkeit analysiert.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse des ICAAP und der Stress-tests regelmäßig vorgestellt. Die Ergebnisse werden dort diskutiert und es werden gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital der quantifizierbaren Risiken wird über Modelle oder Szenarioanalysen ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zwischen Markt- und Adressrisiken mithilfe eines mathematisch-statistischen Ansatzes zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Die Risiken werden für einen Zeitraum von einem Jahr und zu einem Konfidenzniveau von 99,91 % im Gone-Concern-Ansatz und 95 % im Going-Concern-Ansatz berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen materiellen Risikoarten für 2017 erläutert.

Adressrisiko im ICAAP

Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt der pbb Konzern ein Kreditportfoliomodell ein, das dem Ansatz eines sogenannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen der Kreditnehmer und über die damit einhergehende Neubewertung des Portfolios eine statistische Verteilung von Verlusten hergeleitet werden kann. Aus der so ermittelten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Kapital als unerwarteter Verlust ableiten. Dieses beziffert den auf einem vorgegebenen Konfidenzniveau berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen (inklusive Ausfällen) im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben kann. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall-Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt. Im Betrachtungszeitraum wurden die Korrelationen zwischen Schuldner, Schuldnergruppen und Regionen innerhalb des regelmäßigen Validierungsprozesses überprüft und im vierten Quartal 2017 aktualisierte Korrelationen angewendet.

Das ausgewiesene Adressrisiko beinhaltet dabei das Ausfall- und Migrationsrisiko, das Transfer- und Konvertierungsrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Einige Elemente des Adressrisikos, wie das Verwertungsrisiko bei ausgefallenen Kunden, das Erfüllungsrisiko und das Prolongationsrisiko, werden nicht direkt im Adressrisiko ausgewiesen, sondern als Abzugspositionen in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt. Die Angemessenheit dieser Abzugspositionen wird dabei regelmäßig mithilfe des Kreditportfoliomodells überprüft. Des Weiteren wird das Mieterrisiko mittels eines Puffers für nicht oder nur teilweise quantifizierbare Risiken in der Risikotragfähigkeit kapitalisiert.

Marktrisiko im ICAAP (inklusive Pensionsrisiko)

Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko dient dazu, mögliche finanzielle Verluste aus Preisänderungen aller Positionen zu erfassen. Dabei werden die potenziellen unsystematischen Verluste aus einer Analyse historischer Zeitreihen bestimmter Einflussfaktoren (Risikofaktoren) wie zum Beispiel Zinsen, Wechselkurse und Credit Spreads über die letzten sieben Jahre abgeleitet. Der Zeitraum von sieben Jahren stellt sicher, dass auch für die Bank ungünstige ökonomische Konjunkturphasen berücksichtigt und durch das Modell erfasst werden. Schließlich wird mittels eines Simulationsverfahrens und unter Verwendung der Sensitivitäten der Finanzinstrumente gegenüber Risikofaktoren die Jahresverlustverteilung des Portfoliomarktwerts ermittelt, woraus sich das ökonomische Kapital zum festgelegten Konfidenzniveau bestimmen lässt.

Der ICAAP berücksichtigt neben den im Kapitel „Marktrisiko“ beschriebenen Risikoarten auch das Pensionsrisiko, welches jedoch nicht direkt im Marktrisiko ausgewiesen wird, sondern über einen regelmäßig validierten Puffer von der Risikodeckungsmasse abgezogen wird.

Operationelles Risiko im ICAAP

Die Quantifizierung des operationellen Risikos im Rahmen des ICAAP erfolgt nach dem sogenannten Verlustverteilungsansatz (LDA). Die Verteilungen für Schadenshöhe und Schadensfrequenz werden dabei separat mithilfe der internen Verlustdaten aus der Schadensfalldatenbank bestimmt. Zusätzlich fließen auch externe und Szenariodaten in die Modellierung ein. Die gesamte Verlustverteilung wird mithilfe von Monte-Carlo-Simulation erzeugt, Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Unterrisikoarten und Modellierungskategorien werden nicht berücksichtigt. Des Weiteren wird sichergestellt, dass der berechnete Wert für das ökonomische Kapital für operationelles Risiko eine bestimmte Untergrenze nicht unterschreitet. Diese Untergrenze entspricht 90% des adjustierten regulatorischen Kapitals, das gemäß dem Standardansatz der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) berechnet wird. Nicht oder nur teilweise quantifizierbare Unterrisikoarten des operationellen Risikos, wie beispielsweise das Modellrisiko, werden über einen Kapitalpuffer abgedeckt.

Geschäftsrisiko im ICAAP

Das Geschäftsrisiko enthält Ertragsrisiken wie auch Refinanzierungsrisiken. Dabei werden geplante Erträge aus Neugeschäft konservativ vollständig aus der Risikodeckungsmasse ausgeschlossen. Das Refinanzierungsrisiko besteht dabei aus dem Refinanzierungsbedarfsrisiko, welches die unerwartete Erhöhung der Refinanzierungskosten aufgrund eines erhöhten Refinanzierungsbedarfs darstellt, und dem Funding-Spread-Risiko, das die Erhöhung der Refinanzierungskosten durch gestiegene Funding Spreads beschreibt. Refinanzierungsrisiken werden über szenariobasierte Ansätze quantifiziert und im Geschäftsrisiko explizit ausgewiesen. Nicht quantifizierbare Risiken, wie das regulatorische Risiko und das strategische Risiko, werden über einen Puffer für nicht oder nur teilweise quantifizierbare Risiken als Abzugsposition von der Deckungsseite kapitalisiert.

Immobilienrisiko im ICAAP

Das Immobilienrisiko des pbb Konzerns wird mithilfe eines mathematisch-statistischen Modells berechnet, welches es erlaubt, Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Wertverluste von Immobilien im Eigenbestand zu treffen. Die Parametrisierung des Modells basiert im Wesentlichen auf Zeitreihen repräsentativer Immobilienindizes für die einzelnen Objekte des Portfolios und auf der Einzelbewertung der Immobilien.

Liquiditätsrisiko im ICAAP

Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne, das heißt eine Erhöhung der Refinanzierungskosten für einen unerwarteten potenziellen Finanzierungsbedarf, sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Going-Concern

Der Going-Concern-Ansatz stellt explizit auf den Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung und damit auf die Fortführbarkeit der Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns in schweren ökonomischen Abschwungphasen ab. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit wird dabei zunächst das ökonomische Kapital auf einem Konfidenzniveau von 95% berechnet. Enthalten sind die vom pbb Konzern als wesentlich definierten Risikoarten Adressrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, das Refinanzierungsrisiko im Geschäftsrisiko und das Immobilienrisiko.

Going-Concern: ökonomisches Kapital

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Adressrisiko	238	188	50
Marktrisiko	175	177	-2
Operationelles Risiko	25	21	4
Geschäftsrisiko	-	-	-
Immobilienrisiko	-	1	-1
Summe vor Diversifikationseffekten	438	387	51
Summe nach Diversifikationseffekten	403	357	46
Risikodeckungsmasse (freies Kapital)	987	955	32
Überdeckung	584	598	-14

Zum Stichtag war im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg des diversifizierten Risikos zu beobachten, hauptsächlich im Adressrisiko. Hauptverantwortlich für diesen Anstieg war die Harmonisierung der Risikomodelle durch die Europäische Zentralbank ebenso wie die regelmäßige Anpassung von Parametern des Kreditportfoliomodells an aktuelle Entwicklungen und Validierungsergebnisse. Das ökonomische Kapital aus Marktrisiken hat sich zum Berichtsstichtag nur leicht verändert, war aber im Jahresverlauf Schwankungen unterworfen, die hauptsächlich durch Veränderungen der mittel- und langfristigen Zinsen sowie der Credit Spreads einiger europäischer Länder verursacht wurden. Der Anstieg des operationellen Risikos ist auf die turnusmäßige Modellaktualisierung zurückzuführen und das Immobilienrisiko hat sich während des Berichtszeitraums durch den Verkauf der verbliebenen Immobilien und Rettungserwerbe vollständig aufgelöst.

Dem Gesamtrisiko nach Diversifikationseffekten gegenüber steht als Risikodeckungsmasse das sogenannte freie Kapital, welches im Wesentlichen aus dem vorhandenen CET1 zuzüglich aufgelaufener Gewinne und abzüglich des zur Erfüllung der bankspezifischen Mindestquoten notwendigen CET1 gemäß SREP und zusätzlicher Korrekturposten besteht. Bei der Bestimmung des so definierten aufsichtlich gebundenen CET1 wird gemäß dem Vorsichtsprinzip ein Sicherheitsaufschlag auf die risikogewichteten Aktiva berücksichtigt.

Im Jahr 2017 wurde die Berechnung des freien Kapitals modifiziert. Zum Jahresende 2016 wurde das freie Kapital sowohl zum Stichtag berechnet als auch für die 12-Monats-Vorschau. Der geringere Wert aus den beiden Ergebnissen wurde als freies Kapital verwendet – zum Stichtag 31. Dezember 2016 war das die 12-Monats-Vorschau.

Diese Minimumbetrachtung wurde seit Anfang 2017 durch die Quantifizierung des ausgewiesenen freien Kapitals auf Stichtagsbasis ersetzt und durch ein umfangreiches Frühwarnsystem flankiert, welches über eine 12-Monats-Vorschau die geplanten Änderungen beziehungsweise Entwicklungen der aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung und der Risikoaktiva engmaschig überwacht. Die Ergebnisse dieser zukunftsorientierten Überwachung gehen in den Gesamtstatus der Risikotragfähigkeit ein und ermöglichen eine frühzeitige Identifizierung potenzieller adverser Entwicklungen und gegebenenfalls das rechtzeitige Ergreifen von Maßnahmen. Dieser Wechsel von Planzahlen auf Stichtagszahlen war der Hauptgrund für den Anstieg der Risikodeckungsmasse um 32 Mio. €.

Um die Jahresendwerte besser vergleichen zu können, wurde zum 31. Dezember 2016 eine Pro-forma-Berechnung durchgeführt, basierend auf den damaligen Stichtagszahlen. Dabei ergab sich eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 1.220 Mio. € und damit eine dem Berichtszeitraum zugeordnete Reduktion um 233 Mio. €. Maßgeblich für diesen Rückgang war eine Erhöhung des

regulatorisch gebundenen CET1, die sowohl auf die durch die Harmonisierung von Risikomodelle hervorgeführte Erhöhung der Risikoaktiva als auch auf die für 2017 aktualisierten bankspezifischen SREP-Quoten zurückzuführen war. Entsprechend stand zum Berichtsstichtag weniger CET1 zur Deckung ökonomischer Risiken zur Verfügung.

Der Anstieg des ökonomischen Kapitals nach Diversifikationseffekten und der Anstieg in der Risiko- deckungsmasse (im Vergleich zum Geschäftsbericht 2016) führten in Summe zu einem Rückgang der Überdeckung. Insgesamt konnte die Risikotragfähigkeit in diesem Ansatz zum Stichtag nachge- wiesen werden, auch die zukunftsorientierte Überwachung des freien Kapitals hat keine kritischen Entwicklungen angezeigt.

Going-Concern: ökonomisches Kapital nach Segmenten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Real Estate Finance	155	96	59
Public Investment Finance	20	14	5
Value Portfolio	141	177	-36
Consolidation & Adjustments	87	79	8
Gesamtbank¹⁾	403	357	46

¹⁾ Für den 31.12.2017 wurde das Verfahren zur oben dargestellten Kapitalallokation dahingehend angepasst, dass das gesamte ökonomische Kapital des pbb Konzerns gleich der Summe der ökonomischen Kapitalzahlen der Segmente ist. Das war zum 31.12.2016 noch nicht der Fall, hätte jedoch bei gleicher Methode dazu geführt, dass alle Werte auf Segmentebene um 2,7 % geringer gewesen wären. Diese Anpassungen sind jedoch im Vergleich zu anderen Entwicklungen in den Segmenten vernachlässigbar.

Die größte Veränderung auf Segmentebene im Jahr 2017 war im Segment REF zu verzeichnen. Durch die Harmonisierung der Risikomodelle durch die Europäische Zentralbank kam es zu einem Anstieg des Adressrisikos. Die Erhöhung des ökonomischen Kapitals im Segment C&A war hauptsächlich auf einen Anstieg des Marktrisikos zurückzuführen. Demgegenüber stand eine Reduktion des ökonomischen Kapitals im VP. Hier hat sich der Exposure-Rückgang des auf Ablauf gestellten VP im Adressrisiko bemerkbar gemacht. Das Segment PIF hatte einen Anstieg des Adressrisikos zu verzeichnen, weil sich hier unter anderem Rating-Downgrades einiger öffentlicher Schuldner negativ ausgewirkt haben.

Gone-Concern

Ergänzend zum Going-Concern-Ansatz verwendet der pbb Konzern einen Gone-Concern-Ansatz (Liquidationsperspektive) als zusätzlichen, parallelen Steuerungsansatz. Der Gone-Concern-Ansatz hat zum Ziel, den Schutz des erstrangigen Fremdkapitalgebers in einem hypothetischen Liquidationsszenario mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten. Der pbb Konzern hat hierbei ein Konfidenzniveau von 99,91 % gewählt, das sich homogen in die generell konservative Parametrisierung der Modelle einfügt. In diesem Liquidationsszenario wird jedoch nicht, wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten, von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolios ausgegangen, sondern von einem sofortigen Verkauf der zum Fair Value bilanzierten Aktiva und der Wertpapiere des Anlagebuchs. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den bereits genannten wesentlichen Risiken aus dem Going-Concern-Ansatz zusätzlich Credit-Spread-Risiken aus Wertpapieren des Anlagebuchs im Marktrisiko bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt und gleichzeitig der Nettobetrag stiller Lasten dieser Wertpapiere bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht. Des Weiteren werden als Teil des Adressrisikos Rating-Migrationsrisiken für sämtliche Positionen des Kreditportfolios berücksichtigt.

Gone-Concern: ökonomisches Kapital

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Adressrisiko	1.213	1.140	73
Marktrisiko	883	916	-33
Operationelles Risiko	78	85	-7
Geschäftsrisiko	21	15	6
Immobilienrisiko	-	2	-2
Summe vor Diversifikationseffekten	2.195	2.158	38
Summe nach Diversifikationseffekten	1.990	1.951	39
Risikodeckungsmasse vor Abzug stiller Lasten (netto)	3.179	3.267	-88
Stille Lasten (netto)	-	-	-
Risikodeckungsmasse	3.179	3.267	-88
Überdeckung	1.189	1.316	-127

Das diversifizierte ökonomische Kapital ist im Berichtszeitraum hauptsächlich durch höheres Adressrisiko und Geschäftsrisiko angestiegen. Im Adressrisiko kam es, wie auch schon im Going-Concern-Ansatz, zu einem Anstieg des ökonomischen Kapitals, vor allem aufgrund der Harmonisierung der Risikomodelle durch die Europäische Zentralbank. Aber auch die regelmäßige Anpassung von Parametern des Kreditportfoliomodells an aktuelle Entwicklungen sowie das angestiegene Exposure durch Neugeschäft haben zu einer Erhöhung beigetragen.

Das Geschäftsrisiko ist im Vergleich zum Vorjahr durch ein höheres Refinanzierungsrisiko gestiegen, vor allem getrieben durch das im zweiten Halbjahr 2017 abgeschlossene Neugeschäft. Der Rückgang des Marktrisikos resultierte im Wesentlichen aus Veränderungen des Zinsrisikos und des Credit-Spread-Risikos aufgrund von Schwankungen der mittel- und langfristigen Zinsen sowie der Credit Spreads einiger europäischer Länder. Nach dem Verkauf eines spanischen Objekts im Dezember 2017 sind keine Immobilien mehr im pbb-eigenen Bestand, womit sich das Immobilienrisiko, wie im Going-Concern-Ansatz auch, vollständig aufgelöst hat. Die Veränderung des Risikobeitrags des operationellen Risikos resultiert aus turnusmäßig vorgenommenen Modellaktualisierungen. Als Folge der oben erläuterten Veränderungen erhöhte sich das gesamte ökonomische Kapital nach Diversifikationseffekten.

Demgegenüber steht die Risikodeckungsmasse, die sich 2017 insgesamt um 88 Mio. € reduzierte. Dieser Rückgang war maßgeblich getrieben durch den Rückkauf von Hybridkapital und das Auslaufen von nachrangigen Kapitalinstrumenten. Die Emission verschiedener Tier 2-Anleihen und der Anstieg des IFRS-Eigenkapitals vor allem durch aufgelaufene Gewinne sowie eine positive Entwicklung der AfS-Rücklagen aufgrund von Credit-Spread-Veränderungen haben diesen Effekt jedoch teilweise kompensiert. Im Vergleich zum Jahresende 2016 hat sich somit die Überdeckung 2017 reduziert, die Risikotragfähigkeit konnte auch für den Gone-Concern-Ansatz zum Berichtsstichtag nachgewiesen werden.

Falls sich die europäische Staatsschuldenkrise wieder verschärfen und sich infolgedessen die Credit Spreads und Bonitätsbeurteilungen vieler europäischer Schuldner verschlechtern sollten, ist ungeachtet etwaiger Gegensteuerungsmaßnahmen mit einer entsprechenden Erhöhung sowohl der Adressrisiken als auch der Reduktion der Risikodeckungsmasse durch Erhöhung der stillen Lasten (netto) und verringertem Eigenkapital zu rechnen.

Gone-Concern: ökonomisches Kapital nach Segmenten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Real Estate Finance	656	437	219
Public Investment Finance	173	198	-25
Value Portfolio	865	1.087	-222
Consolidation & Adjustments	296	264	32
Gesamtbank¹⁾	1.990	1.951	39

¹⁾ Für den 31.12.2017 wurde das Verfahren zur oben dargestellten Kapitalallokation dahingehend angepasst, dass das gesamte ökonomische Kapital des pbb Konzerns gleich der Summe der ökonomischen Kapitalzahlen der Segmente ist. Das war zum 31.12.2016 noch nicht der Fall, hätte jedoch bei gleicher Methode dazu geführt, dass alle Werte auf Segmentebene um 1,7% geringer gewesen wären. Diese Anpassungen sind jedoch im Vergleich zu anderen Entwicklungen in den Segmenten vernachlässigbar.

Im Segment REF kam es zu einem Anstieg des ökonomischen Kapitals, vor allem im Adressrisiko aufgrund der Harmonisierung der Risikomodelle durch die Europäische Zentralbank. Aber auch die regelmäßige Anpassung von Parametern des Kreditportfoliomodells an aktuelle Entwicklungen sowie das angestiegene Exposure durch Neugeschäft haben zu einer Erhöhung beigetragen.

Die durch Ablaufeffekte hervorgerufene Reduktion der Positionen im VP führte im Berichtszeitraum zu einem entsprechenden Rückgang des ökonomischen Kapitals, vor allem im Adressrisiko. Das ökonomische Kapital im Segment PIF hat sich im Marktrisiko und Adressrisiko reduziert. Während sich im Marktrisiko vor allem das Credit-Spread-Risiko durch eine Verringerung des Bondexposure verringerte, ist das Kreditrisiko noch zusätzlich durch die reguläre Parameteraktualisierung des Kreditportfoliomodells gesunken. In C&A war die Erhöhung im ökonomischen Kapital durch den Anstieg des hier gebündelten Geschäftsrisikos sowie durch höheres Marktrisiko begründet.

Chancen

Im Verlauf des Jahres 2017 beobachtete der pbb Konzern einen Rückgang der Credit Spreads auf den Anleihenmärkten einiger südeuropäischer Länder. Kehrt das Vertrauen in die europäischen Staatsfinanzen vollständig zurück, könnten Credit-Spread-Rückgänge und systematische Ratingverbesserungen öffentlicher Emittenten zu einer Reduktion des Risikos führen, die Risikodeckungsmasse weiter stärken und somit die Überdeckung im ICAAP weiter erhöhen.

Stresstests

Stresstests spielen sowohl aufsichtsrechtlich als auch im Rahmen der bankinternen Steuerung eine wichtige Rolle. Innerhalb des direkt an das Risk Committee berichtenden Stress Test Committee werden sämtliche Aktivitäten, Entwicklungen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Stresstests gebündelt.

Im Rahmen eines integrierten Ansatzes wurde im Berichtszeitraum die Auswirkung von makro-ökonomischen Stress-Szenarien auf alle wesentlichen Risiken und die Risikodeckungsmasse unter gestressten Marktparametern über einen mehrjährigen Zeithorizont hinweg ermittelt. Der Fokus dieser Szenarien liegt auf einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise und einer ungünstigen Entwicklung auf den Immobilienmärkten.

Des Weiteren werden Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital und die Risikodeckungsmasse eingesetzt, um ein tieferes Verständnis für die Sensitivität der Risikotragfähigkeitsrechnungen auf adverse Bewegungen der ökonomischen Einflussfaktoren zu entwickeln. Darüber hinaus werden regelmäßig auch sogenannte inverse Stresstests durchgeführt, die als Ergebnis bestimmte Parameterkonstellationen beschreiben, bei denen die Risikotragfähigkeit gefährdet wäre.

SREP

Ziel des aufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) ist eine ganzheitliche Analyse der von der EZB beaufsichtigten Institute. Diese umfasst die Beurteilung des Geschäftsmodells, der Risk- und Corporate Governance, der Risikosituation sowie der Kapital- und Liquiditätsausstattung.

Auf Basis der Analyseergebnisse sowie anhand von Benchmarkvergleichen kann die EZB über die bereits bestehenden aufsichtlichen Vorgaben hinausgehende Anforderungen an die Mindestkapitalausstattung oder an die Liquiditätsausstattung des Instituts erlassen. Als wesentliches Ergebnis des SREP hatte der pbb Konzern für 2017 eine CET1-Mindestquote von 9,0% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017) vorzuhalten. Diese Anforderung basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindestkapitalanforderung (4,5%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (Pillar 2 Requirement – P2R: 3,25%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer – CCB: 1,25% phase-in für 2017) zusammen. Darüber hinaus hatte der pbb Konzern im Jahr 2017 eine gegenüber 2016 neu eingeführte Gesamtkapitalanforderung in Höhe von 12,50% zu erfüllen (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer). Sie basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindesteigenmittelanforderung (8%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (3,25%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (1,25% phase-in für 2017) zusammen. Beide Anforderungen hat der Konzern im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde der pbb Konzern im Rahmen der turnusmäßigen jährlichen Neufestsetzung von der EZB über die neuen Mindestkapitalanforderungen für 2018 unterrichtet. Seit dem 1. Januar 2018 hat der pbb Konzern eine CET1-Mindestquote von 9,125% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017) vorzuhalten. Diese Anforderung basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindestkapitalanforderung (4,50%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (Pillar 2 Requirement – P2R: 2,75%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer – CCB: 1,875% phase-in für 2018) zusammen. Die für 2018 gültige CET1-Mindestkapitalanforderung stellt zugleich die Schwelle dar, unterhalb derer die Berechnung eines sogenannten ausschüttungsfähigen Höchstbetrags (Maximum Distributable Amount, MDA) verpflichtend ist. Dieser begrenzt grundsätzlich Ausschüttungen auf das CET1-Kapital, neue erfolgsabhängige Vergütungen sowie Zinszahlungen auf ergänzendes Kernkapital.

Die seit 1. Januar 2018 gültige Gesamtkapitalanforderung beträgt 12,625% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017). Sie basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindesteigenmittelanforderung (8,00%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (2,75%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (1,875% phase-in für 2018) zusammen. Die Gesamtkapitalanforderung nach Auslaufen der Basel III-Übergangsregelungen (gültig ab 2019) beträgt unter der Annahme einer konstanten Säule 2-Kapitalanforderung und ohne Berücksichtigung des antizyklischen Kapitalpuffers 13,25%.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Seit 1. Januar 2014 gilt die Kapitaladäquanzverordnung (Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen; CRR). Die CRR bildet zusammen mit der Eigenkapitalrichtlinie (Richtlinie 2013/36/EU vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen; CRD IV) die Grundlage zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung. Die Regelungen betreffen neben den Mindestkapitalquoten auch die Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit von Kapitalinstrumenten sowie die verpflichtende Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals analog zum verwendeten Bilanzierungsstandard. Aus diesem Grund werden seit 1. Januar 2014 die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen auf IFRS-Basis ermittelt.

Mit Genehmigung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Dezember 2016 nutzt der pbb Konzern die Waiver Regelung nach Art. 7 Abs. 3 CRR und ist daher davon befreit, die Eigenmittelanforderungen auf Ebene des Einzelinstituts zu ermitteln.

Für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung wird der Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für alle wesentlichen Portfolios angewendet.

Own Funds

in Mio. €	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2017 Basel III fully phased-in ¹⁾²⁾	31.12.2016 Basel III ³⁾	31.12.2016 Basel III fully phased-in ²⁾³⁾
CET1	2.569	2.552	2.553	2.492
Additional Tier 1	–	–	186	–
Tier 1	2.569	2.552	2.739	2.492
Tier 2	670	675	366	216
Own Funds	3.239	3.227	3.105	2.708

¹⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 abzüglich der vorgeschlagenen Dividende (vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung).

²⁾ Nach Auslaufen aller Basel III-Übergangsregelungen.

³⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Ergebnisverwendung.

Risikogewichtete Aktiva (RWA)

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2017 Basel III fully phased-in ¹⁾	31.12.2016 Basel III	31.12.2016 Basel III fully phased-in ¹⁾
Marktrisiken	370	370	346	346
Davon Zinsrisiken	–	–	–	–
Davon Währungsrisiken	370	370	346	346
Operationelle Risiken	899	899	866	866
Kreditrisiken	13.099	13.099	11.760	11.760
Davon CVA Charge	294	294	312	312
Sonstige RWA	147	147	141	141
RWA gesamt	14.515	14.515	13.113	13.113

¹⁾ Nach Auslaufen aller Basel III-Übergangsregelungen.

Kapitalquoten

in %	31.12.2017 ¹⁾	31.12.2017 Basel III fully phased-in ¹⁾²⁾	31.12.2016 Basel III ³⁾	31.12.2016 Basel III fully phased-in ²⁾³⁾
CET1 Ratio	17,7	17,6	19,5	19,0
Tier 1 Ratio	17,7	17,6	20,9	19,0
Own Funds Ratio	22,3	22,2	23,7	20,7

¹⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 abzüglich der vorgeschlagenen Dividende (vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung).

²⁾ Nach Auslaufen aller Basel III-Übergangsregelungen.

³⁾ Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Ergebnisverwendung.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Bankenunion ist ein einheitliches Abwicklungsregime von Kreditinstituten. Mit der europäischen Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung (Bank Recovery & Resolution Directive, BRRD), die die Sanierungs- und Abwicklungsinstrumente in der EU harmonisiert, und der Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wurden hierfür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. In Deutschland wurde die BRRD mit dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) umgesetzt.

Sanierungsplanung

Gemäß § 12 Abs. 1 des Gesetzes zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) hat jedes Institut einen Sanierungsplan zu erstellen und der Aufsicht vorzulegen. Der Sanierungsplan des pbb Konzerns basiert auf dem IFRS-Zahlenwerk und berücksichtigt eine Vielzahl von Richtlinien, unter anderem die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) einschließlich der zugehörigen Leitlinien und technischen Standards der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), die SRM-Verordnung und das SAG. Zielsetzung der Sanierungsplanung ist die Ausarbeitung der Fragestellung, mit welchen von dem Institut zu treffenden Maßnahmen die finanzielle Stabilität gesichert oder wiederhergestellt werden kann, falls sich seine Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in theoretisch anzunehmenden Krisenfällen erheblich verschlechtert und diese Verschlechterung zu einer Bestandsgefährdung führen kann. Dabei werden auch mögliche Auswirkungen auf den Finanzsektor als Ganzes betrachtet.

Die Überwachung der Sanierungsindikatoren sowie die Sanierungsgovernance sind sowohl organisatorisch als auch operativ innerhalb des pbb Konzerns verankert und Bestandteil der Banksteuerung.

Der Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich sowie anlassbezogen unter Berücksichtigung der geltenden regulatorischen Anforderungen aktualisiert.

Abwicklungsplanung

Die Abwicklungsplanung und Abwicklungsbefugnis liegt bei EZB-beaufsichtigten Instituten beim Single Resolution Board (SRB) in Brüssel, das hierbei mit der nationalen Abwicklungsbehörde (bis 31. Dezember 2017 Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), seit 1. Januar 2018 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), zusammenarbeitet. Bei ihrem Auftrag, einen Abwicklungsplan gemäß der BRRD-Richtlinie und des SAG zu erstellen, unterstützt der pbb Konzern die Abwicklungsbehörden.

INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Konzeption

Das interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess („IKS“) umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften. Ziel des IKS ist es, die Regelkonformität des Konzernabschlusses sicherzustellen. Risiken, die diesem übergeordneten Ziel entgegenstehen, werden im Prozess identifiziert und bewertet; erkannte Risiken werden begrenzt und auf ihren Einfluss auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken hin überprüft. Das IKS ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Es soll durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird. Ein IKS kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der Ziele geben.

Beim pbb Konzern spiegelt sich das IKS in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das IKS vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, den an den Vorsitzenden/CFO berichtenden Bereich Finance sowie das Group Finance Committee (GFC).

Der Vorstand stellt einen Konzernabschluss und einen zusammengefassten Lagebericht auf. Der Gesamtvorstand der pbb trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines konzernweiten IKS auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen IKS. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Vorsitzenden/CFO oder des GFC.

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der pbb hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss gebildet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung oder Prüfung verfügen. Die sogenannte EU-Abschlussprüferreform stellt seit dem 17. Juni 2016 erweiterte Anforderungen an den Prüfungsausschuss der pbb, zum Beispiel muss dieser als Gesamtes über weitreichende Kenntnisse der Bankenbranche verfügen (Sektorvertrautheit). Durch die einschlägige Berufserfahrung jedes einzelnen Prüfungsausschussmitglieds ist die vorgeschriebene Sektorvertrautheit des Prüfungsausschusses gewährleistet.

Der Bereich Group Internal Audit unterstützt den Vorstand und den Aufsichtsrat in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der Vorsitzende/CFO leitete am 31. Dezember 2017 die Bereiche Communications, Corporate Office/Compliance, Finance, Group Internal Audit, Human Resources, Legal und Information Technology. Der Bereich Finance beinhaltet die Abteilungen Accounting, Financial Reporting, Procurement Services & Corporate Controlling, Regulatory Reporting, Tax sowie die übergreifende Funktion Data Governance. Im Bereich Finance wird der Konzernabschluss gemäß IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt und die rechnungslegungsrelevanten Kapitalmarktinformationen werden bereitgestellt. Die Gesellschaften und Niederlassungen des pbb Konzerns erstellen ihre Abschlüsse nach den jeweiligen lokalen rechtlichen Anforderungen. Für Konzernrechnungslegungszwecke werden die Abschlüsse auf konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß IFRS vereinheitlicht. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Anhangangaben (Notes) über die konzerneinheitliche Konsolidierungssoftware an das zentrale Konzernrechnungswesen. Im Konzernrechnungswesen werden die Daten der Fremdwährungspositionen mithilfe der Konsolidierungssoftware in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Das GFC gibt Empfehlungen an den Vorstand. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente. Das GFC setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern, den Generalbevollmächtigten sowie den Bereichsleitern Finance, Risk Management & Control und Treasury zusammen.

Ablauforganisatorisch basiert das IKS auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und eingesetzter Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existiert ein Richtlinienwesen. Danach ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Informationen für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Der pbb Konzern hat das Konzept des IKS zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert.

Zur Stärkung des IKS hat der pbb Konzern einen sogenannten Control-Attestation-Prozess eingeführt. Hierbei werden risikoadjustiert alle wesentlichen Kontrollen sämtlicher Fachbereiche des pbb Konzerns erfasst und kontrolliert. Diese Schlüsselkontrollen sind in einem regelmäßigen Meldeprozess von den Fachbereichen zu überprüfen und zu bestätigen. Die Bereiche Corporate Office/ Compliance und Group Internal Audit überprüfen diese in einem nachgelagerten Prozess.

Innerhalb des Bereichs Finance herrscht eine klare Funktionstrennung. Das GFC und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Aufgaben. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten, wie zum Beispiel die Zahlungen und die Buchung der Zahlungen, klar getrennt oder unterliegen dem Vieraugenprinzip. Ferner melden die in den Konzernabschluss einbezogenen Einheiten die Daten an eine zentrale Stelle innerhalb des Konzerns, sodass die Weiterverarbeitung in einem einheitlichen Prozess bewirkt wird.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen systembasierte und nicht systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Das gilt auch für die Konsolidierung, die mithilfe einer im Markt weit verbreiteten Software durchgeführt wird. Die Konsolidierungssoftware unterstützt technisch die Abstimmung der konzerninternen Beziehungen in einem klar geregelten Prozess, um die vollständige und richtige Eliminierung dieser konzerninternen Beziehungen zu gewährleisten. Die Daten der einbezogenen Einheiten werden in einem einheitlichen standardisierten Positionsplan gemeldet. Automatisierte Plausibilitätsprüfungen werden zum Beispiel bei der Zumeldung der Daten der Tochterunternehmen für die Konsolidierung genutzt. Der weit überwiegende Teil der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird vom Mutterunternehmen pbb gehalten. Die Saldovorträge werden systemunterstützt geprüft. Zur Validierung der Saldovorträge wurden im Berichtsjahr neue Kontrollen und Abstimmungen eingeführt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Konsolidierungssoftware täglich gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software des pbb Konzerns gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat der pbb Konzern manuelle beziehungsweise nicht systembasierte Verfahren implementiert. So werden die Zumeldungen in einem standardisierten Prozess auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Dazu werden unter anderem Abweichungsanalysen im Zeitablauf durchgeführt. Darüber hinaus werden die konsolidierte Bilanz und die konsolidierte Gewinn- und Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hoch- und Planungsrechnungen erstellt. Konzernweit verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert, unter anderem in Form eines Handbuchs. Diese Vorgaben umfassen die Analyse und Auslegung der neuen und bestehenden IFRS-Standards und -Interpretationen, um eine konzernweit einheitliche Bilanzierung und Bewertung zu ermöglichen. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind verschiedene Bereiche in bestimmte Prozesse eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dienen der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch die Bereiche Finance und Risk Management & Control der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Zudem werden die Verfahren der durch Risk Management & Control vorgenommenen Marktbewertungen im GFC abgestimmt. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung der Geschäfts- und Zwischenberichte. Alle beteiligten Bereiche müssen den Inhalt dieser Berichte vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen (sogenannter Subcertification-Prozess), wodurch eine weitere Kontrollstufe für die offenzulegenden Produkte erreicht wird. Im Vorfeld stimmen alle wesentlich betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte bedeutender Teile der Geschäfts- und Zwischenberichte ab.

Im Rahmen des IKS ergreift der pbb Konzern Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zulasten des pbb Konzerns. Als betrügerische Handlung zulasten des pbb Konzerns werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. In Bezug auf den Konzernrechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Der pbb Konzern identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischen Handlungen und bewussten Verstöße auf. Durch ein systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Der pbb Konzern überprüft und verbessert sein IKS fortlaufend unter anderem im Rahmen der Sitzungen des Vorstands und des GFC zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des IKS an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel bei Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell des pbb Konzerns oder an neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation des pbb Konzerns und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Zusammengefasster Lagebericht

Risiko- und Chancenbericht

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem
bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die bei Änderung der Gesetze notwendigen Anpassungen der Prozesse und IT-Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das IKS an die geänderten Vorschriften angepasst.

Die IT-Landschaft des pbb Konzerns wird kontinuierlich weiterentwickelt. Im Berichtsjahr wurde ein Projekt zur weiteren Optimierung der Finance-und-Risk-Zielarchitektur erfolgreich abgeschlossen. In diesem Projekt sind unter anderem die Umsetzung von Anforderungen wie IFRS 9 und regulatorische Neuerungen sowie die Anpassung der IT-Systeme und der Prozesse im Abschlusserstellungsprozess zusammengefasst. Beispielsweise wurde ein neues Nebenbuch eingeführt, mit dem Prozesse automatisiert wurden. Die Automatisierung betrifft insbesondere das Fair Value Accounting und das Hedge Accounting. Dadurch wurden bisher Excel-basierte Lösungen abgelöst. Zudem wurden Kontrolltätigkeiten wie beispielsweise der Haupt-/Nebenbuchabgleich weiter automatisiert.

Überwachung

Dem Bereich Group Internal Audit kommt insbesondere die Aufgabe zu, Prozesse und Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft der Bereich Group Internal Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie anderen anwendbaren Regularien unabhängig und risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme sowie der Prozesse und Kontrollen in den Finance-Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Der Bereich Group Internal Audit ist als unabhängiger Bereich weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung seiner Aufgaben hat der Bereich Group Internal Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten und Prozesse sowie die IT-Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Der Bereich Group Internal Audit berichtet in angemessenen Abständen, mindestens aber vierteljährlich an den Gesamtvorstand und den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar bei den Leitern der Bereiche Group Internal Audit und Risk Management & Control gemäß § 25d Abs. 8 KWG Auskünfte einholen. Das IKS ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den abschlussbezogenen Sitzungen des Aufsichtsrats und an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses des pbb Konzerns teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, unter anderem auch über wesentliche Schwächen des IKS. Sofern relevant, berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht folgt den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) und beinhaltet die Angaben nach den Maßgaben des deutschen Handelsrechts (Handelsgesetzbuch, HGB) beziehungsweise der International Financial Reporting Standards (IFRS).

Der Vergütungsbericht gibt im ersten Teil detaillierte Informationen über Struktur und Ausgestaltung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat. Darüber hinaus enthält der Bericht in diesem Teil Informationen über die den Vorstandsmitgliedern der pbb vom Aufsichtsrat gewährte individuelle Vergütung sowie über die Höhe der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder. Im zweiten Teil werden Informationen über das Vergütungssystem und die Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiter im pbb Konzern berichtet. Die gemäß Art. 450 Capital Requirements Regulation (CRR) in Verbindung mit § 16 Institutsvergütungsverordnung (IVV) offenzulegenden quantitativen Vergütungsinformationen im Hinblick auf die Mitarbeiter werden nach Abschluss der insbesondere im Hinblick auf die Festlegung der variablen Vergütung noch offenen Vergütungsrunde für das Jahr 2017 voraussichtlich im zweiten Quartal 2018 im Vergütungsbericht nach der IVV offengelegt. Sie können ab diesem Zeitpunkt im Internet unter www.pfandbriefbank.com eingesehen werden. Im dritten Teil wird die Governance-Struktur im Bereich der Vergütung erläutert.

VERGÜTUNGSSYSTEM UND VERGÜTUNGSSTRATEGIE DES pbb KONZERNS

Das Vergütungssystem und die Vergütungsstrategie des pbb Konzerns sind integrale Bestandteile der Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns. Die Vergütungsstrategie gibt den Rahmen für die Leistung und Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern des pbb Konzerns vor. Die Vergütungsstrategie wurde im Rahmen der Abstimmung der Geschäfts- und Risikostrategie mit allen wesentlichen Bereichen unter Einbindung des Vergütungsbeauftragten abgestimmt. Die Vergütungsstrategie wurde zuletzt im Jahr 2017 aktualisiert und von Vorstand und Aufsichtsrat der pbb beschlossen. Sie ist allen Mitarbeitern des pbb Konzerns über das Intranet zugänglich. Die Überprüfung der Vergütungsstrategie erfolgt regelmäßig sowie bei Veränderungen der Geschäfts- und Risikostrategie auch anlassbezogen.

Ziel der Vergütungsstrategie ist die Gewährleistung einer marktangemessenen und leistungsorientierten Vergütung, die darauf ausgerichtet ist, die in der Geschäfts- und Risikostrategie verankerten Ziele zu erreichen. Einen integralen Bestandteil der auf eine nachhaltige Erhöhung der Profitabilität des pbb Konzerns unter Beibehaltung einer stringenten Risikopolitik gerichteten Geschäftssteuerung des pbb Konzerns stellt die Erfolgsmessung auf Institutsebene der pbb dar. Bei der Bemessung des Institutserfolgs werden von den im Rahmen der geltenden Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsplanung definierten wesentlichen (Kern-)Steuerungsgrößen solche für die Erfolgsmessung auf Institutsebene verwendet, die die definierte Geschäfts- und Risikostrategie in besonderem Maße reflektieren und dabei den regulatorischen Anforderungen an die Berücksichtigung von Risiken, Kapital und Liquidität genügen sowie transparent und nachvollziehbar sind. Der auf der Grundlage dieser aus der Geschäfts- und Risikostrategie abgeleiteten Kernsteuerungsgrößen bemessene Institutserfolg definiert die Höhe der für die Auszahlung zur Verfügung stehenden variablen Vergütung im pbb Konzern. Damit wird die variable Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in ihrem Kern unmittelbar mit der Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns verknüpft und von dieser maßgeblich geprägt. Auch die regulatorisch geforderte Gewährleistung der Kompatibilität der Vergütungssysteme mit der Kapital- und Liquiditätsplanung wird dadurch erreicht. Auf den beiden weiteren Ebenen der Erfolgsmessung im Rahmen der variablen Vergütung, der Ressort- beziehungsweise Bereichsebene und der individuellen Ebene, sind zudem die festgelegten Ziele mit der Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns konform ausgestaltet.

Die Vergütungsstrategie ist über die Kompatibilität mit der Geschäfts- und Risikostrategie hinaus insbesondere ein integraler Bestandteil der Personalstrategie. Das Geschäftsmodell des pbb Konzerns erfordert Mitarbeiter mit hohen fachlichen Anforderungen und Expertenwissen. Zentrales Ziel der Personalstrategie ist daher die Gewinnung, Bindung und langfristig ausgelegte Entwicklung von Mitarbeitern mit großem Expertenwissen, Qualität, Kundenorientierung, Führungskompetenz in der Linienfunktion oder in Projekten und einer hohen Bereitschaft zu flexiblem Einsatz und unternehmerischem Denken. Leistungsfähige und engagierte Mitarbeiter tragen maßgeblich zu der von der Geschäfts- und Risikostrategie intendierten Steigerung der Ertragsbasis bei Beibehaltung der stringenten Risikoorientierung bei. Grundlage für die Umsetzung der Personalstrategie ist neben einer differenzierten Personalplanung, Rekrutierungsstrategie und vielfältigen internen und externen Qualifikationsprogrammen die variable Vergütung, die Anreize für individuelle Leistungen setzt und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen, Abteilungen und Teams fördert und verbessert. Den Mitarbeitern wird mit der variablen Vergütung unmittelbar die Möglichkeit eröffnet, am Erfolg der pbb zu partizipieren.

Die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen an die Vergütung in Banken ist ein weiteres prägendes Element der Vergütungsstrategie des pbb Konzerns. Ziel des Vergütungssystems ist es, dem regulatorisch verankerten Grundsatz der Angemessenheit der einzelnen Vergütungskomponenten in Bezug auf Höhe und Struktur Rechnung zu tragen. Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken sollen vermieden werden. Die Gesamtvergütung und die einzelnen Vergütungselemente von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern werden mit Blick auf ein angemessenes Verhältnis zu Funktion und Leistung sowie zur Lage des pbb Konzerns auch in Zukunft regelmäßig geprüft. Derzeit werden Anpassungen des Vergütungssystems aufgrund der Neufassung der IVV vom 4. August 2017 geprüft und erarbeitet (unter anderem mit Blick auf die dort erstmalig geregelte Anforderung eines Clawbacks für Risk Taker). Der pbb Konzern wird regelmäßig von einem unabhängigen, externen Vergütungsberater (hkp Deutschland) und einem externen Rechtsberater (Gleiss Lutz Rechtsanwälte) beraten. Auch zukünftige regulatorische Änderungen sollen jeweils zeitnah umgesetzt werden.

Das aktuelle Vergütungssystem wurde mit Wirkung ab dem Jahr 2016 implementiert und auch für das Jahr 2017 ohne inhaltliche Änderungen angewandt. Der pbb Konzern verfolgt das Ziel eines weitgehend einheitlichen Vergütungssystems für alle Mitarbeiter im In- und Ausland und für die Vorstandsmitglieder, soweit dies inhaltlich sinnvoll sowie vertraglich und regulatorisch zulässig beziehungsweise gefordert ist.

VORSTAND

Grundsatz

Die Festlegung der Vergütung für die Vorstandsmitglieder der pbb soll eine leistungsorientierte Bezahlung sicherstellen und berücksichtigt dabei die Größe des Unternehmens sowie seine internationale Geschäftstätigkeit. Dabei findet neben einem Vergleich mit der Vorstandsvergütung bei entsprechenden Unternehmen im In- und Ausland und der Vergütung des oberen Führungskreises sowie der ansonsten im pbb Konzern geltenden Vergütung auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens Berücksichtigung. Der Vergütungskontrollausschuss des Aufsichtsrats sowie das Aufsichtsratsplenum haben sich im Geschäftsjahr 2017 unter Hinzuziehung externer Berater erneut mit der Struktur, Höhe und Angemessenheit der Vorstandsvergütung befasst.

Vergütungsbestandteile

Die mit den Vorstandsmitgliedern abgeschlossenen Dienstverträge enthalten folgende Vergütungselemente:

- > Erfolgsunabhängige Vergütung (monetäre Vergütung) zuzüglich Sachbezügen
- > Erfolgsbezogene variable Vergütung
- > Pensionszusage

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die Festvergütung wird anhand eines externen Marktvergleichs in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Eine automatische Anpassung erfolgt nicht. Die Festvergütung betrug im Jahr 2017 für alle Vorstandsmitglieder einheitlich unverändert 500.000 € brutto pro Jahr.

Darüber hinaus gewährte die pbb den Vorstandsmitgliedern Nebenleistungen (Sachbezüge) im üblichen Rahmen. Diese Leistungen beinhalten unter anderem die Stellung eines Dienstwagens (mit Fahrer inklusive der Übernahme aller in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten) sowie bei doppelter Haushaltsführung die grundsätzlich auf zwei Jahre befristete Übernahme der Kosten für eine Zweitwohnung am Dienstsitz. Zusätzlich besteht für die Vorstandsmitglieder eine Gruppenunfallversicherung. Auf geldwerte Vorteile entfallende Steuern für sämtliche Leistungen tragen die Vorstandsmitglieder selbst.

Erfolgsbezogene variable Vergütung

Das für das Jahr 2017 unverändert fortgeführte System der variablen Vergütung wurde als ein angemessenes, transparentes und nachhaltig die Entwicklung des pbb Konzerns berücksichtigendes System ausgestaltet. Das Vergütungssystem entspricht den regulatorischen Anforderungen an die Vergütungssysteme nach der CRD IV, dem Kreditwesengesetz (KWG) sowie der IVV und in Bezug auf die Vorstandsmitglieder zudem den Anforderungen des Aktiengesetzes (AktG) und des DCGK. Zudem wurden vertragliche Vorgaben sowie die Vergütungsgrundsätze des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS vom Februar 2012 beachtet.

Die variable Vergütung wird in bar gezahlt. Es besteht ein anteilsbasiertes Vergütungssystem mit Barausgleich, bei dem im Rahmen der Nachhaltigkeitskomponente die variable Vergütung wirtschaftlich von der Kursentwicklung der pbb-Aktie beeinflusst wird. Der pbb Konzern hat auch im Jahr 2017 keine Aktienoptionen gewährt.

Die variable Vergütungskomponente wird auf Basis eines individuellen kalkulatorischen Referenzwerts festgelegt. Dieser stellt einen Rechenwert dar, der die Höhe der Zumessung variabler Vergütung auf einer 100%-Performance-Basis auf allen relevanten Leistungsebenen widerspiegelt. Der kalkulatorische Referenzwert beträgt für die Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2017 einheitlich jeweils 200.000 €.

Die für ein Jahr gewährte variable Vergütung eines Vorstandsmitglieds kann sich auf maximal 150% der vorgenannten individuellen kalkulatorischen Referenzwerte belaufen.

Die pbb hat keinen Hauptversammlungsbeschluss nach § 25a Abs. 5 Satz 5 KWG herbeigeführt, sodass die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder jeweils 100% ihrer fixen Vergütung nicht übersteigen kann.

In den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder gilt eine für das Jahr 2017 einheitliche betragsmäßige Höchstgrenze gemäß Ziffer 4.2.3 DCGK. Die für die Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds insgesamt gewährte Vergütung für ein Kalenderjahr – einschließlich der Jahresgrundvergütung (500.000 €), variabler Vergütung (maximal 300.000 €) und Nebenleistungen – beträgt danach maximal 850.000 € jährlich.

Voraussetzungsprüfung nach § 7 IVV

Voraussetzung für die Gewährung einer variablen Vergütung ist die vorherige Festsetzung eines Gesamtbetrags variabler Vergütungen (unter Berücksichtigung der Anforderungen des § 7 IVV). Der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen wird vom Aufsichtsrat zum Ende eines jeden Geschäftsjahres in einem formalisierten, transparenten und nachvollziehbaren Prozess bestimmt. Für das Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat die Prüfung im Jahr 2018 mit einem positiven Ergebnis vorgenommen. Als Indikatoren für die Voraussetzungsprüfung gemäß § 7 IVV zieht die pbb relevante Sanierungsschwellenwerte gemäß der relevanten Berichterstattung zum Sanierungs- und Abwicklungsplan heran. Sind diese Voraussetzungen erfüllt und liegt zudem auch ein positives IFRS-Konzernergebnis vor, wird ein Gesamtbetrag für variable Vergütung in der pbb zur Verfügung gestellt. Bei einem negativen Gesamterfolg – insbesondere wenn dieser mit einem Verzehr des Unternehmenswerts einhergehen würde – dürfte in der Regel kein Gesamtbetrag für eine variable Vergütung zur Verfügung gestellt werden.

Erfolgsmessung

Die Höhe der jeweiligen variablen Vergütung wird auf drei Ebenen bestimmt: Institutserfolg, Erfolg der Organisationseinheit (jeweiliges Vorstandsressort) und individueller Erfolg des Vorstandsmitglieds.

Zur Erfolgsmessung wird zunächst die Summe der durch die Festlegung des Gesamtbetrags variabler Vergütungen neu bestimmten kalkulatorischen Referenzwerte der Vorstandsmitglieder auf die drei Ebenen der Erfolgsmessung verteilt. Dabei werden 80% einem ausschließlich den Institutserfolg berücksichtigenden Institutspool, 10% einem ausschließlich den Erfolg des jeweiligen Vorstandsressorts berücksichtigenden Ressortpool und 10% einem ausschließlich den individuellen Erfolg des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigenden Individualpool zugeordnet. Ausgehend von diesen kalkulatorischen Pools erfolgt die Erfolgsmessung auf den drei Ebenen Institut, Ressort und individuelle Ebene. Auf der Grundlage dieser Erfolgsmessung wird dem jeweiligen Vorstandsmitglied ein bestimmter Anteil des kalkulatorischen Referenzwerts rechnerisch zugemessen (Envisaged Personal-Reward-Wert („EPR-Wert“)).

Im Rahmen der Zielvereinbarung für das Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat im November 2016 zur Leistungsbestimmung für die Vorstandsmitglieder die Institutsziele, Ressort- und individuellen Ziele festgelegt und Zielerreichung im Februar/März 2018 geprüft und festgestellt. Der Institutserfolg für das Jahr 2017 ermittelt sich unverändert zum Jahr 2016 additiv aus dem Zielerreichungsgrad des IFRS-Konzernergebnisses vor Steuern (bereinigt) sowie der Ertrags-Risiko-Relation als Quotient aus Nettomarge mal durchschnittliches Portfoliovolumen und risikogewichteten Aktiva. Zudem können mit dem Verwaltungsaufwand/Effizienzprojekten und der Gesamtkapitalquote zusätzliche Modifier das Ergebnis der Zielerreichung auf Institutsebene beeinflussen. Die für die variable Vergütung für das Jahr 2017 relevante Zielerreichung auf Institutsebene ist dabei abhängig vom Instituterfolg für mehrere Geschäftsjahre. Damit wird den regulatorischen Anforderungen nach einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage der variablen Vergütung Rechnung getragen.

Die Festlegung der Ressort- und individuellen Ziele wurde aus den Unternehmenszielen und den Planungen für das jeweilige Geschäftsjahr abgeleitet. Im Jahr 2017 wurden mit den Vorstandsmitgliedern neben Zielen zu Neugeschäft, Risikomanagement und Funding insbesondere Ziele zu strategischen Projekten im pbb Konzern, zur Talent- und Frauenförderung sowie zur Verbreiterung und Diversifizierung der Investorenbasis vereinbart.

Auszahlungsstruktur

Als bedeutendes Institut im Sinne des § 17 IVV hat die pbb insbesondere die Anforderungen des § 20 IVV an die variable Vergütung von sogenannten Risk Takern zu beachten. Vorstandsmitglieder sind Risk Taker im Sinne der Delegierten-Verordnung (EU) Nr. 604/2014. Die Auszahlungsstruktur der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder unterliegt daher grundsätzlich folgenden Rahmenbedingungen:

Der EPR-Wert wird unterteilt in einen Auszahlungsanteil und einen Deferral-Anteil, wobei letzterer unter anderem dazu dient, eine mehrjährige Bemessungsgrundlage im Sinn des Aktienrechts zu etablieren und so die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder am langfristigen Unternehmenserfolg auszurichten.

Der Auszahlungsanteil beträgt für Vorstandsmitglieder 40% des jeweiligen EPR-Werts, der Deferral-Anteil 60% des jeweiligen EPR-Werts. 50% der Auszahlungsanteile werden bei Erreichen der Auszahlungsvoraussetzungen in bar gewährt. Die anderen 50% werden nach einer Haltefrist von einem Jahr ausgezahlt, wobei gemäß der anzuwendenden Nachhaltigkeitskomponente eine Anpassung des Betrags stattfindet. Die von der Nachhaltigkeit abhängigen Anteile werden hierzu entlang des Aktienkurses der pbb abgebildet (virtuelle Optionen; kein Aktienoptionsprogramm). Dabei wird der entsprechende Betrag im Verhältnis der Entwicklung der durchschnittlichen Kurse der pbb-Aktie im Monat Februar des Folgejahres des Geschäftsjahres, für das die variable Vergütung gewährt wird, und der durchschnittlichen Kurse der pbb-Aktie im Februar nach Ablauf eines weiteren Jahres multipliziert. Der von der Nachhaltigkeit abhängige Anteil des EPR-Werts nimmt an dieser Kursentwicklung der pbb-Aktie unmittelbar teil.

Der Aufschiebungszeitraum für den Deferral-Anteil beträgt für Vorstandsmitglieder fünf Jahre. Die Unverfallbarkeit (Vesting) des Deferral-Anteils entspricht dabei den derzeit geltenden regulatorischen Anforderungen (ratielles Vesting, synchronisierter Ansatz). Die Malusprüfung, welche zu einer Kürzung des Deferral-Anteils führen kann, berücksichtigt nachträgliche negative Erfolgsbeiträge in Bezug auf den Institutserfolg, den Erfolg der Organisationseinheit und den individuellen Erfolg („Backtesting“), individuelles persönliches Fehlverhalten („Knock-outs“) und die relevanten finanziellen Auszahlungsbedingungen nach § 7 IVV. Der nach Durchführung der Malusprüfung maßgebliche jeweilige Deferral-Anteil unterliegt zur Hälfte einer weiteren Zurückbehaltung von einem Jahr und hängt während dieser weiteren Haltefrist von einer nachhaltigen Wertentwicklung der pbb gemäß der anzuwendenden Nachhaltigkeitskomponente ab.

Damit wird insgesamt die Hälfte der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder im Rahmen der Nachhaltigkeitskomponente wirtschaftlich mit der Entwicklung des Aktienkurses verknüpft.

Abschluss beziehungsweise Beendigung von Dienstverträgen

Im Jahr 2017 wurden keine neuen Dienstverträge abgeschlossen. Der mit Andreas Arndt im Jahr 2016 aufgrund der vorzeitigen Neubestellung als Vorstandsmitglied abgeschlossene Dienstvertrag ist am 15. April 2017 in Kraft getreten. Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2017 durchgeführten Prüfung der Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder hat der Aufsichtsrat entschieden, den kalkulatorischen Referenzwert für die variable Vergütung von Andreas Arndt mit Wirkung ab dem 1. Januar 2018 um 40.000 € auf 240.000 € zu erhöhen. Damit wird in einem angemessenen Umfang bei der pbb die marktübliche Differenzierung der Vergütung zwischen dem Vorsitzenden des Vorstands und den übrigen Vorstandsmitgliedern hergestellt und dem Markttrend bei der Vergütung von Vorstandsvorsitzenden Rechnung getragen.

Der Dienstvertrag von Dr. Bernhard Scholz endete mit seinem Ausscheiden aus dem Vorstand zum 30. April 2017.

Darstellung der Vorstandsvergütung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Gemäß Ziffer 4.2.5 DCGK, der durch entsprechende, dem DCGK beigefügte Mustertabellen konkretisiert wird, sollen für jedes Vorstandsmitglied zum einen die im Berichtsjahr gewährten Zuwendungen (Ziel- beziehungsweise Erwartungswerte), zum anderen der Zufluss (tatsächliche Auszahlungsbeträge für das Berichtsjahr) ausgewiesen werden. Dabei sollen sowohl gewährte Zuwendungen als auch Zufluss getrennt nach Festvergütung, Nebenleistungen, variabler Vergütung und Versorgungsaufwand (das heißt Dienstzeitaufwand nach IAS 19) angegeben werden. Dies erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit zusammengefasst in nur einer Tabelle für jedes der im Jahr 2017 amtierenden Vorstandsmitglieder.

Andreas Arndt Vorsitzender/CFO

in Tsd. €	Gewährte Zuwendungen			Zufluss		
	2017	Minimalwert	Maximalwert	2016	2017	2016
Festvergütung	500	500	500	500	500	500
Nebenleistungen ¹⁾	18	18	18	21	18	21
Summe	518	518	518	521	518	521
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2017	50	-	60	-	-	-
Mehrjährige variable Vergütung für das Jahr 2017						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2017 (2. Quartal 2019)	50	-	60	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2019) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2020) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2021) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2022) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2023) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2016	-	-	-	49	49	-
Mehrjährige variable Vergütung für das Jahr 2016						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	49	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2019)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2020)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2021)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2022)	-	-	-	30	-	-
Summe	768	518	818	769	567	521
Versorgungsaufwand ³⁾⁴⁾	696	696	696	597	696	597
Gesamtvergütung	1.464	1.214	1.514	1.366	1.263	1.118

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen.

²⁾ Die angegebenen Maximalbeträge können im Zufluss durch positive Aktienkursentwicklungen überschritten werden.

³⁾ Der Versorgungsaufwand nach HGB betrug im Jahr 2017 446 Tsd. € (2016: 425 Tsd. €).

⁴⁾ Der bei unveränderter Pensionszusage gestiegene Versorgungsaufwand beruht auf dem anhaltend niedrigen Zinssatz von 1,5%.

Thomas Köntgen
 Stellvertretender Vorsitzender,
 Treasury und Immobilienfinanzierung

in Tsd. €	Gewährte Zuwendungen			Zufluss		
	2017	Minimalwert	Maximalwert	2016	2017	2016
Festvergütung	500	500	500	500	500	500
Nebenleistungen ¹⁾	25	25	25	31	25	31
Summe	525	525	525	531	525	531
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2017	50	-	60	-	-	-
Mehrfjährige variable Vergütung für das Jahr 2017						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2017 (2. Quartal 2019)	50	-	60	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2019) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2020) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2021) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2022) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2023) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2016	-	-	-	49	49	-
Mehrfjährige variable Vergütung für das Jahr 2016						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	49	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2019)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2020)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2021)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2022)	-	-	-	30	-	-
Summe	775	525	825	779	574	531
Versorgungsaufwand ³⁾⁴⁾	663	663	663	688	663	688
Gesamtvergütung	1.438	1.188	1.488	1.467	1.237	1.219

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen.

²⁾ Die angegebenen Maximalbeträge können im Zufluss durch positive Aktienkursentwicklungen überschritten werden.

³⁾ Der Versorgungsaufwand nach HGB betrug im Jahr 2017 343 Tsd. € (2016: 417 Tsd. €).

⁴⁾ Die Steigerung des Versorgungsaufwands im Jahr 2017 fällt trotz anhaltend niedrigem Zinssatz von 1,5% gering aus. Hintergrund hierfür ist, dass im Jahr 2016 die im Rahmen des neuen Dienstvertrags von Thomas Köntgen vorgenommene Anpassung der Jahresscheiben der Ruhegehaltszusage von Thomas Köntgen zu berücksichtigen war.

Andreas Schenk
 CRO

in Tsd. €	Gewährte Zuwendungen			Zufluss		
	2017	Minimalwert	Maximalwert	2016	2017	2016
Festvergütung	500	500	500	500	500	500
Nebenleistungen ¹⁾	9	9	9	12	9	12
Summe	509	509	509	512	509	512
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2017	50	-	60	-	-	-
Mehrfürige variable Vergütung für das Jahr 2017						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2017 (2. Quartal 2019)	50	-	60	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2019) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2020) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2021) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2022) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Deferral 2017 (2. Quartal 2023) ²⁾	30	-	36	-	-	-
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2016	-	-	-	49	49	-
Mehrfürige variable Vergütung für das Jahr 2016						
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	49	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2018)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2019)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2020)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2021)	-	-	-	30	-	-
Deferral 2016 (2. Quartal 2022)	-	-	-	30	-	-
Summe	759	509	809	760	558	512
Versorgungsaufwand ³⁾⁴⁾	611	611	611	474	611	474
Gesamtvergütung	1.370	1.120	1.420	1.234	1.169	986

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen.

²⁾ Die angegebenen Maximalbeträge können im Zufluss durch positive Aktienkursentwicklungen überschritten werden.

³⁾ Der Versorgungsaufwand nach HGB betrug im Jahr 2017 277 Tsd. € (2016: 268 Tsd. €).

⁴⁾ Der bei unveränderter Pensionszusage gestiegene Versorgungsaufwand beruht auf dem anhaltend niedrigen Zinssatz von 1,5%.

Dr. Bernhard Scholz

Kreditmärkte/Öffentliche Finanzierung (bis 30. April 2017)

in Tsd. €	Gewährte Zuwendungen			Zufluss	
	2017	Minimalwert	Maximalwert	2016	2017
Festvergütung	167	167	167	500	167
Nebenleistungen ¹⁾	4	4	4	12	4
Summe	171	171	171	512	171
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2017	17	–	20	–	–
Mehrfährige variable Vergütung für das Jahr 2017					
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2017 (2. Quartal 2019)	17	–	20	–	–
Deferral 2017 (2. Quartal 2019) ²⁾	10	–	12	–	–
Deferral 2017 (2. Quartal 2020) ²⁾	10	–	12	–	–
Deferral 2017 (2. Quartal 2021) ²⁾	10	–	12	–	–
Deferral 2017 (2. Quartal 2022) ²⁾	10	–	12	–	–
Deferral 2017 (2. Quartal 2023) ²⁾	10	–	12	–	–
Einjährige variable Vergütung für das Jahr 2016	–	–	–	49	49
Mehrfährige variable Vergütung für das Jahr 2016					
Auszahlungsanteil in Haltefrist 2016 (2. Quartal 2018)	–	–	–	49	–
Deferral 2016 (2. Quartal 2018)	–	–	–	30	–
Deferral 2016 (2. Quartal 2019)	–	–	–	30	–
Deferral 2016 (2. Quartal 2020)	–	–	–	30	–
Deferral 2016 (2. Quartal 2021)	–	–	–	30	–
Deferral 2016 (2. Quartal 2022)	–	–	–	30	–
Summe	255	171	271	760	220
Versorgungsaufwand ³⁾⁴⁾	42	42	42	117	42
Gesamtvergütung	297	213	313	877	262

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen.

²⁾ Die angegebenen Maximalbeträge können im Zufluss durch positive Aktienkursentwicklungen überschritten werden.

³⁾ Aufgrund seiner bereits in der HRE Holding verdienten unverfallbaren Anwartschaft erhält Dr. Bernhard Scholz ein jährliches Ruhegehalt von 1 % pro vollendetes Dienstjahr als Vorstandsmitglied der pbb, maximal 15 %, wobei für den Zeitraum ab dem 1. September 2016 bis zum Ablauf des Dienstvertrags von Dr. Bernhard Scholz zum 30. April 2017 der Steigerungsprozentsatz pro rata temporis ermittelt wird und daher für diesen Zeitraum 0,67 % beträgt.

⁴⁾ Der Versorgungsaufwand nach HGB betrug im Jahr 2017 60 Tsd. € (2016: 85 Tsd. €).

Pensionszusagen

Den im Jahr 2017 amtierenden Mitgliedern des Vorstands sind einzelvertragliche Ruhegehaltszusagen auf Altersruhegeld und für den Fall des Eintritts von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit erteilt worden.

Andreas Arndt erhält pro vollendetes Dienstjahr als Vorstandsmitglied der pbb ein Ruhegehalt in Höhe von 5,2 % der Jahresgrundvergütung, maximal jedoch 60 %. Die Anwartschaften auf Ruhegehalt sind dem Grunde nach sofort unverfallbar. Sie können ab dem vollendeten 62. Lebensjahr bezogen werden.

Thomas Köntgen erhält pro vollendetes Dienstjahr als Vorstandsmitglied der pbb ein Ruhegehalt in Höhe von 5,2 % der Jahresgrundvergütung, maximal jedoch 55 %. Die Anwartschaften auf Ruhegehalt sind dem Grunde nach sofort unverfallbar. Sie können ab dem vollendeten 62. Lebensjahr bezogen werden.

Andreas Schenk erhält pro vollendetes Dienstjahr als Vorstandsmitglied der pbb ein Ruhegehalt in Höhe von 5,2 % der Jahresgrundvergütung, maximal jedoch 50 %. Die Ruhegehaltsansprüche sind dem Grunde nach sofort unverfallbar. Sie können ab dem vollendeten 63. Lebensjahr bezogen werden.

Dr. Bernhard Scholz erhält ein jährliches Ruhegehalt von 1 % der Jahresgrundvergütung pro vollendetes Dienstjahr als Vorstandsmitglied der pbb, maximal 15% der Jahresgrundvergütung. Für den Zeitraum ab dem 1. September 2016 bis zum Ablauf seines Vertrags zum 30. April 2017 wird der Steigerungsprozentsatz pro rata temporis ermittelt und beträgt daher für diesen Zeitraum 0,67 %. Die Ruhegehaltsansprüche können ab dem vollendeten 62. Lebensjahr bezogen werden.

Hinsichtlich der Anpassungsprüfung der Pensionsbezüge nach Eintritt in den Ruhestand gilt § 16 des Betriebsrentengesetzes.

Im Falle des Todes eines Vorstandsmitglieds erhält dessen hinterbliebener Ehe-/Lebenspartner 60 % der Ruhegehaltsansprüche. Darüber hinaus besteht eine Halbwaisen- beziehungsweise Vollwaisenversorgung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres der Kinder. Sofern ein Kind sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres noch in Berufsausbildung befindet, wird das Waisengeld bis zum Abschluss der Berufsausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gezahlt. Solange der hinterbliebene Ehegatte/Lebenspartner Hinterbliebenenbezüge erhält, dürfen die Gesamtbezüge der Halbwaisen 30 % der Ruhegehaltsbezüge des verstorbenen Elternteils nicht übersteigen. Vollwaisen erhalten zusammen bis zu 60 % des Ruhegehalts des verstorbenen Elternteils. Hinterbliebene Ehegatten/Lebenspartner und Kinder aus einer Ehe beziehungsweise Lebenspartnerschaft, die ein Vorstandsmitglied nach dem Übertritt in den Ruhestand schließt, haben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezug und Waisengelder.

Pensionszusagen an im Geschäftsjahr 2017 amtierende Vorstandsmitglieder der pbb¹⁾ nach IFRS²⁾

in Tsd. €	2017				2016			
	Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	Zinsaufwand	Nachzuverrechnender Dienstzeit-aufwand	Pensionsverpflichtung per 31.12.2017	Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	Zinsaufwand	Nachzuverrechnender Dienstzeit-aufwand	Pensionsverpflichtung per 31.12.2016
Andreas Arndt	696	21	-	1.904	597	13	-	1.290
Thomas Köntgen	663	22	-	1.867	535	12	153	1.333
Andreas Schenk	611	18	-	1.546	474	10	-	1.073
Dr. Bernhard Scholz	42	2	-	332	117	3	-	252
Insgesamt	2.012	63	-	5.649	1.723	38	153	3.948

¹⁾ Die Angaben zu den Pensionszusagen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen finden sich im Anhang.

²⁾ Angaben ohne Entgeltumwandlung.

Pensionszusagen an im Geschäftsjahr 2017 amtierende Vorstandsmitglieder der pbb¹⁾ nach HGB²⁾

in Tsd. €	2017		2016	
	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen
Andreas Arndt	1.417	553	864	424
Thomas Köntgen	1.215	464	751	408
Andreas Schenk	920	381	539	260
Dr. Bernhard Scholz	251	79	172	84
Insgesamt	3.803	1.477	2.326	1.176

¹⁾ Die Angaben zu den Pensionszusagen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen finden sich im Anhang.

²⁾ Angaben ohne Entgeltumwandlung.

Sonstige Regelungen

Für den Fall der Nichtverlängerung des Dienstverhältnisses durch die pbb aus Gründen, die nicht in der Person des Vorstandsmitglieds liegen, enthielt der bis zum 14. April 2017 geltende Dienstvertrag von Andreas Arndt eine Klausel, nach der er entsprechend den Vergütungsgrundsätzen des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS ein Übergangsgeld in Höhe einer halben Jahresgrundvergütung pro fünf vollendete Dienstjahre als Mitglied des Vorstands der pbb erhält. Im Rahmen des Abschlusses des neuen, ab dem 15. April 2017 geltenden Dienstvertrags hat Andreas Arndt auf die erneute Vereinbarung eines Übergangsgelds verzichtet. Die vertragliche Regelung von Dr. Bernhard Scholz sieht entsprechend seinem ursprünglichen Dienstvertrag im vorgenannten Fall ab Mai 2017 bis zum Ablauf des Monats, in dem er sein 60. Lebensjahr vollendet (Februar 2018), ein Übergangsgeld in Höhe von monatlich 50.000 € brutto vor. Ein Übergangsgeld wurde Dr. Bernhard Scholz nicht gewährt, da er auf eigenen Wunsch aus der pbb ausgeschieden ist. Thomas Köntgen und Andreas Schenk hatten im Rahmen der im Jahr 2016 beziehungsweise 2015 abgeschlossenen, neuen Dienstverträge auf die Vereinbarung eines Übergangsgelds verzichtet.

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund gilt für die Abfindung der Vorstandsmitglieder eine Obergrenze in Höhe von zwei Jahresvergütungen, wobei sich die zwei Jahresvergütungen wie folgt berechnen: Die zwei Jahresvergütungen stellen die doppelte Summe aus der Jahresgrundvergütung für das vorangegangene Kalenderjahr und dem Anteil der für das vorangegangene Kalenderjahr rechnerisch zugemessenen variablen Vergütung, der ausschließlich auf den Institutserfolg entfällt, dar. Die pbb ist dabei berechtigt, den für ein Kalenderjahr zu berücksichtigenden Anteil an der rechnerisch zugemessenen variablen Vergütung höher oder niedriger festzulegen, wenn hinreichende Tatsachen vorliegen, dass der Institutserfolg im laufenden Kalenderjahr höher oder niedriger als der Institutserfolg im vorangegangenen Kalenderjahr ausfällt. Die Abfindung ist ferner insoweit begrenzt, als sie nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstverhältnisses vergüten darf. Ansprüche auf die Zahlung einer Abfindung selbst sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands nicht begründet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat kein Mitglied des Vorstands Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten in Bezug auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten. Die Dienstverträge der Vorstandsmitglieder enthalten keine Regelung zu einer Abfindung infolge eines Inhaberwechsels (Change of Control).

Entschädigungsvereinbarungen i. S. d. § 315 Abs. 4 Nr. 9 HGB, die mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen sind, bestehen nicht.

AUFSICHTSRAT

Gemäß § 11 Abs. 1 der seit dem 18. Juni 2015 gültigen Satzung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine jährliche Grundvergütung in Höhe von 30.000 €, der Vorsitzende das Zweieinhalbfache der Grundvergütung, seine Stellvertreterin das Eineinhalbfache. Für die Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats erhält das einzelne Mitglied jeweils eine zusätzliche Vergütung in Höhe von jährlich 10.000 € je Ausschussmitgliedschaft und der jeweilige Vorsitzende des Ausschusses jeweils das Doppelte dieser Vergütung. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit.

Darüber hinaus erhalten Mitglieder des Aufsichtsrats Sitzungsgelder in Höhe von 500 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses des Aufsichtsrats, an der die Mitglieder teilnehmen. Dies gilt nicht für Telefon- oder Videokonferenzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung und ihre Sitzungsgelder zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer. Weiter erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats Ersatz für ihre angemessenen Auslagen.

Zusammengefasster Lagebericht

Vergütungsbericht

Aufsichtsrat

Vergütung der Mitarbeiter

Die pbb kann zugunsten der Mitglieder des Aufsichtsrats eine Haftpflichtversicherung bis zur Höhe einer Deckungssumme von 200 Mio. € Gesamtversicherungssumme p.a. abschließen, welche die gesetzliche Haftpflicht aus der Aufsichtsrats Tätigkeit (einschließlich der Tätigkeit in Ausschüssen des Aufsichtsrats) sowie gegebenenfalls die gesetzliche Haftpflicht für Organfunktionen der Aufsichtsratsmitglieder in nachgeordnet verbundenen Unternehmen abdeckt.

Die pbb hat demgemäß eine entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen, deren Deckungssumme 150 Mio. € beträgt. Die pbb ist davon überzeugt, dass die Deckungssumme angesichts ihres Risikoprofils ausreichend ist. Die Kosten dieser Versicherung trägt die pbb.

Vergütung der im Geschäftsjahr 2017 amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats¹⁾

in €	2017					2016
	Grundvergütung und Vergütung für Ausschusstätigkeit	Sitzungsgelder	Zwischensumme	Umsatzsteuer (19%)	Insgesamt	Insgesamt
Dr. Günther Bräunig	135.000,00	13.500,00	148.500,00	28.215,00	176.715,00	176.715,00
Dr. Thomas Duhnkrack	40.000,00	4.500,00	44.500,00	8.455,00	52.955,00	49.225,68
Dr. Christian Gebauer-Rochholz ²⁾	30.000,00	3.000,00	33.000,00	6.270,00	39.270,00	40.460,00
Dagmar Kollmann ³⁾	85.000,00	11.500,00	96.500,00	18.335,00	114.835,00	101.161,20
Georg Kordick ²⁾	30.000,00	3.000,00	33.000,00	6.270,00	39.270,00	40.460,00
Joachim Plesser	70.000,00	11.000,00	81.000,00	15.390,00	96.390,00	102.531,83
Oliver Puhl (ab 13. Mai 2016)	40.000,00	4.500,00	44.500,00	8.455,00	52.955,00	32.682,73
Heike Theißing ²⁾	40.000,00	5.000,00	45.000,00	8.550,00	53.550,00	54.740,00
Dr. Hedda von Wedel	50.000,00	7.500,00	57.500,00	10.925,00	68.425,00	69.615,00
Insgesamt	520.000,00	63.500,00	583.500,00	110.865,00	694.365,00	667.591,44

¹⁾ Die Kosten der zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder abgeschlossenen D&O-Versicherung sind in dieser Tabelle nicht gesondert ausgewiesen, da die pbb hierzu eine Gruppenversicherung abgeschlossen hat. Diese erfasst neben den Aufsichtsratsmitgliedern auch die Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der pbb und verbundener Unternehmen.

Die Gesamtkosten dieser D&O-Versicherung belaufen sich auf rund 1,26 Mio. € p.a. zzgl. Versicherungssteuer. Ebenfalls nicht ausgewiesen sind die Vergütungen, die die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat aufgrund der mit ihnen vereinbarten Arbeitsverträge erhalten.

²⁾ Arbeitnehmervertreter.

³⁾ Aufgrund des Wohnorts im Ausland keine Umsatzsteuer. Die pbb führt die Aufsichtsratssteuer zulasten des Aufsichtsratsmitglieds ab.

VERGÜTUNG DER MITARBEITER

Das für die Mitarbeiter geltende Vergütungssystem wurde im Rahmen der Vergütungsstrategie ebenfalls als ein zukunftsorientiertes, für den pbb Konzern in seiner jetzigen Situation angemessenes System erarbeitet, das marktgerecht und leistungsorientiert ist und den geltenden regulatorischen Anforderungen, insbesondere den Regelungen der CRD IV, des KWG, der IVV und den Vergütungsgrundsätzen des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS vom Februar 2012, Rechnung trägt. Die Umsetzung der Implementierung des aktuellen Vergütungssystems wurde unter Einbindung aller relevanten Parteien, wie insbesondere Aufsichtsrat, Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), Aufsichtsbehörden und Arbeitnehmervertretungen, bis Ende 2015 vorgenommen. Bei der Umsetzung wurde der pbb Konzern von einem unabhängigen, externen Vergütungsberater (hkp Deutschland) und einem externen Rechtsberater (Gleiss Lutz Rechtsanwälte) beraten.

Das Vergütungssystem wurde im Jahr 2017 unverändert fortgeführt. Anpassungen des Vergütungssystems aufgrund der Neufassung der IVV vom 4. August 2017 werden derzeit geprüft und erarbeitet.

Vergütungsbestandteile

Die Gesamtvergütung der Führungskräfte sowie der Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2017 setzt sich aus den folgenden Elementen zusammen:

- > Erfolgsunabhängige Vergütung (monetäre Vergütung) inklusive Sozial- und Nebenleistungen
- > Erfolgsbezogene variable Vergütung

Erfolgsunabhängige Vergütung

Alle Mitarbeiter des pbb Konzerns erhalten ein jährliches Festgehalt, welches grundsätzlich in einem jährlichen Regelprozess überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Bei der Festlegung des Festgehalts orientiert sich der pbb Konzern an funktions- und länderspezifischen Marktvergleichen. Die Angemessenheit sowie die Marktfähigkeit der Festgehälter und die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben werden durch externe, unabhängige Vergütungs- und Rechtsberater geprüft.

Der pbb Konzern gewährt zudem unter Beachtung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften weitere Sozial- und Nebenleistungen. Hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung bestehen verschiedene betriebliche Altersversorgungssysteme.

Erfolgsbezogene variable Vergütung

Zentrale Elemente des variablen Vergütungssystems sind einheitlich für Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter ausgestaltet:

- > Voraussetzungsprüfung für die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen und
- > die Messgröße für die risikoadjustierte Erfolgsmessung auf Institutsebene,
- > maximaler Zielerreichungsgrad (150%),
- > Auszahlungsstruktur für Risk Taker,
- > Festlegung der variablen Vergütungskomponente auf Basis eines individuellen kalkulatorischen Referenzwerts.

Erfolgsmessung

Auch bei den Mitarbeitern wird die Erfolgsmessung auf drei Ebenen vorgenommen: Institut, Organisationseinheit (Bereich) und individueller Erfolg. Die Zumessung der variablen Vergütung erfolgt auf Bereichs- und auf individueller Ebene auf Basis der Zielerreichung qualitativer und quantitativer Ziele – soweit möglich mit Bezug zur Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns – für jeden Bereich und für jeden Mitarbeiter des pbb Konzerns.

Die Festlegung der qualitativen und quantitativen Bereichsziele erfolgt jährlich abgeleitet aus den Unternehmenszielen und der Planung für das jeweilige Geschäftsjahr. Hierfür werden durch den Vorstand in einem ersten Schritt übergreifende strategische Schwerpunktsetzungen für die Bereichsziele als Steuerungsunterstützung vorgegeben (corporate strategic priorities). Auf dieser Grundlage werden vor allem die qualitativen Bereichsziele festgelegt. Die in einem zweiten Schritt erarbeiteten quantitativ messbaren Ziele müssen grundsätzlich einen Bezug zu wirtschaftlichen Kennzahlen (zum Beispiel Neugeschäftsvolumen, Neugeschäftsmargen, Kostenbudgets et cetera) haben und sind eng an die (Mehr-)Jahresplanung angelehnt. Auch für qualitative Ziele sind messbare

Indikatoren festzulegen und ist der 100%-Zielwert in Messgrößen abzubilden. Für jedes Bereichsziel wird jeweils die Verbindung zur Geschäfts- und Risikostrategie geprüft und dokumentiert. Damit wird sichergestellt, dass die Bereichsziele aus den strategischen Zielen der Geschäfts- und Risikostrategie abgeleitet und mit diesen synchronisiert sind. Die Bereichsziele werden im Gesamtvorstand der pbb verabschiedet und allen Mitarbeitern des jeweiligen Bereichs zu Jahresbeginn kommuniziert.

Auf individueller Ebene wird für jeden Mitarbeiter jährlich eine Zielvereinbarung mit qualitativen und quantitativen Zielen für das laufende Geschäftsjahr geschlossen. Auch auf individueller Ebene werden die Ziele aus den Messgrößen für den Instituterfolg und den Bereichszielen abgeleitet. Insbesondere die quantitativen und qualitativen fachlichen Arbeitsziele müssen der Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen und geeignet sein, zur Erreichung der Ziele der Geschäfts- und Risikostrategie beizutragen. Für jedes Ziel werden entsprechende Messgrößen definiert, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eine transparente Leistungsbeurteilung ermöglichen. Auf dieser Basis erfolgt die individuelle Zumessung einer variablen Vergütung.

Das System der Erfolgsmessung für die Mitarbeiter ist als Poolsystem konzeptioniert, bei dem die drei Ebenen der Erfolgsmessung miteinander verknüpft sind. Die pbb fasst hierzu die kalkulatorischen Referenzwerte der Mitarbeiter in einen Bonuspool, dessen Höhe sich nach dem Instituterfolg richtet. Dieser Pool wird zu 50% auf Grundlage des Bereichserfolgs und zu 50% auf der Grundlage des Instituterfolgs auf die Bereiche verteilt. Die derart gebildeten Bereichspools werden nach dem individuellen Erfolgsbeitrag auf die jeweiligen dem Bereich zugehörigen Mitarbeiter verteilt. Der so bestimmte Anteil des jeweils maßgeblichen Bereichstopfs wird dem jeweiligen Mitarbeiter als Envisaged-Personal-Reward-Wert („EPR-Wert“) rechnerisch zugemessen. Grundsätzlich kann die rechnerische Zumessung des EPR-Werts für den einzelnen Mitarbeiter im Minimum 0% und im Maximum 150% des jeweils maßgeblichen individuellen kalkulatorischen Referenzwerts betragen.

Auszahlungsstruktur

Hinsichtlich der Auszahlungsstruktur wird entsprechend den für die pbb als bedeutendes Institut im Sinne des § 17 IVV geltenden besonderen Anforderungen des § 20 IVV grundsätzlich zwischen Mitarbeitern, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der pbb hat („Risk Taker“), und sonstigen Mitarbeitern („Non-Risk Taker“) differenziert. Wird ein Mitarbeiter unterjährig als Risk Taker eingestuft, so sind die relevanten Regelungen für Risk Taker auf die im gesamten Geschäftsjahr erdiente variable Vergütung anzuwenden.

Für Non-Risk Taker entspricht der EPR-Wert der variablen Vergütung und wird grundsätzlich zum Ende des ersten Halbjahres des Jahres in bar gewährt, das dem Geschäftsjahr folgt, für das eine variable Vergütung gewährt wird.

Die für Risk Taker geltenden Anforderungen des § 20 IVV an die Auszahlung variabler Vergütung wurden für Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter einheitlich umgesetzt. Dies betrifft insbesondere:

- > die Aufschiebungsquote (60% bei Vorstandsmitgliedern und Führungskräften der zweiten Ebene; 40% bei sonstigen Risk Takern),
- > den Aufschiebungszeitraum (fünf Jahre bei Vorstandsmitgliedern und Führungskräften der zweiten Ebene; drei Jahre bei sonstigen Risk Takern) und die Regelung zum Vesting der Deferrals (ratierlich),
- > Backtesting und Malusprüfung sowie
- > die Nachhaltigkeitskomponente.

Die gemäß den regulatorischen Anforderungen ausgestaltete Auszahlungsstruktur gilt nicht, wenn der für ein Geschäftsjahr festgelegte Betrag des EPR-Werts unterhalb eines gesetzlich oder von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beziehungsweise einer anderen zuständigen Aufsichtsbehörde festgelegten Schwellenwerts liegt, der aus Verhältnismäßigkeitserwägungen die Auszahlungsstruktur für Risk Taker entbehrlich macht (zurzeit bis einschließlich 50.000 € p.a. pro Person).

Die Identifizierung der Risk Taker erfolgt gemäß § 18 IVV anhand der in der Delegierten-Verordnung (EU) Nr. 604/2014 niedergelegten Kriterien. Diese Kriterien beziehen sich vor allem auf:

- > die Funktion als Geschäftsleiter oder Mitglied des Senior Management,
- > Kreditvergabekompetenzen,
- > das Stimmrecht in wesentlichen Ausschüssen und
- > die Vergütungshöhe des Mitarbeiters.

In Summe sind 2017 neben den vier Mitgliedern des Vorstands (ab 1. April 2017: drei Vorstandsmitglieder) weitere 91 Mitarbeiter (2016: vier Vorstandsmitglieder und 74 Mitarbeiter) als Inhaber risikobegründender Funktionen identifiziert worden. Der Vorstand der pbb hat den Aufsichtsrat über das Ergebnis dieser Identifizierung informiert. Die Details der internen Risikoanalyse wurden entsprechend dokumentiert.

Weitere Regelungen des angepassten Vergütungssystems

Vergütung von Mitarbeitern in Kontrolleinheiten (§ 9 IVV)

Die Vergütung der Mitarbeiter in den Kontrolleinheiten ist so ausgestaltet, dass der Schwerpunkt auf der Festvergütung liegt. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestimmt sich die Höhe der variablen Vergütung von Mitarbeitern in Kontrolleinheiten nicht nach gleichlaufenden Vergütungsparametern wie den von ihnen kontrollierten Organisationseinheiten.

Verbot von Absicherungsmaßnahmen (§ 8 IVV)

Die Risikoadjustierung der variablen Vergütung darf nicht durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen eingeschränkt oder aufgehoben werden, zum Beispiel Verträge mit Dritten, die die dritte Partei zu direkten oder indirekten Ausgleichszahlungen an den Mitarbeiter in Höhe der erlittenen Reduzierung der variablen Vergütung verpflichten (Versicherung), Derivate zur Absicherung von Kursverlusten von Finanzinstrumenten der pbb beziehungsweise auf diese bezogenen Finanzinstrumenten, etwa Put Optionen, Optionsscheine, Zertifikate und Finanzinstrumente mit vergleichbarer Wirkung.

Die pbb hat Maßnahmen getroffen, um Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen zur Einschränkung oder Aufhebung der Risikoorientierung zu verhindern. Das Verbot von Absicherungsgeschäften ist zudem sowohl kollektivrechtlich (für Arbeitnehmer in Deutschland) als auch mit jedem Mitarbeiter individualvertraglich (Arbeitnehmer, Führungskräfte der zweiten Ebene und Mitarbeiter im Ausland) geregelt. Die Einhaltung dieser Verpflichtung wird stichprobenartig überprüft. Bei der pbb als bedeutendem Institut im Sinne des § 17 IVV erfolgt die Überprüfung durch den Vergütungsbeauftragten.

Überprüfung und Anpassung der Vergütungssysteme (§ 12 IVV)

Im Falle von Änderungen der Geschäfts- oder Risikostrategie werden jeweils die Vergütungsstrategie und die Ausgestaltung des Vergütungssystems überprüft und erforderlichenfalls angepasst. Darüber hinaus überprüft die pbb ihr Vergütungssystem und die zugrunde gelegten Parameter mindestens einmal jährlich auf Angemessenheit, insbesondere auch hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Strategien, und nimmt erforderlichenfalls Anpassungen vor.

GOVERNANCE-STRUKTUR IM BEREICH VERGÜTUNG

Im Einklang mit den Vorschriften des deutschen Aktiengesetzes hat die pbb eine zweistufige Organbeziehungweise Führungsstruktur. Diese besteht aus dem Aufsichtsrat als unabhängigem Aufsichtsgremium und dem Vorstand, der die Verantwortung hat, die Gesellschaft zu leiten. Der Aufsichtsrat überwacht, verantwortet und bestimmt die Vergütungen der Mitglieder des Vorstands und der Vorstand überwacht, verantwortet und bestimmt die Vergütungssysteme für Führungskräfte und Mitarbeiter des pbb Konzerns und ratifiziert Höhe und Verteilung der Vergütungen. Der Aufsichtsrat hat einen Zustimmungsvorbehalt für das Vergütungssystem der Mitarbeiter nach § 111 Abs. 4 AktG eingeführt.

Die Vergütungsgovernance der pbb besteht entsprechend den regulatorischen Anforderungen des KWG und der IVV aus einem vom Aufsichtsrat eingerichteten Vergütungskontrollausschuss und dem vom Vorstand bestellten Vergütungsbeauftragten.

Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Vergütung der Vorstandsmitglieder vor. Dies umfasst insbesondere die Vorbereitung der Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5a KWG unter Berücksichtigung von § 7 IVV sowie zur Festlegung von angemessenen Vergütungsparametern, von Erfolgsbeiträgen, der Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträume und der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung und die regelmäßige, mindestens jedoch jährliche Überprüfung, ob die vom Aufsichtsrat beschlossenen Festlegungen noch angemessen sind.

Darüber hinaus überwacht der Vergütungskontrollausschuss die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter und insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie Risk Taker. Dabei bewertet der Vergütungskontrollausschuss auch die Auswirkungen des Vergütungssystems auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement.

Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat zudem bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Er bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf die Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation und stellt sicher, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung des Instituts gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind.

Der Vergütungskontrollausschuss besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden, seiner Stellvertreterin sowie je einem weiteren Mitglied der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter. Im Jahr 2017 fanden insgesamt fünf Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses statt.

Zur Sicherstellung einer angemessenen, dauerhaften und wirksamen Kontrolle der Vergütung der Mitarbeiter wurden ein Vergütungsbeauftragter und ein Stellvertreter bestellt. Aufgabe des Vergütungsbeauftragten ist die ständige Überwachung der Angemessenheit der Vergütungssysteme der Mitarbeiter. Zu diesem Zweck wird der Vergütungsbeauftragte in die laufenden Prozesse der Vergütungssysteme eingebunden, sowohl hinsichtlich der konzeptionellen Neu- und Weiterentwicklung als auch hinsichtlich der laufenden Anwendung der Vergütungssysteme. Der Vergütungsbeauftragte hat ohne Zwischenschaltung des Vorstands einen institutionalisierten direkten Berichtsweg zum Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses. Der Vergütungsbeauftragte hat mindestens einmal jährlich einen Vergütungskontrollbericht vorzulegen, in dem die Angemessenheit des Vergütungssystems für die Mitarbeiter bewertet wird (§ 24 IVV).

Prognosebericht

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften sich im Jahr 2018 auch weiterhin positiv entwickeln. Das weltwirtschaftliche Wachstum wird sich dem IWF zufolge weiter beschleunigen und mit 3,7% den stärksten Zuwachs seit 2011 verbuchen. Diese Dynamik ist vor allem den Schwellenländern zu verdanken, bei denen sich die Erholung der Rohstoffpreise positiv bemerkbar macht. Die Gruppe der Industrieländer hingegen hat ihren wirtschaftlichen Hochpunkt wohl bereits überschritten. Der internationale Währungsfonds rechnet mit einer moderaten Verlangsamung von 2,2% im Jahr 2017 auf 2,0% im Jahr 2018. Ungeachtet dieser positiven Perspektiven mahnen IWF und Weltbank, die Risiken nicht außer Acht zu lassen. Hierzu zählen Finanzmärkte und Regierungen, die trotz der wirtschaftlichen Erholung ihre Volkswirtschaften nicht mit Reformen krisenresistenter machen.

In den Industrieländern bleiben Investitionen und der Handel auch weiterhin die treibenden Kräfte des Aufschwungs. Gegenwind kommt allerdings von der sich fortsetzenden schrittweisen geldpolitischen Normalisierung und, zumindest außerhalb der USA, von dem andauernden fiskalpolitischen Konsolidierungskurs. Zudem berichtet eine kleine, aber wachsende Zahl von Unternehmen, dass sie zunehmend Mühe haben, freie Stellen mit qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Dies sollte sich in einem etwas stärkeren Lohnwachstum als noch 2017 niederschlagen. Da gleichzeitig die Inflation mit 1,7% auf Höhe des Vorjahres gesehen wird, dürfte dies dem privaten Konsum positive Impulse verleihen.

Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Herbstprognose 2017 für die Eurozone einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2018 von 2,1%, was einen leichten Rückgang gegenüber der Vorjahresrate von 2,2% darstellt. Der Konsum wird etwas weniger stark als noch 2017 wachsen, während die Investitionsdynamik weiter zunehmen soll. Die Lage am Arbeitsmarkt sollte sich weiter aufhellen, mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,5% von 9,1% im Jahr zuvor. Dies wäre der tiefste Stand seit dem Jahr 2008. Die öffentlichen Finanzen dürften sich ebenfalls weiter leicht verbessern, dank niedrigerem Zinsaufwand und dem erwarteten robusten Wachstum, sodass der Schuldensockel in Prozent des BIP voraussichtlich auf 87,2% abnehmen wird. Ein Risiko stellt der erstarkte Euro dar. Dieser hat zuletzt gegenüber dem US-Dollar ein Drei-Jahres-Hoch erreicht. Weitere Zuwächse könnten sich belastend auf den Export auswirken.

Innerhalb der Eurozone werden die Wachstumsraten in Frankreich und Deutschland mit jeweils 1,8% und 2,1% in etwa auf Höhe ihrer Vorjahreswerte gesehen. Für Italien wird eine Abnahme der wirtschaftlichen Dynamik von 1,5% auf 1,3% erwartet, in Spanien wird mit einem Rückgang von 3,1% im Jahr 2017 auf 2,5% gerechnet. In beiden Ländern gilt es auch politische Risiken im Auge zu haben.

Ein weiteres Risiko stellt die wirtschaftliche Lage im Vereinigten Königreich und damit verbunden der Fortgang der Brexit-Verhandlungen dar. Ein sogenannter harter Brexit, also ein Austritt im März 2019 ohne ein Abkommen über die zukünftige Beziehung zur Europäischen Union (EU), hätte auch für die verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten negative Konsequenzen. Für 2018 erwartet die Europäische Kommission nur einen leichten Rückgang des britischen BIP-Wachstums von 1,5% im Vorjahr auf 1,3%. Der private Konsum dürfte auch in diesem Jahr nur verhalten zulegen, da das Lohnwachstum wohl auch weiterhin weniger stark zunehmen wird als die Inflationsrate, für die ein Anstieg von 2,6% vorhergesagt wird. Der Unternehmenssektor ist nach wie vor mit der Unsicherheit bezüglich der Brexit-Verhandlungen konfrontiert. Grundsätzlich sollte sich dies belastend auf die Investitionsneigung auswirken. Allerdings zeigen Frühindikatoren, dass sich das Geschäftsklima im Jahresverlauf 2017 deutlich aufgehellt hat. Entsprechend erwartet die Europäische Kommission, dass sich das Segment der Ausrüstungsinvestitionen von dem Rückgang im Vorjahr von 0,4% erholen kann und in diesem Jahr moderat mit 1,3% zunehmen wird.

In Schweden dürfte die Wachstumsdynamik ein wenig nachlassen mit einem Rückgang von 3,2% im Vorjahr auf 2,7% im Jahr 2018. Hingegen werden sich die Wachstumsraten in Osteuropa vermutlich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen, wie in Ungarn mit 3,6%, in Tschechien mit 3,0%, in Slowenien mit 4,0% und in Polen mit 3,8%.

Die USA dürften im Jahr 2018 mit einem Wachstum von etwas über 2% aufwarten. Potenziale bestehen einerseits hinsichtlich der Impulse der im Dezember 2017 verabschiedeten Steuerreform, während andererseits handelspolitische Entscheidungen wie ein Ausstieg aus dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) mögliche Belastungsfaktoren darstellen.

Ähnlich wie in der Gruppe der Industrieländer dürfte sich auch in der Eurozone die Inflationsrate mit 1,4% in etwa auf Höhe der Vorjahresrate bewegen. Dies ist zwar unterhalb des Inflationsziels der EZB von 2%, aber ungeachtet dessen wird die Notenbank, wie im Oktober 2017 angekündigt, zwischen Januar und September nur noch Staatsanleihen im monatlichen Volumen von 30 Mrd. € ankaufen. Offen ist, ob das Programm im vierten Quartal 2018 noch ein weiteres Mal, gegebenenfalls mit erneut verringertem Volumen, verlängert wird oder endgültig ausläuft. Unabhängig davon ist mit einem ersten Zinsschritt wohl frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2019 zu rechnen. Auch die Bank of England hat Ende 2017 angekündigt, mit ihrer schrittweisen geldpolitischen Normalisierung fortfahren zu wollen. Sofern negative Überraschungen, etwa im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen, ausbleiben, ist mit wenigstens einem weiteren Zinsschritt im Jahresverlauf 2018 zu rechnen. Die FED geht von drei weiteren Zinsschritten in diesem Jahr aus, auch wenn die Inflationsrate mit 2,1% nur leicht über der Vorjahresrate von 2% gesehen wird.

Der in allen Industrieländern, mit Ausnahme Japans, zu beobachtende Trend hin zur Straffung der geldpolitischen Zügel dürfte sich auch auf die Zinslandschaft auswirken und mit einem Anstieg der langfristigen Zinsen einhergehen.

Quellen: Bloomberg, EZB, IWF

BRANCHENBEZOGENE PROGNOSEN

Gesamtsituation der Bankbranche

Trotz der Erfolge bezüglich Kapitalaufnahme und Abbau von Problemkrediten sieht sich der europäische Bankensektor im Jahr 2018 weiterhin einem schwierigen operativen Umfeld ausgesetzt.

In der Eurozone leiden die Banken in Italien, Spanien und Portugal immer noch unter der Last von Problemkrediten, obwohl deren Anteil in mehreren Ländern inzwischen rückläufig ist. Historisch betrachtet bleibt der Anteil der Problemkredite jedoch hoch und limitiert die Rentabilität der Banken signifikant. Weiter steigende Anforderungen seitens der Bankenregulierung und das Niedrigzinsumfeld begrenzen die Rentabilität des Sektors zusätzlich.

Die weltweiten geopolitischen Risiken sind nach wie vor hoch. Eine weitere Verschärfung oder Ausweitung dieser Konflikte könnte die Finanzmärkte und damit das operative Umfeld des Bankensektors belasten.

Quellen: Bloomberg, EZB

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Die Aussichten für den gewerblichen Immobilienmarkt dürften auch im Jahr 2018 günstig bleiben, da unmittelbar keine wesentlichen Änderungen bei den entscheidungsrelevanten Parametern wie beispielsweise bei den Konjunkturaussichten der Investoren zu erwarten sind. Global gesehen ist aber

keine weitere Steigerung der Transaktionsvolumina zu erwarten. Voraussichtlich dürften die realisierten Volumen weiterhin über den langfristigen Durchschnitt liegen. Auch bei der Länderallokation dürfte es zu keinen größeren Überraschungen kommen, die bisher favorisierten Regionen wie Deutschland werden vermutlich sehr gefragt bleiben. Im Vereinigten Königreich dürfte die Entwicklung stark von den Ergebnissen aus den Brexit-Verhandlungen abhängen. In den USA könnte die verabschiedete Steuerreform für neue Impulse bei den Transaktionsvolumen sorgen.

Im Hinblick auf die Renditen ist davon auszugehen, dass diese aufgrund der späten Phase im Zyklus stabil bleiben oder nur noch punktuell in Teilsegmenten nachgeben werden.

Nachdem das Angebot an erstklassigen Immobilien und -lagen nicht mehr im nachgefragten Umfang an den Märkten vorhanden ist, dürften sich weiterhin opportunistische Immobilienanlagen – Märkte und Segmente ebenso wie die Nachfrage nach Projektentwicklungen – günstig entwickeln.

Die Finanzierung von Kreditinstituten und alternativen Kreditgebern dürfte in der Regel im ausreichenden Maße vorhanden sein, wenngleich viele Anbieter planen, ihr Neugeschäft zu reduzieren beziehungsweise allenfalls noch stabil zu halten. Der pbb Konzern rechnet in der Folge mit einem anhaltenden Druck, der zu weiteren Margenreduktionen führen kann.

Quellen: Research von Jones Lang Lasalle, BNP Paribas Real Estate

Öffentliche Investitionsfinanzierung

Für 2017 bis 2018 geht S&P davon aus, dass sich die jährliche Bruttokreditaufnahme der europäischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRGs) nach einer spürbaren Reduzierung im Jahr 2016 allmählich auf rund 300 Mrd. € erholen wird. Die langsamere Entschuldung der deutschen LRGs sowie der steigende Finanzierungs- und Refinanzierungsbedarf in Russland, Schweden, Norwegen und Finnland dürften diesen Anstieg vorantreiben.

Im Bereich der Exportfinanzierungen dürfte es auch in Zukunft ausreichend Möglichkeiten für Neugeschäft geben. Die wichtigste Wachstumsregion für 2018 dürfte voraussichtlich der Mittlere Osten sein, da dort eine Reihe von Großprojekten geplant sind. Neben dem Mittleren Osten wird Asien als weiteres Wachstumsgebiet gesehen.

Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften sowie andere alternative Kreditgeber interessieren sich weiterhin für die Kredite an die öffentliche Hand, die im Vergleich zu Staatsanleihen höhere Margen anbieten, und es gibt kein Anzeichen, dass bedeutende lokale oder internationale Kreditgeber ihre Strategie ändern werden. Deshalb rechnet der pbb Konzern in den verschiedenen Märkten mit einem anhaltenden Druck auf die Margen.

Value Portfolio

Für 2018 erwartet der pbb Konzern weiterhin eine stabile Credit-Spread-Entwicklung für Europa. Eine Verbesserung der Peripherie in vergleichbarer Auswirkung wie 2017 ist nicht zu erwarten, jedoch wird weiterhin von einer positiven Entwicklung der Peripherie ausgegangen.

Refinanzierungsmärkte

Wie in den vergangenen Jahren dürften die Notenbanken die Kapitalmärkte auch 2018 maßgeblich beeinflussen. Hierbei relevant sind vor allem die in der gesamtwirtschaftlichen Prognose beschriebene Geldpolitik der Zentralbanken und die Entwicklung der Kaufprogramme der EZB. Im Vereinigten Königreich dürfte die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Brexit-Verhandlungen bestehen bleiben und die Geldpolitik der Bank of England bestimmen.

Am 25. Oktober 2017 haben sich die EU-Institutionen auf die Harmonisierung der europäischen Insolvenzrichtlinie geeinigt. Die Einigung sieht die explizite Schaffung einer neuen Kategorie unbesicherter Schuldverschreibungen in der Insolvenzrangfolge vor (Trennung in eine „Preferred“ Kategorie und eine „Non-preferred“ Kategorie). Die Umsetzung in nationales Recht soll in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bis Ende 2018 abgeschlossen sein.

Trotz der Reduktion des Ankaufprogramms (CBPP3) wird die EZB ein bedeutender Käufer im Covered-Bond-Markt bleiben. In Verbindung mit einem geringeren Neuemissionsvolumen 2018 rechnet der pbb Konzern mit einer überschaubaren Spreadausweitung bei Pfandbriefen.

UNTERNEHMENSPROGNOSEN

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung des pbb Konzerns stellen Einschätzungen auf Basis der zur Verfügung stehenden Informationen dar. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken und Chancen nicht in kalkulierter Höhe eintreten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Für die im Kapitel „Steuerungssystem“ definierten Leistungsindikatoren wird im Geschäftsjahr 2018 Folgendes angestrebt:

Leistungsindikator	Ausgangslage (Geschäftsjahr 2017)	Prognose (Geschäftsjahr 2018)
Neugeschäftsvolumen (inklusive Prolongationen länger einem Jahr)	11,6 Mrd. €	Es wird ein Volumen zwischen 10,0 Mrd. € und 11,0 Mrd. € angestrebt.
Strategisches Finanzierungsvolumen (REF und PIF)	31,9 Mrd. €	Es wird eine leichte Erhöhung angestrebt.
Ergebnis vor Steuern	204 Mio. €	Es wird ein Ergebnis in der Bandbreite zwischen 150 Mio. € und 170 Mio. € angestrebt.
Cost-Income-Ratio	50,9%	Es wird von einer leichten Erhöhung ausgegangen.
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	6,5%	Es wird eine Quote zwischen 4% und 5% angestrebt.
CET1 Ratio	17,7%	Die CET1 Ratio soll deutlich über der einzuhaltenden SREP-Quote von 9,125% zuzüglich des länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffers liegen.

Eine wichtige Nebenbedingung bei der Erreichung der Ertrags- und Rentabilitätsziele der pbb ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit: Hinsichtlich der Going-Concern-Perspektive wird angestrebt, dass die aufsichtlich geforderten Mindestkapitalquoten auch unter Zugrundelegung eines adversen ökonomischen Szenarios eingehalten werden. Bezüglich der Gone-Concern-Perspektive strebt der pbb Konzern an, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital den ökonomischen Kapitalbedarf übersteigt. Dieses Ziel wird voraussichtlich erreicht, sofern keine deutliche Ausweitung der Spreads der europäischen Länder im Fokus erfolgt, was zu einer Erhöhung der stillen Lasten führen würde.

Das Finanzierungsvolumen im nicht strategischen Value Portfolio soll sich strategiekonform weiter reduzieren.

Das Ergebnis vor Steuern sollte im Geschäftsjahr 2018 erneut überwiegend auf das Segment REF entfallen. In den Segmenten PIF und VP wird jeweils von einem leicht negativen Vorsteuerergebnis ausgegangen.

Chancen und Risiken

Politik

Aktuelle wirtschafts- und geopolitische Spannungen könnten – je nach Ausgang – zu Verwerfungen auf den für den pbb Konzern relevanten Märkten führen mit belastenden Wirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Gleichwohl könnten besser als angenommen verlaufende zukünftige Entwicklungen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage positiv beeinflussen. So können sich beispielsweise Ratingveränderungen von Wirtschaftsregionen auf den Vorsorgebedarf des pbb Konzerns auswirken.

Konjunktur

Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum und dabei insbesondere in Deutschland wird sich voraussichtlich begünstigend auf die Ertragslage auswirken, da der pbb Konzern beispielsweise nur eine moderate Vorsorge bei der Übernahme von Kreditrisiken vornehmen muss. Eine sich abkühlende Konjunktur oder eine Rezession könnten zu einem höheren Vorsorgebedarf und einem geringeren Neugeschäftsvolumen führen und somit die Ertragslage belasten.

Zinsen

Sollten die Marktzinssätze im Euroraum wieder steigen, könnte sich die Ertragslage beispielsweise durch die Anlage der Liquiditätsreserve und der Eigenmittel verbessern; gleichzeitig würde sich die Refinanzierung verteuern. Ein gegenteiliger Effekt träte möglicherweise für den Fall ein, wenn die Niedrigzinspolitik längerfristig fortgesetzt würde. Zudem ist in einem Niedrigzinsumfeld von vorzeitigen Rückzahlungen ausgereicher Kredite auszugehen. Dies könnte die Ertragslage kurzfristig zwar begünstigen, zum Beispiel aufgrund von Vorfälligkeitsentschädigungen, langfristig allerdings wegen des geringeren Finanzierungsvolumens belastend wirken.

Wettbewerb

Der intensive Wettbewerb insbesondere in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der daraus resultierende Margendruck werden auch im Jahr 2018 voraussichtlich anhalten oder sich sogar verstärken. Dies kann die Ertragslage des pbb Konzerns negativ beeinflussen. Umgekehrt wäre ein Nachlassen der Wettbewerbsintensität – zum Beispiel durch Konsolidierungen in der Bankenbranche – der Ertragslage zuträglich.

Digitalisierung

Angesichts eines steigenden Kostenwettbewerbs im Bankenumfeld, verstärkt durch sogenannte Fintech- und Proptech-Unternehmen, sowie zur Erschließung neuer Ertragsquellen rücken digitale Geschäftsprozesse und -modelle in den Fokus des pbb Konzerns. Aus der Digitalisierung können sich in Zukunft gleichwohl Chancen und Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben, die insbesondere vom Erfolg digitaler Geschäftsmodelle und der weiteren informationstechnologischen Entwicklung abhängen.

Regulatorisches Umfeld

Ab 2018 muss der pbb Konzern erstmals IFRS 9 anwenden. Der Standard wird weitgehende Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Die Effekte aus der Erstanwendung von IFRS 9 sind im Anhang unter den Notes „Grundsätze“ und „Stetigkeit“ dargestellt. In der Folgeanwendung des IFRS 9 dürfte die Ertragslage im Vergleich zur Anwendung des IAS 39 volatiliter werden. Gründe hierfür sind die größere Anzahl von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Finanzinstrumenten und die neuen Wertberichtigungsregeln des IFRS 9. Diese Volatilität kann mehrere Millionen Euro betragen und wesentlich im Vergleich zum derzeitigen Ergebnis des pbb Konzerns sein.

Im Rahmen des SREP wurde der pbb sowohl eine CET1-Mindestquote als auch eine Eigenmittel-Mindestquote vorgegeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die EZB zukünftig eine höhere Eigenkapitalausstattung und höhere Eigenkapitalquoten fordert. Hierdurch können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann Auswirkungen auf die Kapitalanforderungen, die Refinanzierung und die Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns haben. Zu diesen Anforderungen zählen die Überarbeitung des Basel III-Regelwerks und weitere aufsichtsrechtliche Initiativen mit Bezug auf die Ermittlung von Risiken (zum Beispiel die Novellierung des Kreditrisiko-Standardansatzes und das TRIM-Verfahren) sowie das sogenannte Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities (MREL).

IT-Sicherheit

Die Sicherheit der Informationssysteme hat für den pbb Konzern einen hohen Stellenwert. Ziel ist es, die IT-Systeme konstant zu betreiben und unberechtigte Zugriffe auf die System- und Datenbestände zu vermeiden. Trotz ergriffener Maßnahmen zur IT-Sicherheit können die Ertragslage negativ beeinflussende Risiken nicht ausgeschlossen werden.

Personalbereich

Als börsennotiertes Unternehmen konnte die pbb ihre Attraktivität als Arbeitgeber weiter steigern. Leistungsfähige, hoch qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte können gewonnen und im pbb Konzern gehalten werden und sich an der Erreichung der ambitionierten Konzernziele maßgeblich beteiligen. Flankiert wird dies von einem attraktiven Weiterbildungs- und Personalentwicklungsangebot und von einem systematischen Gesundheitsmanagement. Allerdings können Risiken aus Mitarbeiterabgängen und dem damit verbundenen Wissensverlust nicht völlig ausgeschlossen werden. Zudem wird sich die Mitarbeitergewinnung zukünftig wahrscheinlich weiter erschweren, vor allem vor dem Hintergrund einer hohen Nachfrage nach Fachspezialisten in der Bankenbranche bei gleichzeitig weiter fortschreitendem demografischem Wandel. Um dem zu begegnen, entwickelt der pbb Konzern innovative Instrumente zur Mitarbeitergewinnung, die kurzfristig die Ertragslage zwar belasten können, langfristig jedoch den Erfolg des pbb Konzerns sicherstellen sollen.

Rechtliche Sachverhalte

Für Rechtsrisiken hat der pbb Konzern in angemessenem Umfang Rückstellungen gebildet. Allerdings ist es möglich, dass gerichtliche Entscheidungen anders als vom pbb Konzern erwartet ausfallen, sodass die Ressourcenabflüsse von den gebildeten Rückstellungen positiv oder negativ abweichen können. Je nach Art der Abweichung können sich daraus Chancen oder Risiken für die Ertragslage ergeben. Dies gilt unter anderem für folgende Sachverhalte:

- > Betriebsprüfungen durch Finanzbehörden können zu steuerlichen Mehrergebnissen und somit zu einem Anstieg von Steueraufwendungen aus früheren Perioden führen. Obwohl der pbb Konzern für derartige Risiken im angemessenen Umfang Rückstellungen gebildet hat, ist es nicht auszuschließen, dass diese nicht ausreichen und somit die zukünftige Ertragslage negativ beeinflusst wird. Andererseits besteht auch die Möglichkeit einer besser als erwarteten Prüfungsentwicklung, was der Ertragslage in Form von Rückstellungsaufösungen förderlich wäre.
- > Die pbb, Rechtsnachfolgerin der Hypo Real Estate Bank International AG, Stuttgart, ist Emittentin von Credit Linked Notes aus der synthetischen Verbriefungstransaktion „ESTATE UK-3“ („Credit Linked Notes“). Diese Credit Linked Notes sichern das Ausfallrisiko aus bestimmten Kreditforderungen der pbb ab, soweit die Voraussetzungen für eine Verlustzuweisung nach den Bedingungen der Credit Linked Notes erfüllt sind. Bei einer der abgesicherten Forderungen („Reference Claim No. 3“) ist ein ausfallbedingter Verlust in Höhe von circa 113 Mio. GBP entstanden. Die pbb beabsichtigt, diesen Verlust den Credit Linked Notes zuzuweisen. Die Zuweisung dieses Verlusts würde zu einem vollständigen Ausfall der Credit Linked Notes der Klassen A2, B, C, D und E führen und den Nominalbetrag der Klasse A1+ von 400.000 GBP um etwa 0,1 % reduzieren. Die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in ihrer Funktion als Trustee der ESTATE UK-3-Transaktion hat der pbb am 13. Dezember 2016 mitgeteilt, dass aus ihrer Sicht Zweifel bestehen, ob die von der pbb beabsichtigte Verlustzuweisung zulässig ist, und der Trustee nach den Bedingungen der ESTATE UK-3-Transaktion einen Gutachter („Expert“) bestellen wird, der über die Zulässigkeit der Verlustzuweisung entscheiden soll. Sollte

die Verlustzuweisung ganz oder teilweise unzulässig sein, wäre der Verlust insoweit von der pbb zu tragen und würde sich somit negativ auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken. Der Trustee hat den Experten im Juni 2017 bestellt; der entsprechende Prüfungsprozess läuft derzeit noch. Die pbb ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die geplante Verlustzuweisung vorliegen.

Brexit

Seit der Entscheidung des Vereinigten Königreichs über den Brexit beschäftigt sich der pbb Konzern intensiv mit dieser Thematik. Insbesondere analysiert der pbb Konzern fortlaufend die Auswirkungen beziehungsweise Risiken des Brexits auf den pbb Konzern und dessen Geschäftsmodell/-strategie. Neben der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Entwicklung im Vereinigten Königreich und entsprechender Auswirkungen auf die Immobilienmärkte wird als wesentlicher Bestandteil analysiert, ob und, wenn ja, welche neuen, regulatorischen Anforderungen für die Londoner Niederlassung der pbb bei den britischen Aufsichtsbehörden (PRA und FCA) einzuhalten sein werden, um nach Wirksamwerden des Brexits 2019 weiter im Vereinigten Königreich Geschäft betreiben zu können. Auf dieser Basis hat die pbb am 16. Januar 2018 den ersten Entwurf einer Bewerbung um den Status einer Drittlandsniederlassung bei den Aufsichtsbehörden im Vereinigten Königreich eingereicht.

Zusätzlich zu den zuvor genannten internen Analysen haben die EZB wie auch die britische Bankenaufsicht ein Regelreporting für die Vorbereitung der Banken auf den Brexit implementiert. Den jeweiligen Reportingpflichten ist die pbb nachgekommen.

Aufgrund der derzeitigen organisatorischen und operationellen Aufstellung sieht der pbb Konzern keinen unmittelbaren Handlungsbedarf im Geschäftsmodell und in der Anpassung der Geschäftsorganisation. Aufgrund seines spezialisierten Geschäftsansatzes kann der pbb Konzern jedoch relativ kurzfristig auf eventuelle Anpassungsnotwendigkeiten reagieren und ein an neue Rahmenbedingungen angepasstes Betriebsmodell im Vereinigten Königreich umsetzen.

Ökonomisch hat der Brexit zu einer Periode anhaltender Unsicherheit im Vereinigten Königreich geführt, verbunden mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage abschwächt. Sollten die Austrittsverhandlungen mit der EU scheitern, könnte die Abschwächung in eine Rezession münden, Objektwerte fallen und die Anzahl der Transaktionen im gewerblichen Immobilienmarkt deutlich abnehmen. Diese Faktoren könnten in diesem Fall im Bestandsportfolio zu einer möglichen Verschlechterung von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Marktwerten führen. Daher hat der pbb Konzern die Überwachung des Portfolios im Vereinigten Königreich verstärkt. In diesem Zusammenhang wurden die Geschäfte im Vereinigten Königreich überprüft und insbesondere bezüglich der durch den Brexit beeinflussten Risikofaktoren analysiert.

Gegenwärtig ging und geht der pbb Konzern jedoch weiter davon aus, dass der britische Immobilienmarkt attraktiv bleiben wird. Das Neugeschäft im Vereinigten Königreich wurde deshalb 2017 grundsätzlich fortgesetzt. Dabei wurde allerdings eine stärkere Selektion vorgenommen, die voraussichtlich auch 2018 Bestand haben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

In einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld, bei einem daraus resultierenden Margendruck und vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen sieht sich der pbb Konzern gut positioniert und dafür aufgestellt, auch in Zukunft profitabel zu arbeiten. Diese Einschätzung setzt voraus, dass keine Risiken eintreten werden, die sich zum Beispiel aus nicht beeinflussbaren Faktoren ergeben. Insgesamt strebt der pbb Konzern unter Abwägung der Chancen und Risiken für das Jahr 2018 ein Vorsteuerergebnis zwischen 150 Mio. € und 170 Mio. € an.

Erläuterungen zum HGB-Einzelabschluss der pbb

GESCHÄFTSVERLAUF

Im Geschäftsjahr 2017 hat die pbb mit 277 Mio. € in Relation zum Eigenkapital (2,6 Mrd. €) wieder ein sehr gutes Ergebnis vor Steuern erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr (2016: 312 Mio. €) nahm das Ergebnis vor Steuern zwar deutlich ab, allerdings war das Vorjahresergebnis in bedeutend größerem Umfang von Sondereffekten geprägt als das Berichtsjahr. Dabei handelte es sich insbesondere um einen Ertrag von 104 Mio. € (davon 95 Mio. € im Ergebnis aus Finanzanlagen und 9 Mio. € in der Risikovorsorge) resultierend aus der Einigung mit der Republik Österreich bezüglich der Verbindlichkeiten der Heta. Ohne Berücksichtigung dieses Sondereffekts läge das aktuelle Ergebnis vor Steuern deutlich über dem Vorjahreswert.

Das Neugeschäftsvolumen sowie die Finanzierungsvolumina des Gesamtportfolios und der strategischen und nicht strategischen Portfolios der pbb entsprechen den im Wirtschaftsbericht des pbb Konzerns dargelegten Informationen.

ERTRAGSLAGE

Ertragslage

in Mio. €	2017	2016	Veränderung
Zinsüberschuss	484	373	111
Provisionsüberschuss	8	8	–
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	18	5	13
Operative Erträge	510	386	124
Verwaltungsaufwand	–240	–207	–33
Personalaufwand	–122	–108	–14
Sachaufwand	–118	–99	–19
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	270	179	91
Risikovorsorge	9	53	–44
Ergebnis aus Finanzanlagen	–5	86	–91
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	–	–	–
Betriebsergebnis	274	318	–44
Außerordentliches Ergebnis	3	–6	9
Ergebnis vor Steuern	277	312	–35
Steuern	–40	–60	20
Jahresüberschuss	237	252	–15

Operative Erträge

Der Zinsüberschuss erhöhte sich von 373 Mio. € auf 484 Mio. € aufgrund niedrigerer Zinsaufwendungen aus Fälligkeiten höherverzinslicher Verbindlichkeiten und aus der leicht gestiegenen Durchschnittsmarge des Gesamtportfolios. Das durchschnittliche Finanzierungsvolumen der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung stieg auf 31,8 Mrd. € (2016: 31,3 Mrd. €) und des nicht strategischen Value Portfolios schmolz strategiekonform weiter ab (14,8 Mrd. €; 2016: 17,3 Mrd. €). Infolge von Derivate-Close-outs wurden im Berichtsjahr Erträge in Höhe von 38 Mio. € realisiert (2016: Aufwendungen von 25 Mio. €). Zudem resultierten Erträge von 22 Mio. € (2016: 0 Mio. €) aus einer Ausschüttung durch ein ehemals verbundenes Unternehmen.

Der Provisionsüberschuss aus nicht abzugrenzenden Gebühren belief sich mit 8 Mio. € auf Vorjahreshöhe (2016: 8 Mio. €).

Der Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen (18 Mio. €; 2016: 5 Mio. €) enthielt Aufwendungen aus der Bankenabgabe, die sich unter Berücksichtigung einer Sicherheitenstellung von 15 % auf 19 Mio. € (2016: 21 Mio. €) beliefen. Gegenläufige Einmaleffekte aus verschiedenen sonstigen Sachverhalten beliefen sich auf 34 Mio. € und resultierten vor allem aus dem Abgang von Vermögenswerten des nicht strategischen Value Portfolios und aus Umsatzsteuererstattungen. Zudem ergaben sich Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 3 Mio. € (2016: 7 Mio. €).

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand lag mit 240 Mio. € über dem Vorjahreswert (2016: 207 Mio. €). Nachdem der Personalaufwand in der Vorjahresperiode durch den Verbrauch von in Vorperioden gebildeten Rückstellungen begünstigt war, lag er – bei einer rückläufigen Mitarbeiterzahl – nunmehr auf einem normalisierten Niveau. Der Sachaufwand stieg im Berichtsjahr über das Vorjahresniveau. Dieser enthielt unter anderem Aufwendungen für ein bankweites Projekt zur weiteren Optimierung der Finance-und-Risk-IT-Zielarchitektur und für den Aufbau eines Portals für öffentliche Finanzierungen sowie Rückstellungszuführungen.

Risikovorsorge

Aus Risikovorsorge entstanden im Berichtsjahr Nettoerträge in Höhe von insgesamt 9 Mio. € (2016: 53 Mio. €). Im Wertpapier- und Schuldscheingeschäft sanken die Nettoerträge auf 14 Mio. € (2016: 61 Mio. €), davon entfielen 12 Mio. € (2016: 51 Mio. €) auf Zuschreibungsgewinne und 2 Mio. € (2016: 3 Mio. €) auf Kursgewinne. Im Vorjahr ergaben sich zudem noch Verkaufsgewinne aus Wertpapierverkäufen von 7 Mio. €. Dem gegenüber standen im Kreditgeschäft Nettozuführungen zu Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 3 Mio. € (2016: 12 Mio. €) und Nettoaufwendungen aus Einzelwertberichtigungen sowie Rückstellungen und Direktabschreibungen auf Darlehen von 2 Mio. € (2016: Nettoerträge von 4 Mio. €).

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag bei –5 Mio. € (2016: 86 Mio. €), vor allem aufgrund von Verlustübernahmen in Höhe von 3 Mio. € (2016: 7 Mio. €) und Abschreibungen auf Anschaffungsnebenkosten für ein ehemals verbundenes Unternehmen in Japan in Höhe von 2 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Das Vorjahresergebnis war wesentlich von den im Zusammenhang mit der Heta stehenden Nettoerträgen aus Wertpapieren des Anlagevermögens (95 Mio. €) geprägt.

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden wie im Vorjahr keine Beträge zugeführt oder entnommen.

Außerordentliches Ergebnis

Das Außerordentliche Ergebnis von 3 Mio. € (2016: –6 Mio. €) entstand hauptsächlich aus Nettoauflösungen von Restrukturierungsrückstellungen.

Ergebnis vor Steuern

Im Jahr 2017 hat die pbb ein Ergebnis vor Steuern von 277 Mio. € (2016: 312 Mio. €) erzielt.

Steuern

Der Steueraufwand belief sich auf 40 Mio. € (2016: 60 Mio. €), wovon Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 45 Mio. € (2016: 35 Mio. €) das laufende Jahr und Erträge von 5 Mio. € (2016: Aufwendungen von 24 Mio. €) Vorjahre betrafen. Sonstige Steueraufwendungen fielen im Jahr 2017 nicht an (2016: 1 Mio. €).

Jahresüberschuss

Für 2017 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 237 Mio. € (2016: 252 Mio. €) ausgewiesen.

VERMÖGENSLAGE**Vermögenslage**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Barreserve	999	1.136	-137
Forderungen an Kreditinstitute	3.008	3.425	-417
Forderungen an Kunden	38.310	38.675	-365
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.454	12.930	-2.476
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	2	-
Beteiligungen	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	15	52	-37
Treuhandvermögen	-	-	-
Immaterielle Anlagewerte	8	4	4
Sachanlagen	6	8	-2
Sonstige Vermögensgegenstände	145	137	8
Rechnungsabgrenzungsposten	388	419	-31
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	6	-	6
Summe der Aktiva	53.341	56.788	-3.447

Allgemeine Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der pbb betrug zum Bilanzstichtag 53,3 Mrd. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresende (31. Dezember 2016: 56,8 Mrd. €) um 3,5 Mrd. € gesunken. Die Bilanzsummenverkürzung resultierte hauptsächlich aus fällig gewordenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die um 2,5 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 12,9 Mrd. €) zurückgingen.

FINANZLAGE**Finanzlage**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.276	4.347	-71
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.581	25.756	-2.175
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.836	22.078	-1.242
Treuhandverbindlichkeiten	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	34	179	-145
Rechnungsabgrenzungsposten	619	690	-71
Rückstellungen	310	280	30
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.002	875	127
Fonds für allgemeine Bankrisiken	47	47	-
Verbindlichkeiten	50.705	54.252	-3.547
Eigenkapital	2.636	2.536	100
Summe der Passiva	53.341	56.788	-3.447

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2017 50,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 54,3 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen unter anderem aufgrund fällig gewordener Schuldscheindarlehen von 25,8 Mrd. € auf 23,6 Mrd. € zurück. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten von 22,1 Mrd. € auf 20,8 Mrd. € resultierte aus Fälligkeiten, welche die Neuemissionen übertrafen.

Eigenkapital

Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Grundkapital	380	380	–
Kapitalrücklage	1.639	1.639	–
Gewinnrücklagen	473	376	97
Bilanzgewinn	144	141	3
Eigenkapital	2.636	2.536	100

Das Grundkapital betrug zum 31. Dezember 2017 unverändert 380.376.059,67 € und unterteilt sich in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von rund 2,83 € je Stückaktie. Die Kapitalrücklage blieb unverändert. Den Gewinnrücklagen wurden im Geschäftsjahr 2017 97 Mio. € (2016: 97 Mio. €) zugeführt. Der Bilanzgewinn in Höhe von 144 Mio. € (31. Dezember 2016: 141 Mio. €) resultiert aus dem Jahresüberschuss von 237 Mio. € (2016: 252 Mio. €), aus den Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von –97 Mio. € (2016: –97 Mio. €) und der Veränderung des Genussrechtskapitals von 4 Mio. € (2016: –14 Mio. €).

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die pbb wurde nach Artikel 7 Abs. 3 CRR von den Anforderungen aus den Teilen 2 bis 5 und 8 der CRR im Hinblick auf Eigenmittel, Kapitalanforderungen, Großkredite, Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken und Offenlegungen befreit.

Sonstige Angaben

ANGABEN NACH § 315A ABS. 1 HGB¹

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals (§ 315a Abs. 1 Nr. 1 HGB)

Die Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals ist in der Note „Eigenkapital“ dargestellt. In der Hauptversammlung gewährt jede Stückaktie eine Stimme. Eigene Aktien, die nicht stimmberechtigt wären, hat die pbb derzeit nicht im Bestand. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte zu, die Kontrollbefugnisse gegenüber der pbb verleihen.

Beschränkungen betreffend die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien (§ 315a Abs. 1 Nr. 2 HGB)

Für die Ausübung und Übertragung des Stimmrechts gelten ausschließlich die gesetzlichen Bestimmungen. Die Stimmrechte sind nicht der Höhe nach begrenzt. Sämtliche Aktionäre, die sich rechtzeitig zur Hauptversammlung angemeldet und ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung ihres Stimmrechts nachgewiesen haben, sind zur Ausübung des Stimmrechts aus allen von ihnen gehaltenen und angemeldeten Aktien berechtigt. Soweit die pbb eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Zwischen der HRE Holding und der pbb besteht ein Entherrschungsvertrag zur Vermeidung einer Kontrolle über die pbb. Die HRE Holding hat sich darin verpflichtet, bei Beschlussfassungen über die Wahl und die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern sowie bei Beschlussfassungen im Rahmen der Geschäftsführung aufgrund der §§ 83, 111 Abs. 4 S. 3 bis 5, 119 Abs. 2 oder 179a AktG die Stimmrechte aus den der HRE Holding insgesamt im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Entherrschungsvereinbarung und in Zukunft gehörenden Aktien an der pbb nur in einem Umfang von maximal 49% der stimmberechtigten Präsenz auszuüben, der Hauptversammlung keine Beschlussvorschläge, insbesondere Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern, zu machen und nicht für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der pbb zu stimmen, die nicht sowohl von der HRE Holding, dem Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS, der FMSA und der Bundesrepublik Deutschland unabhängig sind, mit Ausnahme von bis zu zwei von der FMSA gegenüber der pbb vorgeschlagenen Mitgliedern.

Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind der pbb nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital von mehr als 10% der Stimmrechte (§ 315a Abs. 1 Nr. 3 HGB)

Zum 31. Dezember 2017 waren nach Kenntnis der pbb nur die Bundesrepublik Deutschland, vermittelt über den Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS, Frankfurt am Main, und die HRE Holding, München, mit mehr als 10% der Aktien an der pbb beteiligt. Die Beteiligung belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 20% plus eine Aktie.

Die von der pbb veröffentlichten Mitteilungen nach §§ 26 ff. WpHG können im Internet unter anderem unter www.pfandbriefbank.com/investoren/pflichtveroeffentlichungen/mitteilungen-nach-26-ff-wphg.html abgerufen werden.

¹ Die Sonstigen Angaben des § 315a Abs. 1 HGB für den pbb Konzern entsprechen den Sonstigen Angaben des § 289a Abs. 1 HGB für die pbb.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen (§ 315a Abs. 1 Nr. 4 HGB)

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben (§ 315a Abs. 1 Nr. 5 HGB)

Die Arbeitnehmer, die Aktien der pbb halten, üben ihre Rechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung (§ 315a Abs. 1 Nr. 6 HGB)

Nach § 84 AktG und § 6 der Satzung der pbb werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus zwei Mitgliedern. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht München auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG). Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Der BaFin, der EZB und der Bundesbank muss nachgewiesen werden, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die BaFin kann nach den in § 45c KWG geregelten Voraussetzungen einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Vorstands übertragen. Die BaFin kann Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken.

Jede Satzungsänderung bedarf gemäß § 179 Abs. 1 Satz 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, wofür gemäß § 17 der Satzung grundsätzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen genügt, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend eine größere Mehrheit erfordert. In den Fällen, in denen das Gesetz – in nicht zwingender Form – eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt die einfache Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 9 Abs. 3 der Satzung berechtigt, Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, zu beschließen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen (§ 315a Abs. 1 Nr. 7 HGB)

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der pbb in der Zeit bis zum 9. Juni 2020 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 190.188.029,83 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2015). Das Bezugsrecht der Aktionäre kann unter bestimmten Voraussetzungen ausgeschlossen werden. Vom genehmigten Kapital wurde bislang kein Gebrauch gemacht.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital der pbb ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 10. Juni 2015 um bis zu 190.188.029,83 €, eingeteilt in bis zu 67.237.653 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2015). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen, Wandelgenussrechten, wandelbaren hybriden Schuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenussrechten, die von der pbb oder Konzernunternehmen (§ 18 Abs. 1 AktG), die der pbb nachgeordnet sind, auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 10. Juni 2015 (Ermächtigung 2015) bis zum 9. Juni 2020 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen oder die Gesellschaft von einer Ersetzungsbefugnis Gebrauch macht und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe der Ermächtigung 2015 jeweils zu bestimmenden Options- und Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten beziehungsweise durch Erfüllung entsprechender Wandlungs- oder Optionspflichten beziehungsweise durch Ausübung einer Ersetzungsbefugnis der Gesellschaft entstehen, am Gewinn teil; soweit rechtlich zulässig, kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 Abs. 2 AktG, auch für ein bereits abgelaufenes Geschäftsjahr, festlegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und der Bedingungen der Aktienaussgabe der in § 4 der Satzung vorgesehenen Kapitalmaßnahmen (genehmigtes und bedingtes Kapital) festzulegen.

Wandel-/Optionsschuldverschreibungen, Genussrechte und hybride Schuldverschreibungen

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 9. Juni 2020 einmalig oder mehrmals Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen, Genussrechte oder hybride Schuldverschreibungen mit oder ohne Laufzeitbegrenzung gegen Bar- oder Sachleistung auszugeben. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung begebenen Finanzinstrumente darf insgesamt 3.000.000.000,00 € nicht überschreiten. Den Inhabern beziehungsweise Gläubigern der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sind nach näherer Maßgabe der Anleihebedingungen der Finanzinstrumente Wandlungs- oder Optionsrechte beziehungsweise -pflichten zu gewähren beziehungsweise aufzuerlegen, die zum Bezug von Stückaktien der pbb in einer Gesamtzahl von bis zu 67.237.653 Stück mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt höchstens 190.188.029,83 € nach näherer Maßgabe des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2015 berechtigen beziehungsweise verpflichten. Entsprechende Wandlungs- oder Optionsrechte beziehungsweise -pflichten können auch den Inhabern der Genussrechte oder hybriden Schuldverschreibungen gewährt beziehungsweise auferlegt werden.

Eigene Aktien

Die pbb ist ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10% des am 10. Juni 2015 oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Auf die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71d und 71e AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien kann unmittelbar durch die Gesellschaft, durch Konzernunternehmen (§ 18 Abs. 1 AktG), die der Gesellschaft nachgeordnet sind, oder durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft oder durch Dritte für Rechnung nachgeordneter Konzernunternehmen der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise, in letzterem Fall auch mehrmals ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 9. Juni 2020. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse, im Weg eines öffentlichen Kaufangebots oder im Weg einer an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Verkaufsofferten nach näherer Maßgabe des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2015.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Aktien der Gesellschaft, die aufgrund der vorstehend skizzierten Ermächtigung erworben werden, über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre zu veräußern, gegen Barzahlung zu einem Preis zu veräußern, der den Börsenkurs von Aktien der Gesellschaft gleicher Gattung in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 S. 4 AktG nicht wesentlich unterschreitet, gegen Sachleistung zu veräußern oder sie einzuziehen. Nach näherer Maßgabe des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2015 kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden.

Zum 31. Dezember 2017 hatte die pbb weder eigene Aktien noch Eigenkapitalderivate im Bestand.

Wesentliche Vereinbarungen der pbb, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen (§ 315a Abs. 1 Nr. 8 HGB)

Es wurden keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen der pbb mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots (§ 315a Abs. 1 Nr. 9 HGB)

Entschädigungsvereinbarungen i. S. d. § 315 Abs. 4 Nr. 9 HGB, die mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen sind, bestehen nicht.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG/ CORPORATE-GOVERNANCE-BERICHT¹

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Seit dem 16. Juli 2015 sind die Aktien der pbb an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert. Die pbb unterliegt seither der Berichtspflicht nach § 161 AktG. Die erstmalige Entsprechenserklärung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex vom 14. August 2015 sowie alle nachfolgenden Entsprechenserklärungen sind auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.pfandbriefbank.com/investoren/pflichtveroeffentlichungen.html veröffentlicht. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung datiert vom 24. März 2017.

Vorstand und Aufsichtsrat der pbb haben gemäß § 161 Abs. 1 Satz 1 AktG jährlich zu erklären, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden und warum nicht („Comply or Explain“).

Vorstand und Aufsichtsrat der pbb erklären insoweit, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 7. Februar 2017 im Geschäftsjahr 2017 entsprochen wurde und auch jetzt entsprochen wird.

München, 23. März 2018

Der Vorstand Der Aufsichtsrat

¹ Das Kapitel „Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht“ ist vom Abschlussprüfer nicht geprüft worden.

Corporate-Governance-Bericht

Die pbb ist eine führende europäische Spezialbank für die gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie die Öffentliche Investitionsfinanzierung und zählt zu den größten Emittenten von Pfandbriefen. Die pbb ist seit dem 16. Juli 2015 eine im Prime Standard des Regulierten Marktes der Frankfurter Wertpapierbörse notierte, börsennotierte Aktiengesellschaft. Sie gehört seit dem 21. September 2015 dem MDAX® an. Die pbb hält jährlich mindestens eine Hauptversammlung ab.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die aktuelle sowie die vorangegangenen Entsprechenserklärungen der Gesellschaft nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sind dauerhaft auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.pfandbriefbank.com/investoren/pflichtveroeffentlichungen.html zugänglich.

Beschreibung der Arbeitsweise von Aufsichtsrat und Vorstand

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat beziehungsweise dessen Ausschüsse regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des pbb Konzerns. In den Sitzungen wird auch über die Risikolage, das Risikomanagement, das Neugeschäft, die Liquiditätsstrategie sowie über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, berichtet.

Der Vorstandsvorsitzende steht mit dem Aufsichtsrats- und den Ausschussvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt. Regelmäßig erörtert werden im Aufsichtsrat beziehungsweise seinen Ausschüssen zudem die Entwicklung im Kreditgeschäft und die Kreditpolitik insgesamt, alle berichtspflichtigen Kreditengagements, die Risikoentwicklung, die Risikosteuerung, die geschäftspolitische Ausrichtung sowie die Entwicklungen und Tendenzen der Märkte im Aktiv- und Passivgeschäft.

Vorstand

Der Vorstand leitet die pbb in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Zudem unterwirft er sich den selbst gesetzten Regelungen des für alle Mitarbeiter geltenden internen Verhaltenskodex, der auf der Internetseite der pbb veröffentlicht ist.

Im Berichtsjahr waren die Mitglieder des Vorstands der pbb jeweils für die folgenden Ressorts zuständig:

- > Andreas Arndt als Vorsitzender (CEO) und CFO
- > Thomas Köntgen als stellvertretender Vorsitzender, Treasury & Immobilienfinanzierung (ab 1. Mai 2017 einschließlich Kreditmärkte und Öffentliche Finanzierung)
- > Andreas Schenk als CRO
- > Dr. Bernhard Scholz (bis 30. April 2017) für Kreditmärkte und Öffentliche Finanzierung

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse der pbb verpflichtet, dürfen bei ihren Entscheidungen persönliche Interessen nicht verfolgen, unterliegen während ihrer Tätigkeit für die pbb einem umfassenden Wettbewerbsverbot und dürfen Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, nicht für sich nutzen. Die Vorstandsmitglieder müssen ihre Vorstandskollegen auf die Möglichkeit eines Interessenkonflikts hinweisen und tatsächlich auftretende Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat beziehungsweise Präsidial- und Nominierungsausschuss gegenüber unverzüglich offenlegen. Im Berichtsjahr ist kein derartiger Fall aufgetreten.

Die pbb gewährt keine Kredite an Mitglieder des Vorstands.

Nach Kenntnis der pbb hielten die Vorstandsmitglieder sowie mit diesen in enger Beziehung stehende Personen im Berichtsjahr keine Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumente in einem meldepflichtigen Umfang.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand kontinuierlich und berät diesen regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens. Er besteht satzungsgemäß aus neun Mitgliedern, von denen sechs Mitglieder von den Anteilseignern und drei Mitglieder von den Arbeitnehmern gemäß DrittelBG zu wählen sind.

Die aktuellen Wahlperioden und Amtszeiten der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat enden mit einer Ausnahme mit Ablauf der Hauptversammlung 2021, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt. Die Amtszeit von Frau Dr. Hedda von Wedel endet hiervon abweichend mit Ablauf der Hauptversammlung 2018, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2017 beschließt. Die nächsten regulären Wahlen zum Aufsichtsrat auf der Arbeitnehmerseite finden 2021 statt.

Der Aufsichtsrat hat Dr. Günther Bräunig zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Dagmar Kollmann zu seiner Stellvertreterin gewählt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2017 folgende Personen an:

Aufsichtsrat der pbb

Name und Wohnsitz Funktion im Aufsichtsrat	Haupttätigkeit Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise sonstige wesentliche Mandate in Aufsichtsgremien im Jahr 2017
Dr. Günther Bräunig Frankfurt am Main Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KfW (ab 1.1.2018 Vorsitzender des Vorstands) Vorsitzender des Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie des Vergütungskontrollausschusses, Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main – Vorsitzender des Gesellschafterbeirats
Dagmar Kollmann Wien Stellvertretende Vorsitzende	Unternehmerin Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss	Deutsche Telekom AG, Bonn – Mitglied des Aufsichtsrats KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Bank Gutmann AG, Wien – Mitglied des Aufsichtsrats Unibail-Rodamco SE, Paris – Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Thomas Duhnkrack Kronberg im Taunus Mitglied	Unternehmer Mitglied im Prüfungsausschuss	Hauck & Aufhäuser Privatbankiers AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Lloyd Fonds AG, Hamburg – Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 10.12.2017)
Dr. Christian Gebauer-Rochholz Hochheim Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter	–
Georg Kordick Poing Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter	–
Joachim Plessner Ratingen Mitglied	Berater Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieaus- schusses, Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss	Commerz Real Investmentgesellschaft mbH, Wiesbaden – Mitglied des Aufsichtsrats DIC Beteiligungs AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats GEG German Estate Group AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Pandion AG, Köln – Vorsitzender des Aufsichtsrats
Oliver Puhl Frankfurt am Main Mitglied	Unternehmer Mitglied im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategie- ausschuss	–
Heike Theißing München Arbeitnehmersvertreterin	Bankangestellte Mitglied im Vergütungskontrollausschuss	–
Dr. Hedda von Wedel Andernach Mitglied	Präsidentin des Bundesrechnungshofes a.D. Mitglied im Prüfungsausschuss sowie im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	–

Der Aufsichtsrat hat sich gemäß Ziffer 5.4.1 des DCGK in seiner Geschäftsordnung konkrete Ziele für seine Zusammensetzung gegeben und im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 11. August 2017 ein Kompetenzprofil für das Gesamtgremium beschlossen. Ergänzt werden diese Ziele durch einen Kriterienkatalog für neu zu bestellende Aufsichtsratsmitglieder, welcher speziell die unternehmensspezifischen und fachlichen Anforderungen berücksichtigt. Änderungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats werden erst mit dem Ende der Amtszeit von Dr. Hedda von Wedel und der Nachwahl auf der Hauptversammlung 2018 erwartet.

Zudem soll dem Aufsichtsrat eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Dem Aufsichtsrat sollen auch nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands angehören. Ehemalige Mitglieder des Vorstands sollen nicht den Vorsitz des Aufsichtsrats oder den Vorsitz eines Ausschusses übernehmen. Mit Ausnahme von Oliver Puhl wurden sämtliche Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat erstmals zu einem Zeitpunkt der vollständigen Eigentümerschaft durch die Hypo Real Estate Holding GmbH und damit mittelbar durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS und die Bundesrepublik Deutschland bestellt. Gleichwohl sehen sich alle Aufsichtsratsmitglieder mit der Ausnahme von Dr. Günther Bräunig als unabhängig an. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft an.

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben hat der Aufsichtsrat vier Ausschüsse eingerichtet (einen Präsidial- und Nominierungsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss).

Die Ausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Dem **Präsidial- und Nominierungsausschuss (PNA)** gehören an:

Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann und Joachim Plesser

Dem **Prüfungsausschuss (PA)** gehören an:

Dagmar Kollmann (Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Dr. Thomas Duhnkrack und Dr. Hedda von Wedel

Dem **Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA)** gehören an:

Joachim Plesser (Vorsitzender), Dr. Günther Bräunig, Oliver Puhl und Dr. Hedda von Wedel

Dem **Vergütungskontrollausschuss (VKA)** gehören an:

Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender), Dagmar Kollmann, Joachim Plesser und Heike Theißing

Der Präsidial- und Nominierungsausschuss befasst sich mit strategischen und aktuellen Konzernthemen sowie mit Vorstandsangelegenheiten, zu denen er dem Aufsichtsratsplenum entsprechende Vorschläge unterbreitet. Darüber hinaus berät er den Aufsichtsrat in Fragen der Personal-/Nachfolgeplanung im Vorstand, der individuellen Gestaltung der Vorstandsverträge und unterbreitet entsprechende Empfehlungen für den Aufsichtsrat. Zudem bereitet er die Effizienzprüfung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse vor. Des Weiteren beschäftigt er sich mit der Umsetzung der Frauenquote in Aufsichtsrat und Vorstand der pbb und Vorschlägen zur Nachbesetzung der durch die Anteilseigner zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder.

Der Prüfungsausschuss befasst sich mit Fragen zur Rechnungslegung sowie zur Prüfung des Konzerns und der pbb. Er ist verantwortlich für die Vorbereitung und überwacht die Durchführung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, der Zwischenberichte sowie der Berichte der internen Revision und des Abschlussprüfers zu den internen und externen Prüfungsfeststellungen. Zudem erörtert der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand die Auswirkungen aktueller regulatorischer Themen und befasst sich mit dem Mandat des Abschlussprüfers sowie dessen Prüfungsplanung, unterbreitet dem Aufsichtsrat Vorschläge für die Bestellung des Abschlussprüfers und bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor. Daneben obliegt dem Prüfungsausschuss die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie der eingerichteten Schlüsselkontrollen. Er lässt sich über laufende Rechtsstreitigkeiten, Compliance-relevante Themen, Datenschutz/IT-Security, bemerkenswerte Rechnungslegungssachverhalte sowie die Prüfungsplanung der internen Revision und deren Umsetzung regelmäßig berichten.

Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss unterstützt die Kontrolle des Aufsichtsrats über die Risiko- und Liquiditätssteuerung, überprüft die Risikoberichterstattung des Vorstands und ist in dem durch die Geschäftsordnung festgelegten Umfang in den Kreditgenehmigungsprozess eingebunden. Er erörtert regelmäßig die Neugeschäfts-, Liquiditäts- und Refinanzierungssituation und befasst sich mit allen Risikoarten des Bankgeschäfts wie Kredit-, Markt-, Liquiditäts- sowie den operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit. Er beschäftigt sich zudem mit dem Syndizierungsgeschäft, den Rettungserwerben und Developmentfinanzierungen, den Einzelwertberichtigungen, der Eigenmittelmeldung gemäß SolvV, den Länderlimiten sowie der Aktiv-Passiv-Steuerung. Darüber hinaus befasst sich der RLA mit einzelnen Kreditfällen, sofern diese nach Geschäftsordnung des Vorstands zustimmungspflichtig sind, mit Neugeschäften, regelmäßigen Wiedervorlagen sowie mit Zustimmungen zu Änderungsanträgen.

Der Vergütungskontrollausschuss ist zuständig für die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Vorstandsmitglieder und die Mitarbeiter. Er befasst sich mit dem Vergütungsbericht, den Zielvereinbarungen für die Vorstandsmitglieder sowie der Prüfung und Ermittlung der Risk-Taker-Funktionen.

Der Aufsichtsrat konnte sich dabei stets von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der vom Vorstand ergriffenen Geschäftsleitungsmaßnahmen überzeugen. Der Vorstand ist seinen Informationspflichten nachgekommen und hat den Aufsichtsrat beziehungsweise dessen Ausschüsse regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die für das Unternehmen relevanten Vorkommnisse und Maßnahmen unterrichtet. Dies beinhaltete auch Informationen über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von der Planung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten stets ausreichend Gelegenheit, sich in den Ausschüssen und im Plenum mit den vorgelegten Berichten und Beschlussvorschlägen des Vorstands kritisch auseinanderzusetzen und eigene Anregungen einzubringen.

Insbesondere hat der Aufsichtsrat alle für das Unternehmen bedeutsamen Geschäftsvorgänge auf Basis schriftlicher und mündlicher Vorstandsberichte intensiv erörtert und auf Plausibilität überprüft.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der Gesellschaft angemessen unterstützt.

Interessenkonflikte seitens der Aufsichtsratsmitglieder, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen, können sich grundsätzlich bei einigen Mitgliedern des Aufsichtsrats aus ihren Mandaten bei anderen Kreditinstituten und Immobilieninvestoren ergeben. Soweit seitens der Aufsichtsratsmitglieder oder ihnen nahestehender Personen tatsächlich Interessenkonflikte bestehen oder drohen, insbesondere in Bezug auf Kundenbeziehungen und/oder Beziehungen zu anderen Kreditinstituten, sieht die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats Regelungen zur Handhabung und Minimierung dieser Interessenkonflikte vor, wie zum Beispiel die Offenlegung des drohenden Interessenkonflikts und die Nichtausübung des Stimmrechts.

Die pbb gewährt keine Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats.

Nach Kenntnis der pbb hielten die Aufsichtsratsmitglieder sowie mit diesen in enger Beziehung stehende Personen im Berichtsjahr keine Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumente in einem meldepflichtigen Umfang.

Der Aufsichtsrat überprüfte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Effizienz seiner Arbeit gemäß den Anforderungen des § 25d Abs. 11 KWG mit externer Unterstützung. Die Ergebnisse der Evaluierung von Aufsichtsrat und Vorstand für das Jahr 2016 wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. Februar 2017 diskutiert und hieraus Handlungsempfehlungen abgeleitet und beschlossen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat in Einklang mit den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht den Vorsitz im Prüfungsausschuss inne. Diese Position wird vielmehr durch Frau Kollmann wahrgenommen. Sie erfüllt die in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats genannten Voraussetzungen, wonach der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Anforderungen von § 25d Abs. 9 Satz 3 KWG und Ziffer 5.3.2 des DCGK erfüllen und insbesondere über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen muss.

Der Aufsichtsrat überprüft für seine Vorschläge zur Wahl neuer Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung, dass der jeweilige Kandidat die fachlichen Voraussetzungen für das Mandat erfüllt und die konkreten Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus dem Kompetenzprofil für das Gesamtgremium unter Berücksichtigung der individuellen Kenntnisse des konkreten Kandidaten erfüllt sind beziehungsweise wären. Zudem versichert er sich bei dem jeweiligen Kandidaten, dass er den zu erwartenden Zeitaufwand aufbringen kann.

Weitere Details der Arbeit des Aufsichtsrats werden im Bericht des Aufsichtsrats dargestellt, der in diesem Geschäftsbericht veröffentlicht ist.

Sonstige Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Transparenz

Die pbb stellt auf ihrer Internetseite unter anderem alle wichtigen Informationen zum Konzern- und Jahresabschluss, zum Halbjahresbericht, zu den Quartalsmitteilungen sowie den Finanzkalender zur Verfügung. Im Rahmen der Investor-Relations-Aktivitäten wie Presse-/Analystenkonferenzen sowie Roadshows und der Unternehmenskommunikation wird zudem regelmäßig über aktuelle Unternehmensentwicklungen einschließlich Pflichtmitteilungen, wie zum Beispiel Stimmrechts- und Ad-hoc-Mitteilungen, informiert. Der Corporate-Governance-Bericht unter Einschluss der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wird dauerhaft auf der Internetseite der pbb veröffentlicht.

Risikomanagement

Risikomanagement und -controlling sind zentrale Aufgaben der Gesamtbanksteuerung in der pbb. Der Vorstand setzt über die Geschäfts- und Risikostrategie den Rahmen der Geschäftsaktivitäten in Bezug auf Risikobereitschaft und Risikotragfähigkeit. In monatlichen Risikoberichten an den Vorstand wird die Gesamtrisikosituation der pbb umfassend analysiert und falls erforderlich werden Anpassungen vorgenommen. Der Aufsichtsrat wird über die Risikosituation regelmäßig, mindestens einmal pro Quartal, ausführlich informiert.

Compliance

Transparentes, faires, verantwortungsbewusstes und ehrliches Verhalten mit dem erforderlichen Grad an Können, Professionalität und Integrität im Verhalten untereinander und im Verhältnis zu Kunden und Geschäftspartnern, Wettbewerbern und der Öffentlichkeit bilden die Grundlage für den Geschäftserfolg der pbb. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften. Neben der Einhaltung der rechtlichen und regulatorischen Anforderungen legt der Verhaltenskodex intern den ethisch-rechtlichen Rahmen fest. Dieser dient der freiwilligen Selbstkontrolle und stellt eine Orientierungshilfe für die Mitarbeiter dar. Er umfasst die unverzichtbaren Anforderungen, die die pbb an alle Mitarbeiter stellt. Zusätzlich existieren im Rahmen der Compliance-Organisation insbesondere Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen sowie zur Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Insiderhandel und sonstigen verbotenen und/oder strafbaren Handlungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der pbb werden zudem regelmäßig zur Verhinderung von Geldwäsche und sonstigen strafbaren Handlungen und zu Compliance-Themen geschult.

Vergütungsbericht

Als Teil des Geschäftsberichts der pbb beschreibt der Vergütungsbericht die Systematik der Vergütungssysteme für Aufsichtsrat, Vorstand sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für den Aufsichtsrat wird die satzungsgemäße Vergütung und für den Vorstand werden die einzelnen Vergütungsbestandteile (monetäre Vergütung, Nebenleistungen sowie Altersversorgung) in individualisierter Form dargestellt. Hinsichtlich konkreter Angaben über Aktienoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft wird an dieser Stelle auf den Vergütungsbericht der pbb verwiesen. Die gemäß Art. 450 Capital Requirements Regulation (CRR) in Verbindung mit § 16 Institutsvergütungsverordnung (IVV) offenzulegenden quantitativen Vergütungsinformationen im Hinblick auf die Mitarbeiter werden nach Abschluss der Vergütungsrunde für das Jahr 2017 voraussichtlich im zweiten Quartal 2018 im Vergütungsbericht nach der IVV dauerhaft offengelegt und können dann im Internet unter www.pfandbriefbank.com eingesehen werden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Die Geschäfte mit nahestehenden Dritten sind im Anhang (Notes) des Konzernabschlusses dargestellt.

Bilanzierung und Rechnungslegung

Die pbb wendet für die Bilanzierung des Jahresabschlusses die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) an und für die Bilanzierung des Konzernabschlusses die International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind (IFRS). Der Vorstand stellt Jahresabschluss und Konzernabschluss auf. Der Aufsichtsrat lässt sich vom Abschlussprüfer über die Ergebnisse der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses berichten. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 hat die Hauptversammlung die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) gewählt. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überzeugt, den Abschlussprüfer beauftragt und die Prüfungsschwerpunkte des Aufsichtsrats festgelegt. Die Darstellung der an den Abschlussprüfer gezahlten Honorare ist im Anhang (Notes) des Konzernabschlusses enthalten.

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer KPMG hat den Jahres- und den Konzernabschluss der pbb vom 31. Dezember 2017 sowie den zusammengefassten Lagebericht geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasste sich in seiner Sitzung am 23. März 2018 mit den Abschlussunterlagen. Der Jahres- und Konzernabschluss, der zusammengefassten Lagebericht und die Prüfungsberichte wurden mit dem Vorstand und Vertretern des Abschlussprüfers ausführlich diskutiert. Der Aufsichtsrat hat nach seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen das Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers erhoben. Am 23. März 2018 hat der Aufsichtsrat den Konzernabschluss gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt. Für die Prüfungshandlungen und Ergebnisse wird auf den Bericht des Aufsichtsrats verwiesen.

Diversität und Angaben gem. § 289f Abs. 2 Nr. 4 bis 6 HGB

Der pbb Konzern hat sich in seinem, unter anderem im Internet veröffentlichten Verhaltenskodex dazu verpflichtet, alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse, sozialem Hintergrund, Fähigkeiten, sexueller Ausrichtung oder Religion zu respektieren, und begrüßt und fördert ausdrücklich die Diversität seiner Mitarbeiter. Damit verbunden sind das Prinzip der Chancengleichheit sowie die Ablehnung jeglicher Diskriminierung.

Hierauf aufbauend achten Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam im Rahmen ihrer langfristigen Nachfolgeplanung bei der Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Vorstand auch auf Vielfalt (Diversity) und streben dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an. Der Aufsichtsrat hat über seine Geschäftsordnung sowie über Kriterienkataloge zu den fachlichen und persönlichen Anforderungen an neu zu bestellende Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder Vorgaben zur Zusammensetzung und Qualifikation von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedet. Ergänzt werden diese durch das 2017 verabschiedete Kompetenzprofil für das Aufsichtsratsgremium.

Grundsätzlich muss jeder Kandidat zuverlässig und ausreichend qualifiziert sowie eine ausreichende zeitliche Verfügbarkeit zur Ausübung des Mandats gewährleisten. Neben den fachlichen Kompetenzen in Bezug auf Branchen- und Führungserfahrung soll es sich bei den Kandidaten um vertrauensvolle und integre Persönlichkeiten handeln. Ebenso sind bei der Auswahl die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Mandatsträger zu beachten. Im Falle mehrerer geeigneter Kandidaten wird darüber hinaus die Zielsetzung einer möglichst großen Vielfalt berücksichtigt. Nach Möglichkeit soll die Zusammensetzung der Gremien dabei auch die internationale Tätigkeit des pbb Konzerns sowie die Zusammensetzung der Belegschaft widerspiegeln.

Konkrete Vorgaben zur Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Vorstand bestehen hinsichtlich Alter und Geschlecht. So sollen die Mitglieder des Vorstands in der Regel nicht älter als 60 Jahre sein. Diese Anforderung wird von allen derzeitigen Vorstandsmitgliedern erfüllt. Allerdings wird Andreas Arndt während der aktuellen Bestelldauer die Altersgrenze von 60 Jahren überschreiten. Der Aufsichtsrat hat dies bewusst in Kauf genommen, um einerseits die personelle Stabilität im Vorstand nach Abschluss der Privatisierung zu wahren und andererseits die langjährigen Erfahrungen von Andreas Arndt für die pbb zu sichern. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen in der Regel nicht

älter als 70 Jahre sein und die Amtsperiode eines Aufsichtsratsmitglieds in der Regel mit dem Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung, die auf die Vollendung des 70. Lebensjahres folgt, enden. Die maximale Dauer der Zugehörigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats soll in der Regel drei volle Amtsperioden im Sinne von § 102 Abs. 1 AktG nicht übersteigen. Diese Regelungen werden derzeit grundsätzlich eingehalten. Lediglich in einem Fall wird die Vorgabe hinsichtlich der Altersgrenze überschritten (Dr. Hedda von Wedel, welche turnusmäßig mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2018 aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird). In einem anderen Fall endet die Amtsperiode später als mit der ordentlichen Hauptversammlung, die auf die Vollendung des 70. Lebensjahres folgt (Joachim Plessner, dessen Amtszeit mit Ablauf der Hauptversammlung 2021, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, endet).

Ein wesentlicher Fokus des verfolgten Diversitätskonzepts liegt auf dem Thema Gender-Balance. So strebt der pbb Konzern grundsätzlich bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen eine angemessene Berücksichtigung des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts an. Entsprechend hat der Aufsichtsrat zuletzt im November 2017 folgende Zielgrößen festgelegt beziehungsweise bestätigt, die bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden sollen:

- > Planungsziel zum Frauenanteil im Aufsichtsrat: 30%
- > Planungsziel zum Frauenanteil im Vorstand: 20%

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Frauenanteil im Aufsichtsrat 33,3% und im bis auf das Ausscheiden von Dr. Bernhard Scholz personell unveränderten Vorstand weiterhin 0%. Der Aufsichtsrat ist weiterhin bestrebt, das unterrepräsentierte Geschlecht bei entsprechender Eignung und Befähigung bei Nachbesetzungen im Vorstand gezielt zu berücksichtigen. Aufgrund der Laufzeiten der mindestens bis 2020 laufenden Dienstverträge der Vorstandsmitglieder sowie mit Blick auf die Einarbeitungsphase von Marcus Schulte, derzeit Generalbevollmächtigter, vor seinem vorgesehenen Eintritt in den Vorstand zur Übernahme des Ressorts Treasury ist eine Änderung der bestehenden Situation derzeit jedoch nicht zu erwarten.

Der Vorstand hat zudem zuletzt im Oktober 2017 die bisherigen Zielgrößen für die erste und zweite Führungsebene unterhalb des Vorstands bestätigt, die bis zum 30. Juni 2022 erfüllt werden sollen:

- > Planungsziel zum Frauenanteil erste Führungsebene: 15%
- > Planungsziel zum Frauenanteil zweite Führungsebene: 15%

Vor dem Hintergrund der nach der Privatisierung erreichten Stabilisierung der Belegschaft und damit einer niedrigen Fluktuation in der pbb konnten diese Ziele trotz eines im Vergleich zum Berichtszeitraum 2016 erhöhten Frauenanteils auf der zweiten Führungsebene bisher noch nicht erreicht werden. Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene 10,0% und auf der zweiten Führungsebene 11,8%. Die pbb hat sich erneut für eine Bestätigung der bisher geltenden Quote auf der ersten und zweiten Führungsebene entschieden, da es für die pbb ein wichtiges Ziel ist, die Anzahl der Frauen in Führungspositionen weiter zu steigern. Die pbb hält damit weiterhin an ihrer Absicht fest, die Anzahl an Frauen in Führungspositionen zu erhöhen und bei der Besetzung vakanter Stellen Frauen bei entsprechender Eignung und Befähigung gezielt zu berücksichtigen. Dazu tragen unter anderem eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema über alle Ebenen hinweg und die Etablierung einer entsprechenden Führungs- und Unternehmenskultur bei. Die pbb bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zudem attraktive arbeitsorganisatorische Rahmenbedingungen, insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit der Telearbeit, die dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Angaben nach § 289a Abs. 2 Nr. 5 HGB

Die Gesellschaft unterliegt dem DrittelBG. Angaben nach § 289a Abs. 2 Nr. 5 HGB sind daher nicht zu machen.

Konzernabschluss

122 Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

123 Konzern-Gesamtergebnisrechnung

124 Konzern-Bilanz

125 Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals

126 Konzern-Kapitalflussrechnung

127 Anhang (Notes)

- 128 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 159 Segmentberichterstattung
- 162 Angaben zur Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung
- 169 Angaben zur Konzern-Bilanz (Aktiva)
- 175 Angaben zur Konzern-Bilanz (Passiva)
- 184 Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung
- 184 Angaben zu Finanzinstrumenten
- 198 Sonstige Angaben

208 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

209 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers

- 209 Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts
- 216 Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen
- 216 Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio. €	Note	2017	2016
Operative Erträge		424	508
Zinsüberschuss	31	435	404
Zinserträge		1.672	1.843
Zinsaufwendungen		-1.237	-1.439
Provisionsüberschuss	32	8	8
Provisionserträge		11	10
Provisionsaufwendungen		-3	-2
Handelsergebnis	33	-5	-6
Finanzanlageergebnis	34	-4	125
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	35	-1	6
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	36	-9	-29
Kreditrisikovorsorge	37	-6	-1
Verwaltungsaufwand	38	-216	-198
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	39	2	-8
Ergebnis vor Steuern		204	301
Ertragsteuern	40	-22	-104
Ergebnis nach Steuern		182	197
zuzurechnen:			
Anteilseignern		182	197

Ergebnis je Aktie

in €	Note	2017	2016
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	42	1,35	1,46
Verwässertes Ergebnis je Aktie	42	1,35	1,46

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis nach Steuern	182	197
Sonstiges Ergebnis der Periode nach Steuern	3	-87
Zukünftig nicht erfolgswirksam umgliederbare Sachverhalte	7	-11
Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen, vor Steuern	10	-15
Ertragsteuern auf nicht erfolgswirksam umgliederbare Sachverhalte	-3	4
Zukünftig erfolgswirksam umgliederbare Sachverhalte	-4	-76
Gewinne/Verluste aus der Währungsumrechnung, vor Steuern	1	-1
Unrealisierte Gewinne/Verluste	-	-1
Erfolgswirksam umgegliederte Gewinne/Verluste	1	-
Gewinne/Verluste aus AfS-Vermögenswerten, vor Steuern	23	-44
Unrealisierte Gewinne/Verluste	19	-50
Erfolgswirksam umgegliederte Gewinne/Verluste	4	6
Gewinne/Verluste aus dem Cahflow Hedge Accounting, vor Steuern	-30	-59
Erfolgswirksam umgegliederte Gewinne/Verluste	-30	-59
Ertragsteuern auf erfolgswirksam umgliederbare Sachverhalte	2	28
Gesamtergebnis der Periode	185	110
zuzurechnen:		
Anteilseignern	185	110

Konzern-Bilanz

Aktiva

in Mio. €	Note	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	1.1.2016 ¹⁾
Barreserve	9, 43	999	1.136	1.265
Handelsaktiva (HfT)	10, 44	870	1.089	1.600
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	11, 45	2.415	2.841	2.742
Forderungen an Kunden (LaR)	11, 46	40.274	41.146	41.226
Wertberichtigungen auf Forderungen	12, 47	-71	-130	-149
Aktivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting	7, 48	-1	2	1
Finanzanlagen (LaR)	7, 49	8.240	9.534	11.406
Finanzanlagen (AfS)	7, 50	2.385	3.311	3.521
Sachanlagen	14, 51	6	8	10
Immaterielle Vermögenswerte	15, 52	36	24	21
Sonstige Aktiva	3, 16, 53	2.712	3.572	5.035
Darunter: Positive Marktwerte der Sicherungsderivate		2.678	3.492	4.960
Ertragsteueransprüche	24	129	118	105
Tatsächliche Steueransprüche		42	47	21
Latente Steueransprüche		87	71	84
Summe der Aktiva		57.994	62.651	66.783

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

Passiva

in Mio. €	Note	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	1.1.2016 ¹⁾
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (fortgeführte Anschaffungskosten)	17, 57	3.280	3.179	2.514
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (fortgeführte Anschaffungskosten)	17, 58	8.275	9.949	10.824
Verbriefte Verbindlichkeiten (fortgeführte Anschaffungskosten)	17, 59	38.362	40.381	42.648
Passivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting	7, 60	-	1	1
Handelspassiva (HfT)	18, 61	956	1.355	1.643
Rückstellungen	19, 62	245	242	229
Sonstige Passiva	3, 20, 63	2.959	3.785	4.925
Darunter: Negative Marktwerte der Sicherungsderivate		2.889	3.719	4.818
Ertragsteuerverpflichtungen	24	57	59	113
Tatsächliche Steuerverpflichtungen		57	59	113
Nachrangkapital (fortgeführte Anschaffungskosten)	21, 64	1.002	886	1.125
Verbindlichkeiten		55.136	59.837	64.022
Anteilseignern zuzurechnendes Eigenkapital		2.858	2.814	2.761
Gezeichnetes Kapital	65	380	380	380
Kapitalrücklage	65	1.637	1.637	1.637
Gewinnrücklagen ²⁾	3, 65	731	674	502
Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen	19	-75	-82	-71
Neubewertungsrücklage	7	3	8	83
AfS-Rücklage		-19	-36	-4
Cashflow-Hedge-Rücklage		22	44	87
Konzerngewinn		182	197	230
Eigenkapital		2.858	2.814	2.761
Summe der Passiva		57.994	62.651	66.783

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

²⁾ Aufgrund von Unwesentlichkeit wird die Währungsrücklage zusammen mit den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals

Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals

in Mio. €	Anteilseignern zuzurechnendes Eigenkapital								
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen ¹⁾	Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen	Neubewertungsrücklage			Konzern-gewinn	Eigenkapital
					AfS-Rücklage	Cashflow-Hedge-Rücklage	Konzern-gewinn		
Bestand zum 31.12.2015	380	1.637	487	-71	-4	87	230	2.746	
Korrekturen gemäß IAS 8.42 ²⁾	-	-	15	-	-	-	-	15	
Bestand zum 1.1.2016	380	1.637	502	-71	-4	87	230	2.761	
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-57 ³⁾	-57	
Gesamtergebnis der Periode	-	-	-1	-11	-32	-43	197	110	
Ergebnis nach Steuern	-	-	-	-	-	-	197	197	
Sonstiges Ergebnis der Periode nach Steuern	-	-	-1	-11	-32	-43	-	-87	
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-	-	173	-	-	-	-173	-	
Bestand zum 31.12.2016	380	1.637	674	-82	-36	44	197	2.814	
Bestand zum 1.1.2017	380	1.637	674	-82	-36	44	197	2.814	
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-141	-141	
Gesamtergebnis der Periode	-	-	1	7	17	-22	182	185	
Ergebnis nach Steuern	-	-	-	-	-	-	182	182	
Sonstiges Ergebnis der Periode nach Steuern	-	-	1	7	17	-22	-	3	
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-	-	56	-	-	-	-56	-	
Bestand zum 31.12.2017	380	1.637	731	-75	-19	22	182	2.858	

¹⁾ Aufgrund von Unwesentlichkeit wird die Währungsrücklage zusammen mit den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

²⁾ Siehe Note „Stetigkeit“.

³⁾ Abgerundet; die 2016 ausgeschüttete Dividende belief sich auf 57.824.382,44 €.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Konzern-Kapitalflussrechnung¹⁾

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis nach Steuern	182	197
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	7	5
Abschreibungen/Zuschreibungen (netto) auf Anlagevermögen	14	-112
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	136	146
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-	-2
Sonstige Anpassungen	-408	-295
Zwischensumme	-69	-61
Veränderung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Vorgänge		
Zugänge Vermögenswerte/Abgänge Verbindlichkeiten (-)		
Abgänge Vermögenswerte/Zugänge Verbindlichkeiten (+)		
Handelsbestand	14	86
Forderungen an Kreditinstitute	414	-102
Forderungen an Kunden	136	-435
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-126	-5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	271	1.461
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-1.599	-821
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.160	-2.201
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-106	-156
Erhaltene Zinsen	1.726	1.613
Gezahlte Zinsen	-1.335	-1.259
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-35	-134
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.869	-2.014
Einzahlungen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	2.582	3.301
Auszahlungen für den Erwerb von Anlagevermögen	-835	-1.132
Einzahlungen aus der Veräußerung von Tochterunternehmen	-	-
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.747	2.169
Dividendenzahlungen	-141	-58
Einzahlungen/Auszahlungen aus Nachrangkapital	126	-225
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-15	-283
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.136	1.265
+/- Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.869	-2.014
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.747	2.169
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-15	-283
+/- Effekte aus Wechselkursänderungen	-	-1
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	999	1.136

¹⁾ Erläuterungen sind in der Note „Erläuterungen zu den Positionen der Konzern-Kapitalflussrechnung“ dargestellt.

Anhang (Notes)

128 1 Allgemeine Informationen

128 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

128 2 Grundsätze
137 3 Stetigkeit
141 4 Konsolidierung
143 5 Angaben zu Beteiligungen an Tochterunternehmen
143 6 Angaben zu Anteilen an assoziierten Unternehmen
144 7 Finanzinstrumente
150 8 Leasingverhältnisse
150 9 Barreserve
150 10 Handelsaktiva
150 11 Forderungen
151 12 Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (Risikovorsorge)
151 13 Finanzanlagen
152 14 Sachanlagen
152 15 Immaterielle Vermögenswerte
152 16 Sonstige Aktiva
153 17 Verbindlichkeiten
153 18 Handelspassiva
153 19 Rückstellungen
154 20 Sonstige Passiva
155 21 Nachrangkapital
155 22 Anteilsbasierte Vergütung
155 23 Währungsumrechnung
156 24 Ertragsteuern
156 25 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte
156 26 Ermessensentscheidungen und Schätzungen

159 Segmentberichterstattung

159 27 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung nach Geschäftssegmenten
160 28 Erfolgsrechnung nach Geschäftssegmenten
161 29 Bilanzbezogene Steuerungsgrößen nach Geschäftssegmenten
161 30 Aufgliederung der operativen Erträge

162 Angaben zur Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

162 31 Zinsüberschuss
162 32 Provisionsüberschuss
163 33 Handelsergebnis
163 34 Finanzanlageergebnis
163 35 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
164 36 Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen
164 37 Kreditrisikovorsorge
164 38 Verwaltungsaufwand
165 39 Saldo übrige Erträge/Aufwendungen
165 40 Ertragsteuern
168 41 Nettogewinne/Nettoverluste
168 42 Ergebnis je Aktie

169 Angaben zur Konzern-Bilanz (Aktiva)

169 43 Barreserve
169 44 Handelsaktiva
169 45 Forderungen an Kreditinstitute
170 46 Forderungen an Kunden
170 47 Wertberichtigungen auf Forderungen
171 48 Aktivishe Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting
171 49 Finanzanlagen (LaR)
172 50 Finanzanlagen (AfS)
172 51 Sachanlagen
173 52 Immaterielle Vermögenswerte
173 53 Sonstige Aktiva
174 54 Nachrangige Vermögenswerte
174 55 Pensionsgeschäfte
174 56 Eigene Verbriefungsgeschäfte (Securitisation)

175 Angaben zur Konzern-Bilanz (Passiva)

175 57 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
175 58 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
175 59 Verbriefte Verbindlichkeiten
176 60 Passivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting
176 61 Handelspassiva
176 62 Rückstellungen
182 63 Sonstige Passiva
182 64 Nachrangkapital
183 65 Eigenkapital
183 66 Treuhandgeschäfte

184 Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung

184 67 Erläuterungen zu den Positionen der Konzern-Kapitalflussrechnung

184 Angaben zu Finanzinstrumenten

184 68 Derivative Geschäfte
187 69 Undiskontierte Zahlungsströme der Verbindlichkeiten
187 70 Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte
188 71 Sicherheiten, die weiterverkauft oder verpfändet werden können
188 72 Übertragung von finanziellen Vermögenswerten
189 73 Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente
194 74 Überfällige, aber nicht wertberichtigte Bestände
195 75 Restrukturierte Forderungen
196 76 Saldierung von Finanzinstrumenten

198 Sonstige Angaben

198 77 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen
198 78 Leasingverhältnisse
199 79 Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen
200 80 Honorare für den Konzernabschlussprüfer
201 81 Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen
203 82 Mitarbeiter
204 83 Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands
205 84 Anteilsbesitz der pbb
206 85 Country-by-Country-Reporting
207 86 Nachtragsbericht

1 Allgemeine Informationen

Die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) mit Sitz in München ist ein führender Finanzierer für gewerbliche Immobilienfinanzierungen und Öffentliche Investitionsfinanzierung. Die Gesellschaft ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München (HRB 41054) und stellt das Mutterunternehmen des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern) dar.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde in Millionen Euro (Mio. €) erstellt. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

2 Grundsätze

Die pbb hat den vorliegenden Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die IFRS sind die vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten Standards und Interpretationen. Im Einzelnen sind dies die IFRS, die International Accounting Standards (IAS) und die Interpretationen des IFRS Interpretations Committee (vormals IFRIC) beziehungsweise des ehemaligen Standing Interpretations Committee (SIC). Ferner liegen dem Konzernabschluss die handelsrechtlichen Vorschriften zugrunde, die nach § 315 e Abs. 1 HGB anzuwenden sind.

Der Konzernabschluss basiert auf den IFRS, die von der Europäischen Kommission im Rahmen des Endorsement-Prozesses in europäisches Recht übernommen wurden. Mit Ausnahme bestimmter Vorschriften zum Fair Value Hedge Accounting für einen Portfolio-Hedge von Zinsrisiken im IAS 39 Financial Instruments: Recognition and Measurement wurden alle IFRS, die vom IASB veröffentlicht und verpflichtend anzuwenden sind, von der Europäischen Union (EU) vollständig anerkannt. Der pbb Konzern wendet im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting für einen Portfolio-Hedge von Zinsrisiken einen Teil der nach europäischem Recht zulässigen Erleichterungen an. Der vorliegende Konzernabschluss ist daher mit den in der EU anzuwendenden IFRS konform, jedoch nicht mit den gesamten vom IASB verabschiedeten IFRS.

Außerdem wurden die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) herausgegebenen Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet, sofern sie den IFRS nicht entgegenstehen.

Der Vorstand der pbb hat den vorliegenden Konzernabschluss am 6. März 2018 aufgestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 erstmals anzuwendende IFRS

Der pbb Konzern hat die folgenden überarbeiteten IFRS erstmalig im Geschäftsjahr 2017 angewendet:

- > Amendments to IAS 7: Disclosure Initiative
- > Amendments to IAS 12: Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses
- > Annual Improvements to IFRS Standards 2014–2016 Cycle (nur die ab 1. Januar 2017 erstmals anzuwendenden Teile)

Amendments to IAS 7 Ziel der Änderungen an IAS 7 ist es, Veränderungen finanzieller Verbindlichkeiten als Ergebnis von Finanzierungstätigkeiten transparenter darzustellen. Die Anforderungen wurden mittels entsprechender Anhangangaben in der Note „Erläuterungen zu den Positionen der Konzern-Kapitalflussrechnung“ erfüllt.

Amendments to IAS 12 Die Änderung an IAS 12 beinhaltet vor allem die Klarstellung für den Ansatz latenter Steuern auf temporäre Differenzen aus unrealisierten Verlusten. Die Erstanwendung hatte keine Auswirkungen, da entsprechende Sachverhalte nicht vorlagen.

Annual Improvements to IFRS Demnach haben bestimmte Angaben des IFRS 12 auch für im Sinne des IFRS 5 als zur Veräußerung gehaltene Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zu erfolgen. Die Erstanwendung hatte keine Auswirkungen, da im Geschäftsjahr 2017 keine derartigen Vermögenswerte im Bestand waren.

In europäisches Recht übernommene IFRS, die noch nicht verpflichtend anzuwenden sind

Es ist keine vorzeitige Anwendung von in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwendenden IFRS geplant. Die folgenden IFRS waren zum Bilanzstichtag in europäisches Recht übernommen, sind jedoch noch nicht verpflichtend anzuwenden:

Bezeichnung	Veröffentlichung	Erstanwendung	Erwartete Auswirkungen
Amendments to IFRS 4: Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts	12.9.2016	1.1.2018	Keine Auswirkungen, da pbb Konzern nicht als Versicherungsgeber fungiert
IFRS 16 Leases	13.1.2016	1.1.2019	Siehe Beschreibung
IFRS 9 Financial Instruments	24.7.2014	1.1.2018	Siehe Beschreibung
IFRS 15 Revenue from Contracts with Customers incl. Amendments to IFRS 15 Effective date und Clarifications to IFRS 15	12.4.2016 (Clarifications); 11.9.2015 (Amendments); 28.5.2014 (Standard)	1.1.2018	Siehe Beschreibung
Annual Improvements to IFRS Standards 2014–2016 Cycle	25.4.2014	1.1.2018	Keine wesentlichen Auswirkungen erwartet

IFRS 16 Der neue Standard zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen löst IAS 17 sowie die Interpretationen IFRIC 4, SIC 15 und SIC 27 ab. Nach den neuen Regelungen müssen Leasingnehmer künftig die meisten Leasingverhältnisse bilanziell erfassen. Davon ausgenommen sind durch Wahlrechte Leasingverträge mit einer Laufzeit von maximal zwölf Monaten sowie geringwertige Vermögenswerte. Die Bilanzierung durch den Leasinggeber bleibt weitgehend unverändert zu IAS 17. Weiterhin enthält der Standard Regelungen zu Sale-und-Leaseback-Transaktionen sowie Vorschriften zur Bilanzierung bei Modifikation von Leasingverträgen und zu Neueinschätzungen ohne Vertragsänderung. Zudem wurden die Anhangangaben für Leasingnehmer und Leasinggeber gegenüber IAS 17 erweitert. IFRS 16 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. IFRS 16 kann wahlweise vollständig retrospektiv im Sinne des IAS 8 oder modifiziert retrospektiv auf Basis der im Standard definierten Übergangsregeln angewendet werden.

Bezüglich seiner Aktivitäten als Leasinggeber rechnet der pbb Konzern lediglich mit einer Erweiterung der Anhangangaben. Sale-und-Leaseback-Transaktionen hat der pbb Konzern nicht geplant. Die größten Auswirkungen werden sich für den pbb Konzern in der Funktion des Leasingnehmers ergeben. Die Nutzungsrechte an geleasteten Vermögenswerten und die korrespondierenden Leasingverbindlichkeiten werden in Höhe des Barwerts der Leasingraten zu erfassen sein, wodurch sich die Bilanz verlängern wird. Relevant sind hierbei vor allem Leasingverträge für selbst genutzte Grundstücke und Objekte und in geringerem Umfang für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Bilanzverlängerung würde zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 annäherungsweise den Summen der zukünftigen Mindestleasingzahlungen entsprechen, die im vorliegenden Konzernabschluss in der Note „Leasingverhältnisse“ ausgewiesen werden. Die Gesamtauswirkung auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung wird voraussichtlich in Relation zum Ergebnis nach Steuern von untergeordneter Bedeutung sein.

Der pbb Konzern hat im Jahr 2016 ein Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen des IFRS 16 aufgesetzt. Im Jahr 2017 wurden insbesondere die bestehenden Verträge auf ihre Relevanz im Hinblick auf IFRS 16 untersucht, die Software zur technischen Abbildung der Anforderungen ausgewählt sowie die fachliche und technische Spezifikation weitgehend abgeschlossen. Für das Jahr 2018 ist geplant, die neue Software – ein Standardsystem – technisch zu implementieren, zu testen und in Betrieb zu nehmen. Der pbb Konzern sieht sich insgesamt auf einem guten Weg, IFRS 16 fristgerecht zum 1. Januar 2019 erstmalig anwenden zu können.

IFRS 9 Mit IFRS 9 hat der IASB einen neuen Standard zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten veröffentlicht, der die bestehenden Regelungen des IAS 39 ablösen wird. Finanzinstrumente sind im Wesentlichen die Forderungen, Wertpapiere, finanziellen Verbindlichkeiten und Derivate und belaufen sich auf mehr als 95 % der Bilanzsumme des pbb Konzerns. Der Standard setzt sich aus den grundlegend überarbeiteten Bereichen Classification and Measurement (Klassifizierung und Bewertung), Impairment Methodology (Wertminderungen) und Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen) zusammen, letzterer aber ohne Regelungen zum sogenannten Macro Hedge Accounting.

Die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten ändert sich grundlegend im Vergleich zum IAS 39. Die bisher nach IAS 39 gültigen Bewertungskategorien erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (at Fair Value Through Profit or Loss), bis zur Endfälligkeit zu haltend (Held to Maturity), Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sowie zur Veräußerung verfügbar (Available for Sale) werden im IFRS 9 durch die folgenden Bewertungskategorien ersetzt:

- > Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (at Fair Value Through Profit or Loss)
- > Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (at Fair Value Through Other Comprehensive Income)
- > Zu fortgeführten Anschaffungskosten (at Amortised Cost)

Die Kategorisierung der finanziellen Vermögenswerte ist abhängig vom Geschäftsmodell des Unternehmens zur Steuerung finanzieller Vermögenswerte (Geschäftsmodellkriterium) und von den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme der finanziellen Vermögenswerte (Zahlungsstromkriterium) beim erstmaligen Ansatz.

Ein finanzieller Vermögenswert ist zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten, wenn beide der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- > Der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten.
- > Die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Ein finanzieller Vermögenswert ist erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis zu bewerten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- > der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung sowohl in Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht; und
- > die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet wird, ist erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Allerdings kann ein Unternehmen beim erstmaligen Ansatz bestimmter Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, die ansonsten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, unwiderruflich die Wahl treffen, im Rahmen der Folgebewertung die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Der erste Schritt der Kategorisierung erfolgt auf Basis des Geschäftsmodellkriteriums. Die Festlegung des Geschäftsmodells eines Unternehmens erfolgt auf einer Ebene, die widerspiegelt, wie Gruppen von finanziellen Vermögenswerten gemeinsam gesteuert werden, um ein bestimmtes Geschäftsziel zu erreichen. Die Klassifizierung ist nicht auf Ebene des einzelnen Instruments vorzunehmen, sondern auf einer höheren Aggregationsebene. Dazu sind zum Zeitpunkt der Beurteilung alle verfügbaren relevanten Hinweise in Betracht zu ziehen. Solche relevanten Hinweise schließen unter anderem ein:

- > wie die Ergebnisse des Geschäftsmodells und der nach diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte ausgewertet und dem Management in Schlüsselpositionen des Unternehmens berichtet werden;
- > die Risiken, die sich auf die Ergebnisse des Geschäftsmodells (und der nach diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte) auswirken, und insbesondere die Art und Weise, wie diese Risiken gesteuert werden;
- > wie die Manager vergütet werden (zum Beispiel ob die Vergütung auf dem beizulegenden Zeitwert der gesteuerten Vermögenswerte oder auf den vereinnahmten vertraglichen Zahlungsströmen basiert);
- > die erwartete Häufigkeit, den Wert und den Zeitpunkt von Verkäufen in vorherigen Perioden, die Gründe für diese Verkäufe und die Erwartungen in Bezug auf zukünftige Verkaufsaktivitäten.

Als zweiten Schritt der Kategorisierung hat ein Unternehmen einen finanziellen Vermögenswert auf der Grundlage der Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme zu klassifizieren. Hierzu ist zu bestimmen, ob die vertraglichen Zahlungsströme ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Dabei entspricht der Kapitalbetrag dem Fair Value des finanziellen Vermögenswerts beim erstmaligen Ansatz. Zinsen umfassen das Entgelt für den Zeitwert des Geldes, für das Ausfallrisiko, das mit dem über einen bestimmten Zeitraum ausstehenden Kapitalbetrag verbunden ist, für andere grundlegende Kreditrisiken (beispielsweise Liquiditätsrisiko) und für Kosten des Kreditgeschäfts sowie eine Gewinnmarge.

Ein Unternehmen kann einen finanziellen Vermögenswert beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designieren, wenn dadurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz, die entstehen, wenn die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten oder die Erfassung von daraus resultierenden Gewinnen und Verlusten auf unterschiedlicher Grundlage erfolgt, beseitigt oder signifikant verringert werden (sogenannte Fair Value Option).

Nicht derivative Verbindlichkeiten sind grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten, es sei denn, sie werden zu Handelszwecken gehalten oder freiwillig zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten sind Wertänderungen, die auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, erfolgsneutral im Eigenkapital (sonstiges Ergebnis) und die übrigen Änderungen erfolgswirksam zu erfassen. Derivate sind nach IFRS 9 wie bisher erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten, es sei denn, sie sind im Cashflow Hedge Accounting abgebildet.

Wenn die vertraglichen Zahlungsströme eines finanziellen Vermögenswerts neu verhandelt oder anderweitig geändert werden (Modifikation) und die Neuverhandlung oder Änderung nicht zur Ausbuchung dieses finanziellen Vermögenswerts gemäß IFRS 9 führt, hat ein Unternehmen den Bruttobuchwert des finanziellen Vermögenswerts neu zu berechnen und einen Modifikationsgewinn oder -verlust erfolgswirksam zu erfassen. In einigen Fällen kann die Neuverhandlung oder Änderung der vertraglichen Zahlungsströme eines finanziellen Vermögenswerts zur Ausbuchung des finanziellen Vermögenswerts führen. Wenn die Änderung eines finanziellen Vermögenswerts zur Ausbuchung des vorhandenen finanziellen Vermögenswerts und anschließender Aktivierung des geänderten finanziellen Vermögenswerts führt, wird der geänderte finanzielle Vermögenswert als ein neuer finanzieller Vermögenswert betrachtet.

Die im Vergleich zum IAS 39 grundlegend geänderten Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 sind relevant für „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert“ bewertete finanzielle Vermögenswerte sowie für außerbilanzielle Verpflichtungen, wie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Während das Wertberichtigungsmodell des IAS 39 eine Erfassung von Kreditausfällen erst bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses vorsieht, beinhaltet IFRS 9 ein Modell, bei dem Wertberichtigungen für Kreditausfälle bereits bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der pbb Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt erwarteten potenziellen Kreditausfälle gebildet werden. Gemäß IFRS 9 handelt es sich um einen unverzerrten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Betrag, für dessen Ermittlung verschiedene Zustände und Szenarien zu berücksichtigen sind. IFRS 9 stellt klar, dass es sich um einen wahrscheinlichkeitsgewichteten Mittelwert und nicht um den wahrscheinlichsten Betrag handelt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen innerhalb der nächsten zwölf Monate (sogenannte Stufe 1). Der erwartete 12-Monats-Kreditverlust ist der Teil, der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste, der den erwarteten Kreditverlusten aus Ausfallereignissen entspricht, die bei einem Finanzinstrument innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag möglich sind. Bei einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos des finanziellen Vermögenswerts in der Folgebewertung (Stufe 2) oder bei einer Wertminderung (Stufe 3) muss die Risikovorsorge die über die Laufzeit zu erwartenden gesamten Kreditausfälle des finanziellen Vermögenswerts (Lifetime Expected Credit Loss) widerspiegeln.

Unter IFRS 9 wird die gleiche Ausfalldefinition wie für regulatorische Zwecke verwendet. Dabei wird von einem Ausfall ausgegangen, falls

- > es unwahrscheinlich ist, dass der Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen vollständig nachkommt, oder
- > der Kreditnehmer mehr als 90 Tage mit wesentlichen Rückständen überfällig ist.

Für finanzielle Vermögenswerte mit bereits bei Erwerb oder Ausreicherung beeinträchtigter Bonität (Purchased or Originated Credit Impaired; POI) sind zum Abschlussstichtag nur die kumulierten Änderungen der seit dem erstmaligen Ansatz über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste als Wertberichtigung zu erfassen.

Durch Neuregelungen im Bereich des Hedge Accounting soll sich die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens orientieren. Solange noch kein Regelwerk zur Bilanzierung von Macro Hedges verabschiedet wurde, räumt der IASB dem bilanzierenden Unternehmen mittels Wahlrecht ein, die Hedge-Accounting-Regelungen des IAS 39 beizubehalten.

Im Rahmen der Veröffentlichung von IFRS 9 wurde auch IFRS 7 (Financial Instruments: Disclosures) geändert. Dabei wurden vor allem viele Ausweiskriterien zur Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, geändert oder ergänzt.

Die Erstanwendung des IFRS 9 ist zum 1. Januar 2018 rückwirkend zu bilanzieren. Die Erstanwendungseffekte sind somit erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Der pbb Konzern wird im Jahresabschluss 2018 nicht die Zahlen des Vorjahresabschlusses 2017 anpassen.

Im Rahmen eines mehrjährigen Projekts hat der pbb Konzern die Anforderungen des IFRS 9 umgesetzt. Das Projekt war in ein Programm zur Weiterentwicklung der IT-Zielarchitektur der Bereiche Finance und Risk eingebettet, um Synergien zwischen den verschiedenen regulatorischen Anforderungen bestmöglich zu nutzen. Das IFRS 9-Projekt war untergliedert in Teilprojekte zur Klassifizierung und Bewertung, zur Risikovorsorgeermittlung der Stufen 1 und 2 sowie zur Risikovorsorgeermittlung der Stufe 3.

Im Rahmen der Umsetzung von IFRS 9 wurden IT-Systeme neu implementiert oder bestehende angepasst, Prozesse neu eingeführt oder geändert und Festlegungen getroffen:

- > Die finanziellen Vermögenswerte des pbb Konzerns wurden gemäß den IFRS 9-Regelungen den Bewertungskategorien zugeordnet. Dazu wurde der Bestand nach dem Geschäftsmodellkriterium und dem Zahlungsstromkriterium klassifiziert. Darüber hinaus wurden beide Kriterien in den Neugeschäftsprozess und den Neuproduktprozess integriert.
- > Die Fair Value Option wird für Schuldinstrumente auf der Aktivseite und finanzielle Verbindlichkeiten auf der Passivseite nicht genutzt.
- > Eigenkapitalinstrumente hat der pbb Konzern nur im unwesentlichen Umfang im Bestand. Diese werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.
- > Die Wertberichtigungsregelungen wurden umgesetzt. Dazu wurden Modelle zur Berechnung des erwarteten 12-Monats-Kreditverlusts und des über die Laufzeit erwarteten Kreditverlusts (Lifetime Expected Credit Loss) entwickelt sowie Kriterien für die signifikante Erhöhung des Kreditrisikos definiert. Die Höhe der Wertberichtigungen wird auf individueller Basis ermittelt.
- > Der Prozess zur Modifikation von finanziellen Vermögenswerten wurde angepasst und ein Simulationstool als Grundlage zur Entscheidung über vertragliche Anpassungen entwickelt.
- > Beim Hedge Accounting wird der pbb Konzern das Bilanzierungswahlrecht des IFRS 9 ausüben und die bisherigen Regelungen des IAS 39 beibehalten.
- > Im Rahmen der technischen Umsetzung wurden die bestandsführenden Nebenbücher zur Abbildung der Forderungen und Wertpapiere und das Hauptbuch an die neuen Anforderungen angepasst. Zur Abbildung der Fair-Value-Bilanzierung wurde ein neues Nebenbuch eingeführt. Für die Umsetzung der neuen Wertberichtigungsregeln hat der pbb Konzern ein System zur Ermittlung der Wertberichtigungshöhe für die Stufen 1 und 2 entwickelt. Zur Berücksichtigung von Szenarien in der Stufe 3 wurde das bestehende IT-System erweitert.
- > Die neuen oder geänderten Anhangangaben wurden weitgehend im fachbereichsübergreifenden Datenhaushalt abgebildet.
- > Im Rahmen einer Parallelphase wurden im zweiten Halbjahr 2017 die Prozesse getestet sowie die Erst- und Folgeanwendungseffekte simuliert.

Da die Bilanz des pbb Konzerns weit überwiegend aus Finanzinstrumenten besteht, hat die Erstanwendung des IFRS 9 weitreichende Auswirkungen auf den Konzernabschluss, die sich vor allem aus den Regeln zur Klassifizierung und Bewertung und aus der Bilanzierung von Wertminderungen ergeben.

Gemäß IFRS 9 werden die nicht derivativen Finanzinstrumente des pbb Konzerns wie folgt klassifiziert und bewertet:

- > Segment Real Estate Finance: Nicht derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten). Ausnahmen sind:
 - > Finanzielle Vermögenswerte oder Teile von finanziellen Vermögenswerten, für die eine Syndizierungsabsicht besteht (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht weder darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten, noch in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme oder in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte). Diese sind erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
 - > Finanzielle Vermögenswerte, die nicht das Zahlungsstromkriterium erfüllen und daher erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren sind.
- > Segment Public Investment Finance: Nicht derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten). Ausnahmen sind finanzielle Vermögenswerte oder Teile von finanziellen Vermögenswerten, für die eine Syndizierungsabsicht besteht (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht weder darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten, noch in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme oder in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte). Diese sind erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.

- > Segment Value Portfolio: Nicht derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten). Ausnahmen sind:
 - > Finanzielle Vermögenswerte, die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht. Diese sind erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
 - > Finanzielle Vermögenswerte, die nicht das Zahlungsstromkriterium erfüllen und daher erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren sind.
- > Portfolios in Consolidation & Adjustments: Nicht derivative Finanzinstrumente werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Geschäftsmodell: Zielsetzung besteht darin, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten). Ausnahmen sind:
 - > Finanzielle Vermögenswerte, die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht. Diese finanziellen Vermögenswerte des Liquiditätsportfolios sind erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
 - > Finanzielle Vermögenswerte, die nicht das Zahlungsstromkriterium erfüllen und daher erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren sind.

Als Folge der geänderten Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sind zukünftig einige Forderungen und Wertpapiere des pbb Konzerns anders zu bilanzieren als nach den bisherigen Regelungen des IAS 39:

- > 22 Geschäfte, die nach IAS 39 der Bewertungskategorie Loans and Receivables angehörten und daher zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet waren, erfüllen nicht das Zahlungsstromkriterium des IFRS 9 und sind somit nach IFRS 9 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
- > Für Teile von fünf Geschäften liegt zum 1. Januar 2018 eine Syndizierungsabsicht vor. Diese Teile sind aufgrund des Geschäftsmodellkriteriums erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
- > Sechs Geschäfte, die nach IAS 39 der Bewertungskategorie Available for Sale angehörten und daher erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren waren, sind nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren.
- > 55 Geschäfte, die nach IAS 39 der Bewertungskategorie Loans and Receivables angehörten und daher zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet waren, sind nach IFRS 9 aufgrund des Geschäftsmodells des zugrunde liegenden Portfolios erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.
- > 27 Geschäfte wurden im Jahr 2008 von der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Die noch bestehende AfS-Rücklage dieser Geschäfte, die nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, ist nach IFRS 9 aufzulösen.
- > Die vertraglichen Zahlungsströme von drei Geschäften wurden in der Vergangenheit modifiziert, sodass der Buchwert nach IFRS 9 anzupassen war.

Bei allen übrigen finanziellen Vermögenswerten ergibt sich keine Änderung in der Bewertung gegenüber der Bilanzierung nach IAS 39.

Insgesamt ergibt sich aus der Klassifizierung und Bewertung ein positiver IFRS 9-Erstanwendungseffekt im Eigenkapital von 158 Mio. € vor latenten Steuern. Für finanzielle Verbindlichkeiten und Derivate ergeben sich für den pbb Konzern keine Änderungen im Vergleich zum bisherigen IAS 39.

Für die Zuordnung zu den drei Wertberichtigungsstufen des IFRS 9 hat der pbb Konzern Prüfkriterien entwickelt. Jeder nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswert ist bei Erstantritt der Stufe 1 zuzuordnen, sofern seine finanzielle Bonität nicht beeinträchtigt ist. Ein finanzieller Vermögenswert wechselt in die Stufe 2, wenn sich dessen Kreditrisiko zwar signifikant erhöht, jedoch keine objektiven Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Dies ist der Fall, wenn

- > als widerlegbare Vermutung ein Zahlungsverzug von mehr als 30 Tagen vorliegt oder
- > der finanzielle Vermögenswert nicht Investment Grade ist und die Mehrjahresausfallwahrscheinlichkeit am Bilanzstichtag um einen bestimmten Faktor über der Mehrjahresausfallwahrscheinlichkeit zum Zeitpunkt des Erstantritts des finanziellen Vermögenswerts liegt.

Die Kriterien für einen Wechsel von der Stufe 2 in die Stufe 3 unterscheiden sich nicht wesentlich von den objektiven Hinweisen nach IAS 39, die zur Bildung einer Einzelwertberichtigung führen.

Für die Ermittlung der Höhe des Kreditverlusts werden als Grundlage die regulatorischen Risikoparameter (Ausfallwahrscheinlichkeit/Probability of Default – PD, Ausfallverlustquote/Loss Given Default – LGD) sowie Vertragsinformationen, wie zum Beispiel die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme, der Finanzinstrumente verwendet. Die regulatorischen Risikoparameter werden geeignet transformiert, sodass diese die Anforderungen an IFRS 9 erfüllen. Insbesondere wird mit diesen Transformationen sichergestellt, dass die Risikoparameter erwartungstreu sind. Für die Ermittlung der Mehrjahresausfallwahrscheinlichkeiten werden historische Daten über die Ratingmigration zusammen mit Prognosen über die makroökonomische Entwicklung verwendet. Hierbei werden die je nach Kundentyp passenden Informationen verwendet. Bei der Prognose von relevanten Indikatoren wie beispielweise der Marktwertentwicklung oder dem Wirtschaftswachstum stützt man sich sowohl auf interne Analysen als auch extern verfügbare Daten.

Insgesamt ergibt sich aus der Bilanzierung von Wertminderungen ein IFRS 9-Erstanwendungseffekt im Eigenkapital von –32 Mio. € vor latenten Steuern.

In Summe ergibt sich aus der Klassifizierung und Bewertung und aus der Bilanzierung von Wertminderungen eine Erhöhung des IFRS-Eigenkapitals um 126 Mio. € vor latenten Steuern und um 109 Mio. € nach latenten Steuern.

Im Zuge der IFRS 9-Erstanwendung wird der pbb Konzern den Ausweis der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanz umstellen. Die neue Ausweisstruktur ist in der Note „Stetigkeit“ dargestellt.

In der Folgeanwendung des IFRS 9 dürfte die Ertragslage darüber hinaus volatiler werden im Vergleich zur Anwendung des IAS 39 aufgrund der größeren Anzahl von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden finanziellen Finanzinstrumenten und der neuen Wertberichtigungsregelungen des IFRS 9. Diese Volatilität kann mehrere Millionen Euro betragen und wesentlich sein im Vergleich zum derzeitigen Ergebnis des pbb Konzerns. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich für einige Regelungen des prinzipienbasierten IFRS 9 noch keine einheitliche Interpretation in der Bilanzierungspraxis herausgebildet hat, was zukünftig zu Effekten führen kann.

IFRS 15 IFRS 15 regelt, wann und in welcher Höhe Erlöse zu erfassen sind. Umsatzerlöse sind nach IFRS 15 dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen daraus ziehen kann. Für die bestehenden Produkte und vertraglichen Vereinbarungen des pbb Konzerns wird sich der Realisationszeitpunkt der Erträge voraussichtlich nicht wesentlich ändern. Daher werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Veröffentlichte, aber noch nicht in europäisches Recht übernommene IFRS

Die folgenden IFRS sind zum Bilanzstichtag noch nicht in europäisches Recht übernommen worden:

Bezeichnung	Veröffentlichung	Erstanwendung	Erwartete Auswirkungen
Annual Improvements to IFRS Standards 2015–2017 Cycle	12.12.2017	1.1.2019	Keine wesentlichen Auswirkungen erwartet
Amendments to IFRS 9: Prepayment Features with Negative Compensation	12.10.2017	1.1.2019	Keine Auswirkungen, da keine derartigen Verträge bestehen
Amendments to IAS 28: Long-term Interests in Associates and Joint Ventures	12.10.2017	1.1.2019	Keine Auswirkungen, da keine wesentlichen Anteile an solchen Unternehmen bestehen
IFRIC 23 Uncertainty over Income Tax Treatments	7.6.2017	1.1.2019	Siehe Beschreibung
IFRS 17 Insurance Contracts	18.5.2017	1.1.2021	Keine Auswirkungen, da keine Funktion als Versicherungsgeber
IFRIC 22 Foreign Currency Transactions and Advance Consideration	8.12.2016	1.1.2018	Siehe Beschreibung
Amendments to IAS 40: Transfers of Investment Property	8.12.2016	1.1.2018	Keine Auswirkungen, da keine Investment Properties im Bestand
Amendments to IFRS 2: Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions	20.6.2016	1.1.2018	Siehe Beschreibung

IFRIC 23 Durch die Interpretation soll in steuerlich unsicheren Situationen eine klare und einheitliche Bilanzierung hinsichtlich der Erfassung und Bewertung von Steuerschulden erreicht werden. Die Anwendung kann Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, wenn zukünftig Transaktionen erfolgen, bei denen Unsicherheiten hinsichtlich der ertragsteuerlichen Behandlung bestehen.

IFRIC 22 Die Interpretation enthält Anwendungshinweise zur Bestimmung des Wechselkurses, wenn bei Fremdwährungstransaktionen Vorauszahlungen erfolgen. Der pbb Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen.

Amendments to IFRS 2 Die Änderungen an IFRS 2 wurden als Antwort auf Zweifelsfragen hinsichtlich der Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung veröffentlicht. Der pbb Konzern erwartet derzeit keine wesentlichen Auswirkungen aus den Änderungen an IFRS 2; zukünftige Auswirkungen sind abhängig von der Höhe und Ausgestaltung der anteilsbasierten Vergütungen.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft ist in diesem Geschäftsbericht sowie im Internet auf der Seite der pbb (www.pfandbriefbank.com/investoren/pflichtveroeffentlichungen.html) veröffentlicht.

Zusammengefasster Lagebericht

Der zusammengefasste Lagebericht erfüllt die Anforderungen des §315 Abs. 1 und 2 HGB und des DRS 20. Er umfasst einen Bericht über die Grundlagen des Konzerns, einen Wirtschaftsbericht, einen Nachtragsbericht, einen Risiko- und Chancenbericht, einen Prognosebericht, Erläuterungen zum HGB-Einzelabschluss der pbb und Sonstige Angaben. Der Risiko- und Chancenbericht enthält Angaben, die nach IFRS 7 verpflichtend offenzulegen sind.

3 Stetigkeit

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wendet der pbb Konzern dem Rahmenkonzept der IFRS sowie dem IAS 1 und IAS 8 folgend stetig an.

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde der bisherige Bilanzposten Finanzanlagen in die beiden neuen Bilanzposten Finanzanlagen (LaR) und Finanzanlagen (AfS) aufgeteilt. Zudem wurden bei der Bezeichnung der Positionen Handelsaktiva, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten und Handelspassiva die Bewertungskategorien nach IAS 39 (HfT, LaR, fortgeführte Anschaffungskosten) ergänzt. Durch diese Änderung erhöht der pbb Konzern die Transparenz seiner Berichterstattung, da die Anwendung unterschiedlicher Bewertungsgrundlagen für verschiedene Gruppen von Vermögenswerten im Einklang mit IAS 1.59 vermuten lässt, dass sie sich in ihrer Art und Funktion unterscheiden. Die Darstellung der Vorjahresperioden wurde entsprechend angepasst.

Im vierten Quartal 2017 wurde festgestellt, dass in der Vergangenheit Konsolidierungssachverhalte erfasst wurden, die bereits vor 2016 auszubuchen waren. Diese Konsolidierungssachverhalte resultieren aus der fehlerhaften Übernahme von Saldo-vorträgen aus dem übergeordneten Konzernabschluss bei der Erstellung des erstmaligen Konzernabschlusses der pbb 2009. Sie betreffen einen negativen „Goodwill“, Ergebnisübernahmen und Ertragsteuerumlagen. Diese irrtümlich in die aktuellen Perioden vorgetragenen Buchungen wurden gemäß IAS 8.42 korrigiert.

Es kam zu den folgenden retrospektiven Anpassungen der Bilanz zum 1. Januar 2016:

- > Die sonstigen Aktiva erhöhten sich von 5.013 Mio. € um 22 Mio. € auf 5.035 Mio. €.
- > Die sonstigen Passiva erhöhten sich von 4.918 Mio. € um 7 Mio. € auf 4.925 Mio. €.
- > Die Gewinnrücklagen¹ erhöhten sich von 487 Mio. € um 15 Mio. € auf 502 Mio. €.

Es kam zu den folgenden retrospektiven Anpassungen der Bilanz zum 31. Dezember 2016:

- > Die sonstigen Aktiva erhöhten sich von 3.550 Mio. € um 22 Mio. € auf 3.572 Mio. €.
- > Die sonstigen Passiva erhöhten sich von 3.778 Mio. € um 7 Mio. € auf 3.785 Mio. €.
- > Die Gewinnrücklagen¹ erhöhten sich von 659 Mio. € um 15 Mio. € auf 674 Mio. €.

Darüber hinaus wurden im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet wie im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016.

Der pbb Konzern plant, ab dem Geschäftsjahr 2018 die Struktur und seinen Ausweis der Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung und der Bilanz sowie der dazugehörigen Anhangangaben (Notes) zu ändern. Dadurch wird sich auch die Charakteristik der in den Positionen enthaltenen Geschäfte ändern. Der neue Ausweis orientiert sich nicht mehr an der vormalig in Deutschland üblicheren produktbezogenen Logik, sondern an der international üblicheren bewertungskategorienorientierten Darstellung. Die neue Struktur ist weitgehend an die bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben des Financial Reportings (abgekürzt FinRep) angelehnt, einem Verfahren für einen vom Committee of European Banking Supervisors und der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichten Bericht zur standardisierten finanziellen Berichterstattung und -übermittlung für Finanz- und Kreditinstitutionen. Durch die vorgesehene Änderung erhöht der pbb Konzern die Transparenz seiner Berichterstattung, da die Anwendung unterschiedlicher Bewertungsgrundlagen für verschiedene Gruppen von Vermögenswerten im Einklang mit IAS 1.59 vermuten lässt, dass sie sich in ihrer Art und Funktion unterscheiden.

Im Folgenden sind die jeweiligen Positionen der Gewinn- und Verlust-Rechnung und der Bilanz in der neuen Struktur erläutert. Zudem sind die Gewinn- und Verlust-Rechnung des Jahres 2017 nach IAS 39 in der neuen Struktur sowie die Bilanz zum 31. Dezember 2017 in der neuen Struktur nach IAS 39 und IFRS 9 und somit mit den IFRS 9-Erstanwendungseffekten im Eigenkapital dargestellt.

¹ Aufgrund von Unwesentlichkeit wird die Währungsrücklage zusammen mit den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung nach neuer Struktur

in Mio. €	2017
Zinsergebnis	407
Provisionsergebnis	8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-5
Ergebnis aus der Ausbuchung nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteter Finanzinstrumente	45
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	23
Ergebnis aus Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte	-10
Ergebnis aus der Modifikation von Finanzinstrumenten	-
Verwaltungsaufwendungen	-199
Aufwendungen für Bankenabgaben und ähnliche Abgaben	-28
Ergebnis aus Abschreibungen nicht finanzieller Vermögenswerte	-14
Ergebnis aus Rückstellungen	-22
Ergebnis vor Steuern	204
Ertragsteuern	-22
Ergebnis nach Steuern	182
zuzurechnen:	
Anteilseignern	182

Die einzelnen Positionen der Gewinn-und-Verlust-Rechnung beinhalten Folgendes:

- > Das Zinsergebnis beinhaltet primär die laufenden Zinserträge und -aufwendungen, jedoch keine Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von finanziellen Vermögenswerten oder der vorzeitigen Rücknahme von Verbindlichkeiten sowie keine Vorfälligkeitsentschädigungen. Zudem enthält die Position keine Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen mit Zinscharakter.
- > Das im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Provisionsergebnis zeigt die nicht abzugrenzenden Gebühren.
- > Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten enthält die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts der Stand-alone-Derivate und der gemäß dem Zahlungsstromkriterium und dem Geschäftsmodellskriterium des IFRS 9 verpflichtend zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierenden nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte.
- > Das Ergebnis aus der Ausbuchung nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteter Finanzinstrumente enthält die Gewinne oder Verluste aus dem Abgang von finanziellen Vermögenswerten zum Beispiel im Rahmen von Verkäufen von finanziellen Vermögenswerten, Rücknahmen von Verbindlichkeiten, Vorfälligkeitsentschädigungen oder Modifikationen mit Ausbuchung des bisherigen Finanzinstruments und Einbuchung des modifizierten Finanzinstruments.
- > Das im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen enthält Hedge-Ineffizienzen innerhalb der zulässigen Bandbreite.
- > Das sonstige betriebliche Ergebnis beinhaltet Teile des bisherigen sonstigen betrieblichen Ergebnisses wie beispielsweise Mieterträge, Effekte aus dem Abgang von Nichtfinanzinstrumente oder aus der Währungsumrechnung. Nicht mehr enthalten sind der Aufwand für Bankenabgaben sowie Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen.
- > Das Ergebnis aus Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte enthält Zuführungen und Auflösungen der Risikovorsorge aller drei Stufen für alle nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Forderungen und auf Wertpapiere. Die Zuführungen und Auflösungen bei Forderungen wurden bisher in der Position Kreditrisikovorsorge und bei Wertpapieren im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.
- > Das Ergebnis aus der Modifikation von Finanzinstrumenten enthält Effekte aus Modifikationen, die nicht zur Ausbuchung des bisherigen Finanzinstruments und Einbuchung des modifizierten Finanzinstruments führen.

- > Die Verwaltungsaufwendungen sind weitgehend unverändert zum bisherigen Ausweis. Nicht mehr enthalten sind jedoch Ab- und Zuschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte.
- > Im Posten Aufwendungen für Bankenabgaben und ähnliche Aufwendungen werden hauptsächlich Aufwendungen für Bankenabgaben und Einlagensicherung ausgewiesen.
- > Das Ergebnis aus Abschreibungen nicht finanzieller Vermögenswerte beinhaltet Abschreibungen und Zuschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte.
- > Das Ergebnis aus Rückstellungen besteht aus Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen.

Bilanz nach neuer Struktur

Aktiva

in Mio. €

	31.12.2017 (IAS 39)	1.1.2018 (IFRS 9)
Barreserve	999	999
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	870	1.735
Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.385	2.182
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	50.942	50.427
Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	-84	-104
Positive Marktwerte der Sicherungsderivate	2.678	2.678
Aktivische Wertanpassung aus dem Portfolio Hedge Accounting	-1	-1
Sachanlagen	6	6
Immaterielle Vermögenswerte	36	36
Sonstige Vermögenswerte	34	34
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	42	42
Latente Ertragsteueransprüche	87	71
Summe der Vermögenswerte	57.994	58.105

Die einzelnen Positionen der Aktivseite beinhalten Folgendes:

- > Die im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Position Barreserve enthält Guthaben bei Zentralnotenbanken.
- > Die Position Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beinhaltet die positiven Marktwerte der Stand-alone-Derivate und finanzielle Vermögenswerte, die aufgrund des Zahlungsstromkriteriums oder des Geschäftsmodellkriteriums des IFRS 9 der Bewertungskategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zugehören. Die Bestände waren bisher in den Positionen Handelsaktiva, Forderungen und Finanzanlagen ausgewiesen.
- > Die Position Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte besteht aus den finanziellen Vermögenswerten der Bewertungskategorie erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert. Finanzielle Vermögenswerte dieser Bewertungskategorie werden im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht und dessen Vertragsbedingungen zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Die Bestände waren bisher in der Position Finanzanlagen (AfS) enthalten.
- > Die Position Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten enthält finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorie zu fortgeführten Anschaffungskosten. Diese finanziellen Vermögenswerte werden im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten, und dessen Vertragsbedingungen zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Die Bestände waren bisher in den Positionen Forderungen und Finanzanlagen enthalten.

- > Der Abzugsposten Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten enthält die Wertberichtigungen aller drei Stufen auf alle finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die Wertberichtigungen können sich auf Forderungen und auf Wertpapiere beziehen. Wertberichtigungen auf Forderungen wurden bisher in der Position Wertberichtigungen auf Forderungen gezeigt. Wertberichtigungen auf Wertpapiere wurden direkt mit dem Buchwert des Wertpapiers verrechnet in den Finanzanlagen ausgewiesen.
- > Die im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Position Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten besteht aus Derivaten mit positivem beizulegendem Zeitwert, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Micro Fair Value Hedges oder des Portfolio Hedges von Zinsänderungsrisiken verwendet werden.
- > Die im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Position Aktivistische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting enthält die positiven beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der abgesicherten Risiken in den abgesicherten Cashflows der Grundgeschäftsportfolios.
- > Die Position Sonstige Vermögenswerte beinhaltet sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte. Insbesondere sind hier im Vergleich zum bisherigen Ausweis nicht mehr die Sicherungsderivate enthalten.
- > Die Positionen Sachanlagen, Immaterielle Vermögenswerte sowie Tatsächliche und Latente Ertragsteueransprüche sind in Bezug auf ihre Zusammensetzung und ihren Charakter unverändert im Vergleich zum bisherigen Ausweis.

Passiva

in Mio. €

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten
Negative Marktwerte der Sicherungsderivate
Passivische Wertanpassung aus dem Portfolio Hedge Accounting
Rückstellungen
Sonstige Verbindlichkeiten
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen

Verbindlichkeiten

Anteilseignern zuzurechnendes Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital
Kapitalrücklage
Gewinnrücklagen
Konzerngewinn
Kumuliertes sonstiges Ergebnis

Eigenkapital

Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital

	31.12.2017 (IAS 39)	1.1.2018 (IFRS 9)	
	956	1.040	
	50.919	50.919	
	2.889	2.805	
	-	-	
	245	247	
	70	70	
	57	57	
Verbindlichkeiten	55.136	55.138	
	31.12.2017 (IAS 39)	1.1.2018 (IFRS 9)	Erstanwendungseffekt
Anteilseignern zuzurechnendes Eigenkapital	2.858	2.967	109
Gezeichnetes Kapital	380	380	-
Kapitalrücklage	1.637	1.637	-
Gewinnrücklagen	731	722	-9
Konzerngewinn	182	182	-
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-72	46	118
Eigenkapital	2.858	2.967	109
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital	57.994	58.105	

Die einzelnen Positionen der Passivseite beinhalten Folgendes:

- > Die Position Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten enthält Stand-alone-Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert. Die Position ist unverändert zur bisherigen Position Handelspassiva.

- > Die Position Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten enthält finanzielle Verbindlichkeiten der Bewertungskategorie zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die Bestände waren bisher in den Positionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital ausgewiesen.
- > Die Position Negative Marktwerte der Sicherungsderivate besteht aus Derivaten mit negativen beizulegenden Zeitwerten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Micro Fair Value Hedges oder des Portfolio Hedges von Zinsänderungsrisiken verwendet werden.
- > Die im Vergleich zum bisherigen Ausweis unveränderte Position Passivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting enthält die negativen beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der abgesicherten Risiken in den abgesicherten Cashflows der Grundgeschäftsportfolios.
- > Die Position Rückstellungen ist in Bezug auf ihre Zusammensetzung und ihren Charakter nahezu unverändert im Vergleich zum bisherigen Ausweis.
- > Die Position Sonstige Verbindlichkeiten beinhaltet sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten. Insbesondere sind hier im Vergleich zum bisherigen Ausweis die Sicherungsderivate nicht mehr enthalten.
- > Die Positionen Tatsächliche und Latente Ertragsteuerverpflichtungen sind in Bezug auf ihre Zusammensetzung und ihren Charakter unverändert im Vergleich zum bisherigen Ausweis.
- > Die Zusammensetzung des Eigenkapitals ist gegenüber dem Ausweis nach IAS 39 weitgehend unverändert. Das kumulierte sonstige Ergebnis setzt sich aus erfolgsneutral zu erfassenden Gewinnen und Verlusten aus Pensionszusagen, aus der Währungsumrechnung, aus dem Cash-flow Hedge Accounting und aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten zusammen.

4 Konsolidierung

	Vollkonsolidierte (Tochter-)Unternehmen		Nicht vollkonsolidierte Tochterunternehmen ²⁾		Assoziierte Unternehmen und sonstige Beteiligungen		Insgesamt
	Insgesamt	Davon Zweckgesell- schaften	Insgesamt	Davon Zweckgesell- schaften	Assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen	
Anzahl Unternehmen/Einheiten ¹⁾							
1.1.2016	10	4	2	-	3	3	18
Abgänge	-1	-1	-1	-	-	-	-2
31.12.2016	9	3	1	-	3	3	16
1.1.2017	9	3	1	-	3	3	16
Zugänge	1	-	-	-	-	-	1
Abgänge	-5	-3	-	-	-	-1	-6
Verschmelzungen/Anwachsungen	-1	-	-	-	-	-	-1
31.12.2017	4	-	1	-	3	2	10

¹⁾ pbb, Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen und sonstige Beteiligungen.

²⁾ Keine Vollkonsolidierung wegen Unwesentlichkeit.

Ein Tochterunternehmen ist ein Unternehmen, das von einem anderen Unternehmen beherrscht wird. Beherrschung liegt vor, wenn die pbb die Entscheidungsmacht hat, relevante Tätigkeiten zu steuern, ein Anrecht auf die signifikanten Rückflüsse aus dem Tochterunternehmen besitzt und ihre Entscheidungsmacht dazu nutzen kann, die Höhe der signifikanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Bei strukturierten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, bei denen nicht die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominante Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind, beispielsweise wenn sich die Stimmrechte lediglich auf die Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Tätigkeiten durch Vertragsvereinbarungen geregelt sind. Wie bei Tochterunternehmen ist die Konsolidierung von strukturierten Unternehmen erforderlich, wenn das strukturierte Unternehmen beherrscht wird.

Im Berichtsjahr wurden die folgenden Gesellschaften nach erfolgter Liquidation entkonsolidiert:

- > Hypo Real Estate Capital India Corp. i.L., Mumbai
- > Hypo Real Estate Capital Japan Corp. i.L., Tokio
- > Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington
- > Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington

Es ergaben sich insgesamt nur geringfügige Auswirkungen auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Konzern-Bilanz.

Weiterhin ist die Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, auf die pbb angewachsen.

Darüber hinaus wurde die RPPSE Espacio Oviedo S.L.U., Madrid, nach der Veräußerung entkonsolidiert. Hieraus resultierte ein Entkonsolidierungsverlust vor Steuern in Höhe von 1 Mio. €, der im Finanzanlageergebnis ausgewiesen ist. Das in den pbb Konzern eingeflossene Ergebnis der Gesellschaft vom 1. Januar bis zum Verkaufstag 15. Dezember 2017 belief sich auf 1 Mio. €. Die Bilanzsumme gemäß den für den Konzernabschluss der pbb geltenden Bilanzierungsrichtlinien betrug 6 Mio. €. Auf der Aktivseite enthielt die Bilanz Forderungen an Kreditinstitute (4 Mio. €) und sonstige Aktiva (2 Mio. €) und auf der Passivseite sonstige Passiva (5 Mio. €) und Eigenkapital (1 Mio. €).

Erstmals in den Konzernabschluss einbezogen wurde die im Dezember 2017 gegründete CAPVERIANT GmbH, München, an der die pbb 100% der Anteile hält. Es ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Konzern-Bilanz.

Konzerneinheitliche Bilanzierung

Die Einzelabschlüsse der konsolidierten in- und ausländischen Unternehmen gehen unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in den Konzernabschluss der pbb ein.

Konsolidierungsgrundsätze

Zum Erwerbszeitpunkt werden die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses verteilt, indem die identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens, die die Ansatzkriterien gemäß IFRS 3.10 erfüllen, zu ihren zu dem Zeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerten angesetzt werden. Jegliche Differenzen zwischen den Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss und dem Anteil des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der auf diese Weise angesetzten identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten werden gemäß IFRS 3.32–36 als Geschäfts- oder Firmenwert oder als Überschuss des Anteils des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens über die Anschaffungskosten bilanziert. Übersteigt der Anteil an der Summe der beizulegenden Zeitwerte die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses, werden die identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sowie die Bemessung der Anschaffungskosten des Zusammenschlusses erneut beurteilt, und der nach der erneuten Beurteilung noch verbleibende Überschuss wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Geschäftsbeziehungen innerhalb des Konsolidierungskreises werden aufgerechnet und Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften eliminiert.

Es bestehen keine wesentlichen Anteile an assoziierten Unternehmen oder gemeinsame Vereinbarungen beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmen. Die Anteile sind als AfS-Finanzinstrumente bilanziert.

5 Angaben zu Beteiligungen an Tochterunternehmen

Dieser Konzernabschluss enthält in der Note „Anteilsbesitz der pbb“ eine Anteilsbesitzliste. Dort werden die Tochterunternehmen danach gegliedert, ob sie konsolidiert worden sind oder nicht. Zudem ist der sonstige Anteilsbesitz aufgeführt. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben als Geschäftsjahr das Kalenderjahr.

Die Auswirkungen der vertraglichen Beziehungen der Konzernunternehmen zu den nicht konsolidierten Tochterunternehmen sind im Konzernabschluss enthalten. Der pbb Konzern kann für eine Beteiligung an Tochterunternehmen (31. Dezember 2016: eine), das wegen untergeordneter Bedeutung für den Konzern nicht einbezogen wird, einen beizulegenden Zeitwert nicht verlässlich ermitteln. Anteile an diesen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH sind nicht auf einem aktiven Markt gehandelt und sind daher zu Anschaffungskosten bewertet und in den AfS-Finanzanlagen bilanziert.

Die Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Anteile an Tochterunternehmen betrug 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €). Die zusammengefassten Bilanzsummen der nicht konsolidierten Tochterunternehmen beliefen sich wie im Vorjahr auf weniger als 0,1 % (31. Dezember 2016: weniger als 0,1 %) der Konzern-Bilanzsumme. Die Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen an Tochterunternehmen betrug 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2017 wurde keine Beteiligung ausgebucht, deren Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann (2016: eine Beteiligung mit einem Buchwert von 0 Mio. €).

Wesentliche Beschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese an oder von andere(n) Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen. Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Bei allen Unternehmen, über die die pbb Beherrschung hat, werden 100% der Stimmrechte gehalten. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten fremder Dritter.

6 Angaben zu Anteilen an assoziierten Unternehmen

Der pbb Konzern hielt Anteile an drei assoziierten Unternehmen (31. Dezember 2016: drei). Derzeit existieren im pbb Konzern keine nach der At-Equity-Methode einzubeziehenden Beteiligungen an assoziierten Unternehmen. Anteile an diesen Gesellschaften in der Rechtsform der Personengesellschaft sind aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung zu Anschaffungskosten bewertet und in den Finanzanlagen (AfS) bilanziert.

Die Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Anteile an assoziierten Unternehmen betrug 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €). Die Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrug 1 Mio. € (2016: 1 Mio. €).

7 Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist gemäß IAS 32 ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Ansatz und Ausbuchung

Der pbb Konzern setzt einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit nur dann in seiner Bilanz an, wenn eine Konzerngesellschaft Vertragspartei des Finanzinstruments wird.

Käufe oder Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden zum Handelstag bilanziert. Agien und Disagien werden periodengerecht in die Position Zinsüberschuss eingestellt. Das primäre Abgangskonzept des IAS 39 sieht vor, einen finanziellen Vermögenswert auszubuchen, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken übertragen werden. Werden im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem übertragenen finanziellen Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken weder übertragen noch zurückbehalten und wird weiterhin die Verfügungsmacht über den übertragenen Vermögenswert ausgeübt, so hat das Unternehmen den Vermögenswert in Höhe des sogenannten anhaltenden Engagements zu aktivieren. Geschäftsvorfälle, die zu einer partiellen Ausbuchung aufgrund eines anhaltenden Engagements führen, liegen im pbb Konzern nicht vor.

Im Fall von echten Pensionsgeschäften und synthetischen Verbriefungen dürfen die übertragenen Vermögenswerte nicht ausgebucht werden, da die Abgangskriterien nach IAS 39 nicht erfüllt sind.

Sicherheiten mit demselben Kontrahenten und den gleichen Rahmenbedingungen (zum Beispiel ISDA-Rahmenabkommen) werden gemäß IAS 32 auf Nettobasis dargestellt. Demzufolge wird nur der saldierte Betrag ausgewiesen.

Kategorien gemäß IAS 39

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird bei erstmaligem Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Für die Folgebewertung fordert IAS 39, alle Finanzinstrumente in die dort definierten Kategorien einzustufen, in der Bilanz anzusetzen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten:

Held for Trading (HfT) Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird als zu Handelszwecken gehalten eingestuft, wenn dieser/diese

- > hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurde, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen,
- > Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gemanagter Finanzinstrumente ist, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnmitnahmen bestanden, oder
- > ein Derivat ist (mit Ausnahme von Derivaten, die als Sicherungsinstrument designiert werden und als solche effektiv sind).

HfT-Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden erfolgswirksam erfasst. HfT-Finanzinstrumente werden in den Positionen Handelsaktiva (HfT) und Handelspassiva (HfT) ausgewiesen; es handelt sich ausschließlich um Derivate. Die Zinserträge und -aufwendungen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zinsüberschuss gezeigt.

Sollte am Handelstag ein Unterschied zwischen Transaktionspreis und Marktwert bestehen und dieser Unterschied auf nicht beobachtbare Parameter zurückzuführen sein, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung eines Finanzinstruments haben, so wird dieser Differenzbetrag (sogenannter Day one Profit) nicht direkt in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, sondern über die Laufzeit der

Transaktion verteilt. Der verbleibende Unterschiedsbetrag wird erst dann vereinnahmt, wenn die Bewertungsparameter beobachtbar werden oder die Transaktion ausläuft beziehungsweise beendet wird. In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 bestanden keine wesentlichen Day one Profits.

Designated at Fair Value Through Profit or Loss (dFVTPL) Finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten können beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende/-r finanzieller Vermögenswert beziehungsweise finanzielle Verbindlichkeit eingestuft werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Designation ist zulässig, wenn durch die Nutzung der Bewertungskategorie entweder eine Ansatz- und Bewertungsinkonsistenz vermieden oder erheblich reduziert wird, das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis der Fair Values erfolgt oder es sich um ein Instrument handelt, das ein trennungspflichtiges eingebettetes Derivat enthält. dFVTPL-Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden erfolgswirksam erfasst. Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 hatte der pbb Konzern keine Vermögenswerte und keine Verbindlichkeiten in der Kategorie dFVTPL.

Held to Maturity (HtM) Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann. HtM-Finanzinvestitionen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der pbb Konzern hatte in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 keine HtM-Bestände.

Loans and Receivables (LaR) Kredite und Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Die Kredite und Forderungen enthalten Schuldscheindarlehen.

Kredite und Forderungen werden in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute (LaR), Forderungen an Kunden (LaR) und Finanzanlagen (LaR) bilanziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zinserträge aus Krediten und Forderungen werden in der Position Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute werden marktpreisinduzierte Nettogewinne und Nettoverluste aus Vorfälligkeitsentschädigungen und Veräußerungen in der Position Zinsüberschuss gezeigt. Derartige Nettogewinne und Nettoverluste bei Finanzanlagen (LaR) werden im Finanzanlageergebnis erfasst. Erfolgswirksam zu erfassende bonitätsinduzierte Wertminderungen werden in der Kreditrisikoversorgung beziehungsweise bei den Finanzanlagen (LaR) im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Available for Sale (AfS) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind solche nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar kategorisiert sind und nicht als Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene Investitionen oder finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, eingestuft sind. Der pbb Konzern kategorisiert keine Kredite und Forderungen in die Kategorie AfS, sondern nur Wertpapiere.

AfS-Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals erfasst (AfS-Rücklage), bis der Vermögenswert verkauft, eingezogen oder anderweitig abgegangen ist oder eine Wertminderung für den finanziellen Vermögenswert gemäß IAS 39.58 ff. festgestellt wurde, sodass zu diesem Zeitpunkt der zuvor im Eigenkapital erfasste kumulative Gewinn oder Verlust erfolgswirksam wird. Ist der objektive Grund für die Wertminderung eines AfS-Schuldinstruments weggefallen, ist die Wertberichtigung erfolgswirksam rückgängig zu machen. Erfolgswirksam erfasste Wertberichtigungen für ein AfS-Eigenkapitalinstrument dürfen hingegen nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden.

AfS-Vermögenswerte werden in der Position Finanzanlagen (AfS) ausgewiesen. Die Zinserträge aus den AfS-Vermögenswerten werden in der Position Zinsüberschuss ausgewiesen. Nettogewinne und Nettoverluste aus der Veräußerung sowie aus erfolgswirksam zu erfassenden Bewertungsänderungen von AfS-Finanzinstrumenten wegen Impairment oder Zuschreibungen werden im Finanzanlageergebnis gezeigt.

Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten sind solche nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert kategorisiert sind.

Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Unverbriefte finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden in den Positionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen, verbrieft, nicht nachrangige Verbindlichkeiten unter den verbrieften Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten im Nachrangkapital. Zinsaufwendungen aus finanziellen Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden in der Position Zinsüberschuss gezeigt. Darüber hinaus enthält die Position Zinsüberschuss Nettogewinne und Nettoverluste aus Rückkäufen und Rücknahmen vor Fälligkeit sowie Ab- und Zuschreibungen von finanziellen Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Derivate Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden erfolgswirksam erfasst, sofern die Derivate nicht im Cashflow Hedge Accounting abgebildet werden. Die Bewertungsergebnisse aus Stand-alone-Derivaten werden im Handelsergebnis gezeigt und jene aus Fair-Value-Hedge-Sicherungsderivaten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. In der Bilanz werden die Stand-alone-Derivate in den Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesen und die Sicherungsderivate in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva.

Trennungspflichtige eingebettete derivative Finanzinstrumente innerhalb eines strukturierten Produkts werden – außerhalb der Kategorien HfT und dFVTPL – vom Basisvertrag getrennt und als eigenständiges derivatives Finanzinstrument erfasst. Der Basiskontrakt wird anschließend in Abhängigkeit von der getroffenen Kategorisierung bilanziert. Die Wertänderung aus den abgetrennten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Derivaten wird erfolgswirksam erfasst.

Klassen

IFRS 7 und IFRS 13 schreiben Angaben aufgegliedert nach Klassen von Finanzinstrumenten vor. Der pbb Konzern hat als Klassen überwiegend die IAS 39-Bewertungskategorien, unwiderrufliche Kreditzusagen, Finanzgarantien, Sicherungsderivate und die Barreserve sowie Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen definiert.

Bewertungsmethoden Für Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, basiert die Bewertung, falls vorhanden, auf Börsenkursen oder sonstigen Marktpreisen (Level 1). Liegt kein Preis von einem aktiven Markt vor, werden beobachtbare Marktpreise vergleichbarer Finanzinstrumente verwendet (Level 2). Sind keine Preise vergleichbarer Instrumente verfügbar, werden Bewertungsmodelle auf Basis von am Markt beobachtbaren Parametern verwendet. Falls auch dies nicht möglich ist, werden die Finanzinstrumente auf Basis von Modellen mit nicht am Markt beobachtbaren Parametern bewertet (Level 3). Bei den verwendeten Bewertungsmodellen handelt es sich um Marktstandardmodelle, auf die in der Note „Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente“ im Zusammenhang mit den Produkten eingegangen wird.

Wertminderung

Gemäß IAS 39.58 sind alle finanziellen Vermögenswerte auf Wertminderung zu prüfen. Mindestens zu jedem Bilanzstichtag untersucht der pbb Konzern einzelfallbezogen, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Die Kriterien zur Feststellung eines solchen objektiven Hinweises sind insbesondere:

- > erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Kreditnehmers
- > überfällige vertragliche Zins- oder Tilgungszahlungen oder andere Vertragsbrüche
- > eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass der Kreditnehmer in Insolvenz oder in ein sonstiges Sanierungsverfahren gehen wird
- > Neuverhandlungen aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten
- > Abnahme des Fair Values eines finanziellen Vermögenswerts unter seine (fortgeführten) Anschaffungskosten

Ausfallgefährdete Forderungen werden – sofern eine positive Fortführungsprognose des jeweiligen Kreditengagements gegeben ist – bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kreditnehmers vom pbb Konzern restrukturiert. Dies geschieht durch eine Änderung des zugrunde liegenden Vertragsverhältnisses beziehungsweise Nebenabreden mittels einseitiger oder gegenseitiger Willenserklärung(en). Restrukturierungsvereinbarungen sollen die Chancen für den pbb Konzern erhöhen, die ausstehenden Forderungen zu realisieren beziehungsweise zumindest das Ausfallrisiko des Engagements zu reduzieren. Sie beinhalten üblicherweise unter anderem Stillhaltevereinbarungen, Laufzeitverlängerungen, geänderte Zinszahlungs-/Tilgungstermine, Zins-/Tilgungsreduzierungen oder auch das Aussetzen von vertraglichen Vereinbarungen (zum Beispiel Financial Covenants), damit der Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen wieder erfüllen kann. Die Steuerung des Adressrisikos von restrukturierten Darlehen erfolgt durch die Credit-Risk-Management-Einheiten des Konzerns. Eine Darstellung der Risikomessung und Steuerungsmethodik ist im Risiko- und Chancenbericht im Kapitel „Adressrisiko“ enthalten. Details sind in der Note „Restrukturierte Forderungen“ dargestellt.

Zwei Arten von Wertberichtigungen werden unterschieden: Einzelwertberichtigungen und portfolio-basierte Wertberichtigungen. Wertberichtigungen auf Forderungen werden in einem eigenen Sonderkonto (Wertberichtigungen auf Forderungen) ausgewiesen, anstatt den Buchwert dieses Vermögenswerts zu mindern. Der Aufwand wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter der Kreditrisikovorsorge gezeigt. Veränderungen einer bereits erfassten Wertminderung werden als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und ebenfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Kreditrisikovorsorge ausgewiesen. Einzelwertberichtigungen auf AfS-Finanzanlagen sowie Einzelwertberichtigungen und portfolio-basierte Wertberichtigungen auf LaR-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswerts. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung wird der Aufwand im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Für finanzielle Vermögenswerte, deren Folgebewertung erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert erfolgt, ist eine Wertberichtigung im beizulegenden Zeitwert impliziert.

Der pbb Konzern wertberichtigt Forderungen und Finanzanlagen, deren Konditionen neu verhandelt wurden, falls objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen.

Zur Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden insbesondere die folgenden Faktoren berücksichtigt:

- > das gesamte Engagement des Kunden gegenüber dem pbb Konzern
- > der Betrag und der Zeitpunkt der erwarteten Zins- und Tilgungszahlung
- > der verwertbare Betrag der Sicherheiten sowie die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt einer erfolgreichen Verwertung
- > die wahrscheinliche Höhe der Kosten zur Eintreibung von Außenständen
- > der Marktpreis des Vermögenswerts, falls vorhanden

Wenn keine realistische Aussicht auf Rückzahlung der Forderung besteht und die Sicherheiten verwertet beziehungsweise auf den pbb Konzern übertragen wurden, werden die Forderung und die zugehörige Wertberichtigung abgeschrieben.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, für die keine Einzelwertberichtigungen identifiziert wurden, werden zur Berechnung von portfoliobasierten Wertberichtigungen zu kreditrisikoinhärenten Portfolios zusammengefasst. Die portfoliobasierten Wertberichtigungen berücksichtigen eingetretene Wertminderungen, die noch nicht identifiziert wurden. Die zur Bemessung der portfoliobasierten Wertberichtigungen verwendeten Parameter werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wertminderungen werden insbesondere durch Berücksichtigung folgender Faktoren bestimmt:

- > historische Verlustraten in Portfolios mit ähnlichen Kreditrisiko-Charakteristika
- > Beurteilung, ob die derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen und Kreditbedingungen sich im Vergleich zur Vergangenheit verbessert oder verschlechtert haben
- > geschätzter Zeitraum zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung
- > Stand des gegenwärtigen Konjunkturzyklus

Netting von Derivaten

Im Rahmen der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) ergibt sich eine Clearingpflicht für standardisierte OTC-Derivate. Eurex Clearing ist hierzu die von der pbb genutzte zentrale Clearingstelle für Derivate. Für Eurex-cleared-Geschäfte wird ein bilanzielles Netting angewandt. Das bilanzielle Netting wird pro Währung durchgeführt und beinhaltet neben den Derivate-Buchwerten auch die in diesem Zusammenhang von Eurex Clearing ermittelten und erhobenen beziehungsweise gutgeschriebenen Margins. Die Nettingbuchwerte werden unter den Sonstigen Aktiva beziehungsweise Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Hedge Accounting

Sicherungsbeziehungen zwischen Finanzinstrumenten werden gemäß IAS 39 als Fair Value Hedge, Cashflow Hedge oder als Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgebildet. Zur Absicherung von Zinsrisiken werden Zinsderivate wie zum Beispiel Zins-Swaps und -optionen verwendet.

Fair Value Hedge Gemäß IAS 39 wird bei einem Fair Value Hedge ein bilanzierter Vermögenswert, eine bilanzierte Verbindlichkeit, eine bilanzunwirksame feste Verpflichtung oder ein genau bezeichneter Teil eines solchen Vermögenswerts, einer solchen Verbindlichkeit oder festen Verpflichtung gegen eine Änderung des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die auf ein bestimmtes Risiko zurückzuführen ist und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte.

Erfüllt die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts im Verlauf der Berichtsperiode die Voraussetzungen des IAS 39.88, so erfolgt die Bilanzierung folgendermaßen:

- > Der Gewinn oder Verlust aus der erneuten Bewertung des Sicherungsinstrumentes zum beizulegenden Zeitwert (für ein derivatives Sicherungsinstrument) oder die Währungskomponente seines gemäß IAS 21 bewerteten Buchwerts (für nicht derivative Sicherungsinstrumente) wird im Periodenergebnis erfasst und
- > der Buchwert eines Grundgeschäfts wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Gewinn oder Verlust aus dem Grundgeschäft angepasst und im Periodenergebnis erfasst. Dies gilt für den Fall, dass das Grundgeschäft ansonsten mit den Anschaffungskosten bewertet wird. Der dem abgesicherten Risiko zuzurechnende Gewinn oder Verlust wird im Periodenergebnis erfasst, wenn es sich bei dem Grundgeschäft um einen zur Veräußerung verfügbaren (AfS) finanziellen Vermögenswert handelt. Die Amortisierung des Anpassungsbetrags wird bei Auflösung der Sicherungsbeziehung begonnen.

Das Fair Value Hedge Accounting wird vom pbb Konzern zur Abbildung von Micro- und Macro-Hedge-Beziehungen verwendet.

Im Micro Fair Value Hedge Accounting werden Zinsänderungsrisiken abgesichert. Die Ineffektivitäten innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen gezeigt. Die positiven und negativen Marktwerte der Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert in den Posten Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Die Anpassung des Buchwerts des Grundgeschäfts um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Gewinn oder Verlust wird unmittelbar am Grundgeschäft vorgenommen. Zur retrospektiven Effektivitätsmessung wird die Regressionsanalyse verwendet. Die Dollar-Offset-Methode wird zur Quantifizierung der prospektiven Ineffektivität herangezogen. Wird eine Absicherungsbeziehung aus anderen Gründen als der Ausbuchung der abgesicherten Position beendet, wird die Differenz zwischen dem Buchwert der abgesicherten Position zu diesem Zeitpunkt und dem Wert, den diese Position ohne Absicherung aufgewiesen hätte (die nicht amortisierte Fair-Value-Anpassung), über die verbleibende Restlaufzeit der ursprünglichen Absicherung erfolgswirksam im Zinsergebnis amortisiert. Wird das abgesicherte Instrument beispielsweise infolge von Verkauf oder Rückzahlung ausgebucht, wird die nicht amortisierte Fair-Value-Anpassung sofort erfolgswirksam erfasst.

Im Portfolio Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 werden Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis sowohl aus Forderungen als auch aus Verbindlichkeiten abgesichert. Die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Cashflows der Grundgeschäftsportfolios werden aktivisch und passivisch jeweils in den Posten Aktivische beziehungsweise Passivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting ausgewiesen. Die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken aus den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Die positiven und negativen Marktwerte der Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert in den Posten Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva bilanziell erfasst. Die Wertänderungen werden im Posten Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen gezeigt und kompensieren somit weitestgehend die Ergebniseffekte aus den Bewertungen der Cashflows der Grundgeschäftsportfolios. Die Cashflows der Grundgeschäftsportfolios werden monatlich im Rahmen eines dynamischen Hedge-Designations- und -Auflösungsprozesses bestimmt. Die Amortisierung der daraus jeweils resultierenden Wertanpassungsposten erfolgt über die Restlaufzeit des Laufzeitbandes im Zinsergebnis. Bei Abgängen von Cashflows der Grundgeschäfte aus den gesicherten Portfolios erfolgt eine anteilige Auflösung der zugehörigen Wertanpassung im Zinsergebnis.

Cashflow Hedge Bei einem Cashflow Hedge wird gemäß IAS 39 das Risiko schwankender Zahlungsströme abgesichert, das auf ein bestimmtes, mit dem bilanzierten Vermögenswert oder der bilanzierten Verbindlichkeit (wie beispielsweise ein Teil oder alle künftigen Zinszahlungen einer variabel verzinslichen Schuld) oder mit einer erwarteten und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Transaktion verbundenes Risiko zurückzuführen ist und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte.

Sicherungsinstrumente werden beim Cashflow Hedge Accounting zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis ist in einen effektiven und in einen ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung zu trennen.

Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 waren im pbb Konzern keine Derivate in den Cashflow Hedge designiert. Die aus Designationen verbleibende Cashflow-Hedge-Rücklage wird entsprechend dem Eintreten der gesicherten Zahlungsströme der Grundgeschäfte aufgelöst. In diesem Zusammenhang wird quartalsweise ein prospektiver Effektivitätstest durchgeführt und im Falle einer Ineffektivität die Cashflow-Hedge-Rücklage entsprechend ergebniswirksam aufgelöst.

Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb Die Absicherung einer Nettoinvestition gegen Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung wird auch als Net Investment Hedge bezeichnet. Die Bilanzierung von Net Investment Hedges erfolgt in gleicher Weise wie die von Cashflow Hedges. Der pbb Konzern hat in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 keine Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe abgesichert.

8 Leasingverhältnisse

Gemäß IAS 17 ist ein Leasingverhältnis eine Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen Zahlung das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt. Leasingverträge sind in Finanzierungsleasing- und Operating-Leasing-Verhältnisse zu klassifizieren. Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasing eingestuft, wenn der wesentliche Anteil der Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbunden sind, beim Leasinggeber verbleibt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken eines Vermögenswerts auf den Leasingnehmer übertragen werden.

pbb Konzern als Leasinggeber

Operating-Leasing Bei Operating-Leasing-Verhältnissen sind die an den Leasingnehmer vermieteten Vermögenswerte dem Leasinggeber zuzurechnen und von diesem weiterhin zu bilanzieren. Der pbb Konzern hat keine Operating-Leasing-Objekte als Leasinggeber.

Finanzierungsleasing Bei Finanzierungsleasingverträgen hat der Leasinggeber eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer zu aktivieren. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswerts in das Leasingverhältnis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Die erhaltenen Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Die Zinserträge werden über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise vereinnahmt, dass sie grundsätzlich eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Leasingverhältnis widerspiegeln; der Tilgungsanteil mindert als Kapitalrückzahlung die noch ausstehende Forderung.

pbb Konzern als Leasingnehmer

Operating-Leasing Die vom Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen gezahlten Leasingraten werden als Aufwand linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst und als sonstiger betrieblicher Aufwand oder im Verwaltungsaufwand ausgewiesen, sofern es sich um Mietaufwendungen handelt. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasingobjekts kontrolliert. Die entsprechenden Leasinggegenstände werden vom Leasingnehmer nicht aktiviert.

Finanzierungsleasing Beim Finanzierungsleasing weist der Leasingnehmer die angemieteten Vermögenswerte in seiner Bilanz aus. Der pbb Konzern hat keine Finanzierungsleasingverträge als Leasingnehmer.

9 Barreserve

Die Barreserve enthält Guthaben bei Zentralnotenbanken und wird zu Anschaffungskosten bewertet.

10 Handelsaktiva

Die Handelsaktiva enthalten positive Marktwerte von Stand-alone-Derivaten des Bankbuchs. Nicht derivative Handelsinstrumente hat der pbb Konzern nicht im Bestand. Handelsaktiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste aus Handelsaktiva werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Handelsergebnis ausgewiesen.

11 Forderungen

Forderungen werden in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute (LaR) und Forderungen an Kunden (LaR) ausgewiesen und gemäß IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sofern es sich nicht um dFVTPL-Forderungen, AfS-Forderungen oder Grundgeschäfte eines Fair

Value Hedge handelt. Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 hatte der pbb Konzern keine Forderungen der Kategorien AfS und dFVTPL im Bestand.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen auf Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in dem eigenen Posten Kreditrisikoversorge gezeigt. Aus Sicherungsbeziehungen resultierende Wertänderungen werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Alle übrigen Erträge und Aufwendungen aus Forderungen inklusive der Nettogewinne und Nettoverluste werden in der Position Zinsüberschuss ausgewiesen.

12 Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (Risikoversorge)

Eine Risikoversorge für Kreditrisiken wird gebildet, wenn objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass nicht der gesamte gemäß den ursprünglichen vertraglichen Bedingungen geschuldete Betrag eingebracht werden kann. Der Bemessung der Risikoversorge liegen im Wesentlichen Erwartungen hinsichtlich Kreditausfällen, der Struktur und Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren auf Einzel- und Portfoliobasis zugrunde.

Einzelwertberichtigungen

Für alle erkennbaren Ausfallrisiken entspricht die Risikoversorge der Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsströme. Letzterer wird anhand des ursprünglichen Effektivzinssatzes errechnet. Marktzinsänderungen wirken sich dabei nicht aus. Die durch Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts einer wertberichtigten Forderung (sogenanntes Unwinding) wird als Zinsertrag ausgewiesen.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen

Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden gemäß IAS 39.64 zu risikoinhärenten Portfolios zusammengefasst. Für diese werden portfoliobasierte Wertberichtigungen gebildet, deren Höhe sich nach aktuellen Ereignissen, Informationen über signifikante Änderungen im technologischen, marktbezogenen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld mit nachteiligen Folgen sowie nach historischen Ausfallquoten bemisst.

Die Risikoversorge unterteilt sich in Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wie noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen. Eine Wertberichtigung auf Forderungen wird als Abzugsposten auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen, wohingegen eine Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen auf der Passivseite der Bilanz gezeigt wird. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden grundsätzlich alle Effekte in der Position Kreditrisikoversorge ausgewiesen. Lediglich der Ertrag aus der durch Zeitablauf bedingten Erhöhung des Barwerts der wertberichtigten Forderungen wird in der Position Zinsüberschuss gezeigt.

13 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen (LaR) werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen auf LaR-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswerts. Die Finanzanlagen (AfS) werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von AfS-Finanzanlagen werden erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals erfasst (AfS-Rücklage), bis der Vermögenswert verkauft, eingezogen oder anderweitig abgegangen ist oder eine Wertminderung für den finanziellen Vermögenswert gemäß IAS 39.58 ff. festgestellt wurde, sodass zu diesem Zeitpunkt der zuvor im Eigenkapital erfasste kumulative Gewinn oder Verlust erfolgswirksam wird. Einzelwertberichtigungen auf AfS-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswerts. Portfoliobasierte Wertberichtigungen sind nicht auf AfS-Finanzanlagen zu bilden. Wertänderungen von AfS-Finanzanlagen,

die effektiv gegen Marktpreisrisiken abgesichert sind, werden im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet. In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 hatte der pbb Konzern keine HtM- und dFVTPL-Finanzanlagen.

14 Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Buchwerte werden (ausgenommen bei Grundstücken) um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer gemindert. Darüber hinaus werden Sachanlagen mindestens einmal jährlich auf Anhaltspunkte für eine außerplanmäßige Wertminderung geprüft. Sofern eine Wertminderung eingetreten ist, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung. Entfallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung, werden Zuschreibungen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Bei Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer unter Berücksichtigung von Verlängerungsoptionen zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Wirtschaftliche Nutzungsdauer

Einbauten in fremde Anwesen	5–15 Jahre
EDV-Anlagen (im weiteren Sinne)	3–5 Jahre
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–25 Jahre

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, sofern dem Unternehmen ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Aufwendungen für Maßnahmen zum Erhalt der Sachanlagen werden in dem Geschäftsjahr, in dem sie entstanden sind, erfolgswirksam erfasst.

15 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten ist im Wesentlichen erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen. Geschäfts- oder Firmenwerte, Markennamen und Kundenbeziehungen sind nicht aktiviert.

Software stellt immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer dar. Erworbene Software wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Selbst erstellte Software aktiviert der pbb Konzern, wenn es wahrscheinlich ist, dass der pbb Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Die aktivierungsfähigen Aufwendungen für selbst erstellte Software umfassen externe, direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personalaufwendungen für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Software wird über erwartete Nutzungsdauern von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Darüber hinaus werden immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer jährlich oder wenn es einen Anhaltspunkt dafür gibt, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte, auf Werthaltigkeit geprüft.

16 Sonstige Aktiva

Unter den Sonstigen Aktiva werden vor allem die positiven beizulegenden Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Sicherungsderivate) und Rettungserwerbe ausgewiesen. Rettungserwerbe werden wie Vorräte gemäß IAS 2 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet.

17 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, die nicht Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedge sind und nicht der Kategorie dFVTPL angehören, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien und Disagien werden dabei anteilig berücksichtigt. Unverzinsliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt. Der pbb Konzern hat Verbindlichkeiten nicht in die Bewertungskategorie dFVTPL designiert. Aus Sicherungszusammenhängen resultierende Wertänderungen werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Alle übrigen Erträge und Aufwendungen aus Verbindlichkeiten inklusive der als Nettogewinne und Nettoverluste gezeigten Einlösungsgewinne und -verluste werden in der Position Zinsüberschuss gezeigt.

18 Handelspassiva

Unter den Handelspassiva sind negative Marktwerte von Stand-alone-Derivaten des Bankbuchs ausgewiesen. Handelspassiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste aus Handelspassiva werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Handelsergebnis ausgewiesen.

19 Rückstellungen

Eine Rückstellung ist eine Schuld, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss ist. Rückstellungen sind dann anzusetzen, wenn einem Unternehmen aus einem Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung entstanden ist, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Gemäß IAS 37.15 gibt es vereinzelt Fälle, in denen unklar ist, ob eine gegenwärtige Verpflichtung existiert. In diesen Fällen führt ein Ereignis der Vergangenheit zu einer gegenwärtigen Verpflichtung, wenn unter Berücksichtigung aller verfügbaren substanziellen Hinweise mehr für das Bestehen einer gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag spricht als dagegen. In Ausnahmefällen, zum Beispiel in einem Rechtsstreit, kann über die Frage gestritten werden, ob bestimmte Ereignisse eingetreten sind oder diese zu einer gegenwärtigen Verpflichtung geführt haben. In diesem Fall bestimmt die pbb unter Berücksichtigung aller verfügbaren substanziellen Hinweise, einschließlich der Meinung zum Beispiel von Sachverständigen, ob zum Abschlussstichtag eine gegenwärtige Verpflichtung besteht.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wird die bestmögliche Schätzung nach IAS 37.36 ff. verwendet. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst mit einem Zinssatz, der die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt sowie auf die für die Schuld typischen Risiken widerspiegelt.

Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren). Die Höhe der Rückstellung entspricht der sogenannten Nettoschuld als Differenz zwischen dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und dem beizulegenden Zeitwert eines Planvermögens. Die pbb hat ein Planvermögen in Form einer qualifizierenden Versicherungspolice abgeschlossen, mit dem sie sich gegen Teile der Risiken aus den leistungsorientierten Pensionszusagen abgesichert hat. Die Rückdeckungsversicherungen sind an die Versorgungsberechtigten verpfändet.

Die Ermittlung der Nettoschuld basiert auf demografischen und finanziellen versicherungsmathematischen Annahmen. Eine demografische Annahme ist beispielsweise die Sterbewahrscheinlichkeit, für die die pbb Richttafeln verwendet. Bei den finanziellen versicherungsmathematischen Annahmen hat der Abzinsungssatz die größte Auswirkung auf die Höhe der Nettoschuld. Der Zinssatz, der zur Bewertung herangezogen wird, ist auf der Grundlage der Renditen zu bestimmen, die am Abschlussstichtag für erstrangige, festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt erzielt werden.

Die Nettozinsen auf die Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan werden ermittelt, indem die Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan mit dem Abzinsungssatz multipliziert wird. Die Ermittlung erfolgt zu Beginn des Geschäftsjahres. Alle während der Periode aufgrund von Beiträgen oder Leistungsauszahlungen erfolgten Änderungen der Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan werden berücksichtigt. Die Nettozinsen auf die Nettoschuld werden wie die übrigen erfolgswirksamen Effekte aus den leistungsorientierten Pensionszusagen und dem Planvermögen in der Position Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Neubewertungen der Nettoschuld resultieren aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten und dem Ertrag aus dem Planvermögen mit Ausnahme der Beträge, die in den Nettozinsen auf die Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan enthalten sind. Neubewertungen der Nettoschuld sind im Eigenkapital in der Position Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen auszuweisen. Veränderungen der Neubewertungen der Nettoschuld in einer Periode werden als Komponenten der Konzern-Gesamtergebnisrechnung gezeigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen aus Erhöhungen oder Verminderungen des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung aufgrund von Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und der erfahrungsbedingten Anpassungen. Auswirkungen aus einer Änderung des Abzinsungssatzes haben in der Regel den größten Effekt auf die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste.

Der pbb Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (BVV). Sowohl der pbb Konzern als Arbeitgeber als auch die berechtigten Arbeitnehmer leisten regelmäßig Altersvorsorgebeiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Bezug auf die eigenen Mitarbeiter. Der pbb Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsorientierten Plan und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen für eine Bilanzierung als leistungsorientierter Plan nicht ausreichen. Der pbb Konzern erachtet die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme aus der Subsidiärhaftung als äußerst gering und bildet für diesen Sachverhalt keine Rückstellung.

20 Sonstige Passiva

Unter den Sonstigen Passiva werden neben den negativen beizulegenden Zeitwerten aus im Hedge Accounting abgebildeten Derivaten unter anderem abgegrenzte Verbindlichkeiten ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Verbindlichkeiten für erhaltene oder gelieferte Güter oder Dienstleistungen, die weder bezahlt noch vom Lieferanten in Rechnung gestellt oder formal vereinbart wurden. Hierzu gehören auch kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, zum Beispiel Gleitzeitguthaben und Urlaubsansprüche. Die abgegrenzten Verbindlichkeiten sind in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt worden. Sofern die hier aufgezählten Verpflichtungen am Abschlussstichtag noch nicht genau quantifizierbar und die Voraussetzungen des IAS 37 zur Bildung von Rückstellungen erfüllt sind, sind die Verpflichtungen unter den Rückstellungen auszuweisen.

21 Nachrangkapital

Nachrangkapital darf im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital des pbb Konzerns umfasst nachrangige Verbindlichkeiten. Die hybriden Kapitalinstrumente wurden 2017 zurückgezahlt. Bei einigen Instrumenten des Nachrangkapitals nehmen die Inhaber an einem etwaigen Jahresfehlbetrag beziehungsweise Bilanzverlust teil. Darüber hinaus kann unter bestimmten Voraussetzungen der Zinsanspruch entfallen oder sich reduzieren. Bei anderen Instrumenten entfällt bei einem Jahresfehlbetrag beziehungsweise Bilanzverlust lediglich die Verzinsung, wobei diese, je nach Gestaltungsform, wieder aufgeholt werden kann.

Die von Unternehmen des pbb Konzerns emittierten Nachrangkapitalinstrumente werden gemäß IAS 32 als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument entsprechend der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarung und den Begriffsbestimmungen für finanzielle Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumente klassifiziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die fortgeführten Anschaffungskosten sind der Betrag, mit dem das Nachrangkapital beim erstmaligen Ansatz bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode sowie abzüglich etwaiger erwarteter Minderungen am Zins- und/oder Kapitaldienst.

22 Anteilsbasierte Vergütung

Der pbb Konzern hat einzelnen Anspruchsberechtigten eine anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich zugesagt. Die Anspruchsberechtigten werden einen Teil ihrer variablen Vergütung (60%) zeitlich verzögert in den Folgejahren auf Basis des Durchschnittskurses der pbb-Aktien des jeweiligen Monats Februar ausbezahlt bekommen. Der Auszahlungsanteil beträgt somit 40%. Der von der Nachhaltigkeit abhängige Anteil nimmt an der Kursentwicklung der pbb-Aktie unmittelbar teil. Damit wird die variable Vergütung der Anspruchsberechtigten im Rahmen der Nachhaltigkeitskomponente wirtschaftlich mit der Entwicklung des Aktienkurses verknüpft. Zum 31. Dezember 2017 belief sich das Volumen der anteilsbasierten Vergütung insgesamt auf weniger als 1 Mio. € (31. Dezember 2016: weniger als 1 Mio. €).

23 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Zum Abschlussstichtag werden monetäre Posten in Fremdwährung zum Stichtagskurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Berichtswährung ist Euro. Nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, werden mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt.

Erträge und Aufwendungen, die sich aus der Währungsumrechnung der Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften in die funktionale Währung ergeben, werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Position Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen erfasst.

Im vorliegenden Konzernabschluss sind die Bilanzpositionen der Tochterunternehmen, soweit diese nicht in Euro bilanzieren, mit marktgerechten Kursen am Abschlussstichtag umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Tochterunternehmen werden Durchschnittskurse verwendet. Differenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse der Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und sind in der Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals in der Währungsrücklage¹ ausgewiesen. Der Konsolidierungskreis schließt keine Unternehmen aus Hochinflationen ein.

¹ Aufgrund von Unwesentlichkeit wird die Währungsrücklage zusammen mit den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

24 Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden bis auf die im Standard festgelegten Ausnahmen für alle temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Steuerwerten sowie auf die Unterschiedsbeträge, die sich aus der konzerneinheitlichen Bewertung und Konsolidierung ergeben, gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Latente Steueransprüche aufgrund von ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen, Zinsvorträgen und Steuergutschriften werden angesetzt, soweit dies nach IAS 12.34 ff. notwendig ist und dem nicht die Änderung des Steuerstatus nach SIC-25 entgegensteht.

Die Berechnung der latenten Steuern erfolgt mit den jeweiligen nationalen Steuersätzen, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, da die Konzeption der latenten Steuern auf der Darstellung zukünftiger Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen beruht (Liability-Methode). Änderungen der Steuersätze sind berücksichtigt. Die Auszahlung des per 31. Dezember 2006 aktivierten Körperschaftsteuerminderungsguthabens wurde mit der letzten Teilzahlung zum 30. September 2017 abgeschlossen.

25 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Gemäß IFRS 5 ist ein langfristiger Vermögenswert oder eine Veräußerungsgruppe als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Für die Umklassifizierung als zur Veräußerung gehalten müssen bestimmte Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein. Vor allem muss eine konkrete Veräußerungsabsicht vorliegen, der Vermögenswert sofort verfügbar sein und die Veräußerung hochwahrscheinlich sein. Der pbb Konzern hatte zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 keine zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte im Bestand.

26 Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Bei der Aufstellung des Abschlusses trifft der pbb Konzern zukunftsbezogene Annahmen und Schätzungen. Dadurch kann das beträchtliche Risiko entstehen, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erforderlich wird und dadurch die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflusst wird. Die den vorzunehmenden Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen und Parameter basieren auf einer sachgerechten Ausübung von Ermessensspielräumen.

Unternehmensfortführung

Der Abschluss des pbb Konzerns basiert auf der Annahme, den Geschäftsbetrieb fortzuführen. Die Risiken der voraussichtlichen Entwicklung sind im Prognosebericht beschrieben.

Wertberichtigungen

Das Portfolio des pbb Konzerns wird mindestens jährlich auf Wertminderungen überprüft. Es ist zu beurteilen, ob die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme niedriger sind als die tatsächlich vereinbarten Zahlungsströme. Dabei ist abzuschätzen, ob beobachtbare Daten auf eine messbare Verringerung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme hinweisen. Hinweise umfassen beispielsweise beobachtbare Daten, die auf eine nachteilige Veränderung beim Zahlungsstand von Kreditnehmern schließen lassen, sowie volkswirtschaftliche oder wirtschaftliche Faktoren, die mit Ausfällen des Portfolios korrelieren. Die Methoden und die Annahmen zur Schätzung der Höhe und des zeitlichen Verlaufs der Zahlungsströme werden regelmäßig überprüft, damit die Differenzen zwischen geschätzten und tatsächlichen Ausfällen möglichst gering gehalten werden können. Der Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigungen liegen ferner die Annahme der Verlustbestimmungsperiode (Loss Identification Period) wie auch das erwartete Volumen, basierend auf statistischen Daten, zugrunde.

Beizulegende Zeitwerte von originären und derivativen Finanzinstrumenten

Die beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die nicht auf aktiven Märkten notiert sind, werden mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt. In solchen Fällen erfolgt regelmäßig eine Überprüfung, ob die Bewertungsmodelle einen vergleichbaren Maßstab für die aktuellen Marktpreise liefern. In den Bewertungsmodellen können nur quantifizierbare Faktoren (zum Beispiel Zahlungsströme, Diskontierungssätze) berücksichtigt werden, die gleichwohl Schätzungen erfordern. Änderungen von Annahmen über diese Faktoren könnten die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente beeinflussen.

Gemäß IAS 8.34 sind rechnungslegungsbezogene Schätzungen zu ändern, wenn sich die Umstände, auf deren Grundlage die Schätzung erfolgt ist, als Ergebnis von neuen Informationen oder zunehmender Erfahrung ändern. Zum 31. Dezember 2017 hat der pbb Konzern die in die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Darlehen einfließenden Schätzungen bezüglich der nicht am Markt beobachtbaren Credit Spreads geändert. Die für die Credit-Spread-Ermittlung verwendeten Bewertungsparameter Ausfallwahrscheinlichkeit und Verlustquote wurden an die zur Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigung verwendeten angelehnt. Aus der rechnungslegungsbezogenen Schätzänderung ergab sich eine Erhöhung der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen an Kunden um 38 Mio. €. Weiterhin wurde bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Darlehen im Segment Real Estate Finance die Einschätzung zur Ausübung von Kündigungsrechten angepasst; hieraus ergab sich eine Verringerung des Fair Values der Forderungen an Kunden um 34 Mio. €. Die Änderungen beider rechnungslegungsbezogenen Schätzungen haben keine Auswirkung auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Konzern-Bilanz des pbb Konzerns. Sie wirken sich jedoch im Ausweis der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) im Anhang (Notes) aus.

Eingebettete Derivate

Ein eingebettetes Derivat ist gemäß IAS 39.11 vom Basisvertrag zu trennen und separat zu bewerten, wenn neben anderen Kriterien die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind. Um das Vorliegen einer Trennungspflicht zu prüfen, werden die wirtschaftlichen Risiken von Grundgeschäft und eingebettetem Derivat beurteilt.

Hedge Accounting

Beziehungen zwischen Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten können im Hedge Accounting abgebildet werden. Eine Beziehung qualifiziert sich nur dann für das Hedge Accounting, wenn bestimmte Bedingungen gemäß IAS 39.88 erfüllt sind. Unter anderem muss die Absicherung hinsichtlich der Erreichung einer Kompensation der Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Cashflows in Bezug auf das abgesicherte Risiko als in hohem Maße wirksam gelten.

Die Ermittlung der Wirksamkeit der Risikoabsicherung ist abhängig von Risikomessmethoden, den verwendeten Parametern und Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit. Diese Methoden und Parameter werden im Einklang mit den Risikomanagementzielsetzungen und -strategien weiterentwickelt.

Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die Bilanzierung der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen unterliegt im pbb Konzern Schätzungssicherheiten, vor allem bei der Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern und der damit einhergehenden Abschreibungshöhe der Periode.

Rückstellungen

Die Bewertung von Rückstellungen ist im pbb Konzern mit Schätzungen verbunden. Schätzungssicherheiten ergeben sich insbesondere bei der Einschätzung der Höhe der zukünftigen Zahlungs- mittelabflüsse und des Zeithorizonts sowie der Höhe des Diskontierungszinssatzes.

Ertragsteuern

Der pbb Konzern unterliegt bei der Kalkulation der Ertragsteuern den unterschiedlichsten nationalen Steuerregelungen. Zur Beurteilung des Steueraufwands sind jeweils Schätzungen erforderlich, die mit den zum Abschlussstichtag vorhandenen Erkenntnissen eng an der im folgenden Geschäftsjahr zu erstellenden Jahressteuererklärung orientiert sind. In einigen Ländern sind die tatsächlichen Steuerlasten, die auf das laufende Geschäftsjahr entfallen, erst nach entsprechender Steuerprüfung endgültig festzustellen. Diese Abweichungen vom geschätzten Steueraufwand können den Steuer- aufwand in zukünftigen Geschäftsjahren positiv oder negativ beeinflussen.

Bei der Aktivierung von Verlustvorträgen und sonstigen Steuergutschriften unterliegen sowohl die Höhe als auch die tatsächliche Verfügbarkeit Schätzungen. Wesentliche Verlustvorträge sind dem deutschen Steuerrecht zuzuordnen und hängen in ihrer Verfügbarkeit unter anderem von den Ein- schränkungen der § 10 d EStG, § 8 c KStG beziehungsweise § 10 a GewStG ab. Einschränkungen aufgrund einer Änderung des Steuerstatus (SIC-25) infolge der realisierten Privatisierung im Jahr 2015 sind zum Bilanzstichtag nicht eingetreten. Latente Steueransprüche auf Verlustvorträge sind deshalb in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiges zu versteuern- des Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die noch nicht genutzten steuerlichen Verlust- vorträge verwendet werden können.

Konsolidierung

Unternehmen und strukturierte Einheiten sind zu konsolidieren, wenn die pbb unmittelbar oder mit- telbar Beherrschung über sie hat. Beherrschung liegt vor, wenn die pbb die Entscheidungsmacht hat, die relevanten Tätigkeiten zu steuern, ein Anrecht auf die signifikanten Rückflüsse aus dem Tochterunternehmen besitzt und ihre Entscheidungsmacht dazu nutzen kann, die Höhe der signifi- kanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Der Grad der Beherrschung wird auf Basis der ver- traglichen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Unternehmen beziehungsweise der strukturierten Einheit beurteilt. Bei der Beurteilung, ob Beherrschung oder maßgeblicher Einfluss auf Gesellschaften vorliegt, sind Schätzungen erforderlich beziehungsweise kann es zu Ermessensspielräumen kommen.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

27 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung nach Geschäftssegmenten

Die Segmentberichterstattung wurde für das Geschäftsjahr 2017 nach den Regelungen des IFRS 8 Geschäftssegmente erstellt. Dem Management-Approach des IFRS 8 folgend legt die Segmentberichterstattung die steuerungsrelevanten Finanzinformationen segmentbezogen offen, die auch vom Vorstand als verantwortlicher Unternehmensinstanz (Chief Operating Decision Maker) regelmäßig zur Entscheidung über die Allokation von Ressourcen sowie zur Bewertung der Ertragskraft der Segmente herangezogen werden. Beim pbb Konzern werden auf Grundlage der nach den unterschiedlichen Produkten und Dienstleistungen ausgerichteten Organisationsstruktur in Übereinstimmung mit der internen Managementberichterstattung drei Geschäftssegmente bestimmt.

In der Segmentberichterstattung ermitteln sich die Erträge als vereinnahmter Kundenzinssatz abzüglich der zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses gültigen fristenkongruenten Refinanzierungssätze. Die benötigten Inputparameter werden zum Zeitpunkt des Neugeschäftsabschlusses im Rahmen der Einzelgeschäftskalkulation bestimmt. Darüber hinaus erfolgt auf Segmentebene die Verrechnung der Erträge aus der Eigenmittelanlage und der kalkulatorischen Kosten für die Bevorratung von Liquidität nach Liquiditätsinanspruchnahme.

Erträge oder Aufwendungen, die nicht eindeutig dem einzelnen Segment zugeordnet werden können (insbesondere das Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten der Liquiditätssteuerung, aus Vorfälligkeitsentschädigungen, aus marktinduzierten Effekten im Handelsergebnis, aus Sicherungszusammenhängen und aus der Bankenabgabe), werden auf die Geschäftssegmente allokiert. Die Allokation erfolgt in der Regel proportional zum Finanzierungsvolumen.

Bei der Verteilung des Verwaltungsaufwands auf die Geschäftssegmente wird zwischen direkt zurechenbaren und nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen unterschieden. Direkt zuordenbare Aufwendungen (zum Beispiel der Vertriebsseinheiten) lassen sich mittels der Kostenstelle eindeutig den Segmenten zuordnen. Die nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen (zum Beispiel der Zentralbereiche) werden über wohldefinierte Allokationsschlüssel je Kostenstelle auf die Segmente verteilt.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA) der Segmente ermitteln sich gemäß der Zuordnung auf Einzelgeschäftsbasis (zum Beispiel Kreditrisiko) und gemäß allokierten Risikoarten (zum Beispiel operative Risiken). Die nicht direkt zurechenbaren Risikoarten werden nach wohldefinierten Schlüsseln den Segmenten zugeordnet. Der aus der Harmonisierung der Risikomodelle resultierende RWA-Anstieg im Jahr 2017 entfiel vollständig auf das Segment REF.

Das Eigenkapital ohne Neubewertungsrücklage wird in seiner vollen Höhe auf die Segmente und die Überleitungsspalte Consolidation & Adjustments (C&A) ohne Ausweis eines Überschusskapitals allokiert. Die Allokation des Eigenkapitals ohne Neubewertungsrücklage auf die Geschäftssegmente und C&A erfolgt proportional und damit konsistent zur Verteilung des diversifizierten ökonomischen Kapitals im Gone-Concern-Ansatz in der Risikosteuerung.

Real Estate Finance (REF)

Das Geschäftssegment REF umfasst Finanzierungen für mittel- bis langfristig orientierte professionelle Immobilieninvestoren. Hierzu zählen nationale und internationale Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds sowie in Deutschland zusätzlich regional orientierte Kunden. Dabei sind auskömmliche Losgrößen und risikoadäquate Beleihungsausläufe Voraussetzung. Strategische Partnerschaften werden mit anderen Instituten mit dem Ziel geschlossen, durch Syndizierungen und Konsortialfinanzierungen für Kunden auch höhere Beleihungsausläufe und größere Volumina zu ermöglichen.

Public Investment Finance (PIF)

Das Geschäftssegment PIF umfasst pfandbrieffähige Finanzierungen zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen, kommunalem beziehungsweise sozialem Wohnungsbau, Gebäuden der Ver- und Entsorgungswirtschaft, Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Darüber hinaus ist der pbb Konzern in der öffentlich garantierten Exportfinanzierung aktiv. Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit öffentlicher Gewährleistung gewährt.

Value Portfolio (VP)

Das Geschäftssegment VP beinhaltet alle nicht strategischen Portfolios und Aktivitäten des pbb Konzerns. Insbesondere umfasst das Segment Budgetfinanzierungen als nicht strategisch eingestufte Öffentliche Investitionsfinanzierungen und ausgewählte strukturierte Produkte.

In **Consolidation & Adjustments (C&A)** erfolgt die Überleitung der Summe der Segmentergebnisse auf das Konzernergebnis. Die Spalte enthält unter anderem Erträge aus der Anlage des allokierten Eigenkapitals.

28 Erfolgsrechnung nach Geschäftssegmenten

Erträge/Aufwendungen

in Mio. €		REF	PIF	VP	C&A	pbb Konzern
Operative Erträge	2017	337	24	56	7	424
	2016	306	30	165	7	508
Zinsüberschuss	2017	350	36	42	7	435
	2016	321	35	41	7	404
Provisionsüberschuss	2017	9	-	-1	-	8
	2016	9	-	-1	-	8
Handelsergebnis	2017	-	-2	-3	-	-5
	2016	-2	-1	-3	-	-6
Finanzanlageergebnis	2017	-1	-6	3	-	-4
	2016	3	1	121	-	125
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	2017	-1	-	-	-	-1
	2016	3	1	2	-	6
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	2017	-20	-4	15	-	-9
	2016	-28	-6	5	-	-29
Kreditrisikoversorge	2017	-7	-	1	-	-6
	2016	2	-	-3	-	-1
Verwaltungsaufwand	2017	-172	-29	-15	-	-216
	2016	-156	-26	-16	-	-198
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	2017	2	-	-	-	2
	2016	-6	-1	-1	-	-8
Ergebnis vor Steuern	2017	160	-5	42	7	204
	2016	146	3	145	7	301

Cost-Income-Ratio¹⁾

in %		REF	PIF	VP	pbb Konzern
Cost-Income-Ratio	2017	51,0	>100,0	26,8	50,9
	2016	51,0	86,7	9,7	39,0

¹⁾ Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen.

29 Bilanzbezogene Steuerungsgrößen nach Geschäftssegmenten

Der Vorstand steuert bilanzbezogene Größen nach Geschäftssegmenten auf Basis des Finanzierungsvolumens, der risikogewichteten Aktiva und des Eigenkapitals.

Bilanzbezogene Steuerungsgrößen nach Geschäftssegmenten

in Mrd. €		REF	PIF	VP	C&A	pbb Konzern
Finanzierungsvolumen ¹⁾	31.12.2017	24,9	7,0	13,8	–	45,7
	31.12.2016	24,1	7,4	15,8	–	47,3
Risikogewichtete Aktiva ²⁾	31.12.2017	8,3	1,6	3,5	1,1	14,5
	31.12.2016	6,4	1,4	4,1	1,2	13,1
Eigenkapital ³⁾	31.12.2017	0,7	0,3	1,5	0,4	2,9
	31.12.2016	0,6	0,3	1,5	0,4	2,8

¹⁾ Nominalia der gezogenen Teile der ausgereichten Kredite und Teile des Wertpapierportfolios.

²⁾ Inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5.

³⁾ Ohne Neubewertungsrücklage.

30 Aufgliederung der operativen Erträge

Operative Erträge nach Produkten

in Mio. €		Real-Estate- Finanzierungen	Public- Investment- Finanzierungen	Sonstige Produkte	pbb Konzern
Operative Erträge	2017	337	24	63	424
	2016	306	30	172	508

Operative Erträge nach Regionen

Der pbb Konzern unterscheidet die Regionen Deutschland, sonstiges Europa und Amerika/Asien. Die Zurechnung der Werte zu den Regionen richtet sich nach dem Sitz der Konzernunternehmen beziehungsweise deren Niederlassungen.

Operative Erträge nach Regionen

in Mio. €		Deutschland	Sonstiges Europa	Amerika und Asien	pbb Konzern
Operative Erträge	2017	357	68	–1	424
	2016	453	55	–	508

Operative Erträge nach Kunden

In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 gab es keine wesentlichen Kunden im Sinne des IFRS 8.34.

ANGABEN ZUR KONZERN-GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

31 Zinsüberschuss

Zinsüberschuss nach Ertrags-/Aufwandsart

in Mio. €	2017	2016
Zinserträge	1.672	1.843
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	1.105	1.180
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldbuchforderungen	368	414
Laufendes Ergebnis aus Swap-Geschäften (Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen)	195	245
Sonstiges	4	4
Zinsaufwendungen	-1.237	-1.439
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-220	-298
Verbriefte Verbindlichkeiten	-965	-1.083
Nachrangkapital	-52	-58
Insgesamt	435	404

Die Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, betragen 1.382 Mio. € (2016: 1.498 Mio. €). Aus AfS-Vermögenswerten beliefen sich die Zinserträge auf 91 Mio. € (2016: 96 Mio. €). Somit beliefen sich die Gesamtzinserträge aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten auf 1.473 Mio. € (2016: 1.594 Mio. €).

Die Zinsaufwendungen in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 entfielen vollständig auf nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten.

Negative Zinserträge ergaben sich in Höhe von 16 Mio. € (2016: 15 Mio. €) und positive Zinsaufwendungen in Höhe von 16 Mio. € (2016: 14 Mio. €); sie waren jeweils überwiegend im laufenden Ergebnis aus Swap-Geschäften (Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen) ausgewiesen.

32 Provisionsüberschuss

Provisionsüberschuss

in Mio. €	2017	2016
Wertpapier- und Depotgeschäft	-2	-1
Kreditgeschäft und sonstiges Dienstleistungsgeschäft	10	9
Insgesamt	8	8

Der Provisionsüberschuss resultierte ausschließlich aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.

33 Handelsergebnis

Handelsergebnis

in Mio. €	2017	2016
aus Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten	–	–9
aus Deviseninstrumenten und zugehörigen Derivaten	–5	3
Insgesamt	–5	–6

34 Finanzanlageergebnis

Im Finanzanlageergebnis werden die Erfolge aus der Veräußerung sowie erfolgswirksam zu erfassende Bewertungsänderungen von Wertpapieren der Bewertungskategorien AfS und LaR ausgewiesen. Nach Bewertungskategorien ergibt sich folgende Aufteilung des Finanzanlageergebnisses:

Finanzanlageergebnis aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

in Mio. €	2017	2016
Finanzanlagen (AfS)	–	3
Finanzanlagen (LaR)	–4	122
Insgesamt	–4	125

35 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

in Mio. €	2017	2016
Ergebnis aus Micro Fair Value Hedge Accounting	–1	6
Bewertungsergebnis des Grundgeschäfts	106	189
Bewertungsergebnis des Sicherungsgeschäfts	–107	–183
Ergebnis aus Portfolio Hedge Accounting	–	–
Bewertungsergebnis des Grundgeschäfts	–1	2
Bewertungsergebnis des Sicherungsgeschäfts	1	–2
Insgesamt	–1	6

36 Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen

Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen

in Mio. €	2017	2016
Sonstige betriebliche Erträge	60	48
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-69	-77
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-9	-29

37 Kreditrisikovorsorge

Kreditrisikovorsorge

in Mio. €	2017	2016
Wertberichtigungen auf Forderungen	-7	-6
Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	-	1
Zuführungen	-	-
Auflösungen	-	1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1	4
Insgesamt	-6	-1

Die Bestandsentwicklung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und der portfoliobasierten Wertberichtigungen ist in der Note „Wertberichtigungen auf Forderungen“ dargestellt.

38 Verwaltungsaufwand

Verwaltungsaufwand

in Mio. €	2017	2016
Personalaufwand	-119	-103
Löhne und Gehälter	-93	-78
Soziale Abgaben	-16	-16
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-10	-9
Sachaufwand	-97	-95
Andere Verwaltungsaufwendungen	-87	-84
Beratungsaufwand	-20	-16
IT-Aufwand	-31	-33
Raum- und Betriebsaufwand	-9	-9
Sonstiger Sachaufwand	-27	-26
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-10	-11
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-8	-8
auf Sachanlagen	-2	-3
Insgesamt	-216	-198

39 Saldo übrige Erträge/Aufwendungen

Saldo übrige Erträge/Aufwendungen

in Mio. €	2017	2016
Übrige Erträge	2	1
Darunter: Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen	2	1
Übrige Aufwendungen	-	-9
Darunter: Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen	-	-8
Sonstige Steuern	-	-1
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	2	-8

40 Ertragsteuern

Zusammensetzung

in Mio. €	2017	2016
Tatsächliche Steuern	-39	-59
Latente Steuern	17	-45
Darunter: Latente Steuern auf Verlustvorträge	2	-25
Insgesamt	-22	-104

Die tatsächlichen Steuern enthalten einen Steuerertrag für Vorjahre in Höhe von 8 Mio.€ (2016: Steueraufwand von 16 Mio.€), der im Wesentlichen aus Auswirkungen steuerlicher Betriebsprüfungen resultierte.

Die Entwicklung der bilanzierten latenten Steuern ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Entwicklung der latenten Steuern

in Mio. €	2017	2016
Bilanzansatz latenter Steuern	87	71
Unterschied gegenüber dem Vorjahr	16	-13
Davon: erfolgswirksam	17	-45
Verrechnung mit Gewinn/Verlust aus Pensionszusagen	-3	4
Verrechnung mit AfS-Rücklage	-6	12
Verrechnung mit Cashflow-Hedge-Rücklage	8	16

Die erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steuern bezüglich der Gewinne/Verluste aus Pensionszusagen von -3 Mio.€ (2016: 4 Mio.€) ist in den latenten Steuern für die Bilanzposition Rückstellungen enthalten.

Die erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steuern bezüglich der AfS-Rücklage von -6 Mio.€ (2016: 12 Mio.€) ist in den latenten Steuern der Bilanzposition Finanzanlagen enthalten.

Die erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steuern bezüglich der Cashflow-Hedge-Rücklage von 8 Mio. € (2016: 16 Mio. €) ist in den latenten Steuern der Bilanzposition Sonstige Aktiva/Passiva enthalten.

Überleitungsrechnung

in Mio. € (soweit nicht anders angegeben)

	2017	2016
Ergebnis vor Steuern	204	301
Anzuwendender (gesetzlicher) Steuersatz in %	27,67	27,67
Erwarteter (rechnerischer) Steueraufwand	-56	-83
Steuereffekte		
aus Steuersatzunterschieden	-1	-
aus steuerfreien Erträgen	-1	-3
aus steuerlichen Hinzu- und Abrechnungen	-15	-19
aus Wertanpassungen und dem Nichtansatz latenter Steuern	43	17
aus Vorjahren	8	-16
Ausgewiesene Ertragsteuern	-22	-104
Konzernsteuerquote in %	10,78	34,55

Bei Euro-genauer Ermittlung ergibt sich eine Konzernsteuerquote von 11,13% (2016: 34,59%).

Der für das Berichtsjahr anzuwendende Steuersatz inklusive Solidaritätszuschlag beträgt 27,67% (2016: 27,67%) und setzt sich zusammen aus dem aktuell geltenden deutschen Körperschaftsteuersatz von 15,0%, dem hierauf entfallenden Solidaritätszuschlag von 5,5% sowie dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von 11,843% (2016: 11,843%).

Die ausländischen Steuersätze bewegen sich in einer Bandbreite zwischen 19,0% und 35,6%.

Unter den Effekten aus steuerfreien Erträgen sind Effekte aus steuerfreien Beteiligungserträgen sowie Ausschüttungen im deutschen und internationalen Bereich erfasst. Hierbei wurde jeweils auf die vor Ort geltenden steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften abgestellt.

Die Effekte aus steuerlichen Hinzu- und Abrechnungen betreffen vor allem steuerlich nicht abzugsfähige Betriebsausgaben, die aufgrund der permanenten Differenz nicht mit latenten Steuern zu berücksichtigen waren, aber die Besteuerungsbasis gemindert oder erhöht haben.

In der Position Effekte aus Wertanpassungen und dem Nichtansatz latenter Steuern sind zum einen Effekte aus der Abschreibung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge und zum anderen gegenläufige Effekte aus der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verlustvorträge enthalten.

Die Position Effekte aus Vorjahren beinhaltet tatsächliche Steuern der Vorjahre, die aufgrund von Betriebsprüfungen oder einer Neuurteilung der Steuerpflicht entstanden sind.

Die Konzernsteuerquote ist der Quotient aus der ausgewiesenen Ertragsteuer (tatsächliche und latente Steuern) und dem Ergebnis vor Steuern.

Die latenten Steuerverpflichtungen beziehungsweise die latenten Steueransprüche verteilen sich auf folgende Positionen:

Latente Steuerverpflichtungen/-ansprüche

in Mio. €	2017	2016
Forderungen an Kreditinstitute/Kunden (inklusive Risikovorsorge)	-	11
Finanzanlagen	5	154
Handelsaktiva	49	28
Sonstige Aktiva/Passiva	107	137
Latente Steuerverpflichtungen vor Saldierung	161	330
Saldierung	-161	-330
Latente Steuerverpflichtungen nach Saldierung	-	-
Finanzanlagen	7	161
Rückstellungen	38	38
Sonstige Aktiva/Passiva	83	114
Handelspassiva	37	8
Verlustvorträge	83	80
Latente Steueransprüche vor Saldierung	248	401
Saldierung	-161	-330
Latente Steueransprüche nach Saldierung	87	71

Die Bemessung der latenten Steuern erfolgte bei den inländischen Gesellschaften mit dem zukünftigen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 15,0% zuzüglich des hierauf entfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und des vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuer-satzes (die Messzahl beträgt 3,5%). Es ergibt sich damit bei der pbb ein Gesamtbewertungssatz für latente Steuern von 27,67% (2016: 27,67%).

Zum Abschlussstichtag bestehen nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge bei der Körperschaftsteuer in Höhe von insgesamt 3.550 Mio. € (2016: 3.712 Mio. €) und bei der Gewerbesteuer in Höhe von 3.591 Mio. € (2016: 3.804 Mio. €). Auf einen Anteil von 341 Mio. € (2016: 334 Mio. €) bei der Körperschaftsteuer und 241 Mio. € (2016: 234 Mio. €) bei der Gewerbesteuer wurden latente Steueransprüche angesetzt, da die Kriterien für einen Ansatz gemäß IAS 12.34 ff. erfüllt waren. Die Beurteilung der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge basiert auf einer Steuerplanung, welche aus der allgemeinen Unternehmensplanung abgeleitet wurde. Die Verlustvorträge sind vorbehaltlich eines etwaigen schädlichen Gesellschafterwechsels zeitlich unbegrenzt nutzbar. Auf aktive latente Steuern aus temporären Differenzen wurde im Geschäftsjahr 2017 eine Wertberichtigung von 0 Mio. € vorgenommen (2016: -2 Mio. €). Aus dem Entstehen und der Umkehr von temporären Differenzen resultierte ein latenter Steuerertrag in Höhe von 15 Mio. € (2016: latenter Steueraufwand von 20 Mio. €).

Steuersatzänderungen führen sowohl im laufenden als auch im Vorjahr zu keinen wesentlichen latenten Steueraufwendungen beziehungsweise Erträgen.

Die Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste führte zu keiner Minderung des tatsächlichen Ertragsteueraufwands (2016: ebenfalls kein Ertragsteueraufwand). Aus der Neuentstehung sowie der Abwertung bislang angesetzter Verlustvorträge ergab sich ein latenter Steuerertrag in Höhe von 2 Mio. € (2016: latenter Steueraufwand 25 Mio. €).

Im Jahr 2017 bestanden keine Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochtergesellschaften (2016: 58 Mio. €). Auf Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochtergesellschaften wurden im Vorjahr keine latenten Steuerschulden angesetzt, da die Möglichkeit und die Absicht bestanden, Gewinne dauerhaft in den Tochtergesellschaften zu investieren.

41 Nettogewinne/Nettoverluste

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthält folgende erfolgswirksame Nettogewinne/Nettoverluste gemäß IFRS 7.20(a):

Nettogewinne/Nettoverluste

in Mio. €	2017	2016
Loans and Receivables	22	167
Available for Sale	-	3
Held for Trading	-5	-6
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-	8

42 Ergebnis je Aktie

Ergebnis je Aktie¹⁾

		2017	2016
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	182	197
Durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Stammaktien	in Stück	134.475.308	134.475.308
Angepasste durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Stammaktien	in Stück	134.475.308	134.475.308
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	in €	1,35	1,46
Verwässertes Ergebnis je Aktie	in €	1,35	1,46

¹⁾ Das Ergebnis je Aktie wird nach IAS 33 mittels Division des den Stammaktionären zurechenbaren Ergebnisses nach Steuern durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der Stammaktien errechnet.

Unter der Annahme, dass genehmigtes und bedingtes Kapital voll ausgenutzt wären, würde sich die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien verdoppeln und sich somit das Ergebnis je Aktie halbieren.

ANGABEN ZUR KONZERN-BILANZ (AKTIVA)

43 Barreserve

Barreserve

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Guthaben bei Zentralnotenbanken	999	1.136
Insgesamt	999	1.136

Der Kassenbestand betrug zum 31. Dezember 2017 wie im Vorjahr 0 Mio. €.

44 Handelsaktiva

Handelsaktiva

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	870	1.089
Insgesamt	870	1.089

45 Forderungen an Kreditinstitute

Forderungen an Kreditinstitute nach Geschäftsarten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Kredite und Darlehen	2.415	2.841
Kommunaldarlehen	706	780
Sonstige Forderungen	1.709	2.061
Insgesamt	2.415	2.841

Forderungen an Kreditinstitute nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällig	1.709	2.059
Befristet mit Restlaufzeit	706	782
bis 3 Monate	45	18
über 3 Monate bis 1 Jahr	104	45
über 1 Jahr bis 5 Jahre	15	164
über 5 Jahre	542	555
Insgesamt	2.415	2.841

46 Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden nach Geschäftsarten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Kredite und Darlehen	40.052	40.913
Kommunaldarlehen	15.112	16.813
Immobilienfinanzierungen	24.934	24.081
Sonstige Forderungen	6	19
Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen	222	233
Insgesamt	40.274	41.146

Forderungen an Kunden nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällig	1.178	1.023
Befristet mit Restlaufzeit	39.096	40.123
bis 3 Monate	1.447	1.167
über 3 Monate bis 1 Jahr	2.462	2.860
über 1 Jahr bis 5 Jahre	17.371	18.067
über 5 Jahre	17.816	18.029
Insgesamt	40.274	41.146

47 Wertberichtigungen auf Forderungen

Bestandsentwicklung

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen	Portfolio-basierte Wertberichtigungen	Insgesamt
Bestand zum 1.1.2016	-117	-32	-149
Erfolgswirksame Veränderungen	8	-12	-4
Erfolgsneutrale Veränderungen	23	-	23
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	16	-	16
Auswirkungen aus der Währungsumrechnung und andere Veränderungen	7	-	7
Bestand zum 31.12.2016	-86	-44	-130
Bestand zum 1.1.2017	-86	-44	-130
Erfolgswirksame Veränderungen	-2	-4	-6
Erfolgsneutrale Veränderungen	64	1	65
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	64	1	65
Auswirkungen aus der Währungsumrechnung und andere Veränderungen	-	-	-
Bestand zum 31.12.2017	-24	-47	-71

Von den erfolgswirksamen Veränderungen der Einzelwertberichtigungen entfiel 1 Mio. € (2016: 2 Mio. €) auf die durch den Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts (Unwinding).

Die Wertberichtigungen wurden ausschließlich auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorie Loans and Receivables gebildet. Der Bruttobuchwert der einzelwertberichtigten Forderungen lag zum Bilanzstichtag bei 204 Mio. € (31. Dezember 2016: 336 Mio. €).

48 Aktive Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting

In dem Bilanzposten Aktive Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting werden die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten aktiven Grundgeschäftsportfolios ausgewiesen. Sie beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf –1 Mio. € (31. Dezember 2016: 2 Mio. €).

49 Finanzanlagen (LaR)

Die Finanzanlagen (LaR) bestehen ausschließlich aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Der Buchwert der Finanzanlagen (LaR) wurde um portfoliobasierte Wertberichtigungen in Höhe von 14 Mio. € gemindert (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

Finanzanlagen (LaR) nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Befristet mit Restlaufzeit	8.240	9.534
bis 3 Monate	144	318
über 3 Monate bis 1 Jahr	489	1.265
über 1 Jahr bis 5 Jahre	2.264	2.044
über 5 Jahre	5.343	5.907
Insgesamt	8.240	9.534

Der pbb Konzern hat die IASB-Änderungen vom 13. Oktober 2008 zu IAS 39 und IFRS 7 angewendet und rückwirkend zum 1. Juli 2008 Finanzanlagen der Bewertungskategorie AfS in Höhe von 30,2 Mrd. € umgewidmet. Zum Zeitpunkt der Umwidmung lag der Effektivzins der AfS-Wertpapiere zwischen 0,25% und 34,4%.

Die folgenden Tabellen enthalten neben den Buchwerten und beizulegenden Zeitwerten per 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 auch die Gewinne und Verluste aus den Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte, die ohne Umgliederung in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 angefallen wären.

Umwidmungen im Jahr 2008 Effekte zum 31. Dezember 2017

	In: Finanzanlagen (LaR)			
	31.12.2017		Effekt vom 1.1.–31.12.2017, falls keine Vermögenswerte umklassifiziert worden wären	
Aus:	Buchwert in Mrd. €	Beizulegender Zeitwert in Mrd. €	Gewinn-und- Verlust-Rechnung in Mio. €	AfS-Rücklage (nach Steuern) in Mio. €
Finanzanlagen (AfS)	4,0	4,2	–	–62

Umwidmungen im Jahr 2008 Effekte zum 31. Dezember 2016	In: Finanzanlagen (LaR)		Effekt vom 1.1.–31.12.2016, falls keine Vermögenswerte umklassifiziert worden wären	
	31.12.2016		Gewinn-und- Verlust-Rechnung in Mio. €	AfS-Rücklage (nach Steuern) in Mio. €
	Buchwert in Mrd. €	Beizulegender Zeitwert in Mrd. €		
Aus: Finanzanlagen (AfS)	5,0	5,2	–	–14

50 Finanzanlagen (AfS)

Zusammensetzung

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.382	3.308
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3	3
Insgesamt	2.385	3.311

Finanzanlagen (AfS) nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Unbestimmte Laufzeiten	3	3
Befristet mit Restlaufzeit	2.382	3.308
bis 3 Monate	44	447
über 3 Monate bis 1 Jahr	51	425
über 1 Jahr bis 5 Jahre	423	498
über 5 Jahre	1.864	1.938
Insgesamt	2.385	3.311

51 Sachanlagen

Entwicklung der Sachanlagen

in Mio. €	2017	2016
Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	21	23
Zugänge	–	1
Umbuchungen	–	2
Abgänge	–	–5
Stand zum 31.12.	21	21
Ab- und Zuschreibungen		
Stand zum 1.1.	–13	–13
Planmäßige Abschreibungen	–2	–3
Umbuchungen	–	–2
Abgänge	–	5
Stand zum 31.12.	–15	–13
Buchwerte		
Stand zum 31.12.	6	8

52 Immaterielle Vermögenswerte

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte

in Mio. €	2017				2016
	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Insgesamt	Insgesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
Stand zum 1.1.	42	42	10	94	83
Zugänge	5	10	5	20	12
Umbuchungen	-	6	-6	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-1
Stand zum 31.12.	47	58	9	114	94
Ab- und Zuschreibungen					
Stand zum 1.1.	-41	-29	-	-70	-62
Planmäßige Abschreibungen	-1	-7	-	-8	-8
Stand zum 31.12.	-42	-36	-	-78	-70
Buchwerte					
Stand zum 31.12.	5	22	9	36	24

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die als Aufwand erfasst wurden, beliefen sich auf 4 Mio. € (2016: 7 Mio. €).

53 Sonstige Aktiva

Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
Positive beizulegende Zeitwerte aus Sicherungsderivaten	2.678	3.492
Micro Fair Value Hedge	2.678	3.492
Rettungserwerbe	-	9
Sonstige Vermögenswerte	32	69
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	2	2
Insgesamt	2.712	3.572

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

Die Zeitwerte der über Eurex Clearing abgewickelten Derivate (siehe auch Note „Saldierung von Finanzinstrumenten“) werden saldiert in den sonstigen Aktiva (positiver Zeitwert) oder sonstigen Passiva (negativer Zeitwert) in der Position Micro Fair Value Hedge ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die Rettungserwerbe um 3 Mio. € wertberichtigt (2016: 6 Mio. €). Zudem wurden Rettungserwerbe mit einem Buchwert von 6 Mio. € (2016: 8 Mio. €) verkauft. Aus der Veräußerung resultierte ein ergebniswirksamer Effekt von weniger als 1 Mio. € (2016: weniger als 1 Mio. €).

54 Nachrangige Vermögenswerte

In der Bilanz waren zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 keine nachrangigen Vermögenswerte enthalten.

55 Pensionsgeschäfte

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte hat der pbb Konzern Vermögenswerte mit einem Buchwert von 2,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1,9 Mrd. €) verpensioniert. Die Wertpapiere sind weiterhin Bestandteil der Aktiva. Die erhaltenen Gegenwerte betragen 1,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1,8 Mrd. €). Sie werden ausschließlich in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Bei den Pensionsgeschäften handelt es sich um die einzigen übertragenen Vermögenswerte, die der Erwerber gemäß IAS 39.37 (a) ohne Zahlungsverzug weiterveräußern oder -verpfänden kann.

56 Eigene Verbriefungsgeschäfte (Securitisation)

Zum 31. Dezember 2017 bestand das synthetische Verbriefungsgeschäft „Estate UK-3“ mit einer Transaktionslaufzeit von 15 Jahren (Fälligkeit 2022) und einem Kreditvolumen von 178 Mio. € (31. Dezember 2016: 187 Mio. €). Sicherungsnehmerin der Transaktion mit gewerblichen Immobiliendarlehen ist die pbb. Die Credit Linked Notes sind vollständig an die Investoren verkauft. Insgesamt wurde eine Entlastung des Expected Loss nach Basel III von 154 Mio. € (31. Dezember 2016: 161 Mio. €) erzielt. Die Zulässigkeit einer von der pbb beabsichtigten Verlustzuweisung in Höhe von rund 113 Mio. GBP wird vom Treuhänder der Verbriefungstransaktion bezweifelt. Der Treuhänder hat entsprechend den vertraglichen Vorgaben der Verbriefungstransaktion einen Gutachter („Expert“) bestellt, der über die Verlustzuweisung entscheiden wird. Die pbb ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die geplante Verlustzuweisung vorliegen. Sollte die Verlustzuweisung allerdings ganz oder teilweise unzulässig sein, hätte die pbb diese Verluste insoweit zu tragen.

ANGABEN ZUR KONZERN-BILANZ (PASSIVA)

57 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällig	991	924
Befristet mit Restlaufzeit	2.289	2.255
bis 3 Monate	19	1.583
über 3 Monate bis 1 Jahr	5	56
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.949	73
über 5 Jahre	316	543
Insgesamt	3.280	3.179

58 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällig	1.395	1.560
Befristet mit Restlaufzeit	6.880	8.389
bis 3 Monate	702	1.381
über 3 Monate bis 1 Jahr	1.356	1.654
über 1 Jahr bis 5 Jahre	3.751	4.083
über 5 Jahre	1.071	1.271
Insgesamt	8.275	9.949

59 Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbriefte Verbindlichkeiten nach Geschäftsarten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	19.876	20.752
Hypothekendarlehen	9.963	9.551
Öffentliche Pfandbriefe	5.740	6.962
Sonstige Schuldverschreibungen	4.173	4.209
Geldmarktpapiere	-	30
Begebene Namenspapiere	18.486	19.629
Hypothekendarlehen	5.080	5.346
Öffentliche Pfandbriefe	11.050	12.208
Sonstige Schuldverschreibungen	2.356	2.075
Insgesamt	38.362	40.381

Verbriefte Verbindlichkeiten nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	2.298	3.259
über 3 Monate bis 1 Jahr	1.900	3.129
über 1 Jahr bis 5 Jahre	16.735	14.829
über 5 Jahre	17.429	19.164
Insgesamt	38.362	40.381

60 Passivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting

In dem Bilanzposten Passivische Wertanpassungen aus dem Portfolio Hedge Accounting werden die passivischen beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios ausgewiesen. Sie beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 1 Mio. €).

61 Handelspassiva**Handelspassiva**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	956	1.355
Insgesamt	956	1.355

62 Rückstellungen**Zusammensetzung**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	86	95
Restrukturierungsrückstellungen	3	14
Sonstige Rückstellungen	156	133
Darunter:		
Rückstellungen für Rechtsrisiken und -kosten	66	75
Langfristige Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern	1	1
Insgesamt	245	242

Für die Mitarbeiter des pbb Konzerns in Deutschland bestehen beitragsorientierte und leistungsorientierte Pensionspläne. Bei den beitragsorientierten Plänen leistet die pbb Zuwendungen für Zusagen von überbetrieblichen Einrichtungen. In fast allen nicht deutschen Einheiten wird im Zuge eines Defined Contribution Pension Scheme ein definierter Prozentsatz des Festgehalts in einen extern gemanagten Pensionsfonds einbezahlt. Der Aufwand für beitragsorientierte Pläne betrug 2 Mio. € (2016: 2 Mio. €). Im Jahr 2018 dürfte der Aufwand weitgehend konstant bleiben. Der Aufwand für beitragsorientierte Versorgungspläne für Personen, die Schlüsselpositionen im Konzern ausüben, belief sich auf weniger als 1 Mio. € (2016: weniger als 1 Mio. €). Der Arbeitgeberanteil für die gesetzliche Rentenversicherung belief sich im Jahr 2017 auf 6 Mio. € (2016: 6 Mio. €).

Leistungsorientierte Pensionszusagen bestehen für eine Vielzahl von Mitarbeitern in Deutschland. In den nicht deutschen Einheiten existieren keine leistungsorientierten Pensionszusagen. Beim leistungsorientierten Plan erhalten die Mitarbeiter eine Direktzusage der jeweiligen Gesellschaft. Der Rentenplan sieht insbesondere die Gewährung von Altersrenten, Invalidenrenten und Hinterbliebenenrenten vor. Der Bezug der Alters- beziehungsweise Invalidenrente setzt nach erfüllter Wartezeit, frühestens nach Vollendung eines Mindestalters beim Eintritt von teilweiser oder voller Erwerbsminderung, spätestens beim Übertritt in den Ruhestand nach Vollendung in der Regel des 65. Lebensjahres ein. Im Bereich der aktiven Mitarbeiter handelt es sich überwiegend um zeitgemäße Rentenbausteinpläne. Für die übrigen Anspruchsberechtigten bestehen auch endgehaltsabhängige leistungsorientierte Zusagen. Der jährliche Rentenbaustein hängt unter anderem vom gezahlten Bruttogehalt und der Beitragszeit für den Mitarbeiter ab. Die Hinterbliebenenrente beläuft sich in der Regel auf 60% der vom Ehegatten bezogenen Rente beziehungsweise der Anwartschaft hierauf. Der Pensionsplan wird von der pbb unter Zuhilfenahme eines externen Dienstleisters bei der Administration selber verwaltet.

Für die Verpflichtungen aus Direktzusagen werden Pensionsrückstellungen gebildet. Der leistungsorientierte Pensionsplan wurde grundsätzlich für Neueintritte seit 1. April 2004 geschlossen. In den Jahren 2017 und 2016 ergaben sich keine Planänderungen, -kürzungen und -abgeltungen.

In Abhängigkeit von der Gesamthöhe der Pensionsverpflichtungen ist das Insolvenzrisiko im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen beim Pensionssicherungsverein a. G. abgedeckt.

Zur Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen wurden die folgenden versicherungsmathematischen Annahmen verwendet:

Versicherungsmathematische Annahmen

in %	31.12.2017/ 1.1.2018	31.12.2016/ 1.1.2017
Abzinsungssatz	1,93	1,75
Rentendynamik	1,50	1,50
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik ¹⁾	2,50	2,50

¹⁾ Vor dem Hintergrund der 2015 vorgenommenen Anpassungen der Jahresgrundgehälter auf einheitlich 500.000 € und der Einführung der variablen Vergütung wird auch mit Blick auf die Angemessenheit der Vorstandsvergütung für die in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 amtierenden Vorstandsmitglieder von einer Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik von 0% ausgegangen.

Die Karrieredynamik beträgt für Vorstandsmitglieder unverändert 0,0% (31. Dezember 2016: 0,0%), für Direktoren und außertarifliche Mitarbeiter 1,5% (31. Dezember 2016: 1,5%) und für tarifliche Mitarbeiter 0,5% (31. Dezember 2016: 0,5%). Als biometrische Grundlagen werden die Richttafeln 2005G von Klaus Heubeck verwendet.

Die leistungsorientierten Pensionszusagen der pbb beinhalten keine ungewöhnlichen oder unternehmensspezifischen Risiken. Die pbb ist den allgemeinen demografischen Risiken, wie zum Beispiel aus Langlebigkeit oder Invalidität der anspruchsberechtigten Mitarbeiter, und den allgemeinen finanziellen Risiken, wie zum Beispiel einer Veränderung des Abzinsungssatzes, ausgesetzt. Die pbb hat durch Abschluss einer Rückdeckungsversicherung Teile dieser Risiken abgesichert. Die Rückdeckungsversicherung stellt eine qualifizierende Versicherungspolice gemäß IAS 19 dar und ist somit ein Planvermögen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens ist als Bestandteil der Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan vom Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzuziehen. Die Rückdeckungsversicherung enthält keine ungewöhnlichen oder planspezifischen Risiken.

Die Rentenzahlungen für die rückgedeckten Pensionsverpflichtungen werden grundsätzlich mit den Erträgen aus dem Planvermögen refinanziert. Sollten die Erträge nicht ausreichen, sind die Rentenzahlungen aus Mitteln der pbb zu leisten. Auch bei den nicht rückgedeckten Pensionsverpflichtungen erfolgt die Zahlung aus eigenen Mitteln.

Bilanzbestand (Nettoverpflichtung)

in Mio. €	2017	2016
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	279	291
Fair Value des Planvermögens	-193	-196
Insgesamt	86	95

Entwicklung der Nettoverpflichtung

in Mio. €	2017	2016
Stand zum 1.1.	95	102
Mitarbeitertransfers	-	-
Pensionsaufwand	5	5
Neubewertungen (Remeasurements)	-10	15
Umgliederungen in Erstattungsansprüche	-	-6
Einzahlungen in das Planvermögen	-	-16
Auszahlungen an Begünstigte	-4	-5
Stand zum 31.12.	86	95

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2017	2016
Stand zum 1.1.	291	281
Mitarbeitertransfers	-	-
Dienstzeitaufwand	3	3
Zinsaufwand	5	6
Neubewertungen (Remeasurements)	-7	15
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus demografischen Annahmen	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus finanziellen Annahmen	-7	14
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Erfahrungsanpassungen	-	1
Abwicklungszahlungen (Settlements)	-	-
Auszahlungen an Begünstigte	-13	-14
Stand zum 31.12.	279	291

Das Planvermögen besteht ausschließlich aus an die Versorgungsberechtigten verpfändeten Rückdeckungsversicherungen. Das Planvermögen enthält somit keine eigenen Finanzinstrumente und keine eigengenutzten Sachanlagen. Es sind im Jahr 2018 keine wesentlichen weiteren Beiträge in das Planvermögen angestrebt. Die pbb setzt keine besonderen Strategien der Aktiv-Passiv-Steuerung zum Managen der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen ein.

Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens

in Mio. €	2017	2016
Stand zum 1.1.	196	179
Mitarbeitertransfers	-	-
Zinsertrag	3	4
Neubewertungen (Remeasurements)	3	-
Einzahlungen in das Planvermögen	-	16
Auszahlungen an Begünstigte	-9	-9
Umgliederungen in/aus Erstattungsansprüche(n)	-	6
Stand zum 31.12.	193	196

Entwicklung des Pensionsaufwands

in Mio. €	2017	2016
Dienstzeitaufwand	3	3
Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche (Current Service Costs)	3	3
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand (Past Service Costs)	-	-
Dienstzeitaufwand auf Plankürzungen	-	-
Dienstzeitaufwand auf Abwicklungen	-	-
Nettozinsaufwand	2	2
Zinsaufwand aus der Pensionsverpflichtung	5	6
Zinsertrag aus dem Planvermögen	-3	-4
Insgesamt	5	5

Für das Jahr 2018 wird im Vergleich zu 2017 von weitgehend konstanten Pensionsaufwendungen ausgegangen. Der Pensionsaufwand ist Bestandteil des Verwaltungsaufwands.

Neubewertungen der Nettoschuld resultieren aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten und dem Ertrag aus dem Planvermögen mit Ausnahme der Beträge, die in den Nettozinsen auf die Nettoschuld aus einem leistungsorientierten Plan enthalten sind.

Neubewertungen im sonstigen Ergebnis (Eigenkapital)

in Mio. €	2017	2016
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus demografischen Annahmen	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus finanziellen Annahmen	7	-14
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Erfahrungsanpassungen	-	-1
Neubewertungen aus Planvermögen	3	-
Insgesamt	10	-15

Entwicklung der Erstattungen

in Mio. €	2017	2016
Stand zum 1.1.	2	8
Abgänge	-	-6
Stand zum 31.12.	2	2

Die quantitative Sensitivitätsanalyse, für die dieselben Bewertungsmethoden wie für die in der Bilanz ausgewiesene Verpflichtung verwendet wurden, stellte sich für die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen wie folgt dar:

Versicherungsmathematische Annahmen

in Mio. €	Veränderung des Sensitivitätsniveaus (+ Anstieg/- Rückgang)	Bruttoverpflichtung	
		31.12.2017	31.12.2016
Ausgangswert für die Sensitivitätsberechnung		279	291
Abzinsungssatz	in %-Pkt. + 0,5	260	270
	in %-Pkt. - 0,5	300	314
Rentendynamik	in %-Pkt. + 0,5	295	308
	in %-Pkt. - 0,5	264	276
Gehalts- beziehungsweise Anwartschaftsdynamik	in %-Pkt. + 0,5	279	292
	in %-Pkt. - 0,5	279	291

Die Annahme der Sterblichkeit hat nur eine unwesentliche Auswirkung, da das Langlebkeitsrisiko überwiegend durch das Planvermögen abgedeckt ist.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen belief sich am 31. Dezember 2017 auf 15 Jahre (31. Dezember 2016: 15 Jahre).

Entwicklung der Rückstellungen (ohne Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen)

in Mio. €	Restrukturierungs-rückstellungen	Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	Sonstige Rückstellungen
Stand zum 1.1.2016	15	1	111
Zuführungen	8	-	57
Auflösungen	-1	-1	-9
Inanspruchnahmen	-7	-	-27
Umbuchungen	-1	-	1
Bestand zum 31.12.2016	14	-	133
Stand zum 1.1.2017	14	-	133
Zuführungen	-	-	76
Auflösungen	-3	-	-24
Inanspruchnahmen	-8	-	-32
Umbuchungen	-	-	3
Bestand zum 31.12.2017	3	-	156

Die Restrukturierungsrückstellungen entfielen überwiegend auf personalrelevante Maßnahmen und werden voraussichtlich bis zum Jahr 2020 vollständig verbraucht worden sein.

In den Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen sind vor allem Rückstellungen für Avalrisiken, Akkreditive, unwiderrufliche Kreditzusagen und Prozessrisiken im Kreditgeschäft enthalten.

Rechtsrisiken (Prozessrisiken)

Der pbb Konzern ist verpflichtet, in allen Jurisdiktionen, in denen er seine Geschäftstätigkeit ausübt, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtlichen Vorgaben und Vorschriften einzuhalten, unter anderem bestimmte Verhaltensgebote zur Einhaltung des Wettbewerbsrechts, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung, zur Verhütung von strafbaren Handlungen, zur Regelung des Außenhandels und zur Wahrung von Bank-, Geschäfts- und Datengeheimnis. Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung seiner Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist der pbb Konzern in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und behördlichen Verfahren beteiligt. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von denen, die entsprechende Ansprüche geltend machen, nicht beziffert wird. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet der pbb Konzern Rückstellungen, wenn der mögliche Ressourcenabfluss hinreichend wahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtung schätzbar ist. Die Wahrscheinlichkeit für den Ressourcenabfluss, der aber regelmäßig nicht mit Gewissheit eingeschätzt werden kann, hängt in hohem Maße von dem Ausgang der Verfahren ab. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung der ungewissen Verbindlichkeit hängen überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle analysiert der pbb Konzern die Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch vergleichbarer Verfahren und verlässt sich hierbei, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falls, auf die eigene Expertise oder auf Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater. Die für die Verfahren gebildeten Rückstellungen werden nicht einzeln ausgewiesen, da der pbb Konzern davon ausgeht, dass die Offenlegung deren Ausgang ernsthaft beeinträchtigen würde.

Durch die in den Jahren 2008 ff. entstandenen Jahresfehlbeträge beziehungsweise die entstandenen Bilanzverluste der pbb entfielen auf die von den Vorgängerinstituten emittierten Genussscheine erhebliche Verlustteilnahmen, wodurch sich die Rückzahlungsbeträge reduzierten. Die Verzinsung war deshalb ausgefallen. Einzelne Investoren haben deswegen Klage erhoben und insbesondere einzelne unterschiedliche Klauseln der Verlustbeteiligung und der Wiederauffüllung nach Verlustbeteiligung angegriffen. Hierbei sind vor allem die Fragen relevant, welche Bilanzpositionen bei der Berechnung der Verlustbeteiligung zu berücksichtigen sind und ob eine Wiederauffüllung bei Vorliegen eines Jahresüberschusses, eines Bilanzgewinns oder eines anderweitigen Gewinns vorzunehmen sei. Die befassten Gerichte haben im Hinblick auf die einzelnen Genussscheine Entscheidungen entgegen der Rechtsauffassung der pbb getroffen. Teils sind die Entscheidungen rechtskräftig, teils hat die Bank Rechtsmittel eingelegt. Derzeit sind Klagen mit einem Streitwert von circa 22 Mio. € rechtshängig. Diese Klagen können im Ergebnis zu einer teilweisen oder vollständigen Erhöhung der Rückzahlungsansprüche, zur Nachzahlung ausgefallener Kuponzahlungen und zu Zinsansprüchen der Kläger führen. Weitere Klagen können folgen. Die pbb strebt vergleichsweise Belegungen an, schöpft erforderlichenfalls aber die gegebenen Rechtsmittel aus.

Kosten für Prozesse der ersten und zweiten Finanzgerichtsinstanz gegen im Jahr 2016 ergangene Steuerbescheide der Jahre 2003 bis 2008 betreffend strittige Betriebsprüfungsfeststellungen bei einem der Vorgängerinstitute der pbb hat der pbb Konzern aus seiner Sicht derzeit ausreichend bevorsorgt.

Die Hypo Real Estate Bank International AG, ein Vorgängerinstitut der pbb, hat im Februar 2007 im Rahmen der synthetischen Verbriefungstransaktion „Estate UK-3“ (UK-3) Credit Linked Notes (CLN) zur Absicherung eines UK-Kreditportfolios begeben. Das Portfolio bestand aus 13 Darlehen, die 110 Gewerbeimmobilien finanzierten. Die CLNs haben ein Volumen von 113,68 Mio. GBP in sechs Klassen mit sequenzieller Verlustallokation. Der größte Einzelkredit dieses Portfolios in Höhe von rund 176 Mio. GBP wurde später notleidend. Die zugrunde liegenden Sicherheiten wurden im Januar 2016 verwertet. Der erzielte Verwertungserlös lag deutlich unter dem ursprünglichen Wert der Sicherheiten. Der ausfallbedingte Verlust beträgt circa 113 Mio. GBP. Die pbb hat am 30. November 2016 bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte als Treuhänder von UK-3 beantragt, dass den Investoren in UK-3 diese Verluste zugewiesen werden. Deloitte hat der pbb am

13. Dezember 2016 mitgeteilt, dass aus ihrer Sicht Zweifel an der Zulässigkeit der Verlustzuweisung bestehen und sie einen Gutachter (Expert) bestellen wird, der über die Verlustzuweisung entscheidet. Im zweiten Quartal 2017 wurde der Gutachter (Expert) bestellt. Die pbb ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die geplante Verlustzuweisung vorliegen. Sollte die Verlustzuweisung allerdings ganz oder teilweise unzulässig sein, hätte die pbb diese Verluste insoweit zu tragen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 4. Juli 2017 die Unwirksamkeit formularmäßig vereinbarter Bearbeitungsentgelte bei Unternehmerdarlehen festgestellt. Die pbb geht weiter davon aus, dass in ihrem Kreditgeschäft mit komplexen Finanzierungsstrukturen auch die Finanzierungsparameter in der Regel individuell ausgehandelt sind. Für mögliche Zweifelsfälle hat der pbb Konzern aus seiner Sicht derzeit ausreichend Vorsorge gebildet.

Im Übrigen hat kein gerichtliches Verfahren, bei dem die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen nach der Einschätzung des Vorstands nicht unwahrscheinlich oder das aus anderen Gründen für den pbb Konzern von materieller Bedeutung ist, einen bezifferten Streitwert von mehr als 5 Mio. €. Daneben gibt es aber aufsichtliche Verfahren, bei denen das Risiko eines materiellen Abflusses von Ressourcen gegeben ist.

63 Sonstige Passiva

Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
Negative beizulegende Zeitwerte aus Sicherungsderivaten	2.889	3.719
Micro Fair Value Hedge	2.889	3.715
Portfolio Hedge	-	4
Sonstige Verbindlichkeiten	70	66
Insgesamt	2.959	3.785

¹⁾ Korrigiert gemäß IAS 8.42. Details sind in der Note „Stetigkeit“ beschrieben.

Die Zeitwerte der über Eurex Clearing abgewickelten Derivate (siehe auch Note „Saldierung von Finanzinstrumenten“) werden saldiert in den sonstigen Aktiva (positiver Zeitwert) oder sonstigen Passiva (negativer Zeitwert) in der Position Micro Fair Value Hedge ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen unter anderem abgegrenzte Verbindlichkeiten nach IAS 37. Diese enthalten vor allem Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen aus noch ausstehenden Rechnungen, kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern sowie sonstige abgegrenzte Verbindlichkeiten.

64 Nachrangkapital

Zusammensetzung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.002	525
Hybride Kapitalinstrumente	-	361
Insgesamt	1.002	886

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Emittenten nicht entstehen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Nachrangkapital nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	126	54
über 3 Monate bis 1 Jahr	182	361
über 1 Jahr bis 5 Jahre	71	246
über 5 Jahre	623	225
Insgesamt	1.002	886

65 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Das gezeichnete Kapital betrug zum 31. Dezember 2017 wie im gesamten Berichtsjahr 380.376.059,67 € und war eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von rund 2,83 € je Stückaktie. Zum 31. Dezember 2017 und im gesamten Geschäftsjahr 2017 hatte die pbb keine eigenen Aktien im Bestand.

Bezüglich des genehmigten und bedingten Kapitals wird auf die Angaben nach § 315a Abs. 1 HGB im Kapitel „Sonstige Angaben“ des zusammengefassten Lageberichts verwiesen.

Die Kapitalrücklage enthält neben einer Einzahlung in die Rücklagen aus einem vergangenen Geschäftsjahr die Agiobeträge aus der Ausgabe der Aktien und ist bis auf einen Betrag in Höhe von 25.383.131,91 € (31. Dezember 2016: 25.383.131,91 €) gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB frei verfügbar. Als Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nur Beträge ausgewiesen, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind, sowie die Währungsrücklage.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 die Ausschüttung einer Dividende von 1,07 € je dividendenberechtigten Aktie vorschlagen.

66 Treuhandgeschäfte

Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 gab es keine in der Konzern-Bilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte.

ANGABEN ZUR KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

67 Erläuterungen zu den Positionen der Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Die operative Geschäftstätigkeit wird weit definiert, sodass die Abgrenzung entsprechend dem operativen Ergebnis vorgenommen wird. Im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren des Handelsbestands und andere Aktiva gezeigt. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen sind im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgewiesen. Dies betrifft auch die Zinszahlungsströme aus dem Nachrangkapital.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beinhaltet Zahlungsvorgänge für den Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie für Sachanlagen. Im Berichtsjahr 2017 wurde die RPPSE Espacio Oviedo S.L.U., Madrid, veräußert (2016: kein Unternehmen). Der Verkaufspreis von 1€ wurde im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen, Einzahlungen in die Rücklagen und stillen Beteiligungen sowie Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital.

Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeit

in Mio. €

Nachrangkapital

	2017
Bestand zum 1.1.	886
Zahlungswirksame Veränderungen aufgrund von Veränderungen der Cashflows	126
Veränderungen aufgrund von Beherrschungserlangung/-verlust bei Geschäftsbetrieben	-
Auswirkungen von Wechselkursänderungen	-
Veränderungen aufgrund von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	-
Sonstige Veränderungen	-10
Bestand zum 31.12.	1.002

ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN

68 Derivative Geschäfte

Zur Minimierung (Reduzierung) sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und die negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch für durchsetzbar gehalten werden. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden Rechtsgutachten genutzt.

Analog geht der pbb Konzern mit seinen Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt in der Regel zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe Bewertung und Anpassung des Kundenengagements.

Derivatevolumen am 31. Dezember 2017

in Mio. €	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert	
	Restlaufzeiten			Insgesamt	positiv	negativ
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	28.893	24.414	22.317	75.624	3.510	3.799
Zins-Swaps	27.144	17.063	20.655	64.862	3.502	3.767
Zinsoptionen	1.749	7.351	1.662	10.762	8	32
Käufe	135	1.480	76	1.691	2	-
Verkäufe	1.614	5.871	1.586	9.071	6	32
Summe	28.893	24.414	22.317	75.624	3.510	3.799
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	4.540	507	405	5.452	38	46
Devisenkassa- und -termingeschäfte	3.794	-	-	3.794	29	17
Zins-/Währungs-Swaps	746	507	405	1.658	9	29
Summe	4.540	507	405	5.452	38	46
Insgesamt	33.433	24.921	22.722	81.076	3.548	3.845

Verwendung der derivativen Geschäfte am 31. Dezember 2017

in Mio. €	Nominal- betrag	Beizulegender Zeitwert	
		positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte			
Hedge Accounting	53.035	2.675	2.870
Stand-alone-Derivate	22.589	835	929
Summe	75.624	3.510	3.799
Währungsbezogene Geschäfte			
Hedge Accounting	267	3	19
Stand-alone-Derivate	5.185	35	27
Summe	5.452	38	46
Insgesamt	81.076	3.548	3.845

Derivatevolumen am 31. Dezember 2016

in Mio. €	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert	
	Restlaufzeiten			Insgesamt	positiv	negativ
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	25.805	28.051	25.246	79.102	4.567	4.850
Zins-Swaps	24.655	21.429	23.485	69.569	4.561	4.803
Zinsoptionen	1.150	6.622	1.761	9.533	6	47
Käufe	575	3.250	117	3.942	4	–
Verkäufe	575	3.372	1.644	5.591	2	47
Summe	25.805	28.051	25.246	79.102	4.567	4.850
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	4.592	897	448	5.937	14	224
Devisenkassa- und -termingeschäfte	4.383	–	–	4.383	8	116
Zins-/Währungs-Swaps	209	897	448	1.554	6	108
Summe	4.592	897	448	5.937	14	224
Insgesamt	30.397	28.948	25.694	85.039	4.581	5.074

Verwendung der derivativen Geschäfte am 31. Dezember 2016

in Mio. €	Nominal- betrag	Beizulegender Zeitwert	
		positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte			
Hedge Accounting	52.598	3.490	3.659
Stand-alone-Derivate	26.504	1.077	1.191
Summe	79.102	4.567	4.850
Währungsbezogene Geschäfte			
Hedge Accounting	289	2	60
Stand-alone-Derivate	5.648	12	164
Summe	5.937	14	224
Insgesamt	85.039	4.581	5.074

Kontrahenten

in Mio. €	31.12.2017		31.12.2016	
	Beizulegender Zeitwert		Beizulegender Zeitwert	
	positiv	negativ	positiv	negativ
OECD-Banken	3.142	3.803	3.990	5.034
OECD-Finanzinstitute	–	–	4	–
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	406	42	587	40
Insgesamt	3.548	3.845	4.581	5.074

69 Undiskontierte Zahlungsströme der Verbindlichkeiten

Vertraglich vereinbarte undiskontierte Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten gemäß IFRS 7.39

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016
Bis 3 Monate	4	7
Aus derivativen Finanzinstrumenten	–	–
Aus nicht derivativen Finanzinstrumenten	4	7
Über 3 Monate bis 1 Jahr	5	6
Aus derivativen Finanzinstrumenten	1	–
Aus nicht derivativen Finanzinstrumenten	4	6
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	26	24
Aus derivativen Finanzinstrumenten	1	2
Aus nicht derivativen Finanzinstrumenten	25	22
Über 5 Jahre	24	27
Aus derivativen Finanzinstrumenten	2	2
Aus nicht derivativen Finanzinstrumenten	22	25
Insgesamt	59	64

Die Darstellung der undiskontierten Zahlungsstromfälligkeiten erfolgt bis zur vertraglichen Endlaufzeit, das heißt, dass Wahlrechte und Kündigungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt werden. Diese Darstellung entspricht nicht der ökonomischen Steuerung, die auf erwarteten Zahlungsströmen basiert. Die Liquiditätsrisikostategie und das Liquiditätsrisikomanagement des pbb Konzerns sind im Risiko- und Chancenbericht beschrieben.

70 Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Für folgende Verbindlichkeiten und erhaltene Sicherheiten wurden Vermögenswerte (ohne Barsicherheiten) als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.185	2.036
Insgesamt	2.185	2.036

Für die vorgenannten Verbindlichkeiten wurden folgende Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

Gestellte Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	285	277
Finanzanlagen	1.970	1.935
Insgesamt	2.255	2.212

Die Sicherheitenübertragungen resultieren vor allem aus Pensionsgeschäften. Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Pensionsgeschäfte ausgeführt und zu marktgerechten Konditionen abgeschlossen.

Zudem wurden Barsicherheiten in Höhe von 15 Mio. € (31. Dezember 2016: 11 Mio. €) im Zusammenhang mit Bankenabgaben gestellt.

71 Sicherheiten, die weiterverkauft oder verpfändet werden können

Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 bestanden keine Sicherheiten, die ohne Zahlungsverzug weiterverkauft oder verpfändet werden können.

72 Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Wenn der pbb Konzern finanzielle Vermögenswerte überträgt, die sich nicht für eine Ausbuchung qualifizieren (vergleiche auch Note „Finanzinstrumente“), werden diese weiterhin in der Bilanz gezeigt.

Übertragung von finanziellen Vermögenswerten zum 31. Dezember 2017

in Mio. €
LaR-Vermögenswerte
Schuldverschreibungen
Forderungen
Insgesamt

Übertragene finanzielle Vermögenswerte, die nicht vollständig ausgebucht wurden			
Übertragene Vermögenswerte		Zugehörige Verbindlichkeiten	
Buchwerte	Davon: Pensionsgeschäfte	Buchwerte	Davon: Pensionsgeschäfte
2.255	1.970	1.153	876
1.970	1.970	876	876
285	–	277	–
2.255	1.970	1.153	876

**Übertragung von
finanziellen Vermögenswerten
zum 31. Dezember 2016**

in Mio. €	Übertragene finanzielle Vermögenswerte, die nicht vollständig ausgebucht wurden			
	Übertragene Vermögenswerte		Zugehörige Verbindlichkeiten	
	Buchwerte	Davon: Pensions- geschäfte	Buchwerte	Davon: Pensions- geschäfte
AfS-Vermögenswerte	1.022	1.022	883	883
Schuldverschreibungen	1.022	1.022	883	883
LaR-Vermögenswerte	1.190	913	1.153	876
Schuldverschreibungen	913	913	876	876
Forderungen	277	–	277	–
Insgesamt	2.212	1.935	2.036	1.759

Der Fair Value der LaR-Schuldverschreibungen betrug zum Bilanzstichtag 1.974 Mio. € (31. Dezember 2016: 922 Mio. €) und der LaR-Forderungen 287 Mio. € (31. Dezember 2016: 289 Mio. €).

Darüber hinaus wurden Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 67 Mio. € (31. Dezember 2016: 66 Mio. €) als Sicherheit für Clearing Fund Contribution und Initial Margin für Derivategeschäfte an die Eurex transferiert.

Der pbb Konzern hat grundsätzlich kein anhaltendes Engagement in übertragenen und ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten.

73 Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente entsprechen nach Auffassung des pbb Konzerns den Preisen, die man in einer gewöhnlichen Transaktion in dem Hauptmarkt (oder dem vorteilhaftesten Markt) am Bewertungsstichtag unter aktuellen Marktbedingungen beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten würde oder bei der Übertragung einer Schuld zu zahlen hätte (Abgangspreis). Die beizulegenden Zeitwerte wurden stichtagbezogen auf Basis der zur Verfügung stehenden Marktinformationen sowie anhand der hier dargestellten Bewertungsmethoden ermittelt.

Der pbb Konzern teilt alle regelmäßig oder einmalig zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in die drei Levels der Fair-Value-Hierarchie ein. Umklassifizierungen innerhalb der Fair-Value-Hierarchie werden zum Ende der Berichtsperiode vorgenommen. Die dreistufige Hierarchie basiert auf der Beobachtbarkeit der Bewertungsparameter:

- > Level 1 – in aktiven Märkten notierte Marktpreise (unbereinigt) für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Börsenkurse)
- > Level 2 – Bewertungsverfahren mittels direkt oder indirekt beobachtbarer, marktbasierter Parameter, die aber nicht als notierte Kurse des Level 1 gelten
- > Level 3 – Bewertungsverfahren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen (nicht beobachtbare Parameter)

Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) und Fair-Value-Hierarchie der Finanzinstrumente

in Mio. €

	Buchwert	Fair Value	31.12.2017		
			Fair Value		
			Level 1	Level 2	Level 3
Finanzielle Vermögenswerte	57.567	59.621	9.011	21.130	29.480
erfolgswirksam zum Fair Value bewertet	3.548	3.548	–	3.548	–
erfolgsneutral zum Fair Value bewertet	2.385	2.385	2.385	–	–
in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet	51.634	53.688	6.626	17.582	29.480
Barreserve	999	999	999	–	–
Handelsaktiva (HfT)	870	870	–	870	–
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	2.415	2.437	1.709	728	–
Forderungen an Kunden (LaR) ¹⁾	39.981	41.829	–	13.952	27.877
Real Estate Finance	24.882	26.167	–	–	26.167
Public Investment Finance	5.978	6.257	–	4.967	1.290
Value Portfolio	8.019	8.255	–	7.835	420
Consolidation & Adjustments	1.102	1.150	–	1.150	–
Aktivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting	–1	–	–	–	–
Finanzanlagen (LaR)	8.240	8.423	3.918	2.902	1.603
Finanzanlagen (AfS)	2.385	2.385	2.385	–	–
Sonstige Aktiva	2.678	2.678	–	2.678	–
Sicherungsderivate	2.678	2.678	–	2.678	–
Finanzielle Verbindlichkeiten	54.794	56.199	17.883	4.039	34.277
erfolgswirksam zum Fair Value bewertet	3.845	3.845	–	3.828	17
in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet	50.949	52.354	17.883	211	34.260
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (fortgeführte Anschaffungskosten)	3.280	3.266	990	–	2.276
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (fortgeführte Anschaffungskosten)	8.275	8.504	240	–	8.264
Verbriefte Verbindlichkeiten (fortgeführte Anschaffungskosten)	38.362	39.503	16.280	–	23.223
besichert	31.833	32.749	13.342	–	19.407
unbesichert	6.529	6.754	2.938	–	3.816
Passivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting	–	–	–	–	–
Handelspassiva (HfT)	956	956	–	956	–
Sonstige Passiva	2.919	2.919	–	2.872	47
Sicherungsderivate	2.889	2.889	–	2.872	17
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	30	30	–	–	30
Nachrangkapital (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.002	1.051	373	211	467

¹⁾ Abzüglich Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen. Seit dem 30. Juni 2017 werden die portfoliobasierten Wertberichtigungen den einzelnen Segmenten zugeordnet und nicht mehr separat ausgewiesen.

**Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) und
Fair-Value-Hierarchie der Finanzinstrumente**

31.12.2016

in Mio. €	Buchwert	Fair Value	Fair Value		
			Level 1	Level 2	Level 3
Finanzielle Vermögenswerte	62.188	64.429	10.137	24.678	29.614
erfolgswirksam zum Fair Value bewertet	4.581	4.581	–	4.541	40
erfolgsneutral zum Fair Value bewertet	3.311	3.311	3.311	–	–
in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet	54.296	56.537	6.826	20.137	29.574
Barreserve	1.136	1.136	1.136	–	–
Handelsaktiva (HfT)	1.089	1.089	–	1.089	–
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	2.841	2.872	2.018	812	42
Forderungen an Kunden (LaR) ¹⁾	40.783	42.906	–	15.837	27.069
Real Estate Finance	23.969	25.377	–	–	25.377
Public Investment Finance	6.226	6.542	–	5.155	1.387
Value Portfolio	9.046	9.365	–	9.016	349
Consolidation & Adjustments	1.586	1.666	–	1.666	–
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	–44	–44	–	–	–44
Aktivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting	2	–	–	–	–
Finanzanlagen (LaR)	9.534	9.623	3.672	3.488	2.463
Finanzanlagen (AfS)	3.311	3.311	3.311	–	–
Sonstige Aktiva	3.492	3.492	–	3.452	40
Sicherungsderivate	3.492	3.492	–	3.452	40
Finanzielle Verbindlichkeiten	59.491	61.018	21.437	5.463	34.118
erfolgswirksam zum Fair Value bewertet	5.074	5.074	–	5.053	21
in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet	54.417	55.944	21.437	410	34.097
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (fortgeführte Anschaffungskosten)	3.179	3.300	2.430	–	870
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (fortgeführte Anschaffungskosten)	9.949	10.235	1.371	–	8.864
Verbriefte Verbindlichkeiten (fortgeführte Anschaffungskosten)	40.381	41.480	17.636	410	23.434
besichert	34.097	35.014	14.375	277	20.362
unbesichert	6.284	6.466	3.261	133	3.072
Passivische Wertanpassungen im Portfolio Hedge Accounting	1	–	–	–	–
Handelsspassiva (HfT)	1.355	1.355	–	1.355	–
Sonstige Passiva	3.740	3.740	–	3.698	42
Sicherungsderivate	3.719	3.719	–	3.698	21
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	21	21	–	–	21
Nachrangkapital (fortgeführte Anschaffungskosten)	886	908	–	–	908

¹⁾ Abzüglich Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen.

In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 wurden keine zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente aus Level 1 nach Level 2 beziehungsweise umgekehrt umgegliedert. Darüber hinaus wurden 2017 und 2016 keine zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente aus Level 2 nach Level 3 umgegliedert und umgekehrt. Im Geschäftsjahr 2017 wurden zum Fair Value bilanzierte finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 40 Mio. € (2016: 0 Mio. €) und finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 5 Mio. € (2016: 0 Mio. €) von Level 3 in Level 2 umgegliedert, da die Inputdaten wieder am Markt beobachtbar waren.

Angaben zu den Bewertungsmethoden und den Eingangsparametern

Bewertungsprozess Beim Bewertungsprozess sind insbesondere die Bereiche Finance und Risk Management&Control beteiligt. Der Bereich Finance stellt rechnungslegungsbezogene Daten zur Verfügung. Darunter fallen:

- > Identifikationsdaten, wie Geschäftsidentifikationsnummern oder International Securities Identification Numbers (ISINs)
- > statische Daten, wie Nominalbeträge, Name und Land des Kontrahenten sowie (Rest-)Laufzeiten
- > bilanzierungsrelevante Daten, wie Buchwerte, Accruals (Abgrenzungen) und Hedge-Accounting-Effekte

Der Bereich Risk Management&Control ermittelt zusätzliche, in die Fair-Value-Bewertung einfließende Daten, zum Beispiel Zinssätze, Credit Spreads und Marktpreise, sowie für bestimmte Finanzinstrumente interne Ratings und Verlustquoten (LGDs).

Mit diesen ermittelten Inputparametern berechnet Risk Management & Control auf Basis anerkannter und validierter Bewertungsmethoden die Fair Values beziehungsweise Bewertungskurse der Finanzinstrumente und stellt diese dem Bereich Finance zur Verfügung. Die Daten werden von Finance für Bilanzierungs- und Berichtszwecke mit den bilanzierungsrelevanten Daten zusammengeführt und auf Vollständigkeit geprüft.

Bilanziell zum Fair Value ausgewiesene Level 2-Instrumente zum 31.12.2017

Bewertungsmethoden	Beobachtbare Parameter
DCF-Methode	Inflationsraten der Eurozone
	Referenzzinssätze
	Saisonalitäten von Inflationsraten der Eurozone
	Wechselkurse am Spotmarkt
	Zins(struktur)kurven
Optionspreismodelle	Cap-Volatilitäten
	CMS Spread Options (Ausübungspreise)
	CMS Spread Options (Optionspreise)
	Inflationsraten der Eurozone
	Referenzzinssätze
	Saisonalitäten von Inflationsraten der Eurozone
	Swaption-Volatilitäten
	Wechselkurse am Spotmarkt
Wechselkursvolatilitäten	
	Zins(struktur)kurven

Bilanziell zum Fair Value ausgewiesene Level 3-Instrumente zum 31.12.2017

Bewertungsmethoden	Nicht beobachtbare Parameter	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt)
Optionspreismodelle	Historische Index-Index-Korrelationen	+ 82,67 %
	Historische Index-Wechselkurs-Korrelationen	- 27,32 % bis + 17,02 % (- 5,15 %)

Bilanziell nicht zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente zum 31.12.2017

Bewertungsmethoden	Beobachtbare Parameter (Level 2)	Nicht beobachtbare Parameter (Level 3)
DCF-Modelle (Discounted Cash Flows)	(Eigene) Credit Spreads und gegebenenfalls Liqui-AddOns	Interne Ratingklassen
	Referenzzinssätze	Recovery Rates
	Risikofreier Zinssatz	Geschätzte Restlaufzeiten
	Beobachtbare zukünftige Cashflows	Geschätzte zukünftige Cashflows
	Benchmark-Zinskurven	(Eigene) Credit Spreads (Secondary Market Grid)
Bachelier Cap-Floor-Modell (für gefloorte Plain Vanilla Floater)	Zusätzliche Cap-Volatilitäten inklusive Smile	Zusätzliche Cap-Volatilitäten inklusive Smile
Bachelier Cap-Floor-Modell (für Optionen auf fixe Coupons)	Zusätzliche Swaption-Volatilitäten inklusive Smile	Zusätzliche Swaption-Volatilitäten inklusive Smile
Preise auf nicht aktiven Märkten	Preisnotierungen von Proxy Trades	-

Sensitivitäten

Die Sensitivitätsberechnung basiert auf Schockszenarien für Korrelationen und Volatilitäten gemäß vorstehender Tabelle. Diese Beträge sind unabhängig voneinander berechnet worden. Bis auf die Spread-Volatilitäten bestehen jedoch zwischen den verwendeten Inputparametern Wechselwirkungen. Für die zum Fair Value bewerteten finanziellen Level 3-Verbindlichkeiten ergaben sich zum 31. Dezember 2017 vorteilhafte und nachteilhafte Änderungen von jeweils weniger als 1 Mio. €. Bei additiver Betrachtung der Szenarioeffekte ergibt sich in Summe eine Änderung bei finanziellen Level 3-Verbindlichkeiten von 1 Mio. €. Zum 31. Dezember 2017 gab es nur ein Level 3-Derivat, welches im Micro Fair Value Hedge Accounting verwendet wurde. Gegenüber dem Vorjahr gab es bezüglich der Schockszenarien keine methodischen Änderungen. Zum 31. Dezember 2016 resultierte die Sensitivitätsanalyse in vorteilhaften und nachteilhaften Änderungen finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von jeweils weniger als 1 Mio. €. Bei additiver Berücksichtigung der Szenarioeffekte ergab sich zum 31. Dezember 2016 in Summe eine maximale Änderung bei Vermögenswerten von weniger als 1 Mio. € und bei Verbindlichkeiten von 1 Mio. €.

Veränderungen der Level 3 zugeordneten und zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente

Veränderungen der erfolgswirksam bewerteten Level 3-Instrumente

in Mio. €	Finanzielle Vermögenswerte	Finanzielle Verbindlichkeiten
	Sicherungsderivate	Sicherungsderivate
Stand zum 1.1.2016	44	16
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	- 4	5
Stand zum 31.12.2016	40	21
Stand zum 1.1.2017	40	21
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	-	1
Reklassifizierungen aus Level 3	- 40	- 5
Stand zum 31.12.2017	-	17

Die Ergebnisbeiträge aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der Handelspassiva werden im Handelsergebnis ausgewiesen, wohingegen die erfolgswirksamen Effekte aus Sicherungsderivaten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen gezeigt werden.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Bewertungskategorien und Klassen

Die Buchwerte spiegeln das maximale bilanzielle Kreditausfallrisiko der Aktiva wider.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Bewertungskategorien und Klassen gemäß IAS 39

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Vermögenswerte		
Loans and Receivables (LaR)	50.635	53.160
Available for Sale (AfS)	2.385	3.311
Held for Trading (HfT)	870	1.089
Barreserve	999	1.136
Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen	222	233
Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten	2.678	3.492
Verbindlichkeiten		
Held for Trading (HfT)	956	1.355
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	50.949	54.417
Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten	2.889	3.719

74 Überfällige, aber nicht wertberichtigte Bestände

In der nachstehend aufgeführten Tabelle ist der Gesamtbestand der teilweise oder vollständig überfälligen, aber nicht wertberichtigten Forderungen zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 dargestellt. Es wurde keine individuelle Wertberichtigung gebildet, da der pbb Konzern keine Probleme bei der Werthaltigkeit dieser Bestände beziehungsweise der diesen Krediten zugrunde liegenden Sicherheiten sieht. Zeitliche Verschiebungen (bis drei Monate) bei der Rückzahlung von fälligen Zahlungsströmen treten im normalen Geschäftsverlauf regelmäßig auf und sind deshalb nicht automatisch ein Anzeichen einer eingeschränkten Werthaltigkeit.

LaR-Bestände

Buchwert der überfälligen, aber nicht wertberichtigten LaR-Bestände

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	1	1
über 3 Monate bis 6 Monate	1	-
über 6 Monate bis 1 Jahr	-	1
über 1 Jahr	1	5
Insgesamt	3	7

Buchwerte LaR-Bestände vor Wertberichtigungen

in Mrd. €	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert der weder einzelwertberechtigten noch überfälligen LaR-Bestände	52,8	52,7
Buchwert der überfälligen, aber nicht wertberechtigten LaR-Bestände (Gesamtbestand)	–	–
Buchwert der einzelwertberechtigten LaR-Bestände (netto)	0,2	0,3
Bestand Einzelwertberichtigungen	–	0,1
Bestand portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,1	0,1
Insgesamt	53,1	53,2
Davon:		
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Geldanlagen)	2,4	2,8
Forderungen an Kunden (inklusive Geldanlagen)	40,1	40,9
Finanzanlagen (brutto)	10,6	9,5

Der Buchwert der Vermögenswerte, die wegen Konditionenanpassung nicht überfällig oder wertberichtigt sind, belief sich auf 31 Mio. € (31. Dezember 2016: 28 Mio. €).

Der beizulegende Zeitwert der Sicherheiten der einzelwertberechtigten finanziellen Vermögenswerte betrug 0,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 0,3 Mrd. €). Die Sicherheiten bestehen weit überwiegend aus Grundschulden.

AfS-Bestände

Der pbb Konzern hatte zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 weder überfällige und nicht wertberichtigte noch einzelwertberichtigte AfS-Finanzanlagen im Bestand.

75 Restrukturierte Forderungen

Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 entfielen restrukturierte Forderungen überwiegend auf Stillhaltevereinbarungen und auf das Aussetzen von vertraglichen Vereinbarungen.

Restrukturierte Forderungen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert der weder einzelwertberechtigten noch überfälligen Forderungen	31	27
Buchwert der überfälligen, aber nicht einzelwertberechtigten Forderungen (brutto)	–	4
Buchwert der wertberechtigten Forderungen (brutto)	187	310
Insgesamt	218	341

Anteil der restrukturierten Forderungen am Gesamtbestand

in %	31.12.2017	31.12.2016
Anteil der restrukturierten Forderungen am Gesamtbestand	0,5	0,8

Wertberichtigungen auf restrukturierte Forderungen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Einzelwertberichtigungen	12	74
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	1	2
Insgesamt	13	76

Verhältnis von Wertberichtigungen zu Bestand an restrukturierten Forderungen

in %	31.12.2017	31.12.2016
Verhältnis von Wertberichtigungen zu Bestand an restrukturierten Forderungen	6,0	22,3

Der Rückgang der Einzelwertberichtigungen auf restrukturierte Forderungen ist auf die Abwicklung von fast vollständig bevorsorgten Finanzierungen im Jahr 2017 zurückzuführen. Aus diesem Grund ist auch das Verhältnis von Wertberichtigungen zu Bestand an restrukturierten Forderungen gesunken.

76 Saldierung von Finanzinstrumenten

Die folgenden Tabellen zeigen die Bruttobuchwerte der bilanzierten finanziellen Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten Beträge sowie die in der Bilanz ausgewiesenen Nettobeträge der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Zudem werden die Aufrechnungsmöglichkeiten ausgewiesen, die zu keiner bilanziellen Saldierung geführt haben, sowie die für finanzielle Vermögenswerte erhaltenen Sicherheiten, die für finanzielle Verbindlichkeiten gestellten Sicherheiten und die nach der Anwendung der Aufrechnungsvereinbarungen und nach Abzug der Sicherheiten verbleibenden Nettobeträge der finanziellen Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten.

Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten Beträge

Über die Eurex Clearing abgewickelte Derivate führten durch eine bilanzielle Saldierung zu einer Verringerung der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2017 in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1,8 Mrd. €).

Aufrechnungsvereinbarungen

Um sowohl das Rechtsrisiko als auch das ökonomische und das regulatorische Adressenausfallrisiko zu minimieren, schließt der pbb Konzern im Derivategeschäft üblicherweise standardisierte zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen ab. Die hierbei verwendeten nationalen beziehungsweise internationalen Verträge sind der Deutsche Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte und das ISDA Master Agreement der International Swaps and Derivatives Association. Bilanziell können die Derivate nicht saldiert werden, da sie unterschiedliche Konditionen haben (zum Beispiel unterschiedliche Laufzeiten oder Währungsunderlyings).

Sicherheiten

Zudem geht der pbb Konzern zusätzlich zu den Aufrechnungsvereinbarungen auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach der Saldierung mit den Aufrechnungsvereinbarungen ergebenden Nettoforderungen beziehungsweise Nettoverbindlichkeiten abzusichern (erhaltene beziehungsweise gestellte Sicherheiten). Als Sicherheiten werden überwiegend Barsicherheiten verwendet, teilweise aber auch Wertpapiere im Wege der Vollrechtsübertragung. Auch die Sicherheitenvereinbarungen sind bilanziell nicht mit den Derivaten saldierbar.

Saldierung von Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2017

in Mrd. €	Bruttobuchwerte der bilanzierten finanziellen Vermögenswerte/ Verbindlichkeiten	Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten Beträge	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge	Aufrechnungs- möglichkeiten, die zu keiner bilanziellen Saldierung geführt haben	Erhaltene bzw. gestellte Sicherheiten	Verbleibender Nettobetrag
Finanzielle Vermögenswerte	5,2	1,6	3,6	2,1	1,2	0,3
Positive Marktwerte der Derivate	5,2	1,6	3,6	2,1	1,2	0,3
Finanzielle Verbindlichkeiten	5,4	1,6	3,8	2,1	1,7	-
Negative Marktwerte der Derivate	5,4	1,6	3,8	2,1	1,7	-

Saldierung von Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2016

in Mrd. €	Bruttobuchwerte der bilanzierten finanziellen Vermögenswerte/ Verbindlichkeiten	Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten Beträge	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge	Aufrechnungs- möglichkeiten, die zu keiner bilanziellen Saldierung geführt haben	Erhaltene bzw. gestellte Sicherheiten	Verbleibender Nettobetrag
Finanzielle Vermögenswerte	6,4	1,8	4,6	3,0	1,1	0,5
Positive Marktwerte der Derivate	6,4	1,8	4,6	3,0	1,1	0,5
Finanzielle Verbindlichkeiten	6,9	1,8	5,1	3,0	2,0	0,1
Negative Marktwerte der Derivate	6,9	1,8	5,1	3,0	2,0	0,1

SONSTIGE ANGABEN

77 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Eventualverbindlichkeiten	120	171
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	120	171
Andere Verpflichtungen	4.667	3.802
Unwiderrufliche Kreditzusagen	4.667	3.802
Verpflichtungen aus Bankenabgaben	15	11
Gestellte Sicherheiten	15	11
Insgesamt	4.802	3.984

Im pbb Konzern sind unwiderrufliche Kreditzusagen die größten Posten in der Position Andere Verpflichtungen. Zu den unwiderruflichen Kreditzusagen zählen alle Verpflichtungen eines Kreditgebers, die zu einem späteren Zeitpunkt einen Kredit gewähren und somit zu einem Kreditrisiko führen können. Dieses sind überwiegend nicht vollständig ausbezahlte Kredite.

Zum Bilanzstichtag belief sich der Fair Value der Eventualverbindlichkeiten auf 120 Mio. € (31. Dezember 2016: 171 Mio. €) und der unwiderruflichen Kreditzusagen auf 4.680 Mio. € (31. Dezember 2016: 3.834 Mio. €).

Die Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen stellen das maximale Ausfallrisiko im Sinne des IFRS 7 dar.

78 Leasingverhältnisse

Leasingnehmer bei Operating-Leasing-Verhältnissen

Der pbb Konzern ist Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen. Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 bestanden unkündbare Operating-Leasing-Verhältnisse für Grundstücke und Gebäude sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Zukünftige Mindestleasingzahlungen nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
bis 1 Jahr	7	7
über 1 Jahr bis 5 Jahre	24	14
über 5 Jahre	13	2
Insgesamt	44	23

Die vom pbb Konzern abgeschlossenen Operating-Leasing-Verhältnisse wurden zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt und beziehen sich im Wesentlichen auf die Miete von Grundstücken und Gebäuden. Die Verträge enthalten teilweise Verlängerungsoptionen, mit denen die Mietdauer um mehrere Perioden verlängert werden kann, sowie Preisanpassungsklauseln in Form von Staffelmieten oder Indexklauseln und auch Ausstiegsklauseln. Die Mietaufwendungen einschließlich Nebenkosten beliefen sich im Berichtsjahr auf 6 Mio. € (2016: 6 Mio. €).

Leasinggeber bei Finance-Leasing-Verhältnissen

Überleitung

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Bruttoinvestitionswert	256	271
Unrealisierter Finanzertrag	-34	-38
Nettoinvestitionswert/Barwert der Mindestleasingzahlungen	222	233

Aufteilung nach Fristen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Bruttoinvestitionswert	256	271
bis 1 Jahr	15	11
über 1 Jahr bis 5 Jahre	62	61
über 5 Jahre	179	199
Barwert der Mindestleasingzahlungen	222	233
bis 1 Jahr	11	7
über 1 Jahr bis 5 Jahre	48	46
über 5 Jahre	163	180

Die Finance-Leasing-Verhältnisse resultieren aus der Strukturierung einer Finanzierung eines Bürogebäudes als Finanzierungsleasing.

79 Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Der Vorstand steuert die Kapitalausstattung auf Basis der Vorgaben für die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten gemäß CRR sowie von der EZB darüber hinaus festgelegten Vorgaben für die Kapitalausstattung aus dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP).

Auf Basis der Analyseergebnisse sowie anhand von Benchmarkvergleichen kann die EZB über die bereits bestehenden aufsichtlichen Vorgaben hinausgehende Anforderungen an die Mindestkapitalausstattung oder an die Liquiditätsausstattung des Instituts erlassen. Als wesentliches Ergebnis des SREP hatte der pbb Konzern für 2017 eine CET1-Mindestquote von 9,0% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017) vorzuhalten. Diese Anforderung basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindestkapitalanforderung (4,5%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (Pillar 2 Requirement – P2R: 3,25%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer – CCB: 1,25% phase-in für 2017) zusammen. Darüber hinaus hatte der pbb Konzern im Jahr 2017 eine gegenüber 2016 neu eingeführte Eigenmittelanforderung in Höhe von 12,50% zu erfüllen (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer). Sie basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindesteigenmittelanforderung (8%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (3,25%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (1,25% phase-in für 2017) zusammen. Beide Anforderungen hat der Konzern im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde der pbb Konzern im Rahmen der turnusmäßigen jährlichen Neufestsetzung von der EZB über die neuen Mindestkapitalanforderungen für 2018 unterrichtet. Seit 1. Januar 2018 hat der pbb Konzern eine CET1-Mindestquote von 9,125% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017) vorzuhalten. Diese Anforderung basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindestkapitalanforderung (4,50%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (Pillar 2 Requirement – P2R: 2,75%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer – CCB: 1,875% phase-in für 2018) zusammen. Die für 2018 gültige CET1-Mindestkapitalanforderung stellt zugleich die Schwelle dar, unterhalb derer die Berechnung eines sogenannten ausschüttungsfähigen Höchstbetrags (Maximum Distributable Amount, MDA) verpflichtend ist. Dieser begrenzt grundsätzlich Ausschüttungen auf das CET1-Kapital, neue erfolgsabhängige Vergütungen sowie Zinszahlungen auf ergänzendes Kernkapital.

Die seit 1. Januar 2018 gültige Eigenmittelanforderung beträgt 12,625% (ohne den länder- und somit portfoliospezifisch variierenden antizyklischen Kapitalpuffer von 0,11% per 31. Dezember 2017). Sie basiert auf den Basel III-Übergangsregelungen und setzt sich aus einer Säule 1-Mindesteigenmittelanforderung (8,00%), einer Säule 2-Kapitalanforderung (2,75%) und dem Kapitalerhaltungspuffer (1,875% phase-in für 2018) zusammen. Die Eigenmittelanforderung nach Auslaufen der Basel III-Übergangsregelungen (gültig ab 2019) beträgt unter der Annahme einer konstanten Säule 2-Kapitalanforderung und ohne Berücksichtigung des antizyklischen Kapitalpuffers 13,25%.

Hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Risiko- und Chancenbericht verwiesen.

80 Honorare für den Konzernabschlussprüfer

Honorare für den Konzernabschlussprüfer

in Tsd. €

	2017	2016
Abschlussprüfungen	1.945	1.889
Andere Bestätigungsleistungen	271	191
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	1.392	217
Insgesamt	3.608	2.297

Das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bezog sich vor allem auf die Prüfung des Konzernabschlusses und des Jahresabschlusses der pbb sowie verschiedene Jahresabschlussprüfungen ihrer Tochterunternehmen einschließlich gesetzlicher Auftragserweiterungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarte Prüfungsschwerpunkte. Zudem erfolgten prüferische Durchsichten von Zwischenabschlüssen und eine projektbegleitende Prüfung gemäß IDW PS 850.

Andere Bestätigungsleistungen betreffen die Erteilung von Comfort Letters im Zusammenhang mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen, die betriebswirtschaftliche Prüfung des zusammengefassten gesonderten Nichtfinanziellen Berichts der pbb sowie gesetzlich vorgesehene Prüfungen, wie die Prüfung nach § 36 Abs. 1 WpHG und andere erforderliche Bestätigungsleistungen zur Vorlage bei Aufsichtsbehörden.

Die sonstigen Leistungen betreffen im Wesentlichen qualitätssichernde Leistungen zu gesetzlichen und regulatorischen Neuerungen sowie in den Bereichen Compliance und IT, welche nicht im Zusammenhang mit der Gestaltung und Umsetzung interner Kontroll- oder Risikomanagementverfahren stehen. Ferner sind Leistungen im Rahmen einer transaktionsbedingten Due Diligence sowie eine zulässige Marktwertermittlung ohne wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss enthalten.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist seit der Verschmelzung von Hypo Real Estate Bank AG und DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG zur Deutsche Pfandbriefbank AG im Jahr 2009 als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig. Auch für Vorgängerinstitute der Hypo Real Estate Bank AG war die KPMG bereits als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestellt. Als Wirtschaftsprüfer unterzeichneten die Jahresabschlüsse Herr Wiechens und, seit dem Geschäftsjahr 2012, Frau Schmidt. Im Geschäftsjahr 2015 waren die unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer die Herren Mock und Haider. Im Geschäftsjahr 2016 waren die unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer Herr Dielehner, der bereits den Abschluss der Gesellschaft im Jahr 2009 unterzeichnet hat, und Herr Winner. Für das Geschäftsjahr 2017 sind als verantwortliche Wirtschaftsprüfer die Herren Dielehner und Winner vorgesehen.

81 Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Definition von nahestehenden Unternehmen und Personen umfasst nach IAS 24 (Related Party Disclosures) unter anderem Unternehmen beziehungsweise Personen, die direkt oder indirekt das berichtende Unternehmen beherrschen oder von diesem beherrscht werden, aufgrund einer Beteiligung einen maßgeblichen Einfluss auf dieses ausüben können oder die gemeinsame Führung innehaben. Darüber hinaus fallen auch Altersversorgungspläne für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugunsten der Arbeitnehmer unter nahestehende Unternehmen.

Nahestehende Unternehmen

Der Anteil der Hypo Real Estate Holding GmbH (HRE Holding) an der pbb belief sich nach Kenntnis der pbb zum 31. Dezember 2017 auf 20,0% plus eine Aktie (31. Dezember 2016: 20,0% plus eine Aktie). Der pbb Konzern betrachtet die HRE Holding und alle Unternehmen, die unter der Kontrolle, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland stehen, als nahestehend im Sinne des IAS 24.

Gegenüber der FMS Wertmanagement resultierte ein Ertrag von 6 Mio. €, der im Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen ausgewiesen ist.

Die Erträge und Aufwendungen sowie die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HRE Holding waren in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 nur von untergeordneter Bedeutung.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Jahr 2015 erfolgten Privatisierung der pbb sind nach aktienrechtlichen Vorgaben vom Verkäufer, der HRE Holding, zu tragen.

Gegenüber der DEPFA, einer Tochtergesellschaft der FMS Wertmanagement, bestanden zum 31. Dezember 2017 um Forderungen saldierte Verbindlichkeiten von 88 Mio. € (31. Dezember 2016: 99 Mio. €). Der Zinsüberschuss gegenüber der DEPFA belief sich auf –10 Mio. € (2016: –13 Mio. €) und das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen auf 14 Mio. € (2016: –18 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 bestanden gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen keine Forderungen und keine Verbindlichkeiten. Gegenüber nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen hatte der pbb Konzern zum Bilanzstichtag Forderungen von 27 Mio. € (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) und unverändert keine Verbindlichkeiten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden Verbindlichkeiten gegenüber beitragsorientierten Altersversorgungsplänen in Höhe von 2 Mio. € (31. Dezember 2016: 1 Mio. €).

Nahestehende Personen

Zu den nahestehenden Personen zählt der pbb Konzern neben den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats Mitarbeiter der zweiten Führungsebene der pbb sowie Geschäftsleitungsmitglieder der Tochtergesellschaften der pbb sowie jeweils deren nahe Angehörige und verbundene Unternehmen.

Für das Jahr 2017 beliefen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen auf 4.926 Tsd. € (2016: 5.010 Tsd. €). Die Bezüge der im Berichtsjahr amtierenden Aufsichtsratsmitglieder betragen 694 Tsd. € (2016: 668 Tsd. €); dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge (einschließlich Vergütung für Ausschusstätigkeiten).

Erdiente Bezüge der Personen, die Schlüsselpositionen im pbb Konzern ausüben (Senior Management)¹⁾

in Tsd. €	2017						2016
	Kurzfristig fällige Leistungen	Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	Andere langfristig fällige Leistungen	Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	Anteilsbasierte Vergütung	Insgesamt	Insgesamt
Insgesamt	9.588	2.723	649	512	1.151	14.623	12.537

¹⁾ Die Berichterstattung folgt dem sogenannten „Erdientprinzip“: Es werden die Vergütungsbestandteile berichtet, die im relevanten Berichtszeitraum 2017 erdient wurden.

Pensionsverpflichtungen gegenüber Personen, die Schlüsselpositionen im pbb Konzern ausüben (Senior Management)

in Tsd. €	31.12.2017	31.12.2016
Insgesamt¹⁾	80.172	82.484

¹⁾ Davon 61.204 Tsd. € (2016: 64.731 Tsd. €) für Pensionäre und deren Hinterbliebene.

Angaben gem. § 314 Nr. 6 HGB der pbb nach Personengruppen

Bezüge der Vorstandsmitglieder der pbb

in Tsd. €	2017 ¹⁾	
	Bezüge	Insgesamt
Im Geschäftsjahr 2017 amtierende Vorstandsmitglieder	2.557	2.557
Vor dem Geschäftsjahr 2017 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder	–	–
Insgesamt	2.557	2.557

¹⁾ Die Bezüge der im Jahr 2016 amtierenden Vorstandsmitglieder betragen im Jahr 2016 3.068 Tsd. €. Auch im Jahr 2016 haben vor dem Geschäftsjahr 2016 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder keine Bezüge erhalten.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber nahestehenden Personen aus Krediten oder Vorschüssen oder aus Haftungsverhältnissen.

Rückstellungen für Pensionen

in Tsd. €

Im Geschäftsjahr 2017 amtierende Vorstandsmitglieder
Vor dem Geschäftsjahr 2017 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder
Insgesamt

2017 ¹⁾	
Zuführungen/ Auflösungen	Insgesamt
1.701	5.649
-3.527	61.204
-1.826	66.853

¹⁾ Die Rückstellungen für Pensionen für im Geschäftsjahr 2016 amtierende Vorstandsmitglieder betragen 3.948 Tsd. €. Für vor dem Geschäftsjahr 2016 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder betragen die Rückstellungen für Pensionen per 31.12.2016 64.731 Tsd. €.

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder

in Tsd. €

Im Geschäftsjahr 2017 amtierende Aufsichtsratsmitglieder
Vor dem Geschäftsjahr 2017 ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder
Insgesamt

2017 ¹⁾	
Fixbezüge gesamt	
	694
	-
	694

¹⁾ Die Bezüge der im Geschäftsjahr 2016 amtierenden Aufsichtsratsmitglieder betragen im Jahr 2016 668 Tsd. €. Auch im Jahr 2016 haben vor dem Geschäftsjahr 2016 ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder keine Bezüge erhalten.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre jeweilige Organtätigkeit ist (inklusive entsprechender Tabellen) individualisiert im Vergütungsbericht dargestellt. Mit Ausnahme der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die von der pbb im Rahmen ihrer Arbeitsverträge vergütet werden, erhielten Mitglieder des Aufsichtsrats der pbb im Jahr 2017 keine Bezüge für persönlich erbrachte Leistungen im Sinne der Ziffer 5.4.6 DCGK.

Angaben gemäß Art. 19 MMVO

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie mit diesen in enger Beziehung stehende Personen hielten nach Kenntnis der pbb am 31. Dezember 2017 und am 31. Dezember 2016 keine Aktien der pbb in einem meldepflichtigen Umfang. In den Jahren 2017 und 2016 wurden nach Kenntnis der pbb von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie mit diesen in enger Beziehung stehenden Personen keine Aktien der pbb oder sich darauf beziehenden Derivate in einem meldepflichtigen Umfang erworben oder veräußert.

82 Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalstand

Mitarbeiter (ohne Auszubildende)
Darunter: Leitende Angestellte in Deutschland
Insgesamt

2017	2016
777	801
18	17
777	801

83 Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands

Aufsichtsrat der pbb im Geschäftsjahr 2017

Name und Wohnsitz Funktion im Aufsichtsrat	Haupttätigkeit Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise sonstige wesentliche Mandate in Aufsichtsgremien im Jahr 2017
Dr. Günther Bräunig Frankfurt am Main Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KfW (ab 1.1.2018 Vorsitzender des Vorstands) Vorsitzender des Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie des Vergütungskontrollausschusses, Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main – Vorsitzender des Gesellschafterbeirats
Dagmar Kollmann Wien Stellvertretende Vorsitzende	Unternehmerin Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss	Deutsche Telekom AG, Bonn – Mitglied des Aufsichtsrats KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Bank Gutmann AG, Wien – Mitglied des Aufsichtsrats Unibail-Rodamco SE, Paris – Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Thomas Duhnkrack Kronberg im Taunus Mitglied	Unternehmer Mitglied im Prüfungsausschuss	Hauck & Aufhäuser Privatbankiers AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Lloyd Fonds AG, Hamburg – Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 10.12.2017)
Dr. Christian Gebauer-Rochholz Hochheim Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter	–
Georg Kordick Poing Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter	–
Joachim Plesser Ratingen Mitglied	Berater Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieaus- schusses, Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss	Commerz Real Investmentgesellschaft mbH, Wiesbaden – Mitglied des Aufsichtsrats DIC Beteiligungs AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats GEG German Estate Group AG, Frankfurt am Main – Mitglied des Aufsichtsrats Pandion AG, Köln – Vorsitzender des Aufsichtsrats
Oliver Puhl Frankfurt am Main Mitglied	Unternehmer Mitglied im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategie- ausschuss	–
Heike Theißing München Arbeitnehmersvertreterin	Bankangestellte Mitglied im Vergütungskontrollausschuss	–
Dr. Hedda von Wedel Andernach Mitglied	Präsidentin des Bundesrechnungshofes a.D. Mitglied im Prüfungsausschuss sowie im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	–

Vorstand der pbb im Geschäftsjahr 2017

Name und Wohnsitz	Funktion im Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Andreas Arndt München	Vorsitzender/CFO	–
Thomas Köntgen Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender, Treasury und Immobilienfinanzierung (einschließlich Kreditmärkte/Öffentliche Finanzierung ab 1.5. 2017)	–
Andreas Schenk Dreieich	CRO	–
Dr. Bernhard Scholz Regensburg	Kreditmärkte/Öffentliche Finanzierung (bis 30.4.2017)	–

84 Anteilsbesitz der pbb

Anteilsbesitz der pbb zum 31. Dezember 2017

Zusatzangabe nach HGB Name Sitz und Land	Geschäftszweck	Kapitalanteil in %			Währung	Eigenkapital in Tsd.	Jahres- überschuss/ -fehlbetrag in Tsd.
		Insgesamt (§ 16 Abs. 4 AktG)	Davon mittelbar	Abweichende Stimmrechte in %			
Konsolidierte Unternehmen							
CAPVERIANT GmbH München, Deutschland	Kommunalfinanzierungs- marktplat	100,00	-	-	EUR	4.772	-728
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG München, Deutschland	Grundstücks- gesellschaft	100,00	-	-	EUR	569	34
IMMO Invest Real Estate GmbH ¹⁾ München, Deutschland	Rettungserwerb	100,00	-	-	EUR	8.448	-
Wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidierte Unternehmen							
Immo Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH München, Deutschland	Grundstücks- gesellschaft	100,00	-	-	EUR	25	-
Wegen untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertete assoziierte Unternehmen							
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG ²⁾ Düsseldorf, Deutschland	Bankbeteiligungs- modell	33,33	-	25,00%	EUR	-1.413	695
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG ²⁾ Düsseldorf, Deutschland	Bankbeteiligungs- modell	33,33	-	25,00%	EUR	-8.864	2.660
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG München, Deutschland	Bankbeteiligungs- modell	33,00	-	24,44%	EUR	-271	488

¹⁾ Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisübernahmevertrag.

²⁾ Finanzaufgaben aus dem Geschäftsjahr 2016.

85 Country-by-Country-Reporting

Die Anforderungen aus Artikel 89 der EU-Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive CRD IV) zum sogenannten Country-by-Country-Reporting wurden durch § 26a KWG (Gesetz über das Kreditwesen) in deutsches Recht übernommen. In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 erhielt kein Unternehmen beziehungsweise keine Niederlassung der pbb öffentliche Beihilfen. Der Quotient aus Nettogewinn/-verlust und Bilanzsumme des pbb Konzerns betrug zum 31. Dezember 2017 0,3% (31. Dezember 2016: 0,3%). Die weiteren Angaben des § 26a KWG sind in der folgenden Tabelle enthalten:

Country-by-Country-Reporting (Zusatzangaben nach § 26a KWG)

31. Dezember 2017

Art der Tätigkeit Name und Ort	Land	Anzahl der Mitarbeiter ¹⁾	Umsatz ²⁾³⁾ (in Mio. €)	Gewinn oder Verlust vor Steuern ³⁾ (in Mio. €)	Steuern auf Gewinn oder Verlust ³⁾ (in Mio. €)
Einlagenkreditinstitut					
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	Deutschland	612	376	189	-15
Niederlassung eines Einlagenkreditinstituts					
Deutsche Pfandbriefbank AG, Niederlassung London	Vereinigtes Königreich	63	32	18	-3
Deutsche Pfandbriefbank AG, Niederlassung Madrid	Spanien	15	3	-	-
Deutsche Pfandbriefbank AG, Niederlassung Paris	Frankreich	45	27	15	-3
Deutsche Pfandbriefbank AG, Niederlassung Stockholm	Schweden	9	9	6	-1
Anbieter von Nebendienstleistungen					
CAPVERIANT GmbH, München	Deutschland	-	-	-1	-
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	Deutschland	-	-	-	-
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	Deutschland	-	-	-6	-

¹⁾ Vollzeitäquivalente ohne Auszubildende, ohne Praktikanten/Werkstudenten und ohne befristete Mitarbeiter mit einer Befristung < 1 Jahr.

²⁾ Operative Erträge als Umsatzäquivalent.

³⁾ Angaben vor Konsolidierung.

86 Nachtragsbericht

Vorstand und Aufsichtsrat der pbb haben am 1. März 2018 eine neue Dividendenpolitik beschlossen. Bis einschließlich 2019 soll die Ausschüttungsquote von derzeit 40 bis 50% des IFRS-Konzernergebnisses nach Steuern auf eine Regeldividende von 50% plus einer Sonderdividende von 25% erhöht werden. Die Dividendenpolitik steht unter dem Vorbehalt einer regelmäßigen Überprüfung der rechtlichen und regulatorischen Vorgaben und Erfordernisse sowie der wirtschaftlichen Vertretbarkeit.

Darüber hinaus ergaben sich nach dem 31. Dezember 2017 keine wesentlichen Ereignisse.

München, den 6. März 2018

Deutsche Pfandbriefbank AG
Der Vorstand



Andreas Arndt



Thomas Köntgen



Andreas Schenk

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

München, den 6. März 2018

Deutsche Pfandbriefbank AG
Der Vorstand



Andreas Arndt



Thomas Köntgen



Andreas Schenk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Pfandbriefbank AG, München

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Pfandbriefbank AG und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzern-Bilanz, der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang (Notes), einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Bericht über die Lage der Deutsche Pfandbriefbank AG und des Konzerns („zusammengefasster Lagebericht“) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht, die im Abschnitt „Sonstige Angaben“ im zusammengefassten Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- > entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- > vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung

mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Ermittlung der Einzelwertberichtigung im Segment Real Estate Finance

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie den verwendeten Annahmen verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Notes), Abschnitt 12 „Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (Risikovorsorge)“.

Das Risiko für den Abschluss

Der Konzern Deutsche Pfandbriefbank weist zum 31. Dezember 2017 Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von EUR 71 Mio (i.Vj. EUR 130 Mio) aus. Hiervon entfallen EUR 24 Mio (i. Vj. EUR 86 Mio) auf Einzelwertberichtigungen im Segment Real Estate Finance. Die Nettozuführung zur Kreditrisikovorsorge zum 31. Dezember 2017 beträgt EUR 7 Mio; hiervon entfallen netto EUR 3 Mio auf Einzelwertberichtigungen.

Die Ermittlung der Einzelwertberichtigung ist ermessensbehaftet und erfordert Schätzungen über erwartete Zahlungsströme aus der Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers und/oder der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten in Abhängigkeit von der für das Kreditengagement festgelegten Restrukturierungs- bzw. Abwicklungsstrategie. Weiterhin wirken sich im Immobilienfinanzierungsgeschäft die Erwartungen der Vermietungs- bzw. Abverkaufserfolge auf die Sicherheitenbewertungen aus. Auswirkungen ergeben sich insbesondere im Hinblick auf zukünftig erwartete Marktentwicklungen und damit verbundene Änderungen der Zahlungsströme aus der laufenden Bewirtschaftung des Beleihungsobjektes.

Daher war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung, dass Einzelwertberichtigungen in ausreichendem bzw. notwendigem Umfang gebildet wurden und bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen über die Kapitaldienstfähigkeit der Darlehensnehmer bzw. über die Höhe der erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung gestellter Kreditsicherheiten getroffen werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen vertieften Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft.

Zur Identifizierung besonderer Risikomerkmale haben wir IT-gestützte Analysen auf Basis des gesamten Kreditportfolios durchgeführt. Hierbei haben wir das Kreditportfolio unter anderem nach den verschiedenen Produktarten und im Hinblick auf das Vorhandensein von Frühwarnindikatoren, welche auf ein erhöhtes Ausfallrisiko hinweisen, analysiert.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im Kreditportfolio haben wir Befragungen durchgeführt sowie Einsicht in die Verfahrens- und Prozessdokumentation genommen. Darüber hinaus haben wir uns von der Angemessenheit, der Implementierung und der Wirksamkeit von Kontrollen, die die Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sicherstellen, überzeugt. Für die zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der Regelungen und Verfahrensweisen, die sich auf eine Vielzahl von IT-Anwendungen beziehen und die Wirksamkeit von Anwendungskontrollen unterstützen, unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Unter Berücksichtigung vorhandener Frühwarnindikatoren haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Einzelfällen von der Werthaltigkeit der Forderungen überzeugt und dabei insbesondere die Schätzungen über erwartete Zahlungsströme aus der Bonität des Kreditnehmers und/oder der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten in Abhängigkeit von der gewählten Restrukturierungs- bzw. Abwicklungsstrategie beurteilt. Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der zu Grunde liegenden Kreditsicherheiten haben wir in unserem Urteil Wertgutachten unabhängiger Sachverständiger verwendet und anhand öffentlich verfügbarer Daten beurteilt, ob die Annahmen in den unabhängigen Gutachten sachgerecht abgeleitet wurden. Durch Befragungen und anhand öffentlich verfügbarer Informationen über die beauftragten Sachverständigen haben wir uns ferner von der Kompetenz, den Fähigkeiten und der Objektivität der Sachverständigen überzeugt.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Ermessensentscheidungen bei den Annahmen über die Höhe der erwarteten Zahlungsströme aus der Bonität des Kreditnehmers und/oder der Verwertung gestellter Kreditsicherheiten zur Ermittlung der Einzelwertberichtigungen im Segment Real Estate Finance sind zum 31. Dezember 2017 sachgerecht ausgeübt und im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet worden.

Bewertung der dem Reference Claim No. 3 zugrundeliegenden Forderung in Zusammenhang mit der Verbriefungstransaktion Estate UK-3

Hinsichtlich der Risiken im Zusammenhang mit der Verbriefungstransaktion Estate UK-3 verweisen wir auf Abschnitt 62 „Rückstellungen“ des Anhangs (Notes) sowie Abschnitt „Prognosebericht“ des zusammengefassten Lageberichts.

Das Risiko für den Abschluss

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, Rechtsnachfolgerin der Hypo Real Estate Bank International AG, Stuttgart, ist Emittentin von Credit Linked Notes im Rahmen der Verbriefungstransaktion Estate UK-3. Diese Credit Linked Notes sichern das Ausfallrisiko eines UK-Kreditportfolios der Deutsche Pfandbriefbank AG ab, sofern die Voraussetzungen für eine Verlustzuweisung nach den Bedingungen der Credit Linked Notes erfüllt sind. Bei einer der abgesicherten Forderungen („Reference Claim No. 3“) ist ein ausfallbedingter Verlust in Höhe von circa GBP 113 Mio entstanden und die Verlustzuweisung auf die Credit Linked Notes durch die Deutsche Pfandbriefbank AG beantragt worden. Der Trustee der Transaktion hat Zweifel an der Zulässigkeit der Verlustzuweisung angemeldet und einen Gutachter („Expert“) bestellt, der über die Verlustzuweisung entscheiden wird.

Aufgrund der als überwiegend wahrscheinlich angesehenen vollständigen Verlustzuweisung auf die Credit Linked Notes bilanziert der Konzern Deutsche Pfandbriefbank für die dem Reference Claim No. 3 zugrunde liegende Forderung keine Risikovorsorge. Sollte die Verlustzuweisung ganz oder teilweise unzulässig sein, so wäre der Verlust insoweit vom Konzern Deutsche Pfandbriefbank zu tragen.

Konzernabschluss

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Wesentliche Ermessensspielräume im Zusammenhang mit Estate UK-3 ergeben sich insbesondere im Hinblick auf die rechtliche Einschätzung der Erfolgsaussichten der beantragten Verlustzuweisung im Rahmen des Expertverfahrens. Gestützt auf Gutachten externer Rechtsanwaltsgesellschaften geht der Konzern Deutsche Pfandbriefbank zum 31. Dezember 2017 davon aus, dass die Vertragsbedingungen eingehalten wurden und demzufolge der Expert die beantragte Verlustzuweisung bestätigt.

Ein Risiko für den Konzernabschluss besteht, wenn eine Verlustzuweisung nicht möglich und somit die Forderung zu hoch bewertet wäre.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Risikoeinschätzung und Beurteilung der Fehlerrisiken basieren insbesondere auf einer Einschätzung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems bezüglich Kreditausfallrisiken sowie auf unserem Verständnis der Transaktion und ihrer vertraglichen Grundlagen. Ausgehend hiervon haben wir unser Prüfungsurteil auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

Wir haben Bestätigungen von Rechtsanwälten, die von der Bank mit der rechtlichen Einschätzung der Erfolgsaussichten der beantragten Verlustzuweisung beauftragt wurden, eingeholt und verwendet. Durch Befragungen des Managements der Deutsche Pfandbriefbank AG und anhand öffentlich verfügbarer Informationen über die beauftragten Rechtsanwälte haben wir uns von der Kompetenz, den Fähigkeiten und der Objektivität der Rechtsanwälte überzeugt. Mit der Beurteilung der Erfolgsaussichten haben wir ferner Sachverständige der KPMG Rechtsanwalts GmbH beauftragt und deren Einschätzung im Rahmen unserer Würdigung der Einschätzung der Erfolgsaussichten durch die Deutsche Pfandbriefbank AG verwertet.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Ermessensentscheidungen hinsichtlich der Ermittlung der Risikovorsorge im Zusammenhang mit der dem Reference Claim No. 3 zugrundeliegenden Forderung sind zum 31. Dezember 2017 vertretbar ausgeübt worden. Die der Bemessung der Einzelwertberichtigung zu Grunde gelegten Annahmen und Schätzungen, insbesondere im Hinblick auf die rechtliche Durchsetzbarkeit der beantragten Verlustzuweisung, sind nachvollziehbar aus den verfügbaren Informationen abgeleitet worden.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- > die Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht und
- > die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- > wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- > anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum zusammengefassten Lagebericht und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- > identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- > gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- > beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- > ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- > beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- > holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- > beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- > führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Konzernabschluss**Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir wurden von der Hauptversammlung am 30. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 25. Juli 2017 von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit mehr als 20 Jahren als Abschlussprüfer der Deutsche Pfandbriefbank AG beziehungsweise deren Rechtsvorgängern tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Markus Winner.

München, den 7. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Winner
Wirtschaftsprüfer

Weitere Informationen

218 Quartals- und Mehrjahresübersicht

220 Nichtfinanzieller Bericht

- 220 Nachhaltigkeitsstrategie
- 222 Wesentlichkeitsanalyse
- 224 Risiken und Chancen
- 224 Sektorspezifische Aspekte
- 229 Corporate Governance
- 233 Arbeitnehmerbelange
- 243 Umwelt

245 Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz

- 245 1. Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung
und ihre Wirkung
- 247 2. Maßnahmen zur Herstellung der Entgeltgleichheit
für Frauen und Männer

249 Finanzkalender

249 Zukunftsgerichtete Aussagen

249 Impressum

Quartals- und Mehrjahresübersicht

pbb Konzern

in Mio. €	2016	2017			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen					
Operative Erträge	113	98	105	106	115
Zinsüberschuss	112	103	103	109	120
Provisionsüberschuss	3	3	2	1	2
Handelsergebnis	4	-2	2	-4	-1
Finanzanlageergebnis	-3	1	-	-1	-4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	5	1	-	-1	-1
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-8	-8	-2	2	-1
Kreditrisikovorsorge	-4	-2	2	-2	-4
Verwaltungsaufwand	-51	-50	-52	-53	-61
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	-3	1	1	-	-
Ergebnis vor Steuern	55	47	56	51	50

Real Estate Finance

in Mio. €	2016	2017			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen					
Operative Erträge	81	73	86	86	92
Zinsüberschuss	87	83	84	88	95
Provisionsüberschuss	4	3	2	2	2
Handelsergebnis	4	-	2	-2	-
Finanzanlageergebnis	-	-	-	-1	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	2	-	1	-1	-1
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-16	-13	-3	-	-4
Kreditrisikovorsorge	8	-3	2	-2	-4
Verwaltungsaufwand	-42	-40	-41	-42	-49
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	-2	1	1	-	-
Ergebnis vor Steuern	45	31	48	42	39

Public Investment Finance

in Mio. €	2016	2017			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen					
Operative Erträge	7	5	9	8	2
Zinsüberschuss	10	9	9	8	10
Provisionsüberschuss	-	-	-	-	-
Handelsergebnis	-	-1	-	-	-1
Finanzanlageergebnis	-	1	-	-1	-6
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	-	-	-	-
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-4	-4	-	1	-1
Kreditrisikovorsorge	-	-	-	-	-
Verwaltungsaufwand	-6	-6	-8	-7	-8
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	-	-	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	1	-1	1	1	-6

Value Portfolio

in Mio. €	2016	2017			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen					
Operative Erträge	21	19	9	9	19
Zinsüberschuss	12	10	9	10	13
Provisionsüberschuss	-1	-	-	-1	-
Handelsergebnis	-	-1	-	-2	-
Finanzanlageergebnis	-3	-	-	1	2
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	2	1	-1	-	-
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	11	9	1	1	4
Kreditrisikovorsorge	-12	1	-	-	-
Verwaltungsaufwand	-3	-4	-3	-4	-4
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	-1	-	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	5	16	6	5	15

Consolidation & Adjustments

in Mio. €	2016	2017			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen					
Operative Erträge	4	1	1	3	2
Zinsüberschuss	3	1	1	3	2
Provisionsüberschuss	-	-	-	-	-
Handelsergebnis	-	-	-	-	-
Finanzanlageergebnis	-	-	-	-	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	1	-	-	-	-
Kreditrisikovorsorge	-	-	-	-	-
Verwaltungsaufwand	-	-	-	-	-
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	-	-	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	4	1	1	3	2

Mehrjahresübersicht

in Mio. €	2015	2016	2017
Erfolgszahlen			
Operative Erträge	400	508	424
Zins- und Provisionsüberschuss	440	412	443
Zinsüberschuss	426	404	435
Provisionsüberschuss	14	8	8
Handelsergebnis	15	-6	-5
Finanzanlageergebnis	-32	125	-4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	11	6	-1
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-34	-29	-9
Kreditrisikovorsorge	1	-1	-6
Verwaltungsaufwand	-207	-198	-216
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	1	-8	2
Ergebnis vor Steuern	195	301	204

Nichtfinanzieller Bericht

Gemäß § 315b HGB und § 289b HGB gibt die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) erstmalig diesen gesonderten zusammengefassten Nichtfinanziellen Bericht ab, der sich am Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) orientierend im Einklang mit den Anforderungen des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes erstellt wurde.

NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

Die pbb ist eine führende Spezialbank für die Finanzierung von Investitionen in Gewerbeimmobilien und öffentliche Infrastruktur in Europa und den USA. Als Finanzierungspartner der Immobilienwirtschaft und der öffentlichen Hand nimmt sie eine wichtige realwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Funktion wahr. Zugleich zählt die pbb zu den größten Pfandbriefemittenten und ist damit auch ein wichtiger Emittent von Covered Bonds in Europa. Sie bündelt so Mittel für die Kreditvergabe und transformiert illiquide Kredite mit konzentrierten Risiken in Anlagemöglichkeiten mit diversifizierter Risikostruktur und hoher Fungibilität (für Details zur Konzernstruktur, zum Geschäftsmodell sowie zur strategischen Ausrichtung siehe zusammengefasster Lagebericht 2017 „Grundlagen des Konzerns“).

Bei der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit trägt der pbb Konzern Verantwortung gegenüber seinem Umfeld:

- > Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- > Kunden und Bankpartner
- > Investoren in Eigenkapital und Fremdkapital der pbb
- > Dienstleister und Lieferanten
- > Gesellschaft und Umwelt.

Leitgedanke bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeitsstrategie des pbb Konzerns verfolgt das Ziel, wirtschaftlichen Erfolg und Nachhaltigkeitsaspekte in bestmöglicher Weise zu verbinden. Der pbb Konzern will dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich sein durch gesetzestreu und integriertes Verhalten, verantwortungsvolle Unternehmensführung und die Wahrung hoher ethischer Grundsätze. Dabei will der pbb Konzern die Anforderungen seiner Anspruchsgruppen erfüllen und langfristigen Wert für alle Stakeholder schaffen, Nutzen für die Gesellschaft stiften und natürliche Ressourcen schonen.

Märkte und Anforderungen der Stakeholder unterliegen einem steten Wandel. Deshalb erachtet der pbb Konzern einen regelmäßigen und offenen Dialog für unabdingbar, um die Bedürfnisse der Anspruchsgruppen frühzeitig erkennen und in den Entscheidungsfindungsprozessen berücksichtigen zu können.

Der pbb Konzern strebt an, durch geeignete Maßnahmen das Nachhaltigkeitsbewusstsein zu festigen und weiter auszubauen sowie Nachhaltigkeitsaspekte als integralen Bestandteil im Unternehmen zu verankern. In seiner Nachhaltigkeitsstrategie greift der pbb Konzern solche Aspekte auf, die sowohl einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit beziehungsweise den Geschäftserfolg haben als auch durch den pbb Konzern wesentlich beeinflussbar sind. Diese Aspekte wurden durch eine Wesentlichkeitsanalyse ermittelt.

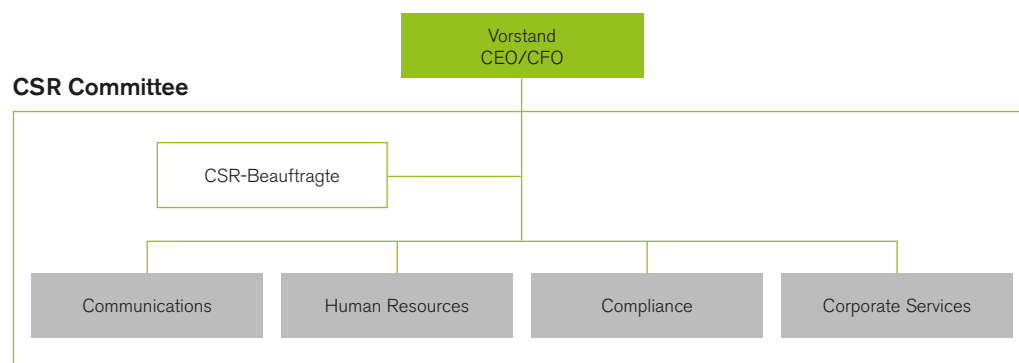
CSR Committee und Corporate-Governance-Beauftragter

Ein wesentliches Instrument zur Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen im pbb Konzern bildet das CSR Committee, das im Jahr 2017 gegründet wurde. Zweck und Handlungsrahmen des CSR Committee sind in einer Geschäftsordnung festgelegt.

Die Mitglieder des CSR Committee bestellt der Vorstand. Es setzt sich zusammen aus den Leitern der Unternehmensbereiche Communications, Corporate Office/Compliance, Human Resources (HR), Information Technology sowie der oder dem vom CSR Committee bestimmten CSR-Beauftragten. Die Mitgliedschaft im CSR Committee ist an die jeweilige Funktion geknüpft. Dadurch ist gewährleistet, dass die unterschiedlichen Unternehmensbereiche stets effektiv im CSR Committee vertreten sind. Vorsitzender des CSR Committee ist der Bereichsleiter Communications.

Das CSR Committee ist maßgeblich für die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und die Überwachung von deren Implementierung zuständig. Ferner beschließt das CSR Committee Nachhaltigkeitsziele und die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen. Es wird mindestens einmal im Jahr im Rahmen einer ordentlichen Sitzung von dem oder den CSR-Beauftragten über aktuelle gesetzliche Entwicklungen und Marktanforderungen informiert sowie über den Umsetzungsstand und die Zielerreichung zuvor beschlossener Maßnahmen und Ziele; auf dieser Grundlage beschließt das CSR Committee gegebenenfalls neue Maßnahmen und Ziele. Darüber hinaus können anlassbezogen in einem außerordentlichen Verfahren Beschlüsse gefasst werden. Das CSR Committee folgt in der Bewertung und Priorisierung von Maßnahmen und Zielen grundsätzlich dem Prinzip der Wesentlichkeit.

Über die Sitzungen wird jeweils ein Protokoll erstellt. Der Vorstand wird über die Termine frühzeitig informiert und kann an den Sitzungen teilnehmen. Zudem hat er die Möglichkeit, jederzeit weitere Berichte und Empfehlungen des CSR Committees einzuholen.



Corporate-Governance-Beauftragter auf Vorstandsebene ist Andreas Arndt (CEO/CFO), der im Vorstand für Fragen der Umsetzung und die Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Standards im Bereich der Corporate Governance zuständig ist.

Anreizsystem

Ein weiteres wesentliches Instrument zur integralen Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen im pbb Konzern ist das Vergütungssystem, welches in seiner Ausgestaltung explizit eine nachhaltige Entwicklung des pbb Konzerns berücksichtigt. Im Vordergrund steht hierbei der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens (für weiterführende Details siehe zusammengefasster Lagebericht 2017 „Vergütungsbericht“).

WESENTLICHKEITSANALYSE

Zur Ermittlung der für den pbb Konzern und seine Stakeholder wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte hat der pbb Konzern in mehreren Schritten eine Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt.

Im ersten Schritt hat das CSR Committee die für den pbb Konzern wesentlichen Stakeholder identifiziert.

Stakeholder



Im nächsten Schritt wurden auf Basis einer sogenannten „Longlist“ potenzielle Nachhaltigkeits-themen und -aspekte identifiziert und kategorisiert. Neben den allgemeinen Themen Umwelt, Arbeitnehmer- und Sozialbelange sowie Corporate Governance lag hier ein spezieller Fokus auf der Identifizierung sektorspezifischer beziehungsweise pbb Konzern-spezifischer Aspekte.

Im dritten Schritt wurden die für den pbb Konzern als relevant identifizierten Aspekte im Hinblick auf ihre Wesentlichkeit bewertet. Die Relevanz für einzelne Stakeholdergruppen wurde dabei durch eine Simulation von Stakeholderrollen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des pbb Konzerns erhoben. Die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter repräsentierten dabei verschiedene Bereiche und unterschiedliche Funktionen, die mit den relevanten Stakeholdern in engem Kontakt stehen und dadurch bestmöglich die Sichtweise der jeweiligen Stakeholder einnehmen konnten. Darüber hinaus erfolgte eine Bewertung der Geschäftsrelevanz und Auswirkung der Geschäftstätigkeit gemäß CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes durch die CSR-Beauftragten des pbb Konzerns.

Die Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse wurden im CSR Committee vorgestellt und diskutiert. Für den Nichtfinanziellen Bericht des pbb Konzerns wurden die folgenden Themen und Aspekte als wesentlich identifiziert:

Themen	Aspekte
Sektorspezifische Aspekte	Kundenorientierung Nachhaltige Finanzierungslösungen Risikomanagement
Corporate Governance	Compliance Menschenrechte
Arbeitnehmerbelange	Vergütung und Sozialleistungen Arbeitsumfeld Aus- und Weiterbildung
Umwelt	Mobilität

Im Rahmen unserer Wesentlichkeitsanalyse wurden Sozialbelange als nicht wesentlich identifiziert.

Die Relevanz hinsichtlich Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns, der Beeinflussbarkeit durch den pbb Konzern sowie die Stakeholderrelevanz stellen sich auf Grundlage der Wesentlichkeitsanalyse dabei wie folgt dar:

Den größten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns haben die sektorspezifischen Aspekte, Corporate-Governance-Aspekte und Arbeitnehmerbelange, während Umweltbelange aufgrund des Geschäftsmodells einen verhältnismäßig geringen Einfluss haben. Zu den wichtigsten sektorspezifischen Aspekten zählt neben der Kundenorientierung und nachhaltigen Finanzierungslösungen ein nachhaltig funktionierendes Risikomanagement. Diese Aspekte haben einen hohen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des pbb Konzerns. Gleichzeitig können gerade diese Themen beziehungsweise Aspekte auch am effektivsten durch den pbb Konzern selbst beeinflusst werden. Gleiches gilt für die Corporate-Governance-Aspekte, Compliance und Menschenrechte. Die Aspekte Arbeitsumfeld, Aus- und Weiterbildung sowie Vergütung und Sozialleistungen sind die Arbeitnehmerbelange mit der größten Relevanz. Während diese ebenfalls einen hohen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit haben, sieht der pbb Konzern hier limitierte Möglichkeiten der Beeinflussung. Bei den Umweltbelangen wurde lediglich das Thema Mobilität als relevant bewertet. Allerdings ist der Einfluss auf die Geschäftstätigkeit eher als gering anzusehen und auch die Möglichkeiten des pbb Konzerns, Einfluss auf dieses Thema auszuüben, sind nur mäßig. Bei der Bewertung durch die Stakeholder wurde vor allem den Aspekten Compliance und Risikomanagement eine hohe Bedeutung zuteil. Allen anderen Themen wurde eine mittlere Relevanz zugesprochen.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse die wesentlichen Aspekte entlang der Wertschöpfungskette eingeordnet und die Einflussmöglichkeiten des pbb Konzerns entlang dieser bewertet. Der pbb Konzern erbringt die gesamte Wertschöpfungskette in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und Öffentlichen Investitionsfinanzierung weitestgehend selbst. Die Mittel für das Kreditgeschäft beschafft der pbb Konzern primär durch die Emission von Pfandbriefen und unbesicherten Anleihen sowie durch das Einlagengeschäft mit Privatkunden. Im Kreditgeschäft leistet der pbb Konzern die Geschäftsanbahnung, die Kreditbetreuung über den gesamten Kreditlebenszyklus bis zur Kreditrückzahlung oder gegebenenfalls die Sicherheitenverwertung. Folglich sieht der pbb Konzern hier die umfangreichsten Einflussmöglichkeiten.

Die Einflussmöglichkeiten auf vor- und nachgelagerte Tätigkeiten der Wertschöpfungskette beschränken sich dagegen auf nur wenige Aspekte. Als vorgelagerte Tätigkeiten sind hier vor allem Leistungen von Lieferanten und Dienstleistern zu nennen, die aber aufgrund des Geschäftsmodells für den Konzern von untergeordneter Bedeutung sind. Als einen wesentlichen Aspekt sieht der pbb Konzern hier den Aspekt der Menschenrechte, die Möglichkeit der Einflussnahme darauf sieht er aber als relativ gering an. Zu den wesentlichen nachgelagerten Tätigkeiten zählen vor allem die Nutzung und Weiterverwendung der vom pbb Konzern finanzierten Immobilien und Infrastrukturprojekte. Hier sieht der pbb Konzern eine hohe Einflussmöglichkeit im Rahmen der Umsetzung nachhaltiger Finanzierungslösungen.

RISIKEN UND CHANCEN

Sollte der pbb Konzern die als wesentlich erkannten Nachhaltigkeitsaspekte nicht angemessen berücksichtigen oder gar ignorieren, wären damit insbesondere finanzielle und soziale Risiken verbunden, während ökologische Risiken eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Finanzielle Risiken resultieren insbesondere aus den Themen Arbeitnehmerbelange, Corporate Governance und den sektorspezifischen Aspekten. Gleichzeitig bieten sich hier aber auch die größten Chancen für den pbb Konzern. Die Qualifikation und Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die wesentliche Grundlage für die Arbeitsqualität und damit für das Potenzial des Unternehmens. Bei der Corporate Governance stehen vor allem mögliche finanzielle Schäden aus Compliance-Sachverhalten im Fokus, während bei den sektorspezifischen Aspekten finanzielle Schäden aus allen wesentlichen Aspekten entstehen können. Kundenorientierung ist für den pbb Konzern ein grundlegender Erfolgsfaktor zur Sicherung des Finanzierungsbestands, nachhaltige Finanzierungslösungen reduzieren die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen und erhöhen die Werthaltigkeit der Sicherheiten und das Risikomanagement stellt ein zentrales Überwachungs- und Steuerungssystem dar. Gerade die sektorspezifischen Aspekte sind es aber auch, die es dem pbb Konzern ermöglichen, sich im direkten Vergleich von seinen Mitbewerbern positiv abzuheben.

Potenzielle finanzielle Risiken stehen entlang der Wertschöpfungskette vor allem im Zusammenhang mit der eigenen Geschäftstätigkeit, sind im Hinblick auf nachhaltige Finanzierungslösungen durch die Bauweise und Nutzung der finanzierten Immobilien und Infrastrukturprojekte aber auch nachgelagert.

Soziale Risiken sieht der pbb Konzern vornehmlich im Zusammenhang mit Corporate Governance sowie sektorspezifischen Aspekten. Hier stehen vor allem Reputationsrisiken im Fokus. Reputationschäden können erhebliche negative Auswirkungen auf den nachhaltigen Geschäftserfolg des pbb Konzerns haben. Entlang der Wertschöpfungskette stehen die potenziellen sozialen Risiken vor allem im Zusammenhang mit der eigenen Geschäftstätigkeit, Risiken aus vorgelagerten Tätigkeiten durch Lieferanten und Dienstleister stuft der pbb Konzern dagegen als gering ein.

Ökologische Risiken erkennt der pbb Konzern vor allem im Zusammenhang mit sektorspezifischen Aspekten, hier besonders im Rahmen nachhaltiger Finanzierungslösungen. Im Fokus steht dabei das Risiko aus nicht nachhaltiger Bauweise und Nutzung der finanzierten Immobilien und Infrastrukturprojekte, das heißt, entlang der Wertschöpfungskette sind die potenziellen ökologischen Risiken der eigenen Geschäftstätigkeit primär nachgelagert.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des pbb Konzerns ist darauf ausgelegt, die Nachhaltigkeitsrisiken weitestgehend zu minimieren und gleichermaßen die hieraus entstehenden Chancen zu nutzen.

Auf die wesentlichen Nachhaltigkeitsthemen und -aspekte wird im Folgenden näher eingegangen.

SEKTORSPEZIFISCHE ASPEKTE

Kundenorientierung

Die Kunden sind der Grundstein des Geschäfts des pbb Konzerns. Deshalb stehen auch die Kundenbedürfnisse im Fokus der Geschäftstätigkeit. Diese gilt es bestmöglich mit den Interessen des pbb Konzerns in Einklang zu bringen.

Kundenorientierung ist für den pbb Konzern ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um über Neuzusagen oder Prolongationen von Krediten einen Bestand aufzubauen, der den Anforderungen des pbb Konzerns an Ertrag und Risiko entspricht. Kundenorientierung ist dabei nicht nur eine Frage von Prozessen

oder Strukturen. Vielmehr ist die Kundenorientierung als oberste Prämisse und im täglichen Handeln aller Mitarbeiter zu verankern und somit auch zu leben. In diesem Zusammenhang spielen die folgenden Aspekte eine zentrale Rolle: Der Dialog mit den Kunden, die Nähe zu den Kunden und das Vertrauensverhältnis zwischen dem pbb Konzern und seinen Kunden.

Der pbb Konzern pflegt einen regelmäßigen und intensiven Austausch mit seinen Kunden, um deren Bedürfnisse zu kennen. Neben dem persönlichen oft langjährigen Kontakt im Rahmen der Geschäftsbeziehung bietet der pbb Konzern seinen Kunden auch regelmäßig auf Veranstaltungen die Möglichkeit zur direkten Kommunikation. Dies gilt zum Beispiel für die großen Immobilienmessen MIPIM in Cannes und Expo Real in München. Darüber hinaus richtet der pbb Konzern regelmäßige Veranstaltungen für Kunden aus den Bereichen gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie Öffentliche Investitionsfinanzierung aus. Im Jahr 2017 hat der pbb Konzern in diesem Rahmen Veranstaltungen für Kunden in Deutschland, Frankreich, Polen, Schweden und im Vereinigten Königreich organisiert, an denen insgesamt rund 1.500 professionelle Immobilienkunden und -experten sowie Kunden der Öffentlichen Investitionsfinanzierung teilgenommen haben. Für das Jahr 2018 plant der pbb Konzern Kundenveranstaltungen in ähnlichem Umfang.

Jeder Teilmarkt hat seine lokalen Besonderheiten. Die detaillierte Kenntnis über die individuellen Marktgegebenheiten und -entwicklungen ermöglicht, die Bedürfnisse der Kunden besser zu verstehen und einen tief greifenden Dialog mit den Kunden zu führen. Dies stellt der pbb Konzern vor allem durch ein dichtes Netzwerk aus Vertriebsstandorten in Deutschland sowie weiteren wichtigen Standorten in Europa sicher. Der pbb Konzern ist insgesamt an neun Vertriebsstandorten lokal vertreten. In diesem Zusammenhang war es dem pbb Konzern auch wichtig, nach Wiedereintritt in den US-Markt und dem weiteren Ausbau des Geschäfts mit einer Repräsentanz vor Ort zu sein. Die Eröffnung einer Repräsentanz in New York ist für das erste Halbjahr 2018 geplant.

Unterstützt wird diese regionale Kundennähe durch Expertenteams, die sich mit Spezialthemen der Immobilienfinanzierung befassen, besonders mit den Themen Developments, Logistik, Einzelhandel, Portfolio Wohnen, Hotels und Sozialimmobilien. Auf diese Weise soll das vorhandene Know-how in der Bank gebündelt und gezielt vertieft werden sowie bedarfsgerecht abrufbar sein. Die Teams sind bereichsübergreifend und international besetzt. Ständige Mitglieder sind Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Real Estate Finance, Credit Risk Management, Property Analysis & Valuation sowie Legal. Im Rahmen des Neugeschäftsprozesses kann durch die Entscheidungsgremien festgelegt werden, dass das entsprechende Expertenteam begleitend einzubinden ist oder eine Stellungnahme zu einem fachlichen Thema erstellen soll. Die Expertenteams Developments und Hotels sind grundsätzlich frühzeitig nach positiver Entscheidung des New Deal Committee (NDC) zu beteiligen.

Auf Basis tief greifender Markt- und Produktkenntnis kann der pbb Konzern in einen höchst spezialisierten Dialog mit seinen Kunden treten, um individuelle und auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittene Finanzierungslösungen mit diesen zu erarbeiten. Durch eine frühe Einbindung und feste strukturelle Verankerung des Risikomanagements (für weiterführende Details siehe zusammengefasster Lagebericht 2017 „Risiko- und Chancenbericht“) sowie des Bereichs Property Analysis & Valuation zur Immobilienbewertung sollen eventuelle Risiken frühzeitig erkannt und so gering wie möglich gehalten werden.

Eine weitere zentrale Rolle kommt dem Kundenvertrauen zu. Als Grundvoraussetzung stellt der pbb Konzern über gebotene Sicherheitsstandards die Vertraulichkeit der Informationen über die Kunden selbst und sämtliche Geschäftsdaten sicher (siehe Kapitel „Datenschutz“). Ein Verhaltenskodex definiert darüber hinaus seit Bestehen des pbb Konzerns die unverzichtbaren Anforderungen, die der pbb Konzern an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit seinen Kunden, aber auch allen anderen Stakeholdern stellt. Er ist nicht nur eine Orientierungshilfe, sondern ein verbindlicher Bestandteil der Arbeitsverträge aller Mitarbeiter und Grundlage für alle Regelwerke im pbb Konzern.

Der Verhaltenskodex findet implizit auch Anwendung auf alle Kunden, potenzielle Kunden oder sonstige Geschäftspartner (zum Beispiel Lieferanten). Sollte demnach ein Mitarbeiter Kenntnis davon erlangen, dass diese möglicherweise in illegale oder rufschädigende Aktivitäten verwickelt sind, sind der zuständige Vorstand und Compliance zu informieren. Der zuständige Vorstand wird – unter Einbindung von Compliance und bedarfsabhängig weiteren Organisationseinheiten (zum Beispiel Revision, Rechtsabteilung, Kreditbereich) im Konzern – jeden Fall individuell prüfen lassen.

Im Jahr 2014 hat der pbb Konzern seine Beschaffungsprozesse mit einer neuen Beschaffungsrichtlinie vereinheitlicht und das sogenannte „Compliance Caution Framework“, kurz CCF-Scout, eingeführt. Der CCF-Scout dient als IT-basierte Suchmaschine dazu, Businesspartner, Kontrahenten, Erwerber oder Lieferanten vor der Eingehung einer neuen oder zur Überprüfung einer bestehenden Geschäftsbeziehung auf Einträge oder Auffälligkeiten unmittelbar und frühzeitig zu überprüfen. Alle hinterlegten Einträge sind durch einen externen namhaften Dienstleister gesammelte, weltweite Sanktionslisten aus öffentlich zugänglichen Quellen wie EU, OFAC oder Bundesbank. Zudem sind auch relevante Informationen aus Presse und Medien hinterlegt.

Im Hinblick auf Kundenvertrauen ist vor allem auch eine faire Behandlung wichtig. Der pbb Konzern verpflichtet sich zu einer offenen und professionellen Handlungsweise mit erstklassigem Service für seine Kunden.

Dazu gehören auch ein hoher Leistungsstandard sowie ein angemessenes und gutes Beschwerdemanagement für eine effiziente, zielgerichtete und schnelle Bearbeitung von Beschwerden. Beschwerden bieten neben der Möglichkeit, Fehler zu berichtigen und die Kundenzufriedenheit wiederherzustellen, auch die Chance, Hinweise auf Schwachstellen in der Organisation zu erhalten. Deshalb nimmt der pbb Konzern jede Beschwerde ungeachtet ihrer Ursache oder Berechtigung ernst, handhabt sie sorgfältig und dokumentiert sie. Der pbb Konzern hat dazu einen Prozess geschaffen, der den effizienten Umgang mit Beschwerden sicherstellt und über eine für alle Mitarbeiter bindende Fachanweisung verankert ist. Die für das Beschwerdemanagement zuständige Stelle im pbb Konzern erfasst alle Beschwerden, wertet diese regelmäßig aus und berichtet unter anderem an Vorstand und Aufsichtsrat. Im Bedarfsfall würde der Vorstand entsprechende Verbesserungsmaßnahmen beschließen. So konnte die Anzahl der Beschwerden von einem bereits im Vorjahr um 30% reduzierten niedrigen Niveau im Jahr 2017 nochmals deutlich um weitere 27% reduziert werden. Im Jahr 2017 lag die Anzahl der Beschwerden im niedrigen zweistelligen Bereich.

Nachhaltige Finanzierungslösungen

Als Spezialbank finanziert der pbb Konzern gewerbliche Immobilieninvestitionen und Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand. Dabei legt der pbb Konzern unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten hohe Standards bei der Kreditvergabe an. Das Handeln des pbb Konzerns richtet sich hierbei selbstverständlich und grundlegend nach gesetzlichen, insbesondere aufsichtsrechtlichen Normen. Darüber hinaus hat der pbb Konzern weitere ethisch-moralische Grundsätze seines Handelns in einem nachhaltig ausgerichteten Verhaltenskodex definiert. Der pbb Konzern unterstützt keinerlei erkennbare Geschäftspraktiken, die seiner Reputation schaden könnten oder bei denen der Verdacht besteht, dass der Kunde ungesetzlich handelt oder gegen die ethisch-moralischen Grundsätze des pbb Konzerns verstößt. Die Liste illegaler oder sonstiger rufschädigender Aktivitäten beinhaltet unter anderem:

- > Geldwäsche
- > Terrorismusfinanzierung
- > Drogenhandel
- > Handel mit illegalen Waffen
- > Verletzung der Menschenrechte
- > Menschenschmuggel
- > Warenschmuggel
- > Bestechung von Regierungen oder anderen Amtsträgern
- > Vorteilsgewährung und -annahme

- > Steuerdelikte
- > Illegale oder unberechtigte Nutzung von Eigentum, einschließlich Landbesitz
- > Marktmissbrauch, zum Beispiel Marktmanipulation oder Insiderhandel
- > Alle Arten der organisierten Kriminalität
- > Umweltverschmutzung einschließlich übermäßiger Emission, illegaler Abfallentsorgung sowie jeglicher Art der damit verbundenen Urkundenfälschung
- > Illegale Nutzung von Arbeitskraft einschließlich Zwangsarbeit und Kinderarbeit

Diese Liste ist nicht vollständig, jedoch repräsentativ dafür, dass der pbb Konzern sich von jeglichen illegalen oder sonstigen rufschädigenden Praktiken distanziert. Die Normen und Grundsätze stehen vor und über dem Ertrag beziehungsweise der Rendite einer einzelnen Transaktion.

In der Finanzierung gewerblicher Bauvorhaben oder von Bestandsimmobilien spielen neben wirtschaftlichen Aspekten vor allem auch ökologische Aspekte eine zentrale Rolle, im Speziellen die Nachhaltigkeit von Erträgen und Bausubstanz. Sollte der pbb Konzern in diesem Zusammenhang das Prinzip der Nachhaltigkeit ignorieren, wären damit nicht nur für den pbb Konzern selbst hohe potenzielle Risiken im Hinblick auf Zins- und Tilgungsleistungen beziehungsweise die Rückzahlung ausgegebener Kredite verbunden, sondern vielmehr auch erhebliche finanzielle Risiken für die Kunden beziehungsweise Immobilieninvestoren, da diese im Verlustfall mit ihrem investierten Eigenkapital im Risiko bereits vor dem Kredit des pbb Konzerns stehen. Darüber hinaus könnte dies negative Folgen für die Umwelt und Gesellschaft haben. Unternehmensinteressen gehen also mit allgemeinen Nachhaltigkeitsinteressen konform. Das Prinzip der Nachhaltigkeit geht dabei über einen klar definierten und sorgfältigen Due-Diligence-Prozess in die Kreditentscheidung unter Beteiligung des Vorstands ein.

Die Nachhaltigkeit von Erträgen wird im Wesentlichen durch die Bewertung relevanter Aspekte beurteilt: Dazu gehören unter anderem wirtschaftliche, demografische und soziografische Faktoren sowie immobilien- (zum Beispiel Objektlage, Abverkauf, Vermietungs- beziehungsweise Leerstand, Mieterstruktur, Mieteinnahmen, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten) und finanzierungsspezifische (zum Beispiel Finanzierungsvolumen und -struktur, Beleihungsauslauf, Finanzierungskonditionen) Faktoren. Die Nachhaltigkeit der Bausubstanz wird im Wesentlichen über die bauliche Qualität unter Einbindung ökologischer Aspekte bewertet: So gehören dazu zum Beispiel Beschaffenheit und Qualität der verwendeten Materialien sowie die Qualität der Bauausführung; aber auch Umweltzertifizierungen wie zum Beispiel Zertifizierungen gemäß den verschiedenen Green-Building-Programmen und Energiezertifizierungen finden eine explizite Berücksichtigung in der Bewertung. Sollte der pbb Konzern Altlasten ignorieren oder eine ökologisch unverantwortliche Bauweise tolerieren, wäre die Werthaltigkeit der Immobilie beziehungsweise der Hypothekensicherheit gefährdet.

Um die Nachhaltigkeit in der Finanzierung zu gewährleisten, ist eine enge Zusammenarbeit von Vertrieb, Risikomanagement und Property Analysis & Valuation bereits in einem frühen Stadium des Kreditprozesses im pbb Konzern über eine entsprechende Prozessstruktur und Fachanweisungen verankert. Der pbb Konzern beschäftigt 45 eigene Immobiliengutachter und arbeitet darüber hinaus mit externen Gutachtern zusammen. Bei Altlastenverdachtsfällen werden zusätzliche Recherchen betrieben und im Regelfall Spezialgutachten eingeholt. Um die Nachhaltigkeit der zu finanzierenden Objekte sicherzustellen, prüfen die Gutachter die Immobilie umfassend hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und baulichen Risiken. Die Ergebnisse – auch Auffälligkeiten oder abnorme Gegebenheiten – fließen in einen Property Report ein, auf dessen Grundlage unter anderem die Kreditentscheidungen gefällt werden. Das zugehörige Wertermittlungsgutachten berücksichtigt zudem durch das Konzept des Beleihungswerts explizit die Nachhaltigkeit des Immobilienwerts als Finanzierungsobjekt. Konkret werden im Rahmen der Immobilienbewertung Nachhaltigkeitsaspekte wie beispielsweise die Energieeffizienz eines Gebäudes oder eventuelle Altlasten zusätzlich berücksichtigt. Darüber hinaus ist klar definiert, auf welcher Grundlage und in welchen regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der Kreditentscheidung erfolgen muss und wie oft beziehungsweise durch wen die Immobilienobjekte zu besichtigen sind. Eine besonders enge bauliche Begleitung und Überwachung erfolgt hier naturgemäß bei neu zu errichtenden Objekten im Rahmen sogenannter Developmentfinanzierungen sowie bei Baumaßnahmen an Bestandsimmobilien (zum Beispiel Modernisierungen oder Sanierungen) im

Rahmen von sogenannten Investmentfinanzierungen. Hierbei werden Auffälligkeiten auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen beziehungsweise Menschenrechte überwacht. Durch die enge Verzahnung der verschiedenen Bereiche, insbesondere durch die frühe Einbindung von Property Analysis & Valuation, erfolgt eine effiziente Selektion des Neugeschäfts als wesentliche Grundlage für langfristigen Geschäftserfolg des pbb Konzerns und seiner Kunden sowie zur Vermeidung von negativen Folgen für Umwelt und Gesellschaft.

In der Öffentlichen Investitionsfinanzierung leistet der pbb Konzern einen gesellschaftlichen Beitrag durch die Finanzierung von Investitionen zur Bereitstellung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Bei vielen der öffentlichen Projekte handelt es sich um Maßnahmen, die einen direkten und nachhaltig positiven sozialen und umwelttechnischen Einfluss haben. So finanziert der pbb Konzern in diesem Zusammenhang zum Beispiel Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in öffentliche Verwaltungsgebäude oder erneuerbare Energien. Der Kreditprozess entspricht hier weitgehend dem der gewerblichen Immobilienfinanzierung, wobei der pbb Konzern in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung nicht nur auf Basis von Sachwerten und daraus generierten Erträgen abstellt, sondern zusätzlich auch auf die Bonität von öffentlichen Stellen wie zum Beispiel Städten oder Regionen. Leitgedanke ist auch die Nachhaltigkeit der Transaktion. Durch einen sorgfältigen Due-Diligence-Prozess soll auch hier die langfristige Werthaltigkeit und damit die Fähigkeit zur Zins- und Tilgungsleistung beziehungsweise Rückzahlung des Kredits sichergestellt werden. In die Bewertung fließen explizit auch soziale und umwelttechnische Aspekte mit ein. Das Thema Nachhaltigkeit spielt insbesondere auch im Bereich der öffentlich garantierten Exportfinanzierungen (ECA) eine wesentliche Rolle; hier werden zusätzlich externe Berater zur Bewertung von Nachhaltigkeitsthemen involviert, so zum Beispiel im Hinblick auf umwelttechnische Aspekte oder aber auch Arbeitsbedingungen beziehungsweise Menschenrechte. Im Jahr 2017 hat der pbb Konzern aufgrund der hohen Bedeutung von Nachhaltigkeitsaspekten im ECA-Geschäft neben den allgemeinen Maßgaben des Verhaltenskodex zudem eine ergänzende geschäftsspezifische interne Fachanweisung zur Ermittlung und Bewertung von Risiken hinsichtlich Menschenrechten, Korruption sowie Umweltschutz im Zusammenhang mit ECA-gedeckten Export- und Projektfinanzierungen und Infrastrukturfinanzierungen durch den Vorstand verabschiedet.

Der pbb Konzern hat sich zum Ziel gesetzt, einen aktiven Beitrag zur Fortentwicklung von Nachhaltigkeitsstandards zu leisten und diese zu fördern, und ist deshalb in zahlreichen Arbeitskreisen engagiert. In der Immobilienwirtschaft beziehungsweise im Immobilienfinanzierungsgeschäft ist der pbb Konzern beispielsweise in Arbeitskreisen des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) und des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp) sowie in der Initiative des EMF/ECBC zur Ermittlung von Energieeffizienz bei Gebäuden in Europa vertreten. Durch das Engagement in den Arbeitskreisen und verschiedenen Verbandsgremien konnten Nachhaltigkeitsstandards weiter vorangebracht werden. Eine Folge daraus ist beispielsweise die Aufnahme von Nachhaltigkeitsaspekten sowie von Umweltzertifizierungen in die Datenbank des pbb Konzerns. So wurden unter aktiver Beteiligung des pbb Konzerns durch den vdp Bewertungsausschuss Energieeffizienzkriterien im Rahmen eines Objekt- und Marktatings festgelegt, die als zusätzliche Merkmale in die Transaktionsdatenbank des vdp eingeführt werden. In der öffentlichen Finanzierung engagiert sich der pbb Konzern im Arbeitskreis Außenhandels- und Rohstofffinanzierung des BdB, dem Arbeitskreis Exportfinanzierung des vdp sowie in der ICC Export Finance Working Group und im Expertenkreis Euler Hermes.

Risikomanagement

Das Risikomanagement stellt für den pbb Konzern neben der Kundenorientierung einen weiteren elementaren Erfolgsfaktor zur Sicherung des nachhaltigen Unternehmensbestands dar. Im Rahmen des Risikomanagements werden sämtliche potenziellen Risiken im pbb Konzern identifiziert, analysiert und überwacht. Aufgrund der zentralen Bedeutung für den pbb Konzern ist die Risikomanagementfunktion organisatorisch und prozessual als integraler Bestandteil im pbb Konzern verankert. Für die im Rahmen des implementierten Risikomanagement- und Risikocontrollingsystems identifizierten Risiken und Chancen für die einzelnen Risikoarten wird an dieser Stelle auf die detaillierten Ausführungen im Risiko- und Chancenbericht verwiesen (siehe zusammengefasster Lagebericht 2017 „Risiko- und Chancenbericht“).

CORPORATE GOVERNANCE

Verhaltenskodex und ethische Grundsätze

Transparentes, faires, verantwortungsbewusstes und ehrliches Verhalten mit dem erforderlichen Grad an Expertise, Professionalität und Integrität im Verhalten untereinander und im Verhältnis zu Kunden und Geschäftspartnern, Wettbewerbern und der Öffentlichkeit sind im pbb Konzern fest verankert. Die Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetze und Regeln sind dabei Grundvoraussetzung.

Intern legt der Verhaltenskodex des pbb Konzerns den ethisch-rechtlichen Rahmen fest und definiert die unverzichtbaren Anforderungen, die der pbb Konzern an seine Mitarbeiter stellt. Er ist nicht nur eine Orientierungshilfe, sondern ein verbindlicher Bestandteil der Arbeitsverträge aller Mitarbeiter und Grundlage für alle Regelwerke im pbb Konzern.

Der Verhaltenskodex enthält unter anderem klare Anweisungen zu den Themen Beziehung zu Kunden, Lieferanten, Aktionären, Investoren und Wettbewerbern wie auch Verhaltensregeln im Falle von Interessenkonflikten, Bestechung, Vorteilsgewährung, Geldwäscheprävention und Marktmissbrauch.

Der pbb Konzern versucht keinerlei erkennbare Geschäftspraktiken zu unterstützen, die seiner Reputation schaden können, oder bei denen der Verdacht besteht, dass ein Kunde oder auch ein Lieferant dadurch gegen die ethischen Standards des pbb Konzerns verstößt oder ungesetzlich handelt.

Zudem bilden die geltende Rechtsordnung und alle behördlichen Vorschriften, die in den jeweiligen Rechtsräumen gelten, in denen der pbb Konzern tätig ist, die Grundlage für alle Unternehmensentscheidungen und das tägliche Handeln. Ergänzt werden diese um ein internes Regelwerk sowie detaillierte Prozessanweisungen. Außerdem gilt für die pbb als börsennotiertes Unternehmen der Deutsche Corporate Governance Kodex mit der Maßgabe des Grundsatzes „Comply or Explain“. Dieser beschreibt gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und reflektiert darüber hinaus die aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen und Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung.

Compliance

Compliance hat zum Ziel, durch vorbeugende Unternehmensorganisation und andere Maßnahmen die Einhaltung gesetzlicher und anderer Rechtspflichten sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für Rechtspflichten im Zusammenhang mit oder bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen. Deren Einhaltung dient dem Kunden-/Investorenschutz und damit auch unmittelbar dem Schutz der Reputation des Unternehmens. Zum Kernbereich der einzuhaltenden Normen gehören die Marktmissbrauchsverordnung, das Wertpapierhandelsgesetz und die darauf basierenden Verordnungen und Richtlinien. Zu den Compliance-Risiken gehören Sanktionen, finanzielle Verluste und Reputationsrisiken, die sich aus Verstößen gegen diese Regeln ergeben können. Jegliche betrügerische Handlung wird sowohl aus wirtschaftlichen Gründen wie aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zur Abwehr dieser Handlungen vom pbb Konzern sehr ernst genommen.

Die pbb und ihre Konzerngesellschaften sehen sich im Hinblick auf Ehrlichkeit, Offenheit und Verantwortung innerhalb der Organisation und bei sämtlichen geschäftlichen Aktivitäten sehr hohen Standards verpflichtet. Wir müssen uns aufeinander verlassen und unsere Kunden müssen uns vertrauen können. Unseren Mitarbeitern kommt in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle zu. Der pbb Konzern hat daher Whistleblowing-Instrumente für interne und externe Hinweise auf Rechtsverstöße und unerwünschtes Verhalten eingerichtet, über die die Compliance-Funktion regelmäßig an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Zahlreiche interne Richtlinien und Fachanweisungen, wie zum Beispiel der Verhaltenskodex, Richtlinien zur Bekämpfung sonstiger strafbarer Handlungen, Informationssicherheits-Richtlinie, Geldwäscheprävention (Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung), Wettbewerbsrecht, sind für alle Mitarbeiter bindend.

Zur Sensibilisierung und Weiterbildung sind alle Mitarbeiter des pbb Konzerns verpflichtet, regelmäßig an Compliance-Schulungen zu den Themen Verhinderung von Geldwäsche und sonstigen strafbaren Handlungen wie zum Beispiel Korruption (einschließlich Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechung und Bestechlichkeit), Geheimnisverrat und Steuerstraftaten sowie zu allgemeinen Compliance-Themen teilzunehmen. Die erfolgreiche Teilnahme wird nach einem Test mit einem Zertifikat bestätigt. Die Durchführung der Schulungen wird regelmäßig durch Group Internal Audit geprüft.

Um für die Kunden und Geschäftspartner ein hohes Maß an Sicherheit zu schaffen, sind Banken an eine Vielzahl gesetzlicher und behördlicher Anforderungen gebunden. Der pbb Konzern hat deshalb verschiedene Prozesse etabliert, um die Erfüllung seiner Pflichten sicherzustellen. Hierzu dient unter anderem ein zentraler Monitoringprozess für wesentliche Kontrollen und Risiken mit quartalsweiser Berichterstattung aller Fachbereiche an die Compliance-Funktion, der Control Attestation Process. Für diesen Prozess hat die pbb aus der Risikolandkarte die pbb Schlüsselrisiken identifiziert und diese mit Kontrollen belegt (sogenannte Key Controls), die einem laufenden Überwachungs- und Bestätigungsprozess unterliegen. Über den Zustand des Internen Kontrollsystems aufgrund der Schlüsselkontrollen in allen Fachbereichen wird regelmäßig an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Emittenten und in ihrem Auftrag oder für ihre Rechnung handelnde Personen müssen laut Art. 18 MMVO Verzeichnisse über solche Personen führen, die für sie tätig sind und bestimmungsgemäß Zugang zu Insiderinformationen haben. Die in den Verzeichnissen geführten Personen werden durch den pbb Konzern über die rechtlichen Pflichten, die sich aus dem Zugang zu Insiderinformationen ergeben, sowie über die Rechtsfolgen von Verstößen aufgeklärt.

Gemäß der vereinheitlichten Beschaffungsrichtlinie müssen sämtliche relevanten Bestellanforderungen über das IT-basierte Bestell- und Vertragsmanagementsystem abgewickelt werden, welches gleichzeitig als Vertragsdatenbank einschließlich eines Fristenmanagements dient. Die Beschaffungsrichtlinie definiert dabei den mehrstufigen Genehmigungsprozess unter Einbindung der Einkaufseinheit „Sourcing“ und auf Grundlage der Kompetenzordnung. Über regelmäßige Lieferantenbewertungen ist die Bank in der Lage, Lieferanten einzustufen und zu vergleichen, die Leistungsfähigkeit zu überwachen und Schwachstellen beim Lieferanten transparent zu machen.

Zudem werden die relevanten Compliance-Prozesse laufend überprüft mit dem Ziel einer weiteren Digitalisierung, des Ausbaus des Monitoringsystems und des Abgleichs mit Risikoinformationen im pbb Konzern.

Eine ausführliche Berichterstattung zu allen Compliance-relevanten Themen erfolgt vierteljährlich sowohl an den Vorstand als auch an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats.

Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der pbb Konzern hat sich der Einhaltung sehr hoher Standards zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verschrieben, um den laufenden Neuerungen angemessen Rechnung zu tragen. Er hat umfassende Regelwerke und Prozesse installiert und verlangt von allen Mitarbeitern die Befolgung der Vorgaben. Hierzu gehören zum Beispiel umfassende „Know Your Customer“ (KYC)-Prozesse, laufender Abgleich internationaler Listen unter anderem wegen Sanktionen, Geldwäsche- oder Terrorverdacht, Risikoanalysen und laufendes Berichtswesen. Gesetzliche Grundlage bietet im Wesentlichen das Geldwäschegesetz, dessen Einhaltung in der pbb durch bereichsinterne Kontrollen im Vertrieb, Compliance und die Interne Revision im Sinne der drei Verteidigungslinien

(„Three Lines of Defense“) überwacht und geprüft wird. Die Einhaltung der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterliegt laufender Aktualisierung und ist Gegenstand jährlicher Prüfungen der Internen Revision und der Jahresabschlussprüfung.

Antikorrruption und Bestechung

Zum Schutz vor Korruption hat der pbb Konzern klare Grundsätze festgelegt. Diese enthalten Richtlinien für ein korrektes und professionelles Verhalten, beispielsweise bei Interessenkonflikten, im Kampf gegen Korruption, Bestechung oder Bestechlichkeit. Einen Schwerpunkt bilden die Vorgaben für die Annahme und Gewährung von Vergünstigungen und Geschenken.

Auch im Umgang mit Vertretern von Regierungen und öffentlichen Stellen müssen alle Handlungen unterlassen werden, die deren Entscheidungen unrechtmäßig beeinflussen könnten. Vor allem sind Geldzuwendungen, Geschenke oder andere Vergünstigungen an Amtsträger zu unterlassen, die in irgendeiner Form als unzulässige Beeinflussung, Bestechung oder Korruption ausgelegt werden könnten.

Datenschutz

Der sensible Umgang mit vertraulichen Daten zum Schutz der Kunden hat höchste Priorität. Die Regelungen hierfür finden sich in der EU-DSGVO im Bundesdatenschutzgesetz, in den nationalen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regelungen, in den vertraglich vereinbarten Vertraulichkeitsklauseln (inklusive des sogenannten „Bankgeheimnisses“) sowie in den internen Fachanweisungen zum Datenschutz.

Um die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen sicherzustellen, sind Kontrollen und Sanktionen implementiert. Ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter nimmt als Organ der Unternehmensleitung ebenfalls Kontrollaufgaben wahr. Zudem ist das Thema Datenschutz Bestandteil eines jeden Dienstvertrags. Die Mitarbeiter werden regelmäßig zum Thema Datenschutz geschult. Jeder Verstoß gegen die Vorschriften des Datenschutzes kann disziplinarische Konsequenzen haben.

Wettbewerbs- und Kartellrecht

Der pbb Konzern hat in seinem Verhaltenskodex und in internen Anweisungen strenge Anforderungen an die Einhaltung wettbewerbs- und kartellrechtlicher Anforderungen sowie Regeln für Gespräche mit Wettbewerbern aufgestellt.

Die wettbewerbsrechtlich relevanten Facheinheiten wurden identifiziert und werden regelmäßig detailliert über die Vorgaben geschult. Die zuständigen Leiter der Fachbereiche sind zudem verpflichtet, in regelmäßigen Abständen zur Einhaltung wettbewerbs- und kartellrechtlicher Anforderungen an Compliance zu berichten. Dies ist im Kontrollkonzept des pbb Konzerns integriert.

Menschenrechte

Die Einhaltung von Menschenrechten ist auch im pbb Konzern ein zentrales Anliegen. Neben den rechtlichen Anforderungen, wie zum Beispiel dem „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) und dem Entgelttransparenzgesetz, hat der pbb Konzern unverzichtbare Anforderungen in einem Verhaltenskodex verankert, bei dessen Erstellung Aspekte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention herangezogen wurden.

Der pbb Konzern verpflichtet sich demnach zur Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und distanziert sich ausdrücklich von jeglicher Verletzung dieser, sei es durch seine Mitarbeiter oder andere Stakeholdergruppen. Neben Transparenz, Ehrlichkeit und Fairness zählen auch Würde und Respekt zu den wesentlichen Leitmaximen.

Der pbb Konzern respektiert alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse, sozialem Hintergrund, Fähigkeiten, sexueller Ausrichtung oder Religion und verpflichtet sich zur Förderung der Diversität der Mitarbeiter entsprechend den Möglichkeiten. Es werden keine Formen der ungerechten Behandlung oder Diskriminierung toleriert.

Da die Vielfalt der Mitarbeiter ein wichtiges Anliegen im pbb Konzern ist, gilt es Benachteiligungen gegenüber allen Mitarbeitern im Vorfeld zu verhindern oder abzuschaffen. Ein wichtiges Anliegen ist es daher, Benachteiligungen gegenüber allen Mitarbeitern im Vorfeld zu verhindern oder zu beseitigen. Wesentliche Grundlage zur Prävention bildet die Verpflichtung aller Mitarbeiter auf den Verhaltenskodex, der jedem Mitarbeiter die vom pbb Konzern als unverzichtbar angesehenen Anforderungen aufzeigt.

Die pbb hat überdies eine interne Beschwerdestelle eingerichtet, die den Mitarbeitern als Ansprechpartner bei etwaigen Benachteiligungen im Rahmen des AGG dient. Dort eingehende Beschwerden werden dem Head of Human Resources gemeldet. Es erfolgt eine interne Sachverhaltsaufklärung und Prüfung, ob tatsächlich ein Verstoß gegen das AGG vorliegt. Je nach Schwere, Auswirkung oder rechtlichen beziehungsweise wirtschaftlichen Risiken eines Verstoßes erfolgt, soweit erforderlich, auch die Einbindung anderer Stellen wie Datenschutz, Compliance, Legal, dem Vorstand oder dem Betriebsrat. Auf Basis des Prüfungsergebnisses wird über das weitere Vorgehen beziehungsweise zu treffende Maßnahmen beraten beziehungsweise entschieden. Der Beschwerdeführer wird durch die Beschwerdestelle über die Behandlung seiner Beschwerde informiert, bei Zurückweisung der Beschwerde einschließlich einer Begründung. Es erfolgt eine Dokumentation, die getrennt von der Personalakte aufbewahrt wird.

Mitarbeiter, die andere diskriminieren, müssen mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen und disziplinarischen Sanktionen rechnen. Diese reichen von einer Abmahnung über eine eventuelle Versetzung bis hin zu einer möglichen Kündigung. Überdies wird den Mitarbeitern im Intranet der pbb ein Merkblatt mit Informationen zum Schutz vor Benachteiligungen zur Verfügung gestellt.

Aber auch im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen durch andere Stakeholder stehen die Mitarbeiter des pbb Konzerns in der Pflicht. Sollte ein Mitarbeiter Kenntnis davon erlangen, dass ein potenzieller Kunde oder sonstiger Geschäftspartner (zum Beispiel Zulieferer) möglicherweise in illegale oder rufschädigende Aktivitäten verwickelt ist, sind gemäß verpflichtendem Verhaltenskodex der zuständige Vorstand und Compliance zu informieren. Der zuständige Vorstand wird – unter Einbindung von Compliance – jeden Fall individuell prüfen lassen. Zur weiteren Untersuchung können auch zusätzliche Organisationseinheiten im Konzern beigezogen werden (zum Beispiel Revision, Rechtsabteilung, Kreditbereich).

Im Rahmen des „Know Your Customer“ (KYC)-Prozesses von Kunden und Geschäftspartnern und bei Länderanalysen für die Identifikation von Zielmärkten wird daher auch dieses Thema bereits präventiv beleuchtet. Diese Überprüfung erfolgt auch in Bezug auf Lieferanten. 2017 hat der pbb Konzern eine Erklärung zum „Modern Slavery Act“ (UK-Recht) abgegeben. Zulieferer und Dienstleister werden in dieser identifiziert und Prozesse aufgezeigt, die die Sicherstellung dieser nur für Großbritannien geltenden Erklärung gewährleisten.

Das Thema Menschenrechte ist darüber hinaus auch im Kreditprozess verankert: So sind entsprechende Auffälligkeiten im Rahmen der Bewertung und laufenden Kreditbegleitung in Kreditanträgen zu vermerken oder zu melden.

Vorstand und Prüfungsausschuss werden in einer vierteljährlichen Berichterstattung zu Compliance-Themen informiert, gegebenenfalls über gemeldete beziehungsweise aufgetretene Fälle zu Menschenrechtsverletzungen; bei schwerwiegenden Fällen erfolgt die Berichterstattung kurzfristig.

Der pbb Konzern führt regelmäßig Compliance-Schulungen durch, die unter anderem auch Grundlagen zum Thema Menschenrechte beinhalten. Diese Schulungen sollen auch künftig regelmäßig durchgeführt werden. Ziel ist es, durch die beschriebenen präventiven Maßnahmen möglichst jegliche Fälle zu vermeiden beziehungsweise die Anzahl auftretender Fälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte finden sich teilweise auch in den Kapiteln zu den einzelnen Nachhaltigkeitsthemen.

Im Geschäftsjahr 2017 gab es im pbb Konzern keine Fälle von Menschenrechtsverletzungen.

ARBEITNEHMERBELANGE

Der pbb Konzern als Arbeitgeber

Der erhöhte Bedarf an Spezialisierung und der demografische Wandel stellen in einem regulatorisch geprägten Umfeld Herausforderungen an die Personalarbeit des pbb Konzerns.

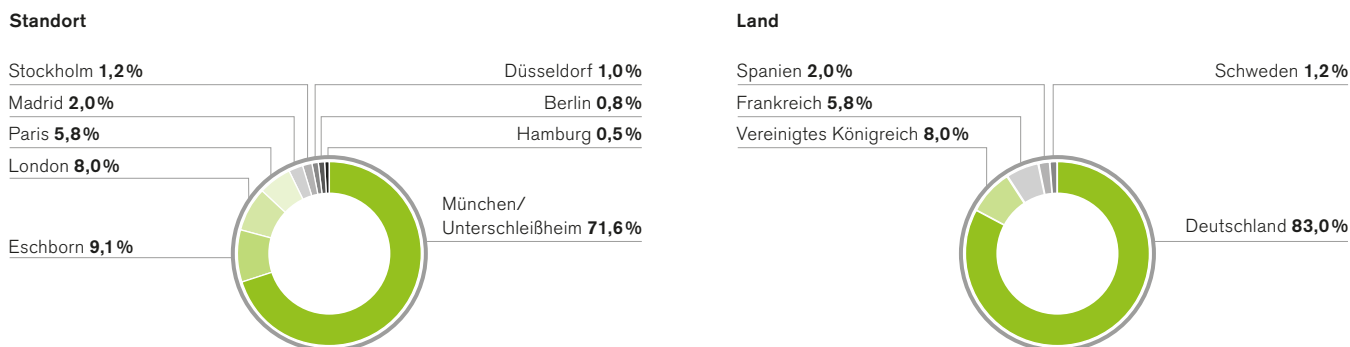
Die Grundlage der Personalarbeit des pbb Konzerns ist die HR-Strategie, die sich zukunftsgerichtet an der Geschäfts- und Risikostrategie sowie dem Geschäftsmodell des pbb Konzerns ausrichtet. Das Geschäftsmodell des pbb Konzerns erfordert Mitarbeiter mit hohen fachlichen Kenntnissen und Expertenwissen. Zentrales Ziel der HR-Strategie des pbb Konzerns ist daher die Gewinnung, Bindung und langfristig ausgelegte Entwicklung von Mitarbeitern mit großem Wissen, Qualität, Kundenorientierung, Führungskompetenz in der Linienfunktion oder in Projekten und einer hohen Bereitschaft zu flexiblem Einsatz und unternehmerischem Denken.

Die Grundlage für die Umsetzung der HR-Strategie ist eine differenzierte, strategische Personalplanung, die im Rahmen der Mehrjahresplanung des pbb Konzerns mittel- und langfristige Änderungen von Personalbestand und Personalbedarf sorgfältig und systematisch bewertet und zukunftsgerichtet lenkt. Besonderer Fokus liegt auf einer effizienten und kundenorientierten Organisation und Arbeitsweise und der stetigen, kostenbewussten Verbesserung der effizient und schlank ausgestalteten Prozesse des pbb Konzerns.

Wesentliche Ausprägungen der HR-Strategie sind zum einen die Rekrutierungsstrategie und die vielfältigen und mit großem Erfolg angebotenen internen und externen Qualifizierungsprogramme, zum anderen die variable Vergütung, die Anreize für individuelle Leistungen setzt und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen, Abteilungen und Teams fördert und verbessert. Damit trägt die HR-Strategie unmittelbar dazu bei, dass der pbb Konzern auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt, sowohl im Wettbewerb mit anderen Banken als auch im Wettbewerb um die besten Talente am Markt.

Mit den Arbeitsbedingungen, Qualifizierungsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven im pbb Konzern werden für die Mitarbeiter des pbb Konzerns Möglichkeiten geschaffen, in einem dynamischen Arbeitsumfeld gemeinsam mit den Kunden der pbb individuelle Lösungen zu finden, unternehmerisch und kundenorientiert zu denken und zu handeln.

Regionale Verteilung Mitarbeiter (pbb Konzern) 31. Dezember 2017



Auch im Jahr 2017 hat sich der Personalbestand des pbb Konzerns im Wesentlichen stabil entwickelt. Der pbb Konzern beschäftigte Ende 2017 insgesamt 782 Mitarbeiter¹ (2016: 791). Die bereinigte² Fluktuation betrug im pbb Konzern im Jahr 2017 9,11% (2016: 8,82%), die Quote der Eigenkündigungen 4,23% (2016: 4,10%).

Vergütung und Sozialleistungen

Das Vergütungssystem und die Vergütungsstrategie des pbb Konzerns sind integrale Bestandteile der Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns. Ziel der Vergütungsstrategie ist die Gewährleistung einer marktgerechten und leistungsorientierten Vergütung, die darauf ausgerichtet ist, die in der Geschäfts- und Risikostrategie verankerten Ziele zu erreichen. Die Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns verfolgen das Ziel, die Profitabilität des pbb Konzerns nachhaltig durch profitables Neugeschäft unter Beibehaltung einer stringenten Risikopolitik zu erhöhen. Ein integraler Bestandteil der auf dieses Ziel gerichteten Geschäftssteuerung stellt die Erfolgsmessung auf Instutzebene der pbb dar. Der auf der Grundlage von aus der Geschäfts- und Risikostrategie abgeleiteten Kernsteuerungsgrößen bemessene Institutserfolg definiert auch die Höhe der für die Auszahlung zur Verfügung stehenden variablen Vergütung im pbb Konzern. Damit wird die variable Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in ihrem Kern unmittelbar mit der Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns verknüpft und von dieser maßgeblich geprägt.

Über die unmittelbare Verknüpfung mit der Geschäfts- und Risikostrategie der pbb hinaus ist die Vergütungsstrategie ein integraler Bestandteil der HR-Strategie. Die variable Vergütung im pbb Konzern ist so ausgestaltet, dass sie angemessene Anreize für individuelle Leistungen setzt und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen, Abteilungen und Teams fördert und verbessert. Den Mitarbeitern wird mit der variablen Vergütung unmittelbar die Möglichkeit eröffnet, am Erfolg des pbb Konzerns zu partizipieren.

Zudem ist die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen an die Vergütung in Banken ein prägendes Element des Vergütungssystems und der Vergütungsstrategie des pbb Konzerns. Dabei wird zum einen dem regulatorisch verankerten Grundsatz der Angemessenheit der einzelnen Vergütungskomponenten in Bezug auf Höhe und Struktur Rechnung getragen mit dem Ziel, Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Die Gesamtvergütung und die einzelnen Vergütungselemente von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern werden regelmäßig mit Blick auf ein angemessenes Verhältnis zu Funktion und Leistung sowie zur Lage des pbb Konzerns geprüft

¹ HGB – Headcount (ohne Vorstandsmitglieder, Praktikanten und Werkstudenten).

² Die bereinigte Fluktuation beinhaltet die arbeitgeber- und arbeitnehmerinitiierte Fluktuation sowie Austritte aufgrund Ablauf befristeter Anstellungsverträge.

und die Angemessenheit durch eine unabhängige externe Vergütungsberatung mithilfe externer Benchmarks im Rahmen eines Marktvergleichs zur Vergütungshöhe und -struktur bestätigt.

Zum anderen werden im Vergütungssystem des pbb Konzerns die weiteren regulatorischen Anforderungen an die Vergütung, insbesondere an die variable Vergütung, umgesetzt. Für den pbb Konzern gelten insbesondere die regulatorischen Anforderungen an die Vergütungssysteme nach Kreditwesengesetz (KWG) sowie die Anforderungen aus der InstitutsVergV (insbesondere die Anforderungen an die variable Vergütung von Risk Takern und Geschäftsleitern) sowie in Bezug auf den Vorstand die Anforderungen des Aktiengesetzes (AktG) und des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Zudem sind derzeit vertragliche Vorgaben sowie die Vergütungsgrundsätze des SoFFin in der Fassung von 2012 einzuhalten. Die Vereinbarkeit des Vergütungssystems mit den zentralen regulatorischen Anforderungen wird regelmäßig von einer unabhängigen externen Vergütungsberatung, externen Rechtsanwälten und dem Wirtschaftsprüfer geprüft und bestätigt. Entsprechende Prozesse sollen gewährleisten, dass sämtliche zukünftigen regulatorischen Änderungen zeitnah umgesetzt werden. Anpassungen des Vergütungssystems aufgrund der Neufassung der Institutsvergütungsverordnung vom 4. August 2017 werden derzeit geprüft und erarbeitet.

Das Vergütungssystem des pbb Konzerns ist detailliert im Vergütungsbericht als Teil des Geschäftsberichts dargestellt.

Faire Vergütung

Grundlage der Vergütung von Mitarbeitern mit Tarifanstellungsvertrag in der pbb an den deutschen Standorten ist der Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die pbb ist Mitglied im Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes. Die Eingruppierung der Mitarbeiter in die Tarifgruppen erfolgt aufgabenbezogen nach der von ihnen ausgeübten Tätigkeit. Damit wird eine branchenübliche Mindestvergütung unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung sichergestellt, für die Qualifizierung, Aufgaben und Funktion sowie Berufserfahrung der Mitarbeiter die Grundlage sind.

Zur Wahrung der Angemessenheit und Fairness der Vergütung der außertariflich vergüteten Mitarbeiter erfolgt regelmäßig eine Überprüfung der Marktangemessenheit der Vergütung mithilfe externer Benchmarks auf der Grundlage eines Funktionsklassifizierungssystems. Das Benchmarking basiert auf einer marktgängigen Systematik zur Klassifizierung und Zuordnung von Funktionen (Towers Watson Career Map Model) zu drei verschiedenen sogenannten Karriereleitern (M = Management, P = Professional und T/U = Services/Administration) sowie darin zu verschiedenen Karrierestufen. Die Funktionsklassifizierung bildet die Grundlage für das Marktmatching. Auch die weitere Entwicklung der Gehälter der außertariflich vergüteten Mitarbeiter erfolgt auf der Grundlage von Qualifizierung, Aufgaben und Funktion, Leistung sowie Berufserfahrung, unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung. Damit wird auch für die außertariflich vergüteten Mitarbeiter eine angemessene und faire Vergütung sichergestellt.

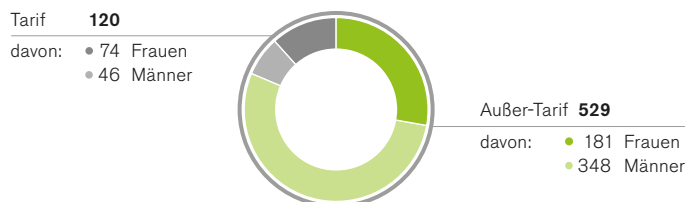
Die grundsätzlich für alle Mitarbeiter des pbb Konzerns – soweit sinnvoll – möglichst einheitlich geltende variable Vergütung wird im pbb Konzern in einem ebenso konzernweit einheitlichen transparenten und formalisierten Prozess bestimmt. Die Zumessung der variablen Vergütung erfolgt auf Bereichs- und auf individueller Ebene auf Basis der Zielerreichung qualitativer und quantitativer Ziele – soweit möglich mit Bezug zur Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns – für jeden Bereich und für jeden Mitarbeiter des pbb Konzerns. Die Festlegung der qualitativen und quantitativen Bereichsziele erfolgt jährlich abgeleitet aus den Unternehmenszielen und der Planung für das jeweilige Geschäftsjahr. Für die Messung des Zielerreichungsgrads eines Bereichs und damit für die Zumessung der variablen Vergütung wird vorab jeweils der 100%-Zielwert für jedes Ziel definiert. Die Bereichsziele werden im Gesamtvorstand der pbb verabschiedet. Die jeweiligen Bereichsziele werden allen Mitarbeitern des Bereichs zu Jahresbeginn kommuniziert. Auf individueller Ebene wird für jeden Mitarbeiter jährlich eine Zielvereinbarung mit qualitativen und quantitativen Zielen für das

laufende Geschäftsjahr geschlossen. Für jedes Ziel werden entsprechende Messgrößen definiert, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eine transparente Leistungsbeurteilung ermöglichen. Der pbb Konzern führt im Rahmen eines jährlichen Prozesses Mitarbeitergespräche durch, deren Umsetzung zur Aufgabe der Führungskräfte gehört. Das strukturierte Mitarbeitergespräch wird zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter geführt, um die Leistung des Mitarbeiters für das vergangene Jahr zu bewerten und Ziele für das folgende Geschäftsjahr zu vereinbaren. Das Mitarbeitergespräch ist somit auch ein wichtiges Instrument, um zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern ein gemeinsames Verständnis über die Leistungsmaßstäbe sowie über die konkreten Ziele und die erwarteten Ergebnisse herzustellen. Dabei werden die für das jeweilige Geschäftsjahr prioritären Themen, die mit der Geschäfts- und Risikostrategie in Einklang zu bringen sind beziehungsweise aus ihr abgeleitet werden, besprochen. Mitarbeitergespräch und Leistungsbeurteilung stellen wichtige Steuerungssysteme dar, um die Aktivitäten und Prioritäten der Mitarbeiter an der Zielerreichung und dem Erfolg des Unternehmens auszurichten und eine faire Vergütung zu gewährleisten. Die regelmäßige Durchführung der Mitarbeitergespräche wird durch den Bereich HR begleitet und überwacht. Führungskräften und Mitarbeitern steht im Intranet des pbb Konzerns ein Leitfaden mit wichtigen Hinweisen zur Zielvereinbarung und zum Mitarbeitergespräch zur Verfügung.

Die betriebliche Altersversorgung stellt einen wichtigen Teil der Zusatzleistungen des pbb Konzerns dar. Für die Mitarbeiter des pbb Konzerns in Deutschland bestehen beitragsorientierte und leistungsorientierte Pensionspläne. Bei den beitragsorientierten Plänen leistet der pbb Konzern Zuwendungen für Zusagen von überbetrieblichen Einrichtungen zum Beispiel zum BVV, der insbesondere für Neueintritte seit dem 1. April 2004 als maßgebliche betriebliche Altersversorgung zur Verfügung steht. Um die Versorgung auch in dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld zu gewährleisten, haben die Mitglieder des BVV am 24. Juni 2016 beschlossen, die ab 2017 zu erwerbenden Leistungen für alle Mitarbeiter, deren Mitgliedschaft beim BVV vor dem 31. Dezember 2004 begründet wurde und deren Verträge bestimmten Tarifen unterfallen, um durchschnittlich 24,02% zu senken. Die aufgrund der reduzierten garantierten Rentenanwartschaften entstehenden Nachteile kompensiert der pbb Konzern befristet bis zu einer möglichen Neuentscheidung des BVV zum 31. Dezember 2020 vollständig durch Zahlung eines Ausgleichsbetrags an den BVV und zeigt damit, welche hohe Bedeutung der pbb Konzern als Arbeitgeber einer stabilen Altersversorgung für die Mitarbeiter der pbb zumisst. Auch an den meisten ausländischen Standorten wird in der jeweils lokal üblichen Form eine betriebliche Altersversorgung angeboten.

Anteile Tarif-/Außer-Tarif-Mitarbeiter 31. Dezember 2017

nur Deutschland



Betriebliche Sozialleistungen

Im pbb Konzern existieren umfangreiche betriebliche Sozialleistungen. Hierzu zählen – je nach Standort des Mitarbeiters – insbesondere vermögenswirksame Leistungen, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Krankengeldzuschuss, Jubiläumszahlungen, Essenszuschuss, Sonderurlaub wegen besonderer Ereignisse und eine Gruppenunfallversicherung. Abhängig vom firmeninternen Titel beziehungsweise der für dienstliche Fahrten erforderlichen Nutzung eines Kfz gewährt der pbb Konzern vor allem an den deutschen Standorten Dienstfahrzeuge, die auch privat genutzt werden können. Zudem werden an den Standorten Unterschleißheim und Eschborn freiwillige Leistungen im Rahmen der Gesundheitsprävention und -vorsorge (zum Beispiel kostenfreie Gripeschutzimpfung, Gesundheitschecks, Bildschirmbrille) angeboten. So fanden am Standort Eschborn im August und September 2017 Präventionstage statt, an denen sich die Mitarbeiter umfassend zum Thema Gesundheit beraten und informieren lassen konnten. Seit 2015 hat der pbb Konzern überdies seine Maßnahmen zur Gesundheitsförderung erheblich ausgeweitet. Die pbb bietet betroffenen Mitarbeitern auf freiwilliger Basis auch ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) an.

Im Jahr 2017 konnten die Mitarbeiter des pbb Konzerns in Deutschland überdies erstmalig die Möglichkeit wahrnehmen, hochwertige Kommunikationsgeräte der neuesten Generation wie zum Beispiel PCs, Notebooks, Tablets oder Smartphones zur privaten Nutzung zu attraktiven Konditionen über den pbb Konzern zu leasen. Die monatlichen Leasingraten werden dabei direkt mit dem Bruttogehalt verrechnet und die Mitarbeiter profitieren damit entsprechend ihrem individuellen Grenzsteuersatz von der steuerlichen Förderung der privaten Nutzung von Kommunikationstechnologie durch den Gesetzgeber in Deutschland.

Arbeitsumfeld

Der pbb Konzern bietet seinen Mitarbeitern an jedem der unterschiedlichen Standorte ein modernes, sicheres und gesundes Arbeitsumfeld.

Der pbb Konzern beschäftigt Frauen und Männer aus verschiedenen Nationalitäten und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund. Sie bilden die Basis für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Die Förderung der Vielfalt und individuellen Entfaltung der Mitarbeiter bei fairen Arbeitsbedingungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Personalarbeit des pbb Konzerns. Der pbb Konzern achtet die Menschenwürde, Menschenrechte und die Privatsphäre des einzelnen Mitarbeiters. Die Mitarbeiter werden mit Fairness, Würde und Respekt behandelt. Ungerechte Behandlung oder die Diskriminierung von Mitarbeitern wird nicht toleriert. Bei der Auswahl und Entwicklung der Mitarbeiter ist der pbb Konzern der Chancengleichheit verpflichtet, ohne nach Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung zu unterscheiden. Beurteilungen der Mitarbeiter erfolgen allein aufgrund ihrer Leistung. Die gesetzlichen und vertraglichen Rechte der Mitarbeiter sind in der pbb gewahrt. Diese Werte sind wesentlicher Teil der für die Mitarbeiter aufgrund Betriebsvereinbarung beziehungsweise arbeitsvertraglicher Regelung geltenden Arbeitsanweisung Compliance sowie des Code of Conduct der pbb und Grundlage für die Arbeit von Führungskräften und Mitarbeitern. Die Arbeit und das Verhalten der Führungskräfte und Mitarbeiter – und damit des Unternehmens – basieren auf gegenseitigem Respekt, Offenheit, Ehrlichkeit und dem gemeinsamen Verständnis vertrauensvoller Zusammenarbeit.

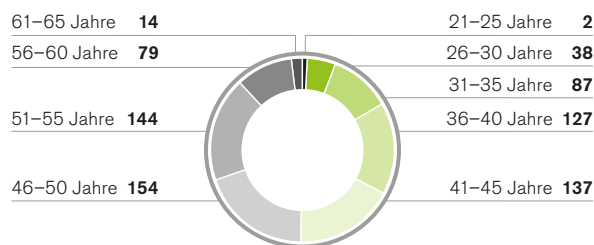
Der pbb Konzern legt einen besonderen Fokus auf das Thema Gender-Balance. Eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema über alle Ebenen hinweg und die Etablierung einer entsprechenden Führungs- und Unternehmenskultur sowie die interne Verpflichtung zur gezielten Berücksichtigung des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts bei der Besetzung vakanter Stellen bei entsprechender Eignung und Befähigung unterstützen diesen Fokus. Nähere Informationen hierzu finden sich im aktuellen Corporate-Governance-Bericht der pbb, veröffentlicht als Teil des Geschäftsberichts 2017.

Die pbb hat eine interne Stelle eingerichtet, die den Mitarbeitern als Ansprechpartner bei etwaigen Benachteiligungen im Rahmen des AGG dient. Überdies wird den Mitarbeitern im Intranet der pbb ein Merkblatt mit Informationen zum Schutz vor Benachteiligungen zur Verfügung gestellt.

Altersstruktur Mitarbeiter (pbb Konzern)

31. Dezember 2017

Anzahl



Nationalitäten Mitarbeiter (pbb Konzern)

31. Dezember 2017

Amerikaner	2	Mazedonier	1
Belgier	2	Niederländer	4
Briten	48	Österreicher	5
Bulgaren	2	Polen	4
Chinesen	5	Rumänen	2
Deutsche	606	Russen	3
Franzosen	48	Schweden	10
Inder	2	Schweizer	1
Iren	4	Slowenier	1
Italiener	6	Spanier	18
Kroaten	2	Tschechen	1
Letten	1	Türken	2
Litauer	1	Vietnamesen	1
Insgesamt			782

Faire Arbeitsbedingungen

Seit dem Jahr 2010 ist die pbb Unterzeichner der „Charta der Vielfalt“ und bekennt sich damit grundlegend zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt, Toleranz und Fairness von Menschen in einem Unternehmen sowie deren Kunden und Geschäftspartnern. Die Charta der Vielfalt verpflichtet zur Herstellung eines Arbeitsumfelds frei von Vorurteilen und Ausgrenzung und soll eine offene Unternehmenskultur etablieren, die auf gegenseitigem Respekt und Einbeziehung der Beteiligten basiert. Dieser Ansatz wird aktiv umgesetzt. So achtet die pbb auf eine ausgewogene demografische Mitarbeiterstruktur und beschäftigt Mitarbeiter mit unterschiedlichstem Ausbildungs- und Branchenhintergrund. Jeder Mitarbeiter soll, wenn nötig, Probleme am Arbeitsplatz ohne Befürchtung von Nachteilen für sich selbst ansprechen können. Der Konzern pflegt eine offene Unternehmenskultur, die die Einbindung der Mitarbeiter in den Entscheidungsfindungsprozess unter Wahrung der Diskretion vorsieht. Es wird sichergestellt, dass Verfahren im Konzern existieren, um Probleme am Arbeitsplatz vertraulich und schnell zu lösen. Beschwerden zu Arbeitspraktiken und menschenunwürdiger Beschäftigung gab es weder im Jahr 2016 noch im Jahr 2017.

Leistungsfähige und engagierte Beschäftigte sind der zentrale Erfolgsfaktor jedes Unternehmens, daher investiert der pbb Konzern in die Gesundheit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der in Deutschland implementierte Arbeitsschutzausschuss (ASA), dem neben einem Betriebsarzt und der Fachkraft für Arbeitssicherheit auch Vertreter des Betriebsrats und die Sicherheitsbeauftragten angehören, tritt regelmäßig zusammen, um sich über den Stand der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes an den deutschen Standorten zu beraten und Maßnahmen zur Verbesserung im Arbeitsschutz und bei Unfallverhütungsmaßnahmen zu beschließen. An den Standorten Unterschleißheim und Eschborn stehen den Mitarbeitern die Betriebsärzte in Sprechstunden zur Verfügung und als freiwillige Leistung des Arbeitgebers werden zahlreiche Gesundheitsmaßnahmen angeboten. Die Kosten hierfür übernimmt der pbb Konzern. So fanden im Jahr 2017 28 Vorsorgeuntersuchungen zum Thema Bildschirmarbeitsplatz, 19 betriebliche Gesundheitsförderungen, 8 sehr ausführliche Beratungen zu individuellen Themen und 60 Impfberatungen/Impfungen statt. Insgesamt haben 115 Mitarbeiter eine Beratung durch den Betriebsarzt in Anspruch genommen.

Alle Führungskräfte werden von der Fachkraft für Arbeitssicherheit regelmäßig gemäß den gesetzlichen Regelungen des Arbeitsschutzgesetzes zu Themen der Arbeitssicherheit geschult. Im Jahr 2017 nahmen 75% aller Führungskräfte an einer solchen Schulung teil. Zudem bietet die Bank jährlich Ersthelferkurse beziehungsweise Weiterbildungen für Ersthelfer an, die unter anderem auch den Umgang mit automatisierten externen Defibrillatoren umfassen. Ebenso werden jährliche Brandschutzhelfer-Ausbildungen und alle zwei Jahre Auffrischungsfortbildungen durchgeführt.

Seit 2015 hat der pbb Konzern seine Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zudem ausgeweitet und unterstützt individuelle private Angebote sowie durch Mitarbeiterinitiative entstandene Gruppenmaßnahmen aus den Bereichen Bewegung, Ernährung und Stressprävention. Der pbb Konzern unterstützt dabei sowohl gemeinschaftliche Sportaktivitäten wie Lauftraining, Rennradfahren, Teilnahme an Firmenläufen sowie die Teilnahme an einem Beachvolleyball-Turnier zugunsten der Kinderorgantransplantationshilfe als auch Präventionsmaßnahmen externer Physiotherapeuten, die an den Standorten Unterschleißheim und Eschborn in den Räumen des pbb Konzerns stattfinden. Auch an den internationalen Standorten werden verschiedene gesundheitsfördernde Maßnahmen vom pbb Konzern unterstützt, zum Beispiel Mitgliedschaften in Sportvereinen und Fitnessstudios, Sehtests, Ausbildung zu Ersthelfern und Brandschutzbeauftragten, Gesundheitschecks oder Arbeitsplatzbeurteilungen.

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Der pbb Konzern bietet allen Mitarbeitern durch entsprechende arbeitsorganisatorische Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle oder die Möglichkeit von Homeoffice, attraktive Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Elternzeit wird gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gewährt und im Rahmen der Rückkehr aus Elternzeit wird die Arbeitszeitverteilung vom pbb Konzern mit hoher Flexibilität gehandhabt. Darüber hinaus gelten in der pbb die Regelungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken, die unter bestimmten Voraussetzungen eine erweiterte Elternzeit ermöglichen. Kindergartenplätze werden derzeit in Frankreich bezuschusst. Für den neuen, ab Sommer 2019 gemieteten Standort in Garching wird eine Kooperation mit einem Kindergarten geprüft. Bei Problemen in der Kinderbetreuung bietet der Arbeitgeber die Möglichkeit, flexibel von zu Hause zu arbeiten oder die Kinder mitzubringen. Die Pflege von Angehörigen wird über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus dadurch unterstützt, dass im Bedarfsfall unbezahlte Freistellungen oder befristete Arbeitszeitreduzierungen vereinbart werden.

Ein Anteil von 15,86% der Mitarbeiter in Teilzeitarbeitsverhältnissen (Teilzeitquote Mitarbeiterinnen 35,28%, Teilzeitquote Mitarbeiter 3,17%) verweist ebenfalls auf die flexiblen Arbeitsmöglichkeiten und die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mitwirkung und Mitbestimmung

Bei der pbb gibt es in Deutschland zwei örtliche Betriebsratsgremien, den Betriebsrat Unterschleißheim und den Betriebsrat Eschborn, sowie eine Schwerbehindertenvertretung. Daneben besteht ein Gesamtbetriebsrat, der einen Wirtschaftsausschuss gebildet hat. Ein Konzernbetriebsrat ist nicht gebildet. In Frankreich gibt es ebenfalls eine Arbeitnehmervertretung. An den übrigen internationalen Standorten gibt es keine Arbeitnehmervertretungen. Der pbb Konzern arbeitet mit den Mitarbeitervertretungen vertrauensvoll und in regelmäßigem Austausch zusammen und beachtet deren Rechte. Die Mitarbeiter werden sowohl von den Mitarbeitervertretungen als auch vom pbb Konzern regelmäßig über das Intranet oder per E-Mail und in persönlichen Terminen informiert. Alle Mitarbeiter haben die Möglichkeit und das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, und das Recht auf Versammlungsfreiheit. Die Mitarbeiter in Deutschland werden zudem in Betriebsversammlungen regelmäßig und umfassend informiert. Die Teilnahme an den Betriebsversammlungen zählt als Arbeitszeit.

Aus- und Weiterbildung

Das Geschäftsmodell des pbb Konzerns und die zunehmenden Herausforderungen für den pbb Konzern in einem immer komplexer werdenden Marktumfeld erfordern fachlich hoch qualifizierte Mitarbeiter mit einem fundierten Expertenwissen. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter ist daher ein wesentlicher Teil der HR-Strategie und für die Erreichung der Unternehmensziele von hoher Bedeutung. Der pbb Konzern verfolgt in der Personalentwicklung einen ganzheitlichen Ansatz, der den individuellen Mitarbeiter betrachtet, ihm Orientierung gibt und bei Bedarf Unterstützung in seiner fachlichen wie persönlichen Qualifizierung und Weiterentwicklung anbietet. Nach dem Prinzip „Führen, fordern, fördern“ umfasst die Personalentwicklung somit neben dem Mitarbeitergespräch die Identifizierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen, um dem Wissens- und Kompetenzbedarf des einzelnen Mitarbeiters gerecht zu werden.

Grundlage für die Erhebung von Qualifizierungsbedarfen stellt im Wesentlichen das jährliche Mitarbeitergespräch dar. Werden dabei entsprechende Maßnahmen vorgesehen, so erfolgt die inhaltliche Auswahl und Planung in der Hauptsache zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter vorwiegend – aber nicht ausschließlich – im Rahmen der Zielvereinbarung. Dabei können On-the-Job-, Near-the-Job- sowie auch Off-the-Job-Maßnahmen geplant werden, welche wiederum entweder intern oder extern angeboten werden. Sollten sich unterjährig Qualifizierungsbedarfe ergeben, so können auch über die im Rahmen des Zielvereinbarungsgesprächs geplanten Maßnahmen hinaus Seminare beziehungsweise Trainings angefragt werden.

Der pbb Konzern bietet vielfältige interne Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an. Schwerpunkte werden dabei sowohl auf die fachliche Qualifizierung als auch auf den Ausbau der Führungs- und Sozialkompetenz zur besseren Wahrnehmung der Führungsrolle in der Linienfunktion und zu einem guten Verständnis für die Zusammenarbeit im Team gesetzt. Der pbb Konzern hat das Thema der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter im Zuge der Reprivatisierung der pbb neu aufgesetzt und grundlegend vertieft. Die Maßnahmen werden im Folgenden weiter ausgeführt. Eine weitere systematische Ausgestaltung auf der einen und eine auf der anderen Seite an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Bereiche und Mitarbeiter ausgerichtete Personalentwicklung werden auch in Zukunft für den pbb Konzern sowohl Herausforderung als auch gewichtiger Maßstab für eine erfolgreiche Personalarbeit sein. Der pbb Konzern ist daher bestrebt, sein Qualifizierungsangebot kontinuierlich auszubauen. Mit neuen Initiativen, die die bereits bestehende, breite Auswahl an Maßnahmen ergänzen, werden daher auch im Jahr 2018 und darüber hinaus wichtige Impulse gesetzt werden, um Mitarbeiter in ihrer beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung zeitgemäß und zielgerichtet zu unterstützen.

Weiterbildung

Die Weiterbildung und Personalentwicklung von Mitarbeitern des pbb Konzerns sowohl fachlich als auch hinsichtlich ihrer Führungs- und Sozialkompetenzen wurden weiter fortgesetzt und auch ausgebaut, um die Förderung und Entwicklung der Mitarbeiter auch zukünftig aktiv zu unterstützen.

Gemeinsame bereichs- und standortübergreifende Projekteinsätze im Rahmen des 2016 eingeführten Förderkreises (Getting-involved-Initiative) sowie das bankweite Mentoringprogramm für Mitarbeiter durch Mentoren der zweiten Ebene unterstützen die Förderung und langfristige Bindung von Mitarbeitern an das Unternehmen. Neben ständigen Seminarreihen bietet der pbb Konzern ein sich kontinuierlich erweiterndes Spektrum an innerbetrieblichen Seminaren sowohl zur fachlichen Weiterbildung im eigenen Bereich als auch zur über das eigene Fachgebiet hinausgehenden Befassung mit Themen im pbb Konzern, zur Qualifizierung im Bereich der Sozial- und Methodenkompetenz in einem modernen Arbeitsumfeld sowie Sprachtrainings an. Mit der Leadership Academy hat der pbb Konzern eine Basisqualifizierung für Führungskräfte etabliert. Das ausgeweitete Inhouse-Qualifizierungsangebot des pbb Konzerns umfasst seit 2016 zudem die Leadership-Excellence-Initiative, die auch bereits erfahrenere Führungskräfte darin unterstützen soll, ihre Führungs- und Sozialkompetenzen im zunehmend herausfordernden und komplexen Arbeitsumfeld zu reflektieren und weiter zu verbessern. Individuelles Coaching für Führungskräfte mit signifikanter Führungsverantwortung wird ebenfalls auf freiwilliger Basis ermöglicht.

Zusätzlich zu den internen zentral wie dezentral organisierten On-the-Job- oder Near-the-Job-Maßnahmen können Mitarbeiter der pbb ein breites Spektrum an externen Weiterbildungsmaßnahmen nutzen. Die inhaltliche Auswahl des in diesem Falle zumeist fachlichen Weiterbildungsangebots erfolgt bedarfsorientiert und in der Regel im Rahmen des Zielvereinbarungsgesprächs zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter. So ermöglicht der pbb Konzern beispielsweise geeigneten Mitarbeitern unter anderem die international aufgesetzte Ausbildung zum Real Estate Manager (EBS).

Für interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeiter wurden im Jahr 2017 0,8 Mio. € (2016: 0,7 Mio. €) aufgewendet. Auf jeden Mitarbeiter entfielen dabei durchschnittlich 2,5 Trainingstage, auf jeden der 390 Teilnehmer an den Qualifizierungsmaßnahmen durchschnittlich 4,95 Tage.

Wissensmanagement

Um den Einstieg von neuen Mitarbeitern im pbb Konzern zu erleichtern, kommt dem Onboarding verstärkt Aufmerksamkeit zu. Einarbeitungspläne sowie Patenschaften, bei denen ein Mitarbeiter mit entsprechender Erfahrung als Ansprechpartner für die Belange neuer Mitarbeiter zur Verfügung steht, sind systematisch vorgesehen und werden von HR als Standardprozess bei jeder Neueinstellung eingefordert. Um die Integration neuer Mitarbeiter zu verbessern und sie so schnell wie möglich mit dem Geschäft und zentralen, auch bereichsübergreifenden Abläufen in der pbb vertraut zu machen, wird seit 2017 dreimal jährlich ein halbtägiger „Welcome Day“ für alle Neuzugänge veranstaltet, bei dem die Ziele, das Geschäftsmodell und der Primärprozess der pbb sowie Wissenswertes aus dem Bereich Human Resources anschaulich erläutert werden. Zudem wurde im Jahr 2017 eine Willkommensbroschüre mit wissenswerten Informationen über die Standorte der pbb entwickelt, die neuen Mitarbeitern an ihrem ersten Arbeitstag bei der pbb ausgehändigt wird und im Intranet verfügbar ist. Im Rahmen seiner im Jahr 2017 nochmals deutlich erweiterten Rekrutierungsstrategie setzt der pbb Konzern verstärkt auf moderne, digitalisierte Rekrutierungsprozesse und die Rekrutierung via Social Media mit dem Ziel, vermehrt Nachwuchskräfte für die pbb zu gewinnen. Hierzu werden neben der aktiven und passiven Personalsuche verschiedene weitere Maßnahmen durchgeführt. So fand beispielsweise im Oktober 2017 gemeinsam mit der Senacor Technologies AG als Partner eine sehr erfolgreiche zweitägige pbb Business Challenge zum Thema Digitalisierung statt, zu der sich über 200 Studenten beworben hatten.

Im pbb Konzern existiert ein Trainee- beziehungsweise Program for Young Professionals. In diesem 12- bis 18-monatigen Programm werden Nachwuchskräfte insbesondere im Kreditbereich eingesetzt und erhalten so eine umfassende Ausbildung in den Schnittstellen von Vertrieb und Kredit sowie den weiteren beteiligten Fachbereichen wie zum Beispiel Property Analysis. Dieses Programm wurde im Jahr 2017 von bisher fünf auf zehn Stellen erweitert und wird bedarfsorientiert fortgeführt. Darüber hinaus bietet der pbb Konzern in vielen Bereichen Werkstudenten die Möglichkeit zu einer studienbegleitenden Tätigkeit, bei entsprechender Eignung auch mit der Möglichkeit einer praxisnahen Bachelor- oder Masterarbeit.

Nachwuchssicherung und Employer Attractiveness

Der pbb Konzern sieht sich einem zunehmenden Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um Fachkräfte gegenüber. Zur Deckung des Bedarfs an Fachkräften in den verschiedenen Fachbereichen der Bank hat der pbb Konzern verschiedene Initiativen zur Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsstärkung initiiert. Dabei legt der pbb Konzern zunehmend mehr Aufmerksamkeit auf eine stärkere Zusammenarbeit mit Schlüsseluniversitäten. Soweit der pbb Konzern kurzfristigen Bedarf zu decken hat, nutzt er neben externen Ressourcen auch verschiedene Rekrutierungsmöglichkeiten für die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei steht eine aktive Suche über Netzwerke, insbesondere Social Media, im Vordergrund. Die Passivsuche erfolgt insbesondere über Jobportale, aber auch über Social Media. Darüber hinaus werden im Bedarfsfall auch Agenturen eingeschaltet. Dabei sind die attraktiven Arbeitsbedingungen ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Gewinnung von Fachkräften.

Der pbb Konzern hat zudem Initiativen ergriffen, um die Marke „pbb“ als attraktiver Arbeitgeber für Fach- und Nachwuchskräfte sichtbar zu machen (zum Beispiel neuer Internetauftritt, Auftritt in den sozialen Medien/Netzwerken, Teilnahme an ausgewählten Karrieremessen).

Auch die Tatsache, dass 99% der Stellen im Unternehmen unbefristet sind und ein sehr hoher Anteil von vakanten Stellen intern besetzt wird, macht den pbb Konzern zu einem attraktiven Arbeitgeber und trägt zur Mitarbeiterbindung bei. Dies zeigt auch die unverändert niedrige bis durchschnittliche Gesamtfuktuationsquote von 10% im Jahr 2016 und im Jahr 2017.

UMWELT

Der Konzern geht mit natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll um und hat sich zum Ziel gesetzt, den Energie- und Rohstoffbedarf zu minimieren, um somit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, und Umweltbelastungen zu vermeiden. Dies ist auch im Verhaltenskodex niedergelegt, in dem sich der pbb Konzern zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Abwicklung seiner Geschäfte und zu einer Identifizierung von Umweltrisiken verpflichtet hat, die bei seiner Geschäftstätigkeit entstehen könnten. Ansatzpunkte bieten insbesondere die Gebäude, die der pbb Konzern nutzt, die Organisation von Arbeitsabläufen und die Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die angemieteten Gebäude am Unternehmenssitz in Unterschleißheim bei München sind nach dem internationalen LEED-Standard für energie- und umweltgerechte Gebäudequalität zertifiziert und in die Qualitätsstufe Gold eingeordnet. Sie weisen eine hohe Energieeffizienz auf und verfügen zum Beispiel über energieeffiziente Kühldecken anstatt konventioneller Klimaanlage. Der gesamte Strombedarf wird dort bereits seit dem Jahr 2011 vollständig aus Ökostrom gedeckt. Durch eine energieeffiziente Büroausstattung, zum Beispiel Verwendung von Druckern mit Energy Star, sowie eine strikte Reduzierung der Anzahl der elektronischen Geräte wird dauerhaft Strom eingespart.

Arbeitsabläufe sind grundsätzlich so papiersparend wie möglich ausgelegt. So kommen vielfältige elektronische Systeme zum Einsatz, die weitestgehend papierbasierte Prozesse ersetzen. Dies gilt zum Beispiel für elektronische Mitarbeiter-Services (Arbeitszeiterfassung, Gehaltsabrechnungen, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbelege, Reisekostenabrechnungen und so weiter), ein elektronisches Rechnungs- und Vertragsmanagement, elektronische Kreditakten und Dokumentenräume. Soweit Papier zum Einsatz kommt, ist dieses umweltfreundlich zertifiziert. Geschäftsberichte werden seit 2015 klimaneutral gedruckt. Darüber hinaus verzichtet der pbb Konzern seit dem Jahr 2014 für Zwischenberichte auf die Erstellung von Druckexemplaren. Durch die Wiederverwendung von Kartons im Versand wird das Recycling weiter unterstützt.

In seiner Travel Policy gibt der pbb Konzern vor, zwischen den Unternehmensstandorten in München/Unterschleißheim und Frankfurt/Eschborn grundsätzlich die Bahn zu nutzen. Auch andere innerdeutsche Reisen sollen nach Möglichkeit mit der Bahn durchgeführt werden. Für die Einhaltung der Travel Policy sind der Mitarbeiter und seine direkte Führungskraft gemeinsam verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit bestätigen beide durch ihre elektronische Unterschrift im Rahmen der Ein- und Freigabe in einem entsprechenden Online-Tool. Abweichungen von der Travel Policy sind zu vermeiden. Ausnahmen von dieser Regelung sind nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Vorgesetzten aus Gründen der Zeit- und Kosteneffizienz möglich. Seit Einführung der Travel Policy im September 2013 hat sich das Flugaufkommen der Mitarbeiter auf der genannten Strecke um 88% und damit deutlich reduziert. Einen weiteren aktiven Beitrag zur Reduzierung von Dienstreisen leistet der pbb Konzern zudem durch die Ausstattung des Unternehmens mit Videokonferenzanlagen.

Dienstwagen müssen gemäß der Dienstwagenregelung im Sinne der ökologischen Verträglichkeit bezüglich des CO₂-Ausstoßes festgelegte Grenzen einhalten. Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 155 g/km werden mit einem finanziellen Malus belegt. Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß über 180 g/km dürfen nicht angeschafft werden. Die Regelungen sind auf den aktuellen Entwicklungsstandard ausgelegt und können mit technischem Fortschritt angepasst werden. Jede Dienstwagenbestellung ist im Vorfeld durch den jeweiligen Vorgesetzten und die Personalabteilung zu genehmigen. Die Abwicklung der Bestellung wird über das Fuhrparkmanagement/Corporate Services koordiniert.

Die Dienstwagenflotte verfügt aktuell über ein Elektroauto, für das eine Ladestation eingerichtet wurde. Weitere Anschaffungen sind bis Ende 2019 vorgesehen.

Im Jahr 2019 wird der pbb Konzern seinen Hauptsitz von Unterschleißheim nach Garching verlegen. Auch das neue Gebäude ist auf verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen ausgerichtet. So erfolgen die Wärmegewinnung aus Geothermie sowie die Stromerzeugung aus einer Photovoltaikanlage. Zudem ist eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr gegeben. Eine U-Bahn bietet hohe Taktung und Zuverlässigkeit und macht die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktiv. Zusätzlich wird es an dem neuen Standort Carsharing-Angebote geben. Der pbb Konzern prüft für den neuen Standort außerdem die Anschaffung von Dienstfahrrädern und wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ladestationen für E-Bikes anbieten.

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz

Dieser Bericht beinhaltet die Angaben der Deutsche Pfandbriefbank AG („pbb“) nach Maßgabe des § 21 Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG). Sämtliche Angaben beziehen sich gemäß § 25 Abs. 3 EntgTranspG auf das Kalenderjahr 2016 und auf die deutschen Standorte der pbb, sofern nachstehend nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben ist.

Der Bericht erläutert im ersten Teil die in der pbb getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und ihre Wirkung. In diesem Zusammenhang werden auch die statistischen Angaben nach § 21 Abs. 2 EntgTranspG offengelegt. In einem zweiten Teil werden Maßnahmen zur Herstellung der Entgeltgleichheit für Männer und Frauen berichtet.

1. MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG UND IHRE WIRKUNG

Die pbb beschäftigt Frauen und Männer verschiedener Nationalitäten und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund. Die Förderung der Vielfalt und individuellen Entfaltung der Mitarbeiter bei fairen Arbeitsbedingungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Personalarbeit der pbb und die Basis für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Die pbb respektiert alle Menschen unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung und fördert die Diversität der Mitarbeiter. Seit dem Jahr 2010 ist die pbb Unterzeichner der „Charta der Vielfalt“ und bekennt sich damit grundlegend zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt, Toleranz und Fairness von Menschen in einem Unternehmen sowie deren Kunden und Geschäftspartnern. Sie verpflichtet zur Herstellung eines Arbeitsumfelds frei von Vorurteilen und Ausgrenzung und soll eine offene Unternehmenskultur etablieren, die auf gegenseitigem Respekt und Einbeziehung der Beteiligten basiert. Dieser Ansatz wird aktiv umgesetzt. Die Mitarbeiter werden mit Fairness, Würde und Respekt behandelt. Ungerechte Behandlung oder die Diskriminierung von Mitarbeitern wird nicht toleriert. Bei der Auswahl und Entwicklung der Mitarbeiter ist die pbb der Chancengleichheit verpflichtet, ohne nach Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung zu unterscheiden. Beurteilungen der Mitarbeiter erfolgen allein aufgrund ihrer Leistung.

Die pbb legt dabei einen besonderen Fokus auf die Themen Gender-Balance und Frauenförderung. Eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema über alle Ebenen hinweg und die Etablierung einer entsprechenden Führungs- und Unternehmenskultur sowie die interne Verpflichtung zur gezielten Berücksichtigung des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts bei der Besetzung vakanter Stellen bei entsprechender Eignung und Befähigung unterstützen diesen Fokus. Die pbb bietet allen Mitarbeitern sehr gute arbeitsorganisatorische Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere um gezielt das unterrepräsentierte Geschlecht in der pbb zu fördern:

- > Es bestehen unternehmensspezifische familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, die jenseits von starren Vollzeit- oder Halbtagsmodellen im Rahmen von flexibler Arbeits-/Gleitzeit die individuelle Lebensplanung der Mitarbeiter mit den betrieblichen Bedürfnissen der pbb in Einklang bringen. Dabei berücksichtigt die pbb in ihrer Arbeitszeitorganisation insbesondere auch die familiäre Verantwortung der Mitarbeiter. Hierzu gehört auch ein offener Umgang mit alltäglichen familiären Situationen, der es den Mitarbeitern ermöglicht, nach Absprache im Team kurzfristig auf Unvorhergesehenes zu reagieren (zum Beispiel jederzeitige Möglichkeit, Kinder bei akutem Bedarf von der Betreuungseinrichtung abzuholen oder auch (zeitweise) in das Büro mitzubringen).

Weitere Informationen

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz

1. Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und ihre Wirkung

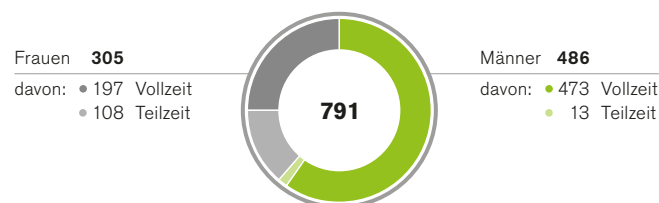
- > Darüber hinaus besteht in der pbb die Möglichkeit, ein Homeoffice zu nutzen. Hierdurch soll unter anderem die individuelle Lebenssituation berücksichtigt werden, indem beispielsweise Fahrtzeiten reduziert oder Pflegebedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Insbesondere bei Problemen in der Kinderbetreuung (zum Beispiel an regulären Arbeitstagen, an denen die Betreuungseinrichtung gleichwohl geschlossen hat) bietet die pbb überdies die Möglichkeit, flexibel von zu Hause zu arbeiten oder die Kinder mitzubringen.
- > Im Jahr 2016 wurde entschieden, das Thema Frauenförderung in der pbb für das Jahr 2017 und 2018 in den Zielvereinbarungsprozess für die Bereichsziele aufzunehmen und somit in die Höhe der variablen Vergütung der Mitarbeiter mit einfließen zu lassen. Diese Entscheidung wurde sowohl für die Zielvereinbarungen der beiden Jahre aktiv umgesetzt als auch entsprechend nachgehalten.
- > Die Teilnahme von Frauen an Personalentwicklungsaktivitäten wird besonders gefördert.
- > Für den neuen Standort in Garching, der im Sommer 2019 bezogen werden soll, wird eine Kooperation mit einem Kindergarten geprüft. Kindergartenplätze werden derzeit für Mitarbeiter am Pariser Standort bezuschusst.
- > Elternzeit wird gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gewährt und im Rahmen der Rückkehr aus der Elternzeit die Arbeitszeitverteilung von der pbb mit hoher Flexibilität gehandhabt. Darüber hinaus gelten in der pbb die Regelungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken, die unter bestimmten Voraussetzungen eine erweiterte Elternzeit ermöglichen.

Mit ihren arbeitsorganisatorischen Rahmenbedingungen möchte die pbb für die gesamte Belegschaft gute Entwicklungsperspektiven und -möglichkeiten schaffen, die die sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer notwendige Flexibilität und Verlässlichkeit gewährleisten. Insbesondere die hohe Anzahl weiblicher Beschäftigter und die Teilzeitquote zeigen, dass die pbb ein attraktives Konzept bietet, um Familie und Beruf zu vereinbaren.

Mitarbeiter (pbb Konzern)

31. Dezember 2016

Geschlechterverteilung



(Angaben gemäß § 21 Abs. 2 EntgTranspG)

2. MASSNAHMEN ZUR HERSTELLUNG DER ENTGELTGLEICHHEIT FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Das System und die Struktur der Vergütung der pbb gewährleisten ein hohes Maß an Entgeltgleichheit für Frauen und Männer.

a) Mitarbeiter mit Tarifierungsvertrag

Grundlage der Vergütung von Mitarbeitern mit Tarifierungsvertrag ist der Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die pbb ist Mitglied im Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes. Die Eingruppierung der Mitarbeiter in die Tarifgruppen erfolgt aufgabenbezogen nach der von ihnen ausgeübten Tätigkeit. Damit wird eine branchenübliche Vergütung sichergestellt, deren Grundlage allein Qualifizierung, Aufgabe und Funktion sowie Berufserfahrung des jeweiligen Mitarbeiters ist und die unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung gewährt wird. Die Mitarbeiter mit Tarifierungsvertrag nehmen mit ihrer Vergütung an der Entwicklung der Tarifgruppen teil.

b) Mitarbeiter mit AT-Anstellungsvertrag

Zur Wahrung von Angemessenheit und Fairness der Vergütung der Mitarbeiter mit AT-Anstellungsvertrag ist jede bei der pbb durch einen Mitarbeiter ausgeübte Funktion im Rahmen einer marktgängigen Systematik zur Klassifizierung und Zuordnung von Funktionen (Towers Watson Career Map Model) einer übergeordneten Funktionsfamilie und innerhalb dieser jeweils einer der drei verschiedenen sogenannten Karriereleitern (M = Management, P = Professional und T/U = Services/Administration) sowie innerhalb dieser Karriereleitern verschiedenen Karrierestufen zugeordnet. Mit diesem Funktionsklassifizierungssystem hat die pbb einen Ordnungsrahmen geschaffen, mit dem unterschiedliche Tätigkeiten in der pbb unterschiedlichen Wertigkeiten basierend auf der Grundlage von Qualifizierung, Aufgaben und Funktion, Leistung sowie Berufserfahrung transparent und nachvollziehbar zugeordnet werden können. Das Funktionsklassifizierungssystem wurde mit dem Gesamtbetriebsrat der pbb verhandelt und vereinbart.

Das Funktionsklassifizierungssystem der pbb ist die Grundlage für die Festlegung und Entwicklung der Vergütung der Mitarbeiter mit AT-Anstellungsvertrag. Hierzu verwendet die pbb von ihr definierte, marktangemessene Vergütungsbänder, die für jede Funktionsfamilie und Karrierestufe bestehen und auf der Grundlage des Funktionsklassifizierungssystems regelmäßig auf Marktangemessenheit mithilfe externer Benchmarks überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Für jeden Mitarbeiter wird bei Eintritt innerhalb des Vergütungsbandes sein Gehalt festgelegt. Die weitere Entwicklung der Mitarbeiter innerhalb der Vergütungsbänder erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen individuellen Erfüllungsgrads des Mitarbeiters im Hinblick auf die Ausübung seiner Funktion. Der Erfüllungsgrad wird bestimmt auf der Grundlage des Wissens, der Erfahrung, der „Soft Skills“ und persönlichen Kompetenzen, die vom Mitarbeiter erkennbar in seine Tätigkeit eingebracht werden. Analog erfolgt dies auch für die Gruppe der leitenden Angestellten.

Die individuelle Funktionsklassifizierung und die Positionierung im Vergütungsband sind dem jeweiligen Mitarbeiter transparent offengelegt. Die pbb informiert jeden Mitarbeiter bei Eintritt und bei jeder Änderung über das für seine Funktion geltende Vergütungsband für das Festgehalt. Überdies informiert die pbb ihre Mitarbeiter jährlich über die Gründe für seine Positionierung innerhalb des Vergütungsbands anhand des jeweiligen individuellen Erfüllungsgrads des Mitarbeiters bei der Ausübung seiner Funktion.

Damit orientieren sich sowohl die Festlegung als auch die weitere Entwicklung der Gehälter in der pbb an einer fairen, marktgerechten, transparenten, leistungsorientierten und anerkannten Systematik und erfolgen unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Orientierung.

c) Für alle Mitarbeiter geltende Vorgaben

Die grundsätzlich für alle Mitarbeiter – soweit sinnvoll – möglichst einheitlich geltende variable Vergütung wird in der pbb wie auch in allen anderen Gesellschaften des Konzerns in einem konzernweit einheitlichen transparenten und formalisierten Prozess bestimmt. Die Zumessung der variablen Vergütung erfolgt auf Bereichs- und auf individueller Ebene auf Basis der Zielerreichung qualitativer und quantitativer Ziele – soweit möglich mit Bezug zur Geschäfts- und Risikostrategie des pbb Konzerns – für jeden Bereich und für jeden Mitarbeiter des pbb Konzerns.

Die Festlegung der qualitativen und quantitativen Bereichsziele erfolgt jährlich und wird aus den Unternehmenszielen und der Planung für das jeweilige Geschäftsjahr abgeleitet. Für die Messung des Zielerreichungsgrads eines Bereichs und damit für die Zumessung der variablen Vergütung wird vorab jeweils der 100%-Zielwert für jedes Ziel definiert. Die Bereichsziele werden im Gesamtvorstand der pbb verabschiedet. Die jeweiligen Bereichsziele werden allen Mitarbeitern des Bereichs zu Jahresbeginn kommuniziert.

Auf individueller Ebene wird für jeden Mitarbeiter jährlich eine Zielvereinbarung mit qualitativen und quantitativen Zielen für das laufende Geschäftsjahr geschlossen. Hierbei wird insbesondere auch darauf geachtet, dass Ziele diskriminierungsfrei und ohne geschlechtsspezifische Aspekte abgeschlossen werden. Für jedes Ziel werden entsprechende Messgrößen definiert, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eine transparente Leistungsbeurteilung ermöglichen. Die pbb führt im Rahmen eines jährlichen Prozesses Mitarbeitergespräche durch, deren Umsetzung zur Aufgabe der Führungskräfte gehört. Das strukturierte Mitarbeitergespräch wird zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter geführt, um die Leistung des Mitarbeiters für das vergangene Jahr zu bewerten und Ziele für das folgende Geschäftsjahr zu vereinbaren. Das Mitarbeitergespräch ist somit auch ein wichtiges Instrument, um zwischen dem jeweiligen Vorgesetzten und dem Mitarbeiter ein gemeinsames Verständnis über die Leistungsmaßstäbe sowie über die konkreten Ziele und die erwarteten Ergebnisse herzustellen. Dabei werden die für das jeweilige Geschäftsjahr prioritären Themen, die mit der Geschäfts- und Risikostrategie in Einklang zu bringen sind beziehungsweise aus ihr abgeleitet werden, besprochen. Mitarbeitergespräch und Leistungsbeurteilung stellen wichtige Steuerungssysteme dar, um die Aktivitäten und Prioritäten der Mitarbeiter an der Zielerreichung und dem Erfolg des Unternehmens auszurichten und eine faire und diskriminierungsfreie Vergütung zu gewährleisten. Die regelmäßige Durchführung der Mitarbeitergespräche wird durch den Bereich Human Resources begleitet und überwacht. Führungskräften und Mitarbeitern steht im Intranet der pbb ein Leitfaden mit wichtigen Hinweisen zur Zielvereinbarung und zum Mitarbeitergespräch zur Verfügung.

Finanzkalender

Finanzkalender 2018

14. Mai 2018	Ergebnisse des ersten Quartals 2018
21. Juni 2018	Hauptversammlung
13. August 2018	Ergebnisse des zweiten Quartals 2018/Zwischenbericht zum 30. Juni 2018
12. November 2018	Ergebnisse des dritten Quartals 2018

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält vorausschauende Aussagen in Form von Absichten, Annahmen, Erwartungen oder Vorhersagen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die dem Vorstand der pbb derzeit zur Verfügung stehen. Vorausschauende Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Der pbb Konzern übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln. Vorausschauende Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von vorausschauenden Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa und den USA, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie sonstige mit unserer Geschäftstätigkeit verbundene Risiken.

Impressum

Herausgeber

Deutsche Pfandbriefbank AG, München (Copyright 2018)

Konzeption, Design und Realisierung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG, www.hgb.de

Bildnachweis

Seite III: Foto und Composing M. Tedeskino | iStockphoto
Seite XI: rechts unten: Lars Plougmann from United Kingdom (SCAN-0090) [CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)], via Wikimedia Commons
Seite XIII: HaP Frankfurt GmbH & Co. KG
Seite XV: Sogelym Dixence – Wilmotte & Associés Architectes : Moreau Kusunoki Architectes
Illustrationen: Klaas Horeis

Druck

Hartung Druck + Medien GmbH, Hamburg



Deutsche Pfandbriefbank AG

Freisinger Straße 5
85716 Unterschleißheim
Deutschland

T +49 (0)89 2880-0
F +49 (0)89 2880-10319
info@pfandbriefbank.com
www.pfandbriefbank.com